SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT

Band 19 • Jahrgang 1997

Reinhardt Becker Verlag Velten

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89597-331-9

Inhalt

Rita Schober

Ein Mann im Spiegel seines Wortes.
Zu Victor Klemperers Tagebüchern 1933-45:
Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten .... 5 >>>

Kurt Pätzold

Der Holocaust an den deutschen Juden 37 >>>

Wolfgang F. Haug

Philosophieren mit Gramsci und Brecht 87 >>>

Martin Hundt

Geschichte, Lage und nächste Zukunft der MEGA 107 >>>

Gert Schäfer

Der Denkweg Hannah Arendts 129 >>>

Helmut Bock

Bericht zum Symposium der Leibniz-Sozietät
am 1. November 1997: Die Russische Revolution 1917:
Weltereignis - Widerstreit Wirkungen.....161 >>>

Winfried Engler (Kurzbeitrag)

Die Bartholomäusnacht im französischen Roman.
Mérimée - Dumas - Merle 183 >>>

Mitteilungen der Leibniz-Sozietät:

Neue Mitglieder 1997 >>>

Christian Bauer, 185; Dieter Falkenhagen, 185;
Frigga Haug, 186; Hans Heinz Holz, 187; Gisela Jacobasch, 188;
Klaus Kinner, 188; Wolfgang Kirsch, 189; Georg Korres, 190;
Bernhard Kytzler 191; Pierre Levêque, 192; Rolf Löther, 192;

Dieter Metzler, 193; Detlev Möller, 194; Helmut Müller, 195;
Helga Schultz, 196; Günter von Sengbusch, 196; Christa Uhlig, 197;
Günther Vormum, 198

Erklärung des Vorstands der Leibniz-Sozietät 201 >>>

Rita Schober

„Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten". Ein Mann im Spiegel seines Wortes. Zu Victor Klemperers Tagebüchern 1933-45 *

Am 17. November 1995 wurde Victor Klemperer postum in München der Geschwister-Scholl-Preis verliehen für seine Tagebücher *Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten*, die den Zeitraum von 1933 bis 1945 umfassen.

1933, beim Machtantritt Hitlers war Klemperer 52 Jahre alt und seit 12 Jahren an der kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH Dresden als Professor für romanische Sprachen und Literatur tätig.

Klemperer war erst ziemlich spät zur wissenschaftlichen Laufbahn gekommen. Am 9. Oktober 1881 als neuntes Kind des späteren Predigers an der Berliner reformierten jüdischen Gemeinde Dr. Wilhelm Klemperer geboren, hatte er nach einer durch eine Kaufmannslehre unterbrochenen Gymnasialzeit erst 1902 Germanistik und Romanistik in München, Genf, Paris und Berlin zu studieren begonnen, dieses Studium aber nach einigen Semestern wieder abgebrochen. Doch nach mehreren Jahren journalistischer Tätigkeit nahm er 1912 erneut in München das Studium auf, promovierte bereits 1913 mit einer germanistischen Arbeit, habilitierte sich 1914 bei Voßler mit einer romanistischen Arbeit über Montesquieu - das Interesse für das 18.Jh. sollte ihn nie mehr loslassen - und erhielt, aus dem Ersten. Weltkrieg, an dem er als Kriegsfreiwilliger teilgenommen hatte, zurückgekehrt, zunächst eine ao. Professur in München, 1920 dann den Ruf nach Dresden, aber eben nach Dresden an eine TH und nicht auf ein Universitätskatheder. Seine Bemühungen in den folgenden Jahren, sich durch eine intensive Publikationstätigkeit für einen solchen Ruf wissenschaftlich zu qualifizieren, scheiterten immer wieder auch an dem bereits in gewissen Universitätskreisen vorhandenen Antisemitismus.

Dieser Antisemitismus, zur Staatsdoktrin erhoben, wurde in den nächsten zwölf Jahren sein Schicksal.

---

* Vortrag, gehalten am 26. November 1996 im Plenum der Leibniz-Sozietät

Die Vorgänge gleich im ersten Jahr nach der Machtübernahme waren für Klemperer ein ideologischer Schock. So viel Gemeinheit, Brutalität und Lüge in Deutschland, dem er sich mit allen Fasern seines Denkens, seiner Kultur verbunden fühlte! Die Zeitgeschichte bricht unabweislich in sein privates Tagebuch ein.

21.2.1933 "Seit etwa drei Wochen die Depression des reaktionären Regimentes. Ich schreibe hier nicht Zeitgeschichte. Aber meine Erbitterung, stärker, als ich mir zugetraut hätte, sie noch empfinden zu können, will ich doch vermerken. Es ist eine Schmach, die jeden Tag schlimmer wird. Und alles ist still und drückt sich, am tiefsten die Judenheit und ihre demokratische Presse."

Und am 10. März "Was ich bis zum Wahlsonntag, 5.3., Terror nannte, war mildes Prélude,...Acht Tage vor der Wahl die plumpe Sache des Reichstagsbrandes - ich kann mir nicht denken, daß irgend jemand *wirklich* an kommunistische Täter glaubt statt an bezahlte Hakenkreuzarbeit. Dann die wilden Verbote und Gewaltsamkeiten. Und dazu durch Straße, Radio etc. die grenzenlose Propaganda. ... Dann der ungeheure Wahlsieg der Nationalsozialisten."

"Die Niederlage 1918 ", fährt er am 17.3. fort," hat mich nicht so tief deprimiert wie der jetzige Zustand. Es ist erschütternd, wie Tag für Tag nackte Gewalttat, Rechtsbruch, schrecklichste Heuchelei, barbarische Gesinnung ganz unverhüllt als Dekret hervortritt.... Ich kann das Gefühl des Ekels und der Scham nicht mehr loswerden. Und niemand rührt sich; alles zittert, verkriecht sich." " "Ich glaube übrigens", heißt es drei Tage später," daß es (Deutschland, R. Sch.) die Schmach, ihr (seiner neuen Regierung, R. Sch.) anheimgefallen zu sein, niemals abwaschen kann. Ich für mein Teil werde niemals wieder Vertrauen zu Deutschland haben."

Entsetzen, Ekel, Schmach,, die Worte wiederholen sich in den Tagebucheintragungen dieses ersten Jahres und zugleich die Verzweiflung über die widerstandslose Hinnahme dieses Verbrecherregimes seitens des Volkes und über die Stillhaltetaktik seitens des Auslandes. Aber sehr bald kommt die Angst über die eigene Bedrohung hinzu, weil sich die Zeichen einer gezielten Judenverfolgung mehren.

Man kann sagen, daß die Protokollierung der Judenverfolgung in Klemperers Tagebüchern aus der Sicht des unmittelbaren täglichen Erlebens eines davon Betroffenen drei Etappen sichtbar macht:

- eine erste bis einschließlich 1937, in der die gesetzlichen Grundlagen, vor allem die Nürnberger Gesetze (15.9.1935), zur Ausschaltung der Juden gelegt werden und zugleich mit einer ungeheuren Propagandawalze die systematische Verteufelung der Juden als psychologische Vorbereitung dazu betrieben wird;

- eine zweite, als deren Schaltjahr 1938 und als deren Höhepunkt das Jahr 1942, das Jahr der Wannseekonferenz am 20.1. und der dort beschlossenen Endlösung , anzusehen ist;

- und schließlich die dritte der letzten Kriegsjahre mit der Zu-Ende-Führung des Todesprogramms, dem nur wenige entgangen sind.

Angst, zunächst materielle, dann existentielle, ist das ständige Signum dieser Jahre.

Zunächst beginnt die Judenhetze mit Boykottmaßnahmen, auch an der TH. Am 31. 3. 1933 verzeichnet Klemperer, daß die Dresdner Studentenschaft eine Erklärung angenommen hat, daß es gegen die Ehre deutscher Studenten gehe, mit Juden in Berührung zu kommen. Klemperers Hörerzahlen gehen zurück. 34 wird er aus der Prüfungskommission entfernt. Doch noch kann er arbeiten. Die Landesbibliothek ist eine Schatzkammer an Literatur für das 18.Jh., die DLZ nimmt ihm 8 Rezensionen ab, die auch gedruckt werden; noch hofft er, seine Stellung retten zu können. Er legt am 14. November 1934 den Amtseid auf Hitler ab, indem er sich selbst mit seiner reservatio mentalis beruhigt. Am 16. 5. 1936 wird er sich diese Schwäche im Tagebuch vorwerfen. Am 30. 4. 1935 erhält er seine Entlassungsurkunde.

Die geistige Isolierung beginnt. Vom Neuphilologenkongreß, der im Oktober in Dresden tagt, meldet sich kein Romanist bei ihm."...ich bin wie eine Pestleiche." (19. 10. 35) Vereinsamung und Judenhetze nehmen zu.:

21. 7. 1935: "Die Judenhetze und Progromstimung wächst Tag für Tag. ... Gewalttätigkeiten in Berlin, Breslau, gestern auch hier in der Prager Straße."

11. 8. 1935: " Die Judenhetze ist so maßlos geworden, ... wir rechnen damit, hier nächstens totgeschlagen zu werden."

"Die Mehrzahl des Volkes ist zufrieden," notiert Klemperer am 16.5.36. Es sieht in Hitler den Retter vor dem Bolschewismus. Mit der Schürung der Angst vor dem Bolschewismus soll das Volk niedergehalten werden, damit es sich "um solcher Kleinigkeiten willen," schreibt Klemperer

ironisch, "wie der Unterdrückung bürgerlicher Freiheit, der Judenverfolgung, der Fälschung aller wissenschaftlichen Wahrheit, der systematischen Zerstörung aller Sittlichkeit..." nicht empört.

Daß in diesem Klima Klemperers Isolierung immer größer wird, vermerkt er mit wachsender Bitterkeit. Seine "arische" Frau Eva hält trotz dieses schweren Schicksals tapfer zu ihm. "Gänzlich verarmt und gänzlich vereinsamt.", schreibt er am 8. Dezember 36 ins Tagebuch. "Bisweilen läßt sich hier Annemarie sehen. Sonst niemand mehr." (28.11.37)[1]

Die Vereinsamung resultiert nicht nur aus dem Verlust von alten Freunden, die die politische Meinung ändern, sich adaptieren oder einfach Angst haben, sondern auch aus der Emigration von jüdischen Freunden und Bekannten. Klemperers eigene, ohne innere Überzeugung betriebenen Emigrationsversuche bleiben erfolglos. "Aber ich werde nicht fortkommen, und es ist auch sicher gegen Evas innersten Willen, hier herauszugehen - ... wir graben uns hier ein und gehen hier zugrunde."(28. 12. 1937)

Doch trotz aller Isolierung, trotz der Behinderung seiner wissenschaftlichen Arbeit durch das Verbot vom 9. 10. 1936, den Lesesaal der Landesbibliothek, in dem er bisher seine Literatur zum 18.Jh. studiert hat, zu betreten, trotz aller Bedrohung , noch bleibt ein Rest von Alltagsnormalität und der Versuch , gegen die Zeichen der Zeit zu leben. Die Klemperers bauen ein Haus, in das sie am 1.Oktober 1934 einziehen, und verschulden sich hoch gegen alle Vernunft. Klemperer lernt Auto fahren, und sie kaufen im März 1936 einen gebrauchten Wagen, um ein Stück Bewegungsfreiheit zu gewinnen; sie machen in diesem und dem nächsten Jahr kleine Fahrten nach Berlin zur Schwester, an die See, ins Riesengebirge und kehren von solchen Fahrten glücklich in ihr Haus zurück, und Klemperer schreibt am 18. 10. 1936, daß es nach solchem Erleben auch ein Glück ist, " sich sehr zu lieben."

Bei allen Sorgen, vor allem ständigen Geldsorgen, die diese ersten Jahre kennzeichnen, bei aller Bedrückung durch die politischen Zustände, noch gibt es zugleich erfreuliche Momente, einen Kinobesuch, ein Essen im Restaurant, einen Spaziergang... Aber Klemperers Gesundheitszustand verschlechtert sich, seine Herzbeschwerden, seine "Memento" nehmen zu, Eva ist oft leidend, eine Änderung der politischen Zustände zu erleben, ist

[1] Gemeint ist Annemarie Köhler, die Ärztin aus Pirna, die Klemperer all die Jahre die Treue hält und seine Manuskripte rettete

aussichtslos. Als Grundgefühl notiert Klemperer im Silvesterresumé 1937: "...das fürchterliche Stillstehen der Zeit, das hoffnungslose Vegetieren."

Mit dem Jahr 1938 erfährt diese Situation des Stagnierens der Zeit einen Wandel zum Schlimmeren, denn Hitler kann einen außenpolitischen Erfolg nach dem anderen verbuchen. Klemperer verfolgt die Vorgänge mit äußerster Aufmerksamkeit, auch "sua res agitur". Zunächst Österreich. Klemperers bedrückte Notiz am 20. 3. "Der ungeheure Gewaltakt der Österreichannexion, der ungeheure Machtzuwachs nach außen und innen, die wehrlos zitternde Angst Englands, Frankreichs usw." Im Sommer die heraufziehende Sudetenkrise. Und dann die äußerste Enttäuschung. Die Westmächte ducken sich ein weiteres Mal. Münchner Abkommen, Besetzung des Sudetenlandes. Klemperer ist entsetzt, daß selbst jüdische Freunde im Ausland das Arrangement von München nur als Rettung vor einem Krieg betrachten :"...sie sehen nicht, daß damit *unser* Schicksal besiegelt ist." (9. 10.) Hitler hat die Hände frei für schärfere Maßnahmen gegen die Juden.

Am 29. 6. vermerkt Klemperer, daß er beim "Amt zur Abwicklung jüdischen Vermögens" eine Vermögensaufstellung einreichen muß. Am 24. 8. kommt das Gesetz über die jüdischen Vornamen. Klemperers amtliche Unterschrift muß in Zukunft Victor-Israel Klemperer lauten. In der Reichskristallnacht vom 9. November gibt es im ganzen Land gewalttätige Ausschreitungen, brennen die Synagogen. Auch die Dresdner Synagoge wird niedergebrannt, was Klemperer am 25. 11.vermerkt. Die Angst steigt. Am 11. 11. die erste Hausdurchsuchung nach Waffen.[2] Am 5. 12. das Verbot, Auto zu fahren.[3] Doch der entscheidende Schlag ist für Klemperer am 2. 12. in der Landesbibliothek die Mitteilung, daß ihm die weitere Benutzung der Bibliothek verboten ist.[4] Dies macht ihm jegliche gezielte wissenschaftliche Arbeit unmöglich. Auch alle ernsthaften Emigrationsversuche dieses Jahres - er hatte sogar Englischunterricht genommen - waren gescheitert. Das Jahresresümé spricht deutlich von seiner Niedergedrücktheit: " ...immer deutlicher abwärts. Aber ich will nicht voreilig behaupten, daß wir bereits im letzten Höllenkreis angelangt sind."

Das stimmt. Das Jahr 1939 beginnt in Hitlers Rede zum Tag der Machtübernahme mit seiner unverhüllten Drohung "... der Vernichtung der

[2] Notiz 27.11.1938

[3] Notiz 6.12. 1938

[4] Notiz 3.12.1938

Juden in Europa, wenn >sie< den Krieg gegen Deutschland heraufbeschwören würden."(5. 2. 1939) Bei der Errichtung des Protektorats März 1939 zunächst erneutes Stillhalten das Auslandes. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September ist das Maß voll, der Krieg hat begonnen (Kriegserklärungen Frankreichs und Englands am 3. 9.)

Sofort nach Kriegsbeginn kommen neue Verbote, Abgaben, Verordnungen (wie die Einzahlung des Bankkontos auf ein Sicherheitskonto mit beschränktem Verfügungsrecht). Der Griff nach dem Leben beginnt mit dem Griff nach dem Vermögen! Für weitere Beunruhigung sorgen zwei Haussuchungen am 11. September und 4. Oktober nach Rundfunkgeräten und sicherzustellendem Kulturgut.

Mit dem Kriegsbeginn ändert sich in den Tagebüchern Klemperers Einschätzung gegenüber den historischen Vorgängen. Am Anfang stand das Gefühl im Vordergrund: Hitler wird sich nicht halten können. Als es im Innern ruhig bleibt, kommt die Verbitterung über das Sich-Ducken des Volkes. Dann die immer wieder enttäuschte Hoffnung über den ausbleibenden Widerstand des Auslandes gegenüber den Rechtsbrüchen , den Terrormaßnahmen. Dann die von Angst und doch auch zugleich von Hoffnung erfüllte bange Frage: " Wird Krieg?" Und als er ausgebrochen ist, Klemperers beinahe erleichtertes Gefühl "...es herrscht jetzt Bewegung, ..." und die Überzeugung,"...daß der Nationalsozialismus im kommenden Jahr zusammenbricht." Zugleich aber die neue Sorge. "Vielleicht werden wir dabei zugrunde gehen."

In der Silvestereintragung, woraus diese Zitate stammen, folgt der Satz: "Ob wir freilich das Haus und den Kater retten?" Angesichts der neuen Drangsale, die das Jahr gebracht hatte, ist er von einer geradezu rührenden Naivität.

Im nächsten Jahr 1940 erfolgt außer weiteren Verboten, die die Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit einschränken (Telefonentzug, Sperrstunde 20 Uhr, feste Einkaufszeiten = eine Stunde pro Tag usw.), der entscheidende Eingriff in die Privatsphäre und in die Arbeitsmöglichkeiten.

Klemperers müssen das geliebte kleine Haus in Dölzschen - an dem Eva so hängt auch wegen des dazu gehörenden Gartens, der ihr Werk ist -

verlassen und am 24. Mai in das Judenhaus Caspar-David-Friedrich Str.15b ziehen.[5]

Die Zusammenpferchung im Judenhaus bringt eine völlige Veränderung ihres Privatlebens. Nach der jahrelangen Isolierung eine Art zwangsweiser Gemeinsamkeit mit Schicksalsgenossen und eine von den Peinigern sicher nicht gewollte Erweiterung ihrer Informationsmöglichkeiten, da sie nun Berichte von verschiedenen Seiten hören. Zugleich ergibt sich daraus aber auch eine Kumulierung der Schreckensnachrichten, weil sie sich im Hause schnell verbreiten.

Das Benutzungsverbot von Leihbibliotheken, das Klemperer am 21. 10. vermerkt, bedeutet für ihn einen weiteren empfindlichen Einschnitt in seine geistige Arbeitsmöglichkeit, die sein psychischer Halt ist. Frankreichs Zusammenbruch im Sommer hatte ihn schon hoffnungslos genug gemacht.[6] Das immer weitere Anschwellen der Judenhetze (der Film Jud Süß), sowie die Nachrichten über Verschickungen im großen Stil, von württembergischen und elsässischen Juden in spanische Konzentrationslager und von Stettiner Juden nach Polen - Klemperer notiert beides am 10. Dezember - verstärken die Trostlosigkeit der Lage.

Und der Abstieg in den Höllenkreisen geht weiter.

1941 muß Klemperer vom 23. Juni bis 1. Juli eine Woche Gefängnis verbüßen wegen nicht rechtzeitiger Verdunkelung.[7]

Am 28. 10. wird seine Schreibmaschine abgeholt.[8] Nun kann er das Curriculum vitae, an dem er arbeitet, nicht mehr ins Reine bringen, und seine Handschrift ist so gut wie unleserlich.

Die Verbotsserie wird fortgesetzt (9. 7. Verbot, Elbdampfer zu benutzen; 10. 8. Rauchsperre; 18. 9. Busverbot; 19. 9. Verbot, das Weichbild der Stadt zu verlassen; 31. 10. und 9. 11. Mitteilung über Emigrationssperre).

Schlimmer noch sind die massiven neuen Nachrichten über weitere Verschickungen nach Polen (9. 11.), die "...von verschiedenen Seiten kata-

---

[5] Notiz 26.5. 40

[6] vgl. das Silvesterresümé

[7] Das entsprechende Tagebuchkapitel: Zelle 89, nach der Entlassung geschrieben, ist das glänzende Selbstporträt eines Mannes, der nicht leben kann, wenn ihm die Möglichkeit geistiger Arbeit genommen ist

[8] Notiz 31.10.

strophal " lauten (18. 11.) " Sie müssen fast buchstäblich nackt und bloß hinaus. Tausende aus Berlin nach Lodz (>Litzmannstadt<)." (25. 10.) Auch für Dresden wird ein Transport (auf den 27. 11.) an- und dann wieder ausgesetzt, vermerkt Klemperer am 28. 11. und fügt hinzu: "Täglich Nachrichten aus verschiedenen Städten, Abgang großer Transporte, ... München, Berlin, Hannover, Rheinland..." Und wenige Tage danach: "Aber die Evakuierungen gehen weiter, es kann uns jeden Tag treffen."(5. 12.)

Doch der schlimmste Schlag des Jahres ist die Verpflichtung zum Tragen des Judensterns am 19. 9.. Als Eva ihn an Klemperers Jacke annäht, bekommt er einen Tobsuchtsanfall. Nun ist er vogelfrei. " Unser ganzes Leben ist umgewälzt,..." schreibt er am nächsten Tag ins Tagebuch.

Das Jahr 1941 hat aber auch mit dem Kriegsbeginn gegen die Sowjetunion am 22. Juni eine Wende im Kriegsverlauf gebracht. Die Zeit der Blitzsiege ist zu Ende. Das Silvesterrésumé spiegelt diesen Hoffnungsschimmer: "...nil inultum remanebit.", sagt Klemperer in seiner kleinen Silvesterrede , und "...die Nase hoch!"

Eines der eindrucksvollsten Bildwerke Barlachs heißt "Das schlimme Jahr 37". Es könnte als Symbol für das Jahr 1942 stehen, wenn man zur unendlichen Trauer der Frauengestalt noch den Ausdruck des Entsetzens hinzufügte.

Mit dem Beschluß zur Endlösung der Judenfrage auf der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 erfuhr die Judenverfolgung geradezu einen Paroxismus.

Neue Verbote, zunehmende Haussuchungen, Steigen der Morde und Selbstmorde, laufend neue Evakuierungen, Transporte, - die Todeszüge rollen quer durch Europa - immer schlimmere Nachrichten und Gerüchte von Massenmorden und unmenschlichen Zuständen in den KZs.

Klemperers Tagebuch spricht davon eine beredte Sprache.

Am 14. Februar wird er trotz Alter und schwerer Herzbeschwerden zum Schneeschippen eingesetzt.[9] Die Verbotsserie wird fortgesetzt. Am 2. Juni verzeichnet Klemperer 31 Verbote. Bis zum 14. 10. kommen weitere 13 hinzu. Sie reichen vom Abschneiden von jedem kulturellen Leben, wie: Radio-, Konzert-, Theater-, Kino-, Museums, Bibliotheksverbot, über

[9] Notiz 15.2.

Einschränkungen im Verkehr, wie: Fahrverbot auf Bus, Tram, Elbdampfer; Verbot in Parks spazieren zu gehen; Wege längs der Parks, z. B. des Großen Gartens in Dresden zu benutzen, bis hin zu kleinen Schikanen, wie: Rauchverbot oder dem Verbot, Haustiere zu halten. Klemperers müssen den geliebten Hauskater Muschel vergiften lassen (19. 5). Klemperer vermerkt vor dieser Auflistung zu Recht: "Der Würger wird immer enger angezogen, die Zermürbung mit immer neuen Schikanen betrieben.... Und der kleine Nadelstich ist manchmal quälender als der Keulenschlag." (2. 6.)

Doch auch diese mehren sich. Am 5. 2.,9. 2.,1. 3.,7. 4. immer wieder neue Gerüchte über Haussuchungen, "...bei denen aufs brutalste *geprügelt* und wahllos geraubt wird."(5. 2.)

Am 22. 5., Freitag nachmittags, die längst erwartete Haussuchung. Verwüstung, Diebstahl von Lebensmitteln, die auf Marken für das Wochenende eingekauft wurden. (Notiz 23. 5.)

Am 10. Juni[10] die zweite Haussuchung mit Fußtritten, Ohrfeigen, Bespucktwerden, mit Zerreißen der Notizen, die Klemperer zum Mythus von Rosenberg angefertigt hat. Für solche Entweihung wird ihm das Buch auf den Kopf gehauen und Eva, die es besorgt hat, strikt verboten, in Zukunft eine Leihbibliothek zu benutzen. Die in Evas Notenheften versteckten Tagebuchnotizen werden zum Glück nicht gefunden. Es hätte die sichere Verschickung für beide bedeutet. Die üblichen Lebensmitteldiebstähle sind beinahe unwichtig angesichts des Fortfalls der Leihbibliotheksbenutzung. "Ich kann nicht mehr arbeiten, nur noch mich beschäftigen." schreibt Klemperer verzweifelt in diese Tagebuchnotiz. Am 12. 6. noch einmal der verzweifelte Hinweis: "Ich habe so stark das Gefühl, durch das Abschneiden der Bücherentleihung in den nächsten Höllenkreis hinabbefördert zu sein. Unbildlich: Vorgestern, am 10. Juni 42, begann wieder eine neue, schlimmere Phase."

Der Vorgang der Haussuchungen hat Klemperer so bewegt, daß er am 19. Juni nochmals darauf zurückkommt. Erst jetzt sind die ständigen Berichte darüber für ihn Realität geworden." *So buchstäblich unvorstellbar* ist mir bisher unsere Situation gewesen: Man hat mir immer berichtet vom Geschlagen- und Bespucktwerden, vom Zittern vor jedem Autogeräusch, jedem Klingeln, vom Verschwinden und Nicht-Wiederkommen - ich hab

[10] Notiz 11.6.

es doch nicht gewußt. Jetzt weiß ich, jetzt ist das Grauen immer in mir... jetzt erst erlebe ich's... Ich vergleiche dies Todesgrauen mit dem im Felde. Dies hier ist tausendmal gräßlicher."

Am 20. 8. stellt Klemperer "den Stundenplan des Alltags" zusammen, der von früh bis spät nur von einer Frage beherrscht wird: wann kommen *sie*?

Zunächst kommt am 3. September eine neue Übersiedelung ins zweite Judenhaus am Lothringer Weg 2 in Dresden-Blasewitz mit allen damit verbundenen neuen Schwierigkeiten und weiterer Zusammendrängung der noch in Dresden verbliebenen Juden.

Dieses unmittelbare Betroffensein wird zusätzlich verstärkt durch immer neue Nachrichten über Verschickungen, Transporte, über Massenmorde im Osten, in den Lagern und KZs.

Auch wenn Klemperer von diesen Vorgängen nur gerüchteweise erfährt - aber so weit wie möglich gibt er ihre Quelle an und erwägt ihre Zuverlässigkeit - ich möchte sie im folgenden für das Jahr 1942 auflisten, weil ihre Dokumentation in Klemperer Tagebüchern für die immer wieder erneut gestellte Frage, wie weit der Vernichtungsfeldzug gegen die Juden den Deutschen bekannt war, bzw. bekannt sein konnte, in der gegenwärtigen Auseinandersetzung darum eine Rolle spielt.[11]

Von der Existenz von KZs erfährt Klemperer schon 1933 durch seine kommunistisch eingestellte Freundin Gusti Wieghardt. "Auch erzählt Gusti viel von einigen besonders bösen Konzentrationslagern."(9. 10.)

Am 27. Oktober 1938 hört er gelegentlich eines Arztbesuches in Berlin zum 1. Mal von Buchenwald, über das "...sehr Bitteres berichtet worden war."[12]

Knapp zwei Wochen danach am 6. 12. 1938 kommt er wieder auf Buchenwald zurück: "Die angstvollen Andeutungen und bruchstückhaften Erzählungen aus Buchenwald - Schweigepflicht, und: ein zweites Mal kommt man von dort nicht zurück, es sterben eh schon zehn bis zwanzig Leute täglich - sind greulich."

---

[11] vgl. Wolfgang Schneider, *Pro Germania.Über Nutzen und Nachteil der Tagebücher Victor Klemperers für die moralische Aufrüstung der wiedervereinigten Deutschen*, Konkret (10/1996),S. 18-22 und die Historikerdiskussion um Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker.Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, Siedler Verlag 1996

[12] Notiz 25.11.

Und am 20. 2. 1941 ein Erlebnisbericht von Reichenbach, der dort interniert war, über schlimme Zustände in Buchenwald.

Im Jahr 1942 kommen zu diesen KZberichten grauenvolle Nachrichten über Vernichtungsaktionen von Juden im Osten auch außerhalb der Lager.

So notiert Klemperer am 13. 1. das von verschiedenen Seiten sehr glaubhaft mitgeteilte Gerücht".. es seien evakuierte Juden bei Riga reihenweise, wie sie den Zug verließen, *erschossen* worden."

Solche Nachrichten sind umso bedrohlicher als die Evakuierungen, die Transporte laufend weitergehen.

Am 17. 1. notiert Klemperer, daß am kommenden Mittwoch hiesige Juden evakuiert werden, "...ausgenommen, wer über fünfundsechzig, wer das EK I besitzt, wer in Mischehe, auch kinderloser, lebt. Punkt 3 schützt mich..." Doch die Frage bleibt. "Was wird man mit dem Dresdener Judenrest überhaupt machen?"

Zwei Tage danach (19. 1.) kommt die Bestätigung, daß 250 Leute evakuiert worden sind. "Auch aus Berlin ging gestern ein Transport ab."

15. 2. Nachrichten über Todesfälle in KZs kurze Zeit nach der Einlieferung. "Es heißt, dort werde schwere Arbeit (Steineschleppen) gefordert, wer schlapp macht, werde schwer mißhandelt."

1. 3. "Es liegt jetzt so, daß KZ offenbar identisch mit Todesurteil ist."

Am 16. 3. die erste Erwähnung von Auschwitz, das bereits 1940 errichtet wurde. "Als furchtbarstes KZ hörte ich in diesen Tagen Auschwitz (oder so ähnlich)", und diese Hinzufügung unterstreicht, daß er den Namen noch nicht gehört hat, "bei Königshütte in Oberschlesien nennen. Bergwerksarbeit, Tod nach wenigen Tagen."

5. 4. Ostersonntag: "Bilanz der Feiertage: bisher vier Selbstmorde unter den Juden....Neue Evakuierungstransporte aus Berlin und mehreren Städten abgegangen..., die Grausamkeit in judaeos (nimmt ‚R. Sch.) täglich zu."

19. 4. "Grauenhafte Massenmorde an Juden in Kiew. Kleine Kinder mit dem Kopf an die Wand gehauen. Männer, Frauen, Halbwüchsige zu Tausenden auf einem Haufen zusammengeschossen, ein Hügel gesprengt und die Leichenmasse unter der explodierenden Erde begraben."

16. 6. "... drei Berliner Transporte in desolatem Zustand hier durchgekommen ... Sie gehen in das Sammellager Theresienstadt, von wo aus Verteilung nach Polen erfolgt."

26. 6. "Das Altersheim im Gemeindehaus wird evakuiert. Eine Reihe anderer alter Leute, von der Gestapo namentlich bestimmt, muß mit hinaus. ... Im ganzen wird der Transport 50 alte Leute umfassen."

Die Nachrichten über Theresienstadt, wohin die meisten Transporte aus Dresden zunächst gehen, sind unterschiedlich. Am 3.Juli schreibt Klemperer: in Theresienstadt "...soll es nicht gar so schlimm sein.... Auf der anderen Seite scheint es, als habe es dort Massenerschießungen gegeben, während man sich hier mit Detailtötungen begnügt und die Allgemeinheit nur eben mißhandelt."

9. 7. "Wann habe ich den Namen Theresienstadt zuerst gehört?... Es muß in diesem Winter gewesen sein, daß Kreidels von Prager und Wiener Evakuierungen nach Theresienstadt erzählten. Es kann keine zwei Monate her sein, daß auch von reichsdeutschen Transporten dorthin die Rede war."

25. 7. "Verhaftetwerden ist jetzt identisch mit Getötetwerden, gleich hier an Ort und Stelle, die Konzentrationslager werden erst gar nicht mehr in Anspruch genommen."

27. 7. "Der Mord greift um sich, greift nach allem, wird immer eiliger. Und wie sterben die Leute? Niemand ist dabei, und es gibt Anzeichen von Folterungen."

6. 8. " Am Dienstag geht wieder ein Transport von hier nach Theresienstadt; und schon scheint das mir, scheint es der Judenheit hier eine Selbstverständlichkeit."[13]

14. 8. referiert er die Meinung von Bernstein: "... daß man in Theresienstadt die arbeitsunfähigen Kranken mit Injektionen beseitige,... Ich fragte, warum nicht hier? - Weil es dort mehr im geheimen geschehe, Theresienstadt sei ganz isoliert - Nicht einmal Katz als Begleitarzt komme über Leitmeritz hinaus. Bernstein nannte die Brutalität des Transports eine namenlose."

[13] An anderer Stelle, am 30.5.42, hat Klemperer auf die abstumpfende Wirkung der Gewöhnung an das ständige Bedrohtsein, an das Grauen hingewiesen!

Am 4. 10. Hinweis auf "ein KZ Mauthausen an der österreichischen Grenze", von wo zwei Dresdner Juden als auf der Flucht erschossen gemeldet wurden.

17. 10. Zweiter Hinweis auf Auschwitz, "das ein schnell arbeitendes Schlachthaus zu sein scheint."

30. 10. eine weitere Todesnachricht einer Dresdner Jüdin, die von Ravensbrück nach Auschwitz verschickt worden war.

Im November trifft die Dresdner Juden ein neuer schwerer Schlag. Am 13. 11. berichtet Klemperer, daß 300 jüdische Arbeiter bei Zeiss-Ikon von den noch in Dresden befindlichen 600 Juden in Baracken kommen. "Das läuft auf eine tatsächliche Evakuierung hinaus, denn auch sie werden bis auf das Handgepäck enteignet, und man hält sie dann wie Gefangene...keine Kommunikation mit der Welt.- Was geschieht mit dem Rest der Juden hier, mit den Mischehen, mit *uns*?"

Zum Jahresschluß schließlich die Mitteilung (29. 12.), daß Schirach in Wien größere Brutalitäten gegen die Juden verübe als Mutschmann in Dresden und Wien gänzlich judenfrei mache, daß Berlin im Massenbetrieb evakuiere, daß "entsetzliche Grausamkeiten gegen rumänische Juden" verübt worden seien ("Mußten sich ihr Massengrab graben, sich nackt ausziehen und wurden dann erschossen...")

Angesichts dieser "Höllengeographie der Weltgeschichte" , wie Klemperer sie in der LTI nennen wird, erhalten selbst die Eintragungen über die Alltagsverrichtungen wie Kranken-, Freundschafts-, Abschiedsbesuche bei Transportleuten, Teilnahme an Beerdigungen und notwendige Amtswege zur Gemeinde einen grausigen Schein und der mühselige und schwierige Kampf um das tägliche Essen - 1942 ist Klemperer schlimmstes Hungerjahr[14] - reduziert sich demgegenüber beinahe auf eine Selbstverständlichkeit.

Das Silvesterresümé in seiner protokollarischen Kürze und dokumentarischen Nüchternheit erfaßt besser als jeder wertende Kommentar das Geschehen dieses Todesjahres.:

"Alle, mit denen wir voriges Silvester zusammen waren, sind ausgelöscht durch Mord, Selbstmord und Evakuierung. Dies Jahr 42 war von den zehn

[14] cf. die Eintragungen vom 2.7.,10.7.,19.7.,20.7., gräßliches Hungern, 21.7. bohrender Hunger

NS-Jahren bisher das schlimmste. Wir haben immer neue Demütigung, Verfolgung, Mißhandlung, Schändung erlitten, Mord hat uns ständig umspritzt, und jeden Tag fühlten wir uns in Todesgefahr. Und dabei kann ich nur sagen: Bisher das schlimmste Jahr, denn es besteht alle Aussicht, daß der Terror noch weiter steigt, und das Ende des Krieges und dieses Regimes ist nicht abzusehen."

Mit dieser skeptischen Einschätzung hatte Klemperer recht. Krieg und Judenverfolgung gingen noch fast zweieinhalb Jahre weiter und damit auch Klemperers immer neue Eintragungen in den Tagebüchern über Morde, Evakuierungen, Vergasungen. "Die ständige gräßliche Angst vor Auschwitz." und die Angst , das gleiche Schicksal zu erleiden (14. 1. 1943). Laut offizieller Statistik der Reichsvereinigung der Juden lebten am 1. 3. 1943 noch 43000 Juden in Deutschland. Einen Monat später sind es nur noch 31000.(Notiz vom 13. 4. 1943) Am 4. März. 1943 vermerkt Klemperer, daß noch 130 Sternträger in Dresden leben, am 12. 6. 43 sind es nur noch 60. Und wieder kommt seine verzweifelte Frage: "Was wird vor allem mit uns den Besternten?" (12. 6. 43)

Aber Klemperer hat inmitten dieser systematischen Vernichtung immer wieder wie durch ein Wunder Glück. Zwar wird er in den nächsten beiden Jahren zum Fabrikdienst herangezogen, - zuerst bei der Fa. Willy Schlüter, Heilbäder und Kräutertees, vom 19. 4. 43 bis 30. 10. 43 , anschließend bei der Fa. Thiemig und Möbius, Papierverarbeitung, vom 1. 11. 1943 bis 24. 7. 1944 - doch beide Chefs behandeln ihre jüdischen Arbeiter im Rahmen des Möglichen freundlich; Schlüter wird sogar wegen seiner Judenfreundlichkeit geschlossen. Möbius gibt ihnen das Mittagessen gratis und zusätzliche Kartoffeln. Dennoch empfindet Klemperer diese Fabrik-Monate als Fron. Die Schwere der Arbeit, die Staubgefährdung bei Schlüter zerrütten seine Gesundheit, die zermürbende Eintönigkeit und das Tempo bei Möbius untergraben seine Widerstandskraft. Eine schwere angina pectoris und eine bedrohliche Augenentzündung sind die Folge. Katz, der verbliebene jüdische Arzt, beantragt seine Arbeitsentpflichtung. Am 24. Juni macht Klemperer folgende Eintragung: "Historisches Datum meines Lebens: Gestern am 23. 6. 44 bin ich endlich und wirklich >dienstentpflichtet< worden... Nun hat die Fabrikarbeit, die ich über vierzehn Monate leisten mußte und die mich ein Stück Gesundheit und soviel vergeudete Zeit gekostet hat, wirklich ein Ende." Vergeudete Zeit", das war das Stichwort, ihm blieb bei der schweren körperlichen Arbeit keine Kraft zur geistigen Arbeit. In dem Silvesterresumé 1944 kommt er nochmals darauf zurück:" Das einzige wesentliche Datum des Jahres war für

mich der 24. Juni. Der Tag meiner Entpflichtung. Seitdem bin ich die Fabriksklaverei los, seitdem habe ich ... ausgiebiger für mich arbeiten können, d.h.: aufs Geratewohl Lektüre treiben sub specie LTI." Dieselbe Silvestereintragung zeigt aber auch seine Bedrückung hinsichtlich seines Gesundheitszustandes, seine Skepsis gegenüber der Zukunft, sein Kreisen um den Gedanken des Todes, das sich so oft in den Tagebüchern findet. Die neue Gefahr, die für alle Dresdner in diesem Jahr mit den ersten Bombenangriffen hinzugekommen ist, wird nicht einmal erwähnt. Gerade diese aber sollte ihm paradoxerweise das Leben retten.

Am 13. Februar 1945 hatte Klemperer die Marschbefehle zu einem Arbeitseinsatz für die restlichen Juden in Dresden austragen müssen. Einige wenige Dienstentpflichtete wie er selbst waren ausgenommen. Die Aktion galt grundsätzlich als Todeseinsatz, und die Ermordung würde anschließend auch die Zurückbleibenden treffen. Bei dem Vernichtungsbombardement Dresdens in dieser Nacht vom 13. zum 14. Februar, das die Stadt in Schutt und Asche legte und Zehntausende das Leben kostete wurde auch das Judenhaus in der Zeughausstraße, das dritte, in das Klemperer noch am 13. 12. 1943 hatte umziehen müssen, getroffen. Beide Klemperers blieben unversehrt. Eva riß ihrem Mann den Judenstern ab, und in dem allgemeinen Chaos gelang es ihnen , Dresden unerkannt zu verlassen und sich in einer unvorstellbaren Flucht unter falschem Namen als Ehepaar Kleinpeter aus Landsberg a. d. Warthe nach Bayern durchzuschlagen.

Am 28.April 1945 war mit dem Einzug der Amerikaner der Krieg für sie in Unterbernbach, wohin sie geraten waren, zu Ende.[15] Sie waren gerettet. Nach einer ebenso abenteuerlichen Rückkehr meistens in Fußmärschen langten sie am 10. Juni, einem Sonntag, wieder in Dresden an. Das Ziel, ihr Haus, ihr Garten lag greifbar vor ihnen. Das Tagebuch schließt mit dem klassischen Satz: " Am späteren Nachmittag stiegen wir nach Dölzschen hinauf."

***

Daß die Manuskripte der Tagebücher, in denen Klemperer das Geschehen und sein Erleben dieser zwölf Jahre niedergeschrieben hat, erhalten geblieben sind, verdanken wir zum einen einem glücklichen Zufall - das Haus, worin sie in Pirna aufbewahrt waren, wurde weder von der Gestapo

[15] Notiz vom 3. 5., S. 764/65

durchsucht noch ausgebombt - und zum anderen dem Mut zweier Frauen: Klemperers Frau Eva, die die Manuskripte wegbrachte, und Dr. Annemarie Köhler, der befreundeten Ärztin in Pirna, die es wagte, sie zu verstecken. Beide riskierten dafür ihr Leben.

Tagebuch hatte Klemperer schon seit seinem 16. Lebensjahr geschrieben Das Gesamtkonvolut liegt nunmehr bis zum Ende des Jahres 1945 in der Ausgabe des Aufbauverlags integral vor und umfaßt 4217 Seiten.[16]

Schreiben als Ersatzpraxis ist eine beliebte Thematik der modernen Literatur, vor allem des Nouveau Roman, dessen Helden durch die Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen unter den modernen Lebensbedingungen hochindustrialisierter kapitalistischer Staaten sich in eine Art Pseudoaktivität, eine Zuschauerrolle, ein Sich-Zurückziehen aus den Dingen begeben und das Leben verweigern.

Für Klemperer war Tagebuchschreiben das genaue Gegenteil. Für ihn war Tagebuchschreiben die Auseinandersetzung mit dem Leben, die Teilhabe an ihm, seine Aufarbeitung. Gleich im Eingang des Curriculums heißt es: "Ich mußte mir über alles schriftliche Rechenschaft ablegen, sonst fehlte mir das Gefühl der Klarheit und sozusagen des Fertigseins mit meinen Erlebnissen."[17] In den zwölf Jahren des Grauens wurden ihm seine Tagebücher zudem eine Möglichkeit der Selbstbehauptung, ein Instrument des mentalen Widerstands.

"Mein Tagebuch", so schreibt er im ersten Kapitel der LTI,[18] "war in diesen Jahren immer wieder meine Balancierstange, ohne die ich hundertmal abgestürzt wäre."[19]

---

[16] Die Tagebücher liegen in vier Abteilungen vor, u.zw.: einer ersten, dem *Curriculum vitae*, das bis zum Kriegsende 1918 reicht und als einziges von ihm selbst zwischen 1939 und 42 für die Veröffentlichung bearbeitet wurde (1988 in 2 Bänden erschienen); einer zweiten, von 1918 bis 33 *(Leben sammeln, nicht fragen wozu, warum.)*, die vor allem die Dresdner Jahre an der TH umfaßt (1996 in zwei Bänden erschienen); einer dritten, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum Letzten*, von 1933 bis Sommer 45 (1995 in zwei Bänden publiziert), und einem Nachtragsband bis Ende 1945, *Und so ist alles schwankend*, ebenfalls 1995 erschienen.

[17] (Curr.I,S.6f.)

[18] Victor Klemperer, LTI. Notizbuch eines Philologen, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1982, S.15

[19] "In den Stunden des Ekels und der Hoffnungslosigkeit, in der endlosen Öde mechanischster Fabrikarbeit, an Kranken- und Sterbebetten, an Gräbern, in eigener Bedrängnis, in Momenten äußerster Schmach, bei physisch versagendem Herzen -

Ja, das Tagebuch war seine Balancierstange, an der er sich festhielt und die ihn festhielt

Und dennoch bleibt die Frage, woher er die Kraft dazu nahm.

Fritz Rudolf Fries sieht sie in seinen *Lesarten zu Klemperer*[20] (Aufbau 1995), der besten Würdigung, die ich kenne, in der "Skepsis als Lebensgrund". die "...diesem Zeugen in finsterer Zeit die unglaubliche Disziplin (gibt, R. Sch.),derer es bedarf, über die Zeit Buch zu führen,..." Martin Walser spürt sie in seiner laudatio *Das Prinzip Genauigkeit* anläßlich der Preisverleihung in München[21] in Klemperers Kulturvertrauen auf. "Es ist ein durch keine ihm angetane Gemeinheit zerstörbares Kulturvertrauen."

Ich glaube, man muß zur Beantwortung dieser Frage wohl zweierlei in Anschlag bringen:

1.) Klemperers durch nichts zu unterdrückenden Drang zu wissenschaftlicher, zu geistiger Arbeit, ohne die er einfach nicht existieren kann.-

2.) das Pflichtbewußtsein gegenüber seinem selbst auferlegten Chronistenamt, das seinen kategorischen Imperativ darstellt.

Wissenschaftliche Arbeit und Chronistenamt aber treffen sich in der ihnen beiden gemeinsamen Antriebskraft: der Neugierde des Wissen-Wollens, des Erkennen-Wollens.

Zu 1, zur wissenschaftlichen Arbeit, über deren Fortgang die Tagebücher neben allem anderen ebenfalls genau Protokoll führen.

Klemperer hat in diesen zwölf Jahren an drei Projekten gearbeitet:

- an einer Geschichte der französischen Literatur der Aufklärung

- an dem Curriculum vitae und

- an der Vorbereitung der LTI.

Die Silvestereintragung 1935 enthält die sichtlich erleichterte und auch befriedigte Feststellung:

---

immer half mir diese Forderung an mich selber: beobachte, studiere, präge dir ein, was geschieht - morgen sieht es schon anders aus, morgen fühlst du es schon anders; halte fest, wie es eben jetzt sich kundgibt und wirkt."

[20]Fritz Rudolf Fries, *Lesarten zu Klemperer*, Aufbau-Verlag, Berlin 1995, S.16

[21]Martin Walser, *Das Prinzip Genauigkeit. Laudatio auf Victor Klemperer*, edition suhrkamp, Sonderdruck , Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1996, S.16

"Am 29.Dezember, abends sieben Uhr, habe ich den ersten Band meines 18.Jahrhunderts, Du côté de Voltaire oder Von Voltaire bis Diderot, beendet. Ich schrieb daran seit dem 11.8. 34, ich arbeitete daran seit Frühjahr 33. In den letzten Wochen habe ich ... krampfhaft jede mögliche Stunde darangesetzt,... Es war ein Zustand der Besessenheit,... auch wenn ich notgedrungen mit anderm beschäftigt war, hielt diese Besessenheit an. Bis in den März wird nun Maschinenschreiben und Feilen dauern. Aber das Buch ist fertig und ist wohl auch gut."

Das dix-huitième war Klemperers alte Liebe. Schon als Jungen war es ihm begegnet. In seines Vaters Bibliothek, die zugleich Victors Schlafstätte war, stand Hettners Literaturgeschichte der Aufklärung, die er von dem Vater rühmen hört. Während seiner Journalistenzeit hat er zwei Vorbilder, den Lasalleroman Spielhagens und Hettners Literaturgeschichte, weil sie beide "das Ganze einer Zeit" umfassen[22]. Spielhagens künstlerischen Zugriff zu erreichen scheint ihm unwahrscheinlich, doch bei dem Hettner sagt er sich: "Nur weiterarbeiten - einmal glückt es,..."[23] Mit seinem Habilitationsthema über Montesquieu kommt er wieder auf die Aufklärung zurück. Im Paderborner Lazarett 1916 entlehnt er aus dem dortigen erzbischöflichen Seminar der Jesuiten Werke der Aufklärer. Dabei war von ihnen immer mehr Voltaire in den Vordergrund getreten. Klemperer hatte bei Bouvier in Genf 1903 ein Kolleg über Voltaire und Rousseau gehört und die Voltaire-Monographie von David Friedrich Strauß, die er als ein geniales Werk betrachtete, verschlungen.[24]

Als er während seines italienischen Lektorats bei einer Sizilienreise 1915 in Taormina weilt, liest er im dortigen antiken Amphitheater seiner Frau die Voltaire-Tragödien vor und setzt dem Selbsteinwand, daß an diesen Ort die Lektüre einer klassischen Tragödie gehöre, energisch entgegen: "...in das Römertum der Franzosen und die dichterische Kraft Voltaires lasse ich mir nicht hineinreden."[25] Und im Curriculum stellt er aus der Sicht der Schreibzeit 1939 fest, "...daß ich nach vierzigjährigem Studium der französischen Literatur und bei aller Liebe zu ihrem vielfältigen und unerschöpflichen Reichtum ihren allerbesten Beitrag zum Heil der Welt nun doch in Voltaires Werk sehe."[26] Und fügt wenig später hinzu:"... je

[22] Curr.I.,S.432
[23] ebd.
[24] Curr.I, S.305
[25] Curr.II, S.267
[26] Curr.I, S.305

verächtlicher sich meine Zeit von dem für Voltaire Entscheidenden, von den Ideen des Liberalismus und der Aufklärung abgewandt hat, mit um so größerer Liebe habe ich an ihm festgehalten."[27] Die wissenschaftliche Arbeit am Aufklärungsjahrhundert als Kraftquell !

Doch trotz aller Liebe zu seinem Gegenstand, Klemperer durchlebt bei der Arbeit am Achtzehnten alle Qualen wissenschaftlichen Produzierens. Das Tagebuch spiegelt es wider. Die Arbeit schleicht (19. 3. 1934), er zweifelt, ob er sie bewältigen wird - "Ich glaube nicht, daß ich noch einmal den Jugendmut zum großen... Überblick finde, ich ertrinke in Stoff und Skrupeln."(28. 7. 33) "Ich habe den frechen, oberflächlichen und doch begabten Zugriff meiner früheren Jahre eingebüßt."(19. 8. 33) Und so feilt er an seinem dix-huitième "...wie an keinem anderen Buch...Manchmal halte ich es für gut und eigenartig, manchmal für nur zusammengeschrieben."(16. 9. 35). Aber als der Voltaireband dann steht, das Aufatmen: "Und auf alle Fälle: Ich habe doch wieder für mich den Beweis geführt, daß ich noch produzieren kann."(14. 9. 36) Da trifft ihn ein neuer Schlag. Der Verleger Markus, Breslau, lehnt die Publikation ab "mit... buchhändlerischen Begründungen."(7. 8. 36) Trotzdem, Klemperer arbeitet weiter und geht an den zweiten Band, *Das Jahrhundert Rousseaus*. Es fällt ihm noch viel schwerer, denn Rousseau liegt ihm nicht. Er ist ihm der Gegenpart zum Rationalismus Voltaires, der Überschwang des Gefühls, die Entgrenzung ins Maßlose. Unter Klemperers Feder wird er zu einer Art Vorläufer alles dessen, was Klemperer an Hitler verabscheut. "Die postume Entlarvung Rousseaus heißt Hitler."(19. 7. 37) Die Tagespolitik trübt ihm den Blick für eine objektive Einschätzung Rousseaus, vor allem hinsichtlich des *Contrat social*. Am 27. März 1937 hat er die Rousseau-Studie endlich fertig. 104 Seiten." Nun kann er verpackt werden und modern... keine Aussicht je ans Licht zu kommen."

Mit der Länge der Zeit, über die sich die gesamte Arbeit am Achtzehnten hinzieht, entstehen neue Schwierigkeiten. Widersprüche zwischen den einzelnen Teilen stellen sich ein, Klemperers Gesamtsicht der Materie erfährt Korrekturen, er müßte sie bei einer Publikation berücksichtigen. "Wenn ich wirklich einmal fertig werde, mit dem Ganzen,...wird es wochenlangen, monatelangen Nachbesserns und Harmonisierens bedürfen..."(12. 7. 1938)

[27] Curr.I, S.316

Mitten in diesem Ringen um das Werk trifft ihn am 2. Dezember 1938 das Bibliotheksverbot. Der zweite Band muß unvollendet abgebrochen werden. Doch der Gedanke an diesen Torso hat ihn auch in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigt, wenn er Zukunftspläne für die Arbeit nach dem Ende des Krieges und dem Ende Hitlers machte. "Mich bedrückt jetzt oft, meine Arbeit am 18ième werde umsonst sein, weil ich mich nicht mehr hineinfinden werde, und weil alles bereits überaltert sein wird - die Forschung ist weitergegangen. Ein literarhistorisches Werk muß zu seiner Zeit ans Licht treten,..."(24. 4. 1941) Tatsächlich hat Klemperers Geschichte der französischen Literatur der Aufklärung in gewisser Beziehung dieses vorausgeahnte Schicksal getroffen. Das fertig gestellte Jahrhundert Voltaires ist 1954 im Deutschen Verlag der Wissenschaften in Berlin erschienen. Der zweite unvollendete Band, *Das Jahrhundert Rousseaus*, postum 1966 bei Niemeyer in Halle. Zu diesem Zeitpunkt war die von Werner Krauß initiierte marxistische Aufklärungsforschung bereits mit neuen Arbeiten hervorgetreten. Klemperer Aufklärungsbände haben infolge der Zeitumstände nicht das gebührende Echo gefunden.-

Der erzwungene Abbruch der Arbeit am dix-huitième vermochte Klemperers Schaffenswillen nicht zu brechen. Schon wenige Tage nach dem Bibliotheksverbot, am 6. Dezember 1938, notiert er: "Mit dem Bibliotheksverbot bin ich nun buchstäblich arbeitslos geworden. Ich habe mir vorgenommen, nun wirklich einen Vita-Versuch zu wagen.", d.h. an die Ausarbeitung des Curriculums auf Grund der alten Tagebücher zu gehen. Am 12. 2. 1939, dem Todestag seines Vaters, beginnt er mit dem ersten Kapitel, um sich "vom eigentlichen Erzählenkönnen oder Nichtkönnen zu überzeugen,..."(24. 2. 1939) Eva soll nach Vorlesen des Geschriebenen entscheiden, ob sich die Fortsetzung lohnt. Ihr Urteil fiel positiv aus, und der heutige Leser kann es nur bestätigen. In den nächsten drei Jahren schrieb Klemperer die Geschichte seines Lebens von den Anfängen bis zum Kriegsende, genauer gesagt, bis zu seiner Abfahrt aus Wilna am 16. November 1918. Dann mußte er auch diese Arbeit abbrechen, weil die weitere Aufbewahrung der Tagebücher, deren er ja zur Ausarbeitung bedurfte, in Dresden zu sehr gefährdet war. "Es fehlt mir sehr, daß ich am Curriculum nicht weiterschreiben kann (da alle Unterlagen zu Annemarie geschafft sind).",vermerkt er am 24. 2. 1942, "...ich mußte die Feder wenige Blätter vor Schluß des zweiten Bandes aus der Hand legen."

Und schon beschäftigt ihn sein neues Projekt. "Ich lese, soviel ich kann, und mache Notizen - aber es ist doch eine gewisse Zeitvergeudung, und

ich verfahre notgedrungen planlos,", heißt es in dieser Eintragung weiter, "immer davon abhängig, was ich gerade entleihen kann. Alles soll dem letzten Buch des Curriculums[28] und der LTI zugute kommen."

Die LTI sollte Klemperer Anklageschrift gegen den Nationalsozialismus werden, wie er sich im Spiegel seiner Sprache entlarvte. "Die Sprache bringt es an den Tag. ... Gegen die Wahrheit der Sprache gibt es kein Mittel." (31. 3. 1942) Hinweise auf dieses Projekt finden sich schon Anfang der dreißiger Jahre. "Auch die Studie über die Sprache des 3. Reiches bewegt mich immer mehr."(27. 7. 1934) In seinem Gefängniskapitel 1941[29] kommt er beim Überdenken seiner Arbeitspläne ebenfalls ausführlich auf dieses Studienprojekt zurück, das ihn vielleicht anhaltender und intensiver als das Curriculum beschäftige. "Die Sprache des 3. Reiches aber ist immer um mich und läßt mich keinen Augenblick los, bei der Zeitungslektüre, beim Essen, auf der Tram, mit ihr lebe ich, für sie sammle und registriere ich.... Aus ihrer Sprache ihren Geist feststellen. Das muß den allgemeinsten, den untrüglichsten, den umfassendsten Steckbrief ergeben." Die Frage, in welcher Weise dieser Steckbrief methodisch am günstigsten ausgearbeitet werden könnte, beschäftigt Klemperer lange, und seine Vorstellungen dazu wechseln. Schließlich am 3.Mai 1943 hält er fest: "... es wird ja doch wohl >LTI. Das Skizzenbuch eines Philologen< werden; da kann ich dann alle Gedanken zusammenfassen, die sich aus meinen Studien ergeben haben." Bekanntlich hat Klemperer an diesem Titel für seinen 1947 veröffentlichten Studienband festgehalten, für den er in den letzten Jahren bis zum Kriegende unaufhörlich Material sammelte. Vor allem ab 1944 nehmen die LTI-Notate in den Tagebüchern ständig zu. Und dies geschah durchaus in dem Bewußtsein, daß er damit die Grundlage für seine künftige Arbeit legt. Mitten im Jahr des Grauens 1942, am 24. 10., vermerkt er: "Ich studiere, ich bereite Produktion vor; ich brauche in den nächsten Jahren keine neuen schöpferischen Einfälle mehr, nur Gelegenheit zum Ausarbeiten des jetzt Geplanten und Skizzierten."

Das Prinzip Hoffnung machte sich für Klemperer an der Arbeit fest, die zugleich sein Kraftquell war zum Durchhalten in finsterer Zeit.

Und damit komme ich zum Chronistenamt, seinem zweiten Kraftquell.

---

[28] gemeint ist die Zeit des Nationalsozialismus

[29] Zelle 89. 23. Juni bis 1.Juli 1941, Bd.I, S.621

Gerade auch in dem Schreckensjahr 1942 finden sich mehrere Hinweise auf die den Philologen wie den Chronisten verbindende Antriebskraft, die Neugierde. "Ich bin nicht nur kalt bei all den Gräßlichkeiten," - auf die schonungslose Selbstanalyse dieser Bemerkung wird noch zurückzukommen sein - "ich habe immer auch eine gewissse Wonne der Neugier und Befriedigung: >Also auch davon kannst du persönliches Zeugnis ablegen, auch das erlebst du, wieder eine Bereicherung des Curriculum oder der LTI!<" schreibt er am 26. 7. 1942. Und als das Altersheim evakuiert werden soll, gesteht er sich: "Ich bin neugierig, dies Altersheim vierundzwanzig Stunden vor der Evakuierung kennenzulernen. Mehr Neugier und eine Art Pflichtgefühl des Chronisten als Mitleid." (12. 7. 1942)

Diese unbewegte Haltung ist eine Art Besessensein von der selbst gestellten Aufgabe, wie sie der Wissenschaftler, der Arzt, der Künstler kennt. Klemperer hat in seiner *Geschichte der französischen Literatur im 19. und 20. Jahrhundert*[30] mit großem Einfühlungsvermögen das Verhalten des Malers Claude in Zolas Roman *Das Werk* analysiert, der angesichts seines toten Sohnes nicht anders kann, als den Pinsel zur Hand zu nehmen und ihn zu malen.

So schreibt Klemperer unbeirrt an dem Tagebuch weiter, obwohl er um die Gefahr seines Schreibens weiß. "Das ist *mein* Heldentum. Ich will Zeugnis ablegen, und exaktes Zeugnis!" (27. 5. 1942) Und als ein Mitbewohner des Judenhauses ihm entgegenhält: "Was Sie schreiben, ist alles bekannt, und die großen Sachen, Kiew, Minsk etc., kennen Sie nicht. ", antwortet er: "Es kommt nicht auf die großen Sachen an, sondern auf den Alltag der Tyrannei, der vergessen wird. Tausend Mückenstiche sind schlimmer als ein Schlag auf den Kopf. Ich beobachte, notiere die Mückenstiche..."(8. 4. 1944)

Denn bei aller Unsicherheit, ob das Aufgezeichnete jemals zu einer Publikation verarbeitet werden kann, ob er überhaupt dieses Regime und den Krieg überlebt, er hat einen Zukunftswunschtraum: "... ich möchte auch gar zu gern der Kulturgeschichtsschreiber der gegenwärtigen Katastrophe werden." (17. 1. 1942) Hat ihm Balzac bei dieser Tagebuchnotiz über die Schulter gesehen, der mit seiner Comédie Humaine die Kulturgeschichte des Julikönigtums geschrieben hat? Klemperer warnt sich im Curriculum immer wieder vor der Gefahr, auf Grund seiner unglaublichen Belesenheit bei seiner Darstellung literarischen Vorbildern als Kopist zu erliegen.

[30] Wiederauflage, Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1956

Mit diesem Historikerwunschtraum war es ihm ernst. Und so opfert er diesem Ziel auch seine Bedenken, Namen zu nennen und damit andere Menschen zu gefährden. Eva warnt ihn (29. 1. 1945), Gusti Wieghardt warnt ihn schon 33 davor. Aber er braucht die Nennung der Namen, "... wenn ich dokumentarischen Wert erreichen wollte. Bin ich dazu berechtigt, womöglich verpflichtet, oder ist es verbrecherische Eitelkeit?" (27. 9. 1944) Wieder die zweifelnde Selbstbefragung angesichts der Gefährdung anderer und auch das Bewußtsein der eigenen Gefährdung. "Fraglos ist diese Schreiberei, dies Manuskript im Hause eine ständige Lebensgefahr - ... Und doch kann ich das Schreiben nicht lassen." (5. 4. 1943) "Ist es unter diesen Umständen wenigstens eine mutige Handlung, daß ich dieses Tagebuch schreibe?", fragt er sich an anderer Stelle.(4. 7. 1942)

Und er notiert weiter und er beobachtet weiter, es ist aber auch der einzige Rückhalt, der ihm bleibt. Das fast automatische Beobachten verläßt ihn nicht, auch nicht in extremis, nicht als er die Gestellungsbefehle zum Todesmarsch austrägt - "...später war ich dann vollkommen stumpf, d.h., ich beobachtete für mein Tagebuch." (13. 2. 45) - nicht als ihn der Höllensturm der Bombennacht umtost.

Vielleicht ist solches Besessensein von einer Aufgabe, weil es sich dem Leser mitteilt, auch einer der Gründe für die anhaltende Wirkung, für das nicht abreißende Interesse, das diese Tagebücher seit ihrer Veröffentlichung bis heute gefunden haben.

Für den Verlag sind die Tagebücher von 1933-1945 ein unglaublicher Verkaufserfolg. Innerhalb eines Jahres haben sie acht Auflagen mit 135000 verkauften Exemplaren erlebt. Bei Seuil in Paris ist eine französische Version in Vorbereitung, für den Verkauf der Übersetzungsrechte an einen amerikanischen Verlag hat Aufbau eine halbe Million Dollar erhalten. Der Verkauf ist das eine, der Medienerfolg das andere. Alle großen Zeitungen brachten Besprechungen; im Literarischen Quartett am 14. Dezember 1995 nannte sie der Kritikerpapst Reich-Ranicki "ein Jahrhundertwerk" und die Runde war sich in dieser Wertung ausnahmsweise einmal einig; in den Berliner Kammerspielen las Piontek am 26. November 1995 in einer Matinee ausgewählte Passagen daraus vor; die Münchener Kammerspiele veranstalteten Ende Januar 1996 vor ständig vollem Saal ein Lesemarathon, das den gesamten Text vorstellte; Deutschland-Radio Berlin sendete vom 9. November dieses Jahres ab an sechs Abenden eine Hörspielfassung; ARD hat die Fernsehrechte für eine 13-teilige Serie erworben, und über eine Verfilmung wird zur Zeit verhandelt. Klemperer

wäre über diese Art der Vermarktung gewiß ein bißchen auch geschmeichelt, aber über die Versuche, sich seiner Texte zu bedienen, um sie eigenen politischen Zwecken dienstbar zu machen, sicher entsetzt. Natürlich kann man in einem Text von rund 1600 Seiten über einen Zeitraum von zwölf Jahren Belege für widersprüchliche Meinungen finden und sie aus dem Zuammenhang gerissen in die eine oder andere Richtung zurecht biegen. Angemessen ist solche Leseweise dem Text nicht. Sie geht an seinem Wesentlichen, worauf seine tatsächliche Publikumswirkung beruht, vorbei.

Walser hat an den Tagebüchern vor allem ihre Genauigkeit hervorgehoben. "Ehrlich sein ist eine Tugend. Genau sein eine Fähigkeit." schreibt er.[31] Klemperer besaß beides. Er ist ehrlich - oft bis zur Selbstentblößung. Er beschönigt nichts, auch nicht seine eigenen Schwächen. Im Hungerjahr 1942 treibt ihn die Not oft dazu, einer Mitbewohnerin , Kätchen Voß, ein paar Kleinigkeiten an Lebensmitteln zu stehlen. "Das jämmerliche Hungern: Wie oft stehle ich Kätchen eine Schnitte Brot aus ihrer Brotbüchse, ein paar Kartoffeln aus ihrem Eimer, einen Löffel Honig oder Marmelade. Ich tue es mit gutem Gewissen, denn sie braucht wenig, läßt vieles verkommen, erhält manches von ihrer alten Mutter - aber ich komme mir so erniederigt vor."(6. 6. 1942) Es gibt einige solcher Eintragungen, meist mit dem Hinweis auf das Gefühl der Erniedrigung. Er hätte darüber schweigen können, aber auch solch eine Nebensächlichkeit gehört in das Bild von diesem Jahr der tiefsten Not und Bedrängnis. Genauigkeit!

Mit der gleichen Offenheit analysiert er seine seelischen Reaktionen angesichts des Grauens ringsum. Am 30. Mai 1942 notiert er: " Furchtbar ist Friedheims Schicksal: Er hat den sicheren Tod vor Augen, ... Aber habe ich Mitleid mit *ihm*? Ich denke immer: Wann ist es an *mir*?... Und was denke ich noch im Fall Friedheim? Vielleicht kann uns seine Haushälterin ein paar Kartoffeln überlassen..." Zwei Jahre später beim Tode Cohns, eines Mitbewohners des Judenhauses. "Mir fiel wieder an mir die entsetzliche herzlose Kälte auf. Nichts als der Bezug auf mich - >Hurra, ich lebe.< und >Wann trifft es mich?< und das Stoffsammeln für mein Buch." (14. 11. 1944) Angst der Kreatur, elementaren Lebenswillen, psychische Abstumpfung, Klemperer verzeichnet alles, er stilisiert sich nicht zum Helden. Genauigkeit!

---

[31] Martin Walser, *Das Prinzip Genauigkeit*, a.a.O., S.41

Und zugleich immer wieder das Sich-selbst-in-Frage-stellen, das Überprüfen der eigenen Verhaltensweise. Bei jedem Manuskriptgang Evas nach Pirna fragt er sich, habe ich das Recht dazu?. "Ich mache mir nach wie vor die schwersten Bedenken, sie so zu gefährden, und tue es doch."(24. 10. 1942) Und an anderer Stelle: "Ich bin mir nicht klar... über meine innere Berechtigung, Eva mit zu exponieren." (4. 7. 1942) Und zugleich die Frage nach dem wirklichen Beweggrund seines Tuns. "Wofür exponiere ich Eva? Vanitas!"(11. 5. 1943)

Solche Ehrlichkeit schafft Vertrauen und gibt der Darstellung den Stempel der Wahrheit. Die Unmittelbarkeit des Mitgeteilten, die Authentizität des Dargestellten zeitigt eine spezifische Wirkung. Dies ist keine aus der Retrospektive geschriebene Autobiographie, sondern das Protokoll eines Werdens, des Prozesses selbst mit all seinen Ungewißheiten, Zweifeln, Hoffnungen, mit dem ständigen Schwanken, der Unsicherheit des Ausgangs, ein Prozeß, in den man gleichsam mit hineingerissen wird und der den Leser dieses verhängnisvollste Stück deutscher Geschichte wie einen Zeitgenossen miterleben läßt. Der akribische Bericht erhält so die Suggestivkraft großer Literatur.

Durch Klemperers Tagebücher ließen sich noch viele Leselinien ziehen, auf denen sich eine Reihe von Themenkomplexen abzeichnen würden:

- der Alltag mit seinen Geldsorgen und der nicht endenden Hausaffäre, die ihn bis in die letzten Jahre beschäftigt,

- das Bild von Eva und Klemperers Verhältnis zu ihr,

- die Beziehungen zur Familie,

- die Fachkollegen,

- die Porträts der Dresdner Juden, mit denen Klemperer in Berührung kommt,

- die Bücher, die er in diesen Jahren für die Arbeit oder auch zur Entspannung liest, und Klemperers Einschätzung von ihnen,

- die Naturbilder, die er selbst bei größter Bedrängnis immer wieder bewußt aufnimmt,

- seine Schilderung von Flucht und Rückkehr, die fast eine selbständige historische Skizze vom Ende des Krieges und dem Chaos des Zusammenbruchs darstellt,

- seine immer wiederkehrenden Reflexionen über Tod und Jenseits, sein Grauen vor dem Nichts und dieser unbändige Wunsch, im geschaffenen Werk weiterzuleben,

- sein Nachdenken über die Möglichkeiten und Grenzen, Geschichte zu verstehen, ihre bewegenden Kräfte richtig zu erkennen,

- sein Bemühen, den Nationalsozialismus, seine Wurzeln, seine Verankerung im Volk zu erfassen,

- die Frage nach der Mitschuld der Intelligenz,

- die Frage nach der Verbreitung des Antisemitismus, nach der tatsächlichen Stimmung des deutschen Volkes, den voces populi pro oder contra Hitler, pro oder contra den Krieg,

- die freundlichen oder bösartigen Reaktionen der Bevölkerung - die bösartigen kommen meist von Jugendlichen - auf den Judenstern,

- und schließlich Klemperers Selbstbefragung nach seiner Stellung zu Deutschtum und Judentum.

Diesen Themenkomplex möchte ich als letztes herausgreifen und dabei kurz Klemperers Auffassung vom Nationalsozialismus streifen.

Klemperers Bindung an das Deutschtum hat seine Wurzeln im Elternhaus, vor allem in der Haltung des Vaters, dessen Weggang von Landsberg an die Berliner jüdische Reformgemeinde mit seinem Willen zum Deutschtum zu tun hatte.[32] Und die älteren Brüder, vor allem Georg und Berthold, streben mit Selbstverständlichkeit aus dem Judentum heraus. Der Konfessionswechsel gehört für sie mit eben solcher Selbstverständlichkeit dazu. So veranlaßt Berthold den Jüngsten, Victor, beim Eingezogenwerden zum Heer 1903, sich taufen zu lassen, weil ihm sonst die Offizierslaufbahn verschlossen bliebe. Klemperer ist dies eine "schauderhaft peinliche Sache"[33], denn er glaubt nicht an das christliche Dogma. Bei seiner standesamtlichen Eheschließung 1906 gibt er aus Protest gegen das Strebertum seiner Brüder - er selbst ist gerade in seiner Bohèmephase - als Konfession nicht protestantisch, sondern mosaisch an.[34] Diese "konfessionelle Bigamie", wie er es im Curriculum bezeichnet, sollte ihn

[32] Curr.I, S.41
[33] Curr.I, S.315
[34] Curr.I, S.405

ein Leben lang begleiten. 1912 in München, als es um seine Hochschullaufbahn geht, läßt er sich ein zweites Mal taufen und tröstet sich über seinen Opportunismus mit der Erinnerung an Henri IV: "Paris vaut bien une messe". Klemperers Paris war ein Universitätskatheder.[35] Würde je eine Wahl zwischen Deutschtum und Judentum für ihn notwendig, "...so bedeutete mir das Deutschtum alles und das Judentum gar nichts".[36]

Von diesem Deutschtum trug er ein idealisiertes Bild in sich, das nicht nur deutsch-national, sondern schon stark nationalistisch gefärbt war.

"Wir die Deutschen waren besser als die anderen, freier im Denken, reiner im Fühlen, ruhiger und gerechter im Handeln. Wir die Deutschen waren das wahrhaft auserwählte Volk. ... Und dieser Glaube", fährt er in der entsprechenden Curriculumsstelle fort, "hat mich nach Flandern begleitet und mir in allen meinen Schriften die Feder geführt."[37]

Erst 1933 ist dieser Glaube "...an das deutsche Wesen, ja an die feste Bestimmbarkeit nationaler Eigenarten, fast bis zum Zusammenbruch erschüttert worden." [38] "Ich glaube nicht mehr an die Völkerpsychologie. Alles, was ich für undeutsch gehalten habe, Brutalität, Ungerechtigkeit, Heuchelei, Massensuggestion bis zur Besoffenheit, alles das floriert hier.", heißt es im Tagebuch. (3. 4. 1933)

So muß er sich nun auch fragen, ob nicht auch der von den Nationalsozialisten geschürte Judenhaß doch tiefer im Volke verankert sei, ja, was es mit dem Nationalsozialismus eigentlich auf sich habe.

Seine Überlegungen gehen in zwei Richtungen:

zum einen vergleicht er den Nationalsozialismus mit dem Bolschewismus,

zum anderen sucht er nach den Wurzeln des Nationalsozialismus.

Anfangs sieht er zwischen beiden Ideologien keinen wesentlichen Unterschied: "...beide sind sie", für ihn, "materialistisch und führen in Sklaverei." (14. 11. 1933). Unausgesprochen ist dabei der Bolschewismus das größere Übel. Klemperers politische Vorstellungen entsprechen dem weit verbreiteten bürgerlichen Denkschema. Ein Jahr später stellt er fest: "Der

[35] Curr.II, S.15f.
[36] Curr.II, S.16
[37] Curr.I, S.315
[38] Curr.I, S.287

Nationalsozialismus ist jetzt ganz oder fast ganz mit dem Bolschewismus identisch geworden."(19. 3. 1934) Man könnte sagen, er erliegt der Antibolschewismushetze im umgekehrten Sinne; der Nationalsozialismus wird dem vom Bolschewismus entworfenen Bilde immer ähnlicher, zugleich aber übernimmt Klemperer den von den Nazis pejorativ gemeinten Terminus Bolschewismus. Am 21. Mai 1941 kehrt der gleiche Gedanke wieder: "Wir haben jetzt den reinsten", diesmal sagt er, "Kommunismus. Aber der Kommunismus mordet ehrlicher." Der Vergleich fällt für den Nationalsozialismus schon ungünstiger aus. "Was ich an alledem so viel gräßlicher finde als ähnliches bei den Russen: Es ist nichts Spontanes dabei, es ist alles methodisch organisiert und angeordnet, es ist >kultivierte< Grausamkeit,..."(14. 8. 1942) Selbst für die Transporte werden von vornherein Ersatzleute mitbestimmt, denn "Die Gestapo nimmt als sicher an, daß etliche Selbstmorde vorfallen. Deutsche Organisation."(20. 8. 1942). Und noch am 4. Januar 1945 verwendet er für die Nationalsozialisten den Bolschewismusvergleich. "Sie verdanken alles dem Schreckgespenst Bolschewismus, trotzdem sie selbst Bolschewikissimi sind." Er erkennt die Propagandalüge, auch wenn der Bolschwismus für ihn Terrorherrschaft bleibt.

Zum anderen sucht Klemperer nach den Wurzeln des Nationalsozialismus und fragt sich, woher diese Seuche eigentlich stamme. Die gesellschaftlichen Zusammenhänge und ökonomischen Wurzeln, die den Nationalsozialismus begünstigt und hervorgebracht haben, hat er nie erkannt. Für ihn geht es um Ähnlichkeiten der Erscheinungsformen. Und unter diesem Aspekt scheint ihm der Nationalsozialismus ein Gemisch von adaptiertem italienischen Faschismus, Bolschewismus und Amerikanismus, also eine eingeschleppte Seuche. Aber ihm kommen Zweifel, ob es sich nur um eine Nachahmung fremder Vorbilder handele. Nach einem Gespräch mit einem Gartenarbeiter, der offensichtlich von der nazistischen Propaganda angesteckt ist, sagt er sich, "... daß die Hitlerei vielleicht doch tiefer und fester im Volke wurzelt und der deutschen Natur entspricht, als (er es, R. Sch.) wahrhaben möchte."(13. 7. 1937)

Der deutschen Natur - wieder eine völkerpsychologische Begründung!

Nein, wahrhaben möchte er diese Erkenntnis selbst 1937 noch nicht, aber die nächsten Jahre drängen sie ihm unabweislich auf. "Es wird mir immer deutlicher, daß der Nationalsozialismus im Kern ein deutsches Gewächs ist, soviel Fremdes er auch übernimmt.", schreibt er am 17. 8. 1942 in sein Tagebuch. Seine Erreger kommen aus der Tiefe des deutschen Wesens.

Sie liegen in der schon von Tacitus an den Germanen beobachteten "Maßlosigkeit" in allen Dingen, im Guten wie im Bösen, ein Wesenszug, für den Klemperer stellvertretend den Begriff "teutsche Romantik " einführt. "Der Nationalsozialismus adaptiert Faschismus, Bolschewismus, Amerikanismus, verarbeitet alles in teutsche Romantik. > Les extrêmes se touchent.< Volk der Träumer und der Pedanten, der verstiegenen Überkonsequenz ," - der Maßlosigkeit! - "der Nebelhaftigkeit und der genauesten Organisation."(17. 8. 1942) In der LTI wird Klemperer in dem Kapitel "Die deutsche Wurzel" dieses völkerpsychologische Erklärungsmuster der "teutschen Romantik" für den Nationalsozialismus wiederum aufnehmen.

In den Tagebüchern kommt er am 5. September 1944 nochmals auf die Frage zurück, was den Nationalsozialismus von Faschismus und Bolschewismus absondere und zu einer "spezifisch deutschen Angelegenheit" mache. Diesmal sieht er den entscheidenden Unterschied in dem Aufgreifen des Rassenproblems und damit in der Judenfrage. "Das Judenproblem ist die Giftdrüse der Hakenkreuzotter." , d.h. in dem, was ihn persönlich am stärksten betrifft und seine eigene Identität in Frage stellt.

Schon am 5. 10. 1935 hatte er sich nach einem Besuch am jüdischen Neujahrstag bei Freunden, die diesen Tag nach dem Ritual begingen, was ihm alles "sehr qualvoll" war, gefragt: "Wohin gehöre ich? Zum >jüdischen Volk<, dekretiert Hitler. Und *ich* empfinde das ...jüdische Volk als Komödie und bin nichts als Deutscher oder deutscher Europäer."

Jede Form von Zionismus, dem er das erste Mal 1910 in Österreich begegnet war, lehnt er strikt ab.

"Mir sind die Zionisten, die an den jüdischen Staat von anno 70 p.C. (Zerstörung Jerusalems durch Titus) anknüpfen, genauso ekelhaft wie die Nazis. In ihrer Blutschnüffelei, ihrem >alten Kulturkreis<, ihrem teils geheuchelten, teils bornierten Zurückschrauben der Welt gleichen sie durchaus den Nationalsozialisten."(13. 6. 1934)

Klemperers Tagebuchreaktion auf das Studium von Herzls " Zionistischen Schriften" am 5. Juni 1942 ist eine die Unterschiede verkennende, noch schärfere Ablehnung. "Es sind", für ihn, "die Gedankengänge, manchmal geradezu die Worte, es ist der Fanatismus Hitlers." Klemperers Antwort darauf. "Ich bin *nur* deutsch. Alles andere wäre für mich Komödie."

Und wenige Tage zuvor an anderer Stelle: "Die Umkehr der Assimilierten-Generation - Umkehr wohin? Man kann nicht zurück. man kann

nicht nach Zion. Vielleicht ist es überhaupt nicht an uns *zu gehen, sondern zu warten. Ich* bin deutsch und warte, daß die Deutschen zurückkommen; sie sind irgendwo untergetaucht." (30. 5. 1942).

Natürlich hat er Abstriche machen müssen an dem "platonischen Bild"[39] von den Deutschen, das er in seiner eigenen Seele aufbewahrt hat, an seinem blinden "Zutrauen", seinem "Zugehörigkeitsgefühl" (18. 1. 1938). Im schlimmsten Jahr der Judenverfolgung 1942 jedoch häufen sich seine Bekenntnisse zum Deutschtum: "Den schwersten Kampf um mein Deutschtum kämpfe ich jetzt. Ich muß daran festhalten: Ich bin deutsch, die andern sind undeutsch; ich muß daran festhalten: der Geist entscheidet, nicht das Blut. Ich muß daran festhalten: Komödie wäre von meiner Seite der Zionismus - die Taufe" - die für ihn das sichtbare Bekenntnis zum Deutschtum war - " ist *nicht* Komödie gewesen."(11. 5. 1942). Klemperers Sätze klingen wie eine Beschwörung, seine Identität zu bewahren.

Die rührendste und überzeugendste, weil nicht expressis verbis formulierte, sondern indirekt enthaltene Zugehörigkeitserklärung zu seinem Deutschtum enthält jedoch eine Episode, von der Klemperer nach Kriegsende auf dem Rückweg durch München erzählt. Er sieht die Amerikaner in ihren Cars durch die zerstörte Stadt, den Staub, den Schutt, das Lärmen des Sturms rasen. "Ihr Rasen brachte erst die entscheidende Kulmination des Höllenbildes; sie sind die Engel des Gerichts... und sie sind die frohlockenden und vergnügten Sieger und Herren. Sie fahren eilig und nonchalant, und die Deutschen trotten demütig zu Fuß, sie spucken überallhin die Fülle ihrer Zigarettenstummel, und die Deutschen sammeln die Stummel auf. Die Deutschen? *Wir*, die Befreiten , schleichen zu Fuß, *wir* bücken uns nach den Stummeln, *wir*, die wir gestern noch die Unterdrückten waren, und die wir heute die Befreiten heißen, sind schließlich doch nur die Mitgefangenen und Mitgedemütigten. Merkwürdiger Konflikt in mir: Ich freue mich der Rache Gottes an den Henkersknechten des 3.Reichs - ... und ich empfinde es doch als grausam, wie nun die Sieger und Rächer durch die von ihnen so höllisch zugerichtete Stadt jagen." (22. 5. 1945) Deutlicher als in dieser Solidaritätserklärung, in diesem "Wir", konnte er sein Deutschtum wohl kaum zum Ausdruck bringen.

Vielleicht beruht die Wirkung von Klemperers Tagebüchern bei einem Teil des Lesepublikums auch auf dieser seiner Haltung.

---

[39] Curr.I, S.287

Ich komme zum Schluß. Im Vorwort des 1956 veröffentlichten Aufsatzbandes *Vor 33 / nach 45* heißt es: "Das kaum noch erhoffte Geschenk des Überlebens habe ich als eine Verpflichtung zum Dienst am Neuaufbau empfunden."[40] Schon mitten in der schlimmsten Bedrängnis am 28. Juni 1942 hatte Klemperer in seinem Tagebuch notiert: "Und wenn ich auch Deutschland haßte, ... ich könnte mir das Deutsche nicht ausreißen. Und ich möchte hier wieder aufbauen helfen."

Dieses Aufbauen-Wollen war das Ergebnis eines langen Lernprozesses in politicis, an dessen Ende Klemperers konsequente antifaschistische Haltung stand.

Aufbauen hieß für ihn, beizutragen zur geistigen Wiedergesundung des deutschen Volkes, zu seiner kulturellen Erneuerung, und zur Bewältigung der faschistischen Vergangenheit durch die Verbreitung fortschrittlicher, demokratischer Ideen. Die LTI, diese schonungslose Analyse der Sprache des Dritten Reiches, die "mit dem wissenschaftlichen Zweck zugleich einen erziehrischen" verfolgte[41], war nicht zufällig seine erste Publikation 1947. Einen neuen Humanismus in den Köpfen befestigen, das war Klemperers Ziel in seiner kulturpolitischen Tätigkeit, in seinen vielen, vielen Vorträgen die er in den letzten 15 Jahren seines Lebens bis 1960 hielt, das war sein Impetus auf dem Katheder. Er hat seine Lehre immer als ein national-pädagogisches Amt aufgefaßt, und seine Studenten spürten sehr wohl, daß es ihm , wie Werner Krauß es in seinem Nachruf formulierte, um "Förderung und Unterweisung in einer lebendigen Wissenschaft ging, die trotz aller Spezialisierung ihren menschlichen Sinn nicht verleugnete."[42] Die Zeit nach 1945 hat Klemperer auch endlich die Erfüllung seines Lebenswunsches gebracht, das Berliner Universitätskatheder, auf dem er seit 1951 ebenso wie in Halle wirkte. Sein Aufbauwille war kein Lippenbekenntnis, er war seine späte Lebenserfüllung.

---

[40] Victor Klemperer, *Vor 33 / nach 45. Gesammelte Aufsätze*, Akademie-Verlag, Berlin 1956

[41] a.a.O., S.20

[42] Archiv der Berlin-Brandenburgischen ADW, Bestand Akademieleitung, Personalia, Nr.231

Kurt Pätzold

Der Massenmord an den europäischen Juden und die Geschichtswissenschaft. Ergebnise und Kontroversen*

Die Ereignisse, von denen im folgenden die Rede ist und die auch das "Jahrhundertverbrechen" genannt werden, lassen sich zeitlich klar eingrenzen. Der Massenmord an den europäischen Juden beginnt wenige Stunden nach dem Einfall der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion. Als die erste der "Endlösung der Judenfrage"[1] zuzurechnende Untat muß das Massaker bei der Ortschaft Garsden/lit. Gargzdai auf dem Territorium der Litauischen SSR nahe der deutschen Grenze gelten.[2] Es wurde am 24. Juni 1941 von einer eigens für diesen Zweck zusammengestellten Einsatzgruppe von Gestapo- und SD-Leuten sowie von Schutzpolizisten aus Memel und Tilsit verübt. Die Zahl der erschossenen Opfer betrug 201 Juden und „kommunistenverdächtige" Litauer. Siebzehn Jahre danach wurden Beteiligte im sog. Ulmer Einsatzgruppenprozeß angeklagt und am 29. August 1958 vom Landgericht „wegen gemeinschaftlicher Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord" zu Haftstrafen verurteilt.[3] Von dem

---

* Überarbeiteter und aktualisierter Vortrag, gehalten in der Leibniz-Sozietät am 14. März 1996

1 Diese Tarnbezeichnung erhielt ihre definitive Bedeutung mit dem Übergang von der Judenvertreibung und -verfolgung zum Judenmord Mitte 1941. Sie wird nicht nur in der deutschen Sprache benutzt, sondern erscheint auch in Übersetzungen u.a. in Buchtiteln (the final solution, la solution finale). In der Wissenschaft lassen sich die Begriffe Holocaust, Shoah und Genozid antreffen. Ihnen gegenüber erscheint die Kennzeichnung des Verbrechens als "Massenmord an den europäischen Juden" am angemessensten. Von den 1939 in Europa lebenden Juden waren 1945 zwei Drittel umgebracht worden.

2 Zu den Einzelheiten: Helmut Krausnick/Hans Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981, S. 163; Hans Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SED 1941/42, Frankfurt Mai 1996, S. 56ff.

3 Der Kommandeur der aus Memel herankommandierten Mordschützen, der Polizeidirektor der Stadt, SS-Oberführer Fischer-Schweder, erhielt eine zehnjährige Zuchthausstrafe zugesprochen. KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten, Hg. H.G. van Dam und Ralph Giordano, Bd. II: Der Prozeß zu Ulm, Frankfurt/Main 1966, S. 87 f. Der Text des Urteils: Christiaan Frederik Rueter, Justiz und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher

Gerichtsverfahren ging in der Bundesrepublik ein Impuls für weitere Ermittlungen und Verfolgungen aus.[4] Intensität gewannen sie jedoch erst als Folge des Jerusalemer Eichmann-Prozesses[5]

Die Kette der "Holocaust"-Verbrechen, die Kennzeichnung setzt sich ungeachtet aller berechtigten und unbezweifelten Einwände durch[6], endete noch nicht mit der von Heinrich Himmler angeordneten Sprengung der Tötungsanlagen im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, die im Oktober 1944 erfolgte. Erst als auch dem letzten Judenmörder die Macht genommen war, Menschen auf den Deportationsmärschen niederzumachen, sie in Eisenbahnwaggons auf Verschleppungstransporten verhungern, verdursten oder unversorgt an Krankheiten zugrunde gehen zu lassen, also erst in den frühen Maitagen des Jahres 1945, war an den Endpunkt gelangt, was in einer am 31. Juli 1941 dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Reinhard Heydrich, mit der Unterschrift

---

Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, Bd. XV, Amsterdam 1976, S. 11ff. Ferner: Jörg Friedrich, Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, München 1994 (= Serie Piper, 1553); Heiner Lichtenstein, Im Namen des Volkes? Eine persönliche Bilanz der NS-Prozesse, Köln 1984, S. 20ff.

[4] Der Prozeß wird geradezu als ein Wendepunkt in der Ermittlung und Verfolgung der Straftäter bezeichnet. Einen abrupten Wandel hat man sich darunter indessen nicht vorzustellen. Gerhard Werle/Thomas Wandres, Auschwitz vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz. Mit einer Dokumentation des Auschwitz-Urteils, München 1995.

[5] Seine Wirkungen auf die Justiz in der Bundesrepublik bleiben noch zu untersuchen. Vor dem Prozeßbeginn veranlaßte die Regierung in Bonn die Bildung einer Arbeitsgruppe zur „Abwehr gewisser Auswirkungen des Eichmann-Prozesses. Sie wiederum wünschte, daß im Bundesjustizministeriums ein Weißbuch hergestellt würde, das die Aktivitäten der Gerichte der BRD bei der Verfolgung der sogenannten NS-Täter ausweisen sollte. Das Unternehmen scheiterte, da überhaupt nur vier Landesregierungen (Bremen, Berlin, Bayern und Niedersachsen) einen Überblick über die einschlägigen Vorgänge in ihren Ländern besaßen. So wurde es bei der Anfertigung eines Materials belassen, das für Journalisten bestimmt war. Christina Große, Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt/Main 1995 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Bd. 1753).

[6] „Damit bezeichnen wir nun den Völkermord mit einem irreführenden Wort, von dem wir nur hoffen können, daß seine Bedeutung vergessen ist und daß es die Wirklichkeit, die es bezeichnet, nicht vollkommen entstellt," schrieb Alain Finkielkraut, L'avenir d'une négation: réflexion sur la question du génocide, Paris 1982, S. 82, Anm. 1, u. Kurt Pätzold, Die Benennung des Unvorstellbaren, in: Die Weltbühne, 1986/5 (4. Februar 1986), S. 140ff.

Hermann Görings erteilten Ermächtigung tarnend auch die "Gesamtlösung der Judenfrage" genannt worden ist.[7]

Die Gesamtzahl der Getöteten wurde alsbald nach Kriegsende auf etwa 6 Millionen geschätzt. Diese Zahl findet sich annähernd auch im am 1. Oktober 1946 unterzeichneten Urteilstext des Internationalen Gerichtshofes, der die Hauptkriegsverbrecher anklagte und aburteilte.[8] Ausgedehnte Forschungen, deren Resultate 1993 veröffentlicht worden sind, haben sie bestätigt. Als Minimum wurde die Zahl von 5 290 000 Opfern ermittelt, als Maximum - und mit hoher Wahrscheinlichkeit - die von etwas mehr als 6 Millionen.[9] Eine weitere Annäherung scheint aufgrund des Versagens oder Fehlens von Quellen kaum möglich.

I.

Die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden gehört zu den "Seiten" der Geschichte des faschistischen Regimes in Deutschland, die seit Jahrzehnten mit außerordentlichem Aufwand erforscht werden. Gleiche Anstrengungen richteten sich einzig auf die militärischen Ereignisse von Vorkrieg und Krieg. Während das forscherische Interesse an diesen aber merklich im Abnehmen begriffen ist, wie sich u.a. an dem ins Stocken geratenen Unternehmen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" erkennen

---

7 Das Zustandekommen dieser (vielfach in der einschlägigen Literatur gedruckten) Ermächtigung, die zu den Schlüsseldokumenten der Genesis der "Endlösung der Judenfrage" gehört, ist aufgeklärt. Heydrich hat den Text am 31. Juli 1941 zu einer Besprechung bei Göring mitgenommen und unterzeichnen lassen. Die Funktion des Schriftstücks läßt sich leichter entschlüsseln als seine Vorgeschichte. Heydrich hat es u.a. den Teilnehmern der "Wannsee-Konferenz" mit seiner Einladung vorgewiesen, um damit jeglichen Zweifel an der Reichweite seiner Kompetenz auszuschließen. Was jedoch die Vorgeschichte des Textes anlangt, so sind mehrere Möglichkeiten denkbar. In allen Fällen aber dürfte sich Göring - auf welchem Wege immer - der Deckung seiner Unterschrift durch den "Wunsch" oder Willen des "Führers" sicher gewesen sein. Er kann sich davon selbst unterrichtet haben oder von Heydrich informiert worden sein, der seinerseits direkt oder über Himmler den Auftrag mündlich schon erhalten hatte, den er sich nun "schwarz auf weiß" bestätigen ließ.

8 Die Angabe lautete hier 5, 7 Millionen. Dieter Wisliceny erklärte im Zeugenstand in Nürnberg, Eichmann habe ihm wiederholt von 4 Millionen, manchmal von 5 Millionen getöteten Juden gesprochen. IMT, Bd. IV, S. 411.

9 Wolfgang Benz (Hrsg.), Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1991, S.17.

läßt[10], halten die wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der "Endlösung" an. Sie werden in einem mehr oder weniger engen Verbund von Forschern geleistet, die ihre wichtigsten Stützpunkte in den USA, in Israel, Großbritannien, Frankreich, Kanada[11] und auch in der Bundesrepublik besitzen. Die Leo-Baeck-Institute in New York, London und Tel Aviv mit ihren Periodika und die neugeschaffene Forschungsstätte in Washington im Rahmen des Holocaust-Memorial ragen unter diesen Einrichtungen noch heraus. Als Folge der sozialen und politischen Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa entstanden weitere Konzentrationspunkte für wissenschaftliche Arbeit, so das Museum in Terezin, das unter anderem - computergestützt - alle einstigen Insassen des Ghetto-KZ Theresienstadt zu erfassen sucht.

In Deutschland befindet sich die bei weitem produktivste Forschungsstätte in Berlin, das Zentrum für Antisemitismusforschung ist der Technischen Universität eingegliedert. Bis heute vergeht kein Jahr, in dem nicht Spezialisten sich zu Symposien zusammenfinden. Das nächste wird im Frühjahr in Wien veranstaltet und sich mit der Frage befassen, wie und mit welchen Erfolgschancen sich die Geschichtswissenschaft für ihre Zwecke der Unmasse der in den Nachkriegsjahren entstandenen, teils von Zerfall und Vernichtung bedrohten Justizakten bedienen kann.[12]

An der Forscherarbeit waren und - mit Einschränkungen kann gesagt werden - sind drei Generationen von Historikern beteiligt. Die erste, an Zahl außerordentlich geringe, rekrutierte sich vor allem aus wenigen Personen, die den Mördern entkommen waren. Die zweite, ungleich zahlreichere, wurde von Forschern gebildet, die Kinder und Jugendliche waren,

---

[10] Es ist auch unter dem Eindruck des in der DDR entstandenen sechsbändigen Werkes "Deutschland im Zweiten Weltkrieg" (Berlin 1974-1985) auf den Weg gebracht worden und soll 10 Bde. umfassen. 1979 erschien der erste, 1990 der sechste, für Jahresende 1998 ist nach achtjähriger Pause der ausstehenden Bd. 5/1 angekündigt.

[11] Hier sind vor allem die weitläufigen Forschungsarbeiten zu erwähnen, die von der War Crimes Sect., Ottawa, durchgeführt wurden und sich auf die Aufklärung von Verbrechen richteten, die auf dem Territorium Osteuropas, insbesondere im besetzten Gebiet der UdSSR, begangen wurden und die auch die Ermittlung der Tatbeteiligten zum Ziele haben.

[12] Im Vorfeld erschien: Winfried R. Garscha/Claudia Kuretsidis-Haider, Die Nachkriegsjustiz als nicht-bürokratische Form der Entnazifizierung: Österreichische Justizakten im europäischen Vergleich. Überlegungen zum strafprozessualen Entstehungszusammenhang und zu den Verwertungsmöglichkeiten für die historische Forschung. Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1995.

als das Verbrechen geschah, die, ob sie in den Staaten der Antihitler-Koalition oder in Deutschland heranwuchsen, selbst noch Erfahrungen aus Faschismus und Krieg besaßen, die manche der Deutschen als Flakhelfer, in der Wehrmacht und auch beim Volkssturm gewonnen hatten. Zur dritten dieser Wissenschaftler-Generationen gehören die Nachgeborenen. Was an wirklich Neuem geboten wird, kommt nahezu ausschließlich aus ihren Reihen. Sie leisten die Kärrnerarbeit, die notwendig ist, weiter voranzukommen. Denn die Zeit überraschender Quellenfunde ist lange vorbei. Tiefere Einsichten und weitwinkligere Ausblicke werden auf den langen Wegen der Auseinandersetzung mit Massenakten gewonnen. Um davon eine Vorstellung zu geben, sei wenigstens auf einige in Deutschland jüngst als Graduierungsarbeiten an Universitäten vorgelegte Publikationen oder noch betriebene Untersuchungen verwiesen. Eine Dissertation befaßte sich mit der Ausbeutung der in Deutschland lebenden Juden im Rahmen ihres Zwangsarbeitseinsatzes innerhalb der Reichsgrenzen, wozu lokale Akten aufgefunden und recherchiert werden mußten, die sich in deutschen Archiven befanden, und ebenso das Zeugenschrifttum durchzusehen war, das zumeist in den USA und in Israel lagert.[13] Mehrere Dissertationen verfolgen minutiös die blutigen Wege der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD und der anderen daran beteiligten mordenden Formationen von SS, Polizei und Wehrmacht. Der erste, der das tat, war Christopher Browning, der seine Studie über die Verbrechen des Hamburger Polizeibataillons 101 vorlegte.[14] Sie regte mehrere junge Forscher dazu an, das Geschehen nicht länger aus der Perspektive der zentralen Befehlsstellen zu analysieren, sondern sich gleichsam an die Tatorte und unter die Täter zu begeben. die am Ende der

---

[13] Die von Wolf Gruner vor 1990 an der Humboldt-Universität begonnene Arbeit wurde an der Technischen Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, zu Ende geführt: Der Geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943, Berlin 1997. (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 20)

[14] Die Originalausgabe erschien 1992 in den USA und lag 1993 in einer deutschen Übersetzung vor: Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Hamburg 1993. Weiteren Kreisen wurde die Pionierarbeit erst dadurch bekannt, daß sich Daniel Jonah Goldhagen für seine Arbeit (Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996) zu einem erheblichen Teil auf den gleichen Quellenbestand stützte, den Browning vor ihm benutzt hatte, mit dem dieser jedoch zu erheblich anderen Bewertungen gekommen war als sein Nachfolger.

Befehlskette standen, schossen und schießen ließen. Geographisch konzentrieren sich diese Arbeiten auf das besetzte Territorium der UdSSR. Die Rekonstruktion des Geschehens ist vielfach erst möglich geworden, seit der Zugang zu zentralen, regionalen und lokalen Archiven Polens, Rußlands und weiterer Nachfolgestaaten der Sowjetunion möglich geworden ist, hat aber in relativ kurzer Zeit bereits zu hochachtbaren Resultaten geführt. Zwei Dissertationen aus dem Jahre 1994, die eine in Bielefeld, die andere in München entstanden, beschäftigen sich mit dem Judenmord in Galizien.[15] Eine andere Spezialuntersuchung hat die Ermordung der litauischen Juden zum Gegenstand.[16] Manche dieser Arbeiten wollen erklärtermaßen Rückschlüsse auf die zentrale Befehlsgebung ermöglichen, für deren Erhellung der Dokumentenbestand begrenzt ist und lückenhaft bleiben wird.[17] Dazu war der keineswegs befestigte Boden der nach 1945 entstandenen Ermittlungs- und Prozeßakten zu betreten. Eine weitere, noch unfertige Dissertation befaßt sich mit der Verfolgung der Deutschen, die gesprächsweise den Judenmord als eine Tatsache erwähnten und die Untat kritisierten. Die deutschen Gerichte bedienten sich dazu des sog. Heimtücke-Gesetzes und seiner Paragraphen.

Die ganz unvollständige Aufzählung[18] mag eine Vorstellung vom Grad der Spezialisierung und Verästelung der Forschungen vermitteln und zugleich auch eine Ahnung von deren wachsenden Kosten. Trotz aller Fortschritte sind - was überraschen mag - Gegenstände und Themen von Gewicht unbehandelt. Es gibt keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Geschichte des Auschwitzer Komplexes der Konzentrations- und

---

15 Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996 (= Studien zur Zeitgeschichte,. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 50); Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996.

16 Knut Stang, Kollaboration und Massenmord. Die litauische Hilfspolizei, das Rollkommando Hamann und die Ermordung der litauischen Juden, Frankfurt /Main 1996.

17 Ralf Ogorreck, Die Einsatzgruppen und die "Genesis der Endlösung", Berlin 1996 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 12)

18 Über die auf dem Wege befindlichen Arbeiten s. Arbeitsinformationen über Studienprojekte auf dem Gebiet der Geschichte des deutschen Judentums und des Antisemitismus, Hrsg. Germania Judaica. Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e. V.

Vernichtungslager[19], wenngleich eine Vielzahl von Detailuntersuchungen vorliegt und allein die Erinnerungsliteratur kaum überblickbar und - auch wegen ihrer Vielsprachigkeit - von einem einzelnen Forscher nicht zur Kenntnis zu nehmen ist. Es fehlt eine Biographie des Mannes, der auf der Stufenleiter der Schreibtischmörder zwischen Heydrich und Eichmann stand, des Chefs des Amtes IV der Gestapo, Heinrich Müller (genannt "Gestapo-Müller"), der eine der wichtigsten Personen bei der Ingangsetzung und Inganghaltung des Mordens war.[20] Nicht einmal in Sicht scheint die Auswertung der Massenakten der Oberfinanzdirektionen, die einen Überblick über den Raub des Eigentums der deportierten deutschen Juden und dessen Verwendung geben könnten. Ähnliches gilt für die Beteiligung von privaten Geldinstituten am Vollzug der besonderen Art von Leichenfledderei. Noch immer ist mehr über die armseligen Gestalten von Juden bekannt, die in Auschwitz im sogenannten Kommando "Canada" und in den Lagern der "Aktion Reinhard"[21] die Habe der Getöteten zur weiteren Verwendung sortieren mußten, als über die Schreibtischtäter in deutschen Banken und Sparkassen. Damit sind Themen erwähnt, mit denen sich in Deutschland schwerlich die Karriere eines Historikers begründen läßt und - noch vordem - für deren Erforschung sich auch nur schwer Geldgeber interessieren lassen dürften.

II.

Trotz des verläßlichen historischen Gesamtbildes, das über Jahrzehnte vom Massenmord an den europäischen Juden entstand, ist dessen Geschichte im öffentlichen Bewußtsein nach wie vor von einer Vielzahl von Legenden und legendenähnlichen Fälschungen überlagert. Einige erwiesen sich als kurzlebig, andere von besonderer Zählebigkeit, ja

---

19 Zur Orientierung in seiner Geschichte ist noch immer am wichtigsten: Danuta Czech, Kalendarium der Ereignisse in Auschwitz (zuerst 1959 und in späteren Ausgaben wieder und wieder vervollständigt). Eine Vorstellung von der Dimension der Aufgabe gibt: Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main 1996, S. 177ff., handelt es sich doch nicht nur um die Geschichte der Lager Auschwitz I - III, sondern um die von 50 als Außenkommandos bezeichnete Nebenlagern.

20 Als ein Schritt dahin ist die an der Universität Hamburg verteidigte Dissertation anzusehen, die inzwischen auch im Druck vorliegt: Andreas Seeger, "Gestapo-Müller". Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996.

21 Adalbert Rückerl (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, München 1977.

erscheinen geradezu als unausrottbar. Eine und wohl die größte Gruppe dieser unerfreulichen Gedankengebilde rankt sich um Person und Rolle Hitlers. Kurzlebig war da nur die Legende, derzufolge der Mann an der Spitze des Staates von den Judenmördern hintergangen worden sei.[22] Vorherrschend blieb hingegen das Bild von Hitler, der seit seinem Eintritt in die Politik in den frühen zwanziger Jahren hauptsächlich darauf orientiert gewesen sei, die Juden umzubringen und der auch schon zur Zeit, da er das Buch "Mein Kampf" verfaßte, sich über das Mittel im klaren gewesen wäre, dessen er sich dazu bedienen wollte: Giftgas.[23]

Ein anderes, mit dem eben erwähnten gänzlich unvereinbares Bild läßt Hitlers Entschluß zum systematischen Judenmord erst in dem Moment entstehen, da ihm die Kriegsniederlage bewußt geworden sei. Ende 1941/Anfang 1942 habe er als Alternative zum nicht mehr erreichbaren Sieg über die alliierten Gegner den "Krieg gegen die Juden"[24] eröffnet, um wenigstens aus ihm als Sieger hervorzugehen.[25] In diesem Zusammenhang behauptet sich zäh die Legende, der Judenmord sei von den Teilnehmern

---

[22] Verbreitet wurde sie zuerst von David Irving, Hitler's War, London 1977, wogegen sich mit einer schlagenden Argumentation sogleich Martin Broszat wandte. (Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25,(1977), S. 737-775, Hier: S. 759ff.

[23] Darüber, daß Hitler über die Juden mörderisch dachte, kann es keinen Zweifel geben. Während aber eine Gruppe von Forschern diese Denkweise mit dem mutmaßlich in den frühen zwanziger Jahren gefaßten Entschluß Hitlers gleichsetzt, alle Juden umzubringen, zudem dann nur noch die Bedingungen treten mußten, die seine Verwirklichung erlaubten, erkennt die Mehrheit der Forscher, daß zwischen der Idee und dem praktischen Schritt zum Massenmord eine Entwicklung liegt, in deren Verlauf Hitler und seine Mitführer andere sich von Gedankenschritt zu Gedankenschritt radikalisierende Projekte der Judenverfolgung erwogen und zur Grundlage ihrer praktischen Politik machten.

[24] Dieser Ausdruck übersteigert eine Kennzeichnung der Anklage, die in Nürnberg den Ausdruck "Feldzug gegen die Juden" benutzt hatte. Im einleitenden Vortrag von Jackson, s. IMT, Bd. II, S. 145. Die Wendung wurde dann vor allem durch das in den USA weitverbreitete Buch von Lucy S. Dawidowicz, The War Against the Jews, New York und London 1975 verbreitet, das auch ins Deutsche übersetzt wurde (Der Krieg gegen die Juden, München 1979).

[25] Weithin bekannt wurde diese Verzeichnung durch Sebastian Haffners vielgelesene, auch in Sonderdrucken für die Landeszentralen für politische Bildung verbreitete „Anmerkungen zu Hitler“ (München 1978), worin der Autor die unbewiesene These aufstellt, Hitler habe im Dezember 1941 binnen weniger Tage das Ziel, in der militärischen Auseinandersetzung mit der Anti-Hitler-Koalition zu siegen, ganz aufgegeben und sich nun vollständig auf „das zweite“ Ziel konzentriert, den Judenmord. S. 179f.

der "Wannsee-Konferenz" am 20. Januar 1942 - also nach der Niederlage der Wehrmachtstruppen vor Moskau, mit der die Kriegswende eingeleitet wurde - beschlossen worden.[26] Alle diese Versionen besitzen ihre Entsprechungen in voneinander beträchtlich abweichenden Darstellungen der Rolle Hitlers in der Forschungsliteratur.[27]

Auch eine andere Gruppe von Legenden ist mehr oder weniger eng mit Schutzbehauptungen von Tätern und Tätergruppen verwoben. Das trifft vor allem auf die Behauptung vom Putativnotstand der Mörder zu, die in den Einsatzgruppen und anderen Mörderschwadronen angeblich nur die Wahl besessen hätten, zu erschießen oder erschossen zu werden. Dieser Sachverhalt konnte nicht für einen einzigen Fall nachgewiesen werden.[28] Hingegen wurden mehrfach Beweise dafür erbracht, daß es möglich war, sich als Offiziers- oder Mannschaftsdienstgrad aus derart verbrecherischen Kommandos ungestraft und sogar ganz folgenlos versetzen zu lassen.

Eine nicht auf den ersten Blick auffallende Verflechtung mit apologetischen Interessen besitzt die Legende von der das Kriegsinteresse schwer schädigenden Wirkung des Massenverbrechens. Es habe angeblich in erheblichem Ausmaß Personal und Material blockiert und sie dem Kampf für den Sieg an den Fronten entzogen.[29] Eine logische Ableitung aus dieser Version war den überlebenden deutschen Militärführern des Zweiten

---

[26] Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung Judenmord. Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung", Berlin 1992 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 3).

[27] Dazu die eben so knappe wie vorzügliche Analyse in: Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek 1988, 125ff. Zur Rolle Hitlers in den Perioden der Judenverfolgung und der Judenvernichtung s. das Kapitel „Vorkämpfer des Judenmords" in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker, Adolf Hitler. Eine politische Biographie, Leipzig 1995, S. 477ff.

[28] Um die Klarstellung dieses Sachverhalts hat sich als Gutachter in vielen Prozessen in der Bundesrepublik und in weiteren Staaten vor allem der Historiker Wolfgang Scheffler verdient gemacht. Durch die Rekonstruktion des Weges des Polizeibataillons 101 konnte Christopher Browning (s. unsere Anm. 13) überzeugend dartun, daß es folgenlos möglich war, sich der Mitwirkung in den Mördergruppen zu entziehen und eine Versetzung zu anderen militärischen Einheiten zu erlangen.

[29] Zur Widerlegung: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof. Franz Novak - der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994 (= Dokumente, Texte, Materialien, hrsg. vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, Bd. 13), S. 89ff..

Weltkriegs jedoch hochwillkommen. Sie erschienen gleichsam von Auftrags wegen als Gegner des Judenmords. Jüngst hat die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944" das in der Bundesrepublik über Jahrzehnte verbreitete Bild von der „sauberen Wehrmacht" vermutlich zum ersten Mal nachhaltig beschädigt, zumal mit der Repräsentation von Text- und vor allem von Fotodokumenten öffentliche wissenschaftliche und geschichtspolitische Debatten und eine erhebliche Produktion und Verbreitung von Literatur einhergingen.[30]

Eine eigene Gruppe von Legenden bildet die in vielen Variationen vorgetragene Darstellung, wonach die übergroße Mehrheit der Deutschen unwissend, ja ahnungslos gewesen sei, als das Morden planmäßig verübt wurde. Angeblich konnten sie nicht wahrnehmen, was Juden geschah, so tief sei das Geschehen vor ihnen verborgen worden. Diese Deutung erhält eine Stütze durch die - mitunter einfach gedankenlos niedergeschriebene - Behauptung, der Judenmord habe sich "weit außerhalb Deutschlands..., im tiefsten Osten Europas" ereignet.[31] Auschwitz lag innerhalb der 1939 bestimmten Ostgrenzen des Reiches im sog. Gau Oberschlesien und Kulmhof, das polnische Chelmno, am östlichen Rande des Reichsgaus Wartheland. Doch handelt es sich nicht nur um eine Frage der geographischen Dimension. Aus den Gebieten der besetzten UdSSR und dem okkupierten Polen reisten unausgesetzt vor allem Wehrmachtsangehörige, aber auch Zivilisten als Dienstreisende, Urlauber, Verwundete oder Kranke in das Reich, und tagtäglich fanden zwischen ihnen und den „in der Heimat" Lebenden Gespräche über Gesehenes und Gehörtes statt. Inzwischen ist auch längst dokumentiert, wie viel in den Briefen der Feldpost an Infor-

---

[30] Eine Auswahl: Walter Manoschek (Hg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996 (Dokumentiert wird darin das Symposium, das in der österreichischen Hauptstadt aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung am 20./21. Oktober 1995 stattgefunden hatte.) Hannes Heer(Hg.) „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen". Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1995; Carl Schüddekopf, Krieg. Erzählungen aus dem Schweigen. Deutsche Soldaten über den zweiten Weltkrieg, Reinbek 1997; Helmut Donath/Arn Strohmeyer (Hg.) Befreiung von der Wehrmacht? Dokumentation der Auseinandersetzung über die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" in Bremen 1996/97, Bremen 1997; Hans-Günther Thiele (Hg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997 und der Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997, Bremen 1997.

[31] So Haffner, a.a.O., S. 176.

mationen über das Judenmorden mitgeteilt wurde.[32] Erst diese Nachrichten gaben auch den anderen, die aus den zunehmenden Meldungen des deutschsprachigen ausländischen Rundfunks stammten und sonst als „Feindpropaganda" abgetan worden wären, Glaubwürdigkeit. Doch hatte eine erhebliche Zahl derer, die so unterrichtet wurden, und nicht nur die in Deutschland lebenden Parteigänger und Gegner des Regimes, zunächst unüberwindliche Schwierigkeiten, die gnaden- und seelenlose Systematik des Mordens und also dessen Ausmaß ohne jeden Zweifel gedanklich in sich aufzunehmen.

Die Verfechter der Unwissenheit der Deutschen vermengen zumeist, absichtsvoll oder nicht, zwei Fragen, die verschiedene Antworten verlangen. Die eine betrifft die konkrete Kenntnis über die Orte und den Hergang des Tötens in den für diesen Zweck errichteten Vernichtungslagern, in denen nach Schätzungen etwa die Hälfte der insgesamt getöteten Juden qualvoll starb. Die andere bezieht sich auf das Wissen, daß Menschen Unrecht geschah, ihnen rohe Gewalt angetan wurde und eine viehische Behandlung widerfuhr, die kein "Arier" teilen wollte. Die Deportation der deutschen Juden „in den Osten" geschah am hellichten Tage. So viele Instruktionen aus dem RSHA und dessen von Adolf Eichmann geleitetem Referat den Akteuren vor Ort dafür auch zukamen, keine richtete sich auf die Geheimhaltung der Aktion. Die war nicht beabsichtigt und wäre ohnehin nicht zu bewerkstelligen gewesen, wenn auch verhindert werden sollte, daß der schon im Verlaufe des Jahres 1942 angewachsene unterschiedliche Wissens- und Erkenntnisstand über den Judenmord innerhalb und außerhalb der NSDAP zum Thema fortgesetzter Erörterung wurde.[33]

Robert H. Jackson, Ankläger der Vereinigten Staaten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß 1945/1946, bezeichnete es als eines der Ziele des Verfahrens, "unglaubliche Tatsachen durch glaubhafte Beweise (zu) fundieren".[34] Wenngleich solche Beweise ein halbes Jahrhundert später massenhaft vorliegen, kann die Aufgabe dennoch nicht als gelöst

---

[32] David Bankier, Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat. Die „Endlösung" und die Deutschen. Eine Berichtigung, Berlin 1995. Darin das Kapitel „Kenntnis von der Judenvernichtung", insbes. S. 144 u. 157.

[33] Vertrauliche Information der Parteikanzlei vom 4. Oktober 1942, betr. „Vorbereitende Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage. Gerüchte über die Lage der Juden im Osten". In: Verfolgung - Vertreibung - Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, Hg. Kurt Pätzold, Leipzig 1991, S. 351ff.

[34] Peter Alfons Steiniger, Bd. I. S. 9 korrigieren

angesehen werden, selbst dann nicht, wenn man, was schwer genug fällt, die Gruppe der unbelehrbaren "Auschwitzleugner" einen Moment ganz außer Betracht läßt.[35] Zu Recht, aber wohl kaum mit befriedigenden Ergebnissen befassen sich interdisziplinäre Forschergruppen (Historiker, Pädagogen, Psychologen u. a.) mit Themen des "Holocaust-Teaching". Jüngst stritt sich einer ihrer verdienstvollen israelischen Pioniere mit Mitarbeitern der Berliner Gedenkstätte "Haus der Wannsee-Konferenz" darüber, welchen Platz die Appelle an den Verstand, welchen die an das Gefühl besetzen dürften.[36] Kurzum: Nach wie vor und mehr noch als in frühen Nachkriegsjahren sieht sich die Geschichtswissenschaft vor der Aufgabe, Tatsachen ins Bewußtsein zu rufen oder sie dort zu halten.

III.

Die Geschichte der "Holocaust"-Erforschung begann nicht mit der Arbeit der Historiker. Anfänglich war sie Bestandteil der Auseinandersetzung mit den Mördern in Aktion. Auf gefährdeten und gefahrvollen Wegen gelangten, kaum daß das Verbrechen eingeleitet worden war, Nachrichten zu den Mächten der Antihitler-Koalition und in neutrale Staaten.[37] Die Namen einiger Informanten und Überbringer wurden nach der Zerschlagung des Faschismus weithin bekannt. Das gilt für den SS-Offizier Kurt

---

35 Wahrheit und Auschwitzlüge, Zur Bekämpfung „revisionistischer“ Geschichtspropaganda. Hg. Brigitte Bailer-Gallanda, Wolfgang Benz und Wolfgang Neugebauer, Wien 1995 (auch unter dem Titel Auschwitzleugner, Berlin 1996); Till Bastian, Auschwitz und die „Auschwitz-Lüge“. Massenmord und Geschichtsfälschung, München 1994.

36 Chaim Schatzker sprach 1996 auf der alljährlich aus Anlaß des Jahrestages der "Wannsee-Konferenz" stattfindenden Veranstaltung der Gedenkstätte über das Thema "Denken und Gedenken". Inzwischen mehren sich extrem kritische Stimmen über den schul- und „volks“pädagogischen Umgang mit der Erinnerung an die Ereignisse und dem Gedenken an die Opfer: Richard Chaim Schneider, Fetisch Holocaust. Die Judenvernichtung - verdrängt und vermarktet, München 1997; Rolf Gutte und Freerk Huisken, Alles bewältigt, nichts begriffen! Nationalsozialismus im Unterricht. Eine Kritik der antifaschistischen Erziehung, Berlin 1997, S. 139. Das Thema besitzt eine internationale Dimension und in jedem Land seine Spezifika. Eine umfassende Studie dazu liegt aus Israel vor: Tom Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, Reinbek 1995 (zuerst: Jerusalem 1991).

37 Walter Laqueur, The Terrible Secret. An Investigation into the Supression of Information about Hitlers "Final Solution", London 1980. Die deutsche Ausgabe erschien Berlin 1981 unter dem veränderten mindestens unangemessenen Haupttitel: Was niemand wissen wollte. Diese Ausgabe künftig: Laqueur, Nachrichten.

Gerstein, der sein Wissen über das im März 1942 mit der Tötung der Juden aus dem Ghetto von Lublin in Funktion gesetzte Vernichtungslager Belzec, das er aus eigener Anschauung kannte, im August 1942 an einen schwedischen Diplomaten weitergab.[38] Und es trifft mehr noch für die beiden Auschwitzhäftlinge Rudolf Vrba[39] und Alfred Wetzler[40] zu, die 1944 entfliehen konnten und deren Nachrichten, in der Slowakei aufgezeichnet, via Budapest und die Schweiz nach Großbritannien und in die USA gelangten.[41]

Auch blieben schon die frühen und aus vielerlei Quellen stammenden Meldungen über das einsetzende Massenmorden nichts weniger denn geheim. Am 15. Oktober 1941 fuhr der erste Eisenbahntransport mit jüdischen Opfern aus dem Großdeutschen Reich in die Ghettos des Ostens, dem alsbald weitere folgten. Bereits am 22. Oktober zeigte sich die schwedische Zeitung "Social Democraten" darüber unterrichtet: "Es gibt keinen Zweifel, daß hier ein Fall von bewußtem Massenmord vorliegt." Noch im Oktober übernahm die Londoner deutschsprachige "Zeitung" diese Meldung. Sie schloß sich dem Urteil an, daß die Deportierten auf die eine oder andere Weise umgebracht werden würden.[42] Das entsprach der Wahrheit. Ende November wurden die mit diesen Transporten aus dem Reichsgebiet Verschleppten kurz nach ihrer Ankunft in Riga in der Nähe der Stadt und in Kowno/Kaunas auf dem Gelände eines Forts von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD niedergeschossen.

---

[38] Laqueur, Nachrichten, S. 65.

[39] Er wurde im Juni 1942 nach Auschwitz deportiert, befand sich erst im Lager I, dann in Auschwitz II (Birkenau). Mit Wetzler gelang ihm der Ausbruch am 7./10. April 1944. Vrba hielt sich bis Kriegsende unerkannt in der Slowakei auf und nahm am slowakischen Aufstand teil.

[40] Er befand sich seit April 1942 in Auschwitz II (Birkenau). S. Anm.16.

[41] Laqueur, Nachrichten, S. 125. Die aus Auschwitz entflohenen Vrba und Wetzler wurden in der Slowakei getrennt von Mitgliedern des Judenrats nach ihrem Wissen befragt. Ihre Aussagen enthielt ein Bericht, der am 22. Mai 1944 datiert und an jüdische Repräsentanten in der Schweiz gerichtet war. Vrba hat sich jüngst noch einmal zum Hergang der Flucht, dem Inhalt seiner Informationen und den Wegen von deren Übermittlung geäußert: Rudolf Vrba, Die mißglückte Warnung. Betrachtungen über den Auschwitz-Bericht von 1944, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München (44) 1996, Heft 1. S. auch ders., I cannot forgive (1963, dt.: Ich kann nicht vergeben, München 1964).

[42] Laqueur, Nachrichten, S. 87f.

Über die Art und Weise, wie mit den Nachrichten von den Judenmassakern und der jedenfalls seit Mitte 1942 wachsenden Erkenntnis, daß deren Ziel die Ausrottung ausnahmslos aller Juden sei, verfahren wurde und welche Schlußfolgerungen aus ihnen gezogen wurden, entstand eine sich immer wieder belebende Kontroverse. Sie kulminierte in der Frage, warum "Auschwitz" nicht bombardiert worden sei. Sie knüpfte sich an die aus den Akten der US-Streitkräfte nach dem Kriege bekanntgewordenen Tatsache, daß Flugzeuge - das erste von ihnen am 4. April 1944 - den Lagerkomplex überflogen und Luftbildaufnahmen gemacht hatten. Die Unternehmen ordneten sich in das Vorhaben der Alliierten ein, möglichst noch vor der Landung in Frankreich - sie erfolgte am 6. Juni 1944 - die Produktionsstätten von synthetischem Benzin zu orten und zu zerstören, damit die deutsche Luftwaffe entscheidend geschwächt würde.

Die Aufdeckung der Geschichte des Judenmords begann, nachdem es im Verlaufe des Jahres 1942 in Regierungskreisen der Alliierten Mächte und namentlich in der polnischen Exilregierung in London zur unabweisbaren Gewißheit geworden war, daß die deutschen Faschisten die Juden systematisch umbrachten, es sich also nicht mehr und nicht länger um die Inszenierung einzelner, begrenzter, nichtsdestoweniger furchtbarer Massaker handelte, wie sie seit 1939 in Polen geschahen. Nun verfolgten die Machthaber ein totales Vernichtungsziel. Diese Erkenntnis wurde öffentlich bekanntgemacht, aber - wie erwähnt - in Großbritannien und den USA auch von jenen keineswegs sogleich uneingeschränkt geglaubt, die am verbrecherischen Charakter des deutschen Regimes und seiner Machthaber keinen Zweifel hegten. Die Regierungen der Hauptmächte der Koalition verbürgten sich am Jahres Ende 1942 mit einiger Verspätung für die Wahrheit der entsetzlichen Nachricht, die zuerst von der Presse verbreitet worden war. Denn schon Monate zuvor hatte der „Daily Telegraph" Ende Juni 1942 in zwei Artikeln ausgesprochen, daß die Judenverfolgung in ihre abschließende Etappe eingetreten sei und die Täter nun auf die Tötung aller in ihrem Machtbereich befindlichen Juden zielten.[43] Noch waren nicht alle Informationen über das Ausmaß des Geschehens, über die Instrumente und die Methodik der Täter genau, manche mitunter auch

[43] Laqueur, Nachrichten, S. 95f. In den Artikeln vom 25. und 30. Juni 1942 war von der Tötung durch Giftgas, von der Verwendung von Vergasungswagen und von der Vernichtungsstätte Kulmhof die Rede.

falsch. Doch kamen sie der Wahrheit immer näher, wurden verläßlicher und schließlich immer weniger bezweifelbar.[44]

Viele Informationen stammten von der Widerstandsbewegung im besetzten Polen. In einer hieß es, die deutschen Faschisten hätten das Land zum "Schlachthaus der Juden" Europas gemacht. Viele Nachrichten gelangten zuerst in die Schweiz und wurden von da weiterverbreitet. Das in dem kleinen Nachbarland Deutschlands erscheinende "Israelitische Wochenblatt", zu dessen Beziehern die Redaktion der in Nürnberg wöchentlich erscheinenden antisemitischen Hetzzeitschrift " Der Stürmer" und zu dessen Lesern dessen Herausgeber Julius Streicher gehörten[45], veröffentlichte regelmäßig Meldungen über die verübten Untaten, nannte Orte des Schreckens und Zahlen der Hingemordeten. Inzwischen hat die Forschung die Ursprünge der Nachrichten, die Wege ihrer Weiterleitung, die Empfänger und die vertraulich Informierten ebenso ermittelt, wie sie die schwierige Frage der Glaubwürdigkeit und der Möglichkeiten der Reaktionen der Regierungen erörterte. Eine graphische Darstellung aller Informationsstränge würde das Bild eines eng geknüpften Netzes ergeben, das parallele und sich kreuzende Verbindungen aufwiese und zu dessen wichtigsten Knotenpunkten Bern, Stockholm, die Vatikanstadt und auch Istanbul gehören müßten. Dieses Netz wird jedoch solange nicht vollständig rekonstruiert werden können, wie die Archive der Geheimdienste, aber auch die des Vatikans ganz oder teilweise verschlossen bleiben.

IV.

---

[44] Vom Grad der Verbreitung der Kenntnisse und den Versuchen, sie den Deutschen bekanntzumachen, zeugen auch die Rundfunk-Ansprachen Thomas Manns "Deutsche Hörer", in denen - zunächst in den Einzelheiten nicht mit vollkommen verläßlichen Informationen - im November 1941 von dem "Unaussprechlichen" die Rede war, das "in Rußland, das mit den Polen und Juden geschehen ist und geschieht". In: Zeit und Werk. Tagebücher, Reden und Schriften zum Zeitgeschehen, Berlin 1965, S. 641 und weiter und ähnlich mit vielfachen Erwähnungen der Verwendung von Giftgas zur Menschentötung auf den S. 645f. 662, 671ff. (fortan, Mann, Hörer).

[45] Eine Tatsache, die bei der Verurteilung Streichers, der für sich den Titel des „Antisemiten Nr. 1" beansprucht hatte, eine besondere Rolle spielte, denn damit wurde eine seiner Schutzbehauptungen widerlegt, derzufolge er, als seine Zeitschrift die Mordhetze betrieb, vom tatsächlichen Stattfinden und Fortgang des Verbrechens keine Kenntnis besessen habe. Kurt Pätzold, Julius Streicher. „...he was a good person", In: Ders./Manfred Weißbecker (Hg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 264ff., Hier S. 292.

Den wichtigsten, weil grundlegenden Beitrag zur Enthüllung des Massenmords an den europäischen Juden konnte aber erst 1945/1946 das Nürnberger Tribunal leisten. Dank der Umsicht und der angestrengten Arbeit seiner Stäbe verfügten die Anklagevertretung und somit das Gericht bereits wenige Monate nach Kriegsende über eine Vielzahl von Dokumenten, die aus dem archivalischen Beutegut gehoben worden waren. Darunter befanden sich Schriftstücke (Briefe, Befehle, Niederschriften von Reden u.a.), die bis heute zu den Schlüsseldokumenten der Forschung gehören. Zudem konnten die Ankläger aus der Gruppe der gefangengesetzten Täter, deren spezieller Tatbeitrag zumeist noch aufzuklären war, diejenigen auswählen, die dem Gericht als Zeugen vorgeführt wurden. Einige der wichtigsten fehlten jedoch: Heinrich Himmler hatte nach seiner Gefangennahme Selbstmord begangen, der Chef des RSHA und stellvertretende „Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, war 1942 in Prag bei einem Anschlag getötet worden, SSW-Gruppenführer Heinrich (Gestapo-)Müller war spurlos verschwunden, und sein Verbleib konnte auch später nie aufgeklärt werden. Auch der SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann war unauffindbar. Es galt als ungewiß, ob er überlebt hatte. Erst viel später wurde bekannt, daß er sich in den Monaten des Prozesses versteckt in Norddeutschland befand. Franz Novak, der Transportoffizier Eichmanns, war ebenfalls nicht ergriffen worden. Er lebte unter falschem Namen in Österreich.

Doch auf der Anklagebank saß der Heydrich-Nachfolger im RSHA, Ernst Kaltenbrunner.[46] In alliierter Gefangenschaft befanden sich mehrere SS-Offiziere, die zum leitenden und kommandierenden Personal der "Endlösung" gehörten hatten. Ausgewählt wurden u.a. der zeitweilige Kommandeur der Einsatzgruppe D der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf[47], der 1948 in Nürnberg zum Tode verurteilt und am 8. Juni 1951 in Landsberg hingerichtet wurde, der Höhere SS- und Polizeiführer im eroberten sowjetischen Gebiet - Rußland-Mitte - und spätere Kommandeur der zur Bekämpfung der Partisanen eingesetzten

---

[46] Seine Rolle ist er jüngst in einer Biographie dargestellt worden: Peter Black, Ernst Kaltenbrunner, Vasall Himmlers. Eine SS-Karriere, Paderborn 1991. Eine Zusammenfassung seiner Forschungsergebnisse gab derselbe Autor in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 119ff.

[47] IMT, Bd. IV, S. 344f.

("Bandenkampf"-)Verbände, SS-Obergruppenführer Erich von dem Bach-Zelewski[48], der 1951 in München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde, seine Strafe alsbald auf 5 Jahre herabgesetzt sah, die er nicht vollständig verbüßen mußte, der mehrjährige Kommandant des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, SS-Obersturmbannführer Rudolf Höss[49], den am 2. April 1947 in Warschau ein polnischer Gerichtshof zum Tode verurteilte und der am 16. April 1947 auf dem Gelände des Lagers Auschwitz I hingerichtet wurde, und der enge Mitarbeiter im von Eichmann geleiteten Referat, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny[50], dessen Prozeß 1948 vor einem tschechoslowakischen Gericht in Bratislava stattfand, weil er zuletzt als „Judenreferent" in der deutschen Botschaft in der Hauptstadt der slowakischen Verbündeten tätig gewesen war, und gegen den ebenfalls das Todesurteil ausgesprochen wurde, dem die Vollstreckung folgte. Damit waren Täter verfügbar, die an verschiedensten Tatorten des Verbrechens gewirkt hatten und denen aufgrund vorliegender Dokumente wenig Gelegenheit blieb, sich um das Eingeständnis des Geschehenen herumzureden, wenn auch jeder sich einzig als ausführendes Organ von Entschlüssen Hitlers und von Befehlen seiner Vorgesetzten ausgeben wollte. Zudem traten Überlebende in den Zeugenstand; zu ihnen gehörte Claude Vaillant-Couturier, die in Auschwitz gefangengehaltene französische Deputierte und Widerstandskämpferin.[51]

Die Richter von Nürnberg sahen sich später und sind bis heute der Kritik ausgesetzt, sie hätten dem Verbrechen an den Juden nicht den gebührenden Platz eingeräumt.[52] Im Urteilstext war der Massenmord an den europäischen Juden nach den Abschnitten über die "Ermordung und Mißhandlung von Kriegsgefangenen" und der "Zivilbevölkerung" in den okkupierten Gebieten und Ländern, über die "Plünderung des öffentlichen

---

[48] IMT, Bd. IV, S. 528f. Zur Biographie s. Hans-Heinrich Wilhelm, Einsatzgruppe A, S. 475.

[49] IMT, Bd. XI, S. 438f.

[50] IMT, Bd. IV, S. 393f.

[51] IMT, Bd. VI, S. 227 u 230f.

[52] S. dazu neuerdings Friedhelm Kröll, 1945 - 1995. Nuremberg Trials bei Licht besehen. In: Weg und Ziel, Marxistische Zeitschrift. 53. Jahrgang, 1954, Nr. 5. 15ff. Der Text stützt sich auf: Ders., Das Verhör - Carl Schmitt in Nürnberg 1947, Nürnberg 1995. Kröll referiert ausführlich insbesondere die Einwände Hannah Arendts und Raul Hilbergs sowie die späteren kritischen Analysen beteiligter Juristen des Gerichts und der Anklage.

und privaten Eigentums" und über die "Politik der Zwangsarbeit" eingeordnet und trug die Überschrift "Die Judenverfolgung".[53] Diese Plazierung und Kennzeichnung bedeutete einen analytischen Rückschritt gegenüber der während des Krieges - u.a. in Zeitungen, die in den Staaten der Alliierten und in neutralen Ländern erschienen - getroffenen Bewertung des Massenmords an den Juden als einer geschichtlich beispiellosen barbarischen Tat. Die Richter übernahmen in ihren Text auch die präzise Kennzeichnung nicht, die Jackson im einleitenden Anklagevortrag gegeben hatte: "Die Geschichte berichtet von keinem Verbrechen, das sich jemals gegen so viele Opfer gerichtet hat oder mit solch einer berechnenden Grausamkeit begangen worden ist." Zwar waren hier die Zahl der Opfer und die Art und Weise, in der das Verbrechen verübt wurde, zum Kriterium von dessen Einzigartigkeit gemacht, - was eine Verkürzung bedeutet -, doch wurde die Heraushebung deutlich vorgenommen. An anderer Stelle hieß es: "Die Ostjuden haben gelitten wie nie ein Volk zuvor."[54] Daß die Bewertung des Verbrechens einzig unter den Gesichtswinkeln der Grausamkeit der Täter und der Unzahl von Opfern zu eng sei, drückte am klarsten der französische Ankläger François de Menthon aus, als er von einem Verbrechen "gegen Rang und Stand des Menschen" sprach.[55]

Indessen: Der Maßstab, mit dem die Richterschelte operiert, berücksichtigt weder die politische Situation ausreichend, noch zeichnet er sich durch eine historische Perspektive aus. Das Gericht erblickte seine wichtigste in die Zukunft gerichtete Aufgabe darin, mit seinen Mitteln Barrieren gegen einen Dritten Weltkrieg und gegen jegliche Angriffskriege zu errichten. Dieser Pflicht suchte es - wieder nach den treffenden Worten des französischen Hauptanklägers - in einem geschichtlichen Stunde zu genügen, "in der die Menschheit nur mit Bangen und Zögern den Weg zur Organisation des Friedens zu beschreiten scheint".[56]

Zudem konnte niemand von den Nürnberger Richtern erwarten, daß sie, nur Monate nachdem ihm ein Ende gesetzt worden war, das an den Juden begangene Verbrechen in seinem ganzen Umfang zu rekonstruieren vermochten. Dennoch gehört zu ihren Leistungen, daß sie es nicht bei der

---

[53] Urteilstext in: Bd. I, S.

[54] IMT, Bd. II, S. 140 u. 145.

[55] Zitiert nach Arendt, Eichmann, S. 306

[56] IMT, Bd. V, S. 415ff.

bloßen Feststellung von Tatsachen beließen, sondern auch ihre Bewertungen trafen, von denen viele durch spätere weitläufige Forschungen bekräftigt und als vollkommen richtig bestätigt worden sind. Die Ankläger verwiesen auf den instrumentalen Charakter von Antisemitismus und Judenverfolgung, darauf, daß er eine Art Vorschule für die Deutschen darstellte, durch die sie auf die Praktiken der Unterdrückung anderer Völker und ganz allgemein von Menschengruppen abgerichtet wurden, welche ihnen die Machthaber bezeichneten. Die Ankläger erwähnten den Antisemitismus als ein Mittel der Außenpolitik vor und im Kriege, mit dem Gegner gespalten und Verbündete und Kollaborateure gewonnen worden waren. Sie stellten fest, daß im Kriegsverlauf die Verfolgung und Tötung der Juden als ein Mittel der Drohung und Disziplinierung diente, mit dem in den okkupierten Gebieten auf die nichtjüdische Bevölkerung eingewirkt und Friedhofsruhe erzwungen werden sollte.[57] Doch fanden sich in Jacksons zusammenfassender Charakteristik auch Feststellungen, die auf Jahrzehnte und bis heute Strömungen in der Geschichtswissenschaft gegeneinanderstellen: So hätten die Täter offen zugegeben, die Vernichtung des jüdischen Volkes zu erstreben "als Selbstzweck, als Vorbereitungsmaßnahme zum Kriege und als Warnung für besiegte Völker".[58] Hier stimmte wenig. Nie hatten die deutschen Faschistenführer den Judenmord als Selbstzweck gekennzeichnet, sondern ihn stets mit realen und auch mit vorgetäuschten Gründen vor sich und anderen zu rechtfertigen gesucht. Und selbstredend war der im Kriege verübte Judenmord keine vorbereitende Kriegsmaßnahme. Viel eher traf auf ihn - aus der Sicht der Mörder - die Kennzeichnung als einer „vorbereitenden Friedensmaßnahme“ zu, eines Friedens, den man sich freilich kaum vorstellen mag.

Das Urteil konstatierte, daß der Schritt von der Judenverfolgung und Judenvertreibung zum systematischen Massenmord im Sommer 1941 erfolgte und die Pläne für die Ausrottung bald nach dem Angriff auf die Sowjetunion ausgearbeitet wurden. Die Richter verwiesen auf die Rolle der Einsatzgruppen, auf deren Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und auf die Bestimmung der Konzentrationslager, deren "Hauptzweck" sie in der Vernichtung der Juden erblickten. Sie fanden - und auch hier liegt ein Streitpunkt bis zum heutigen Tage - keine Gründe, diese Untat von ande-

[57] IMT, Bd. II, S. 129 u. 139.
[58] IMT, Bd. II, S. 140.

ren zu separieren, sie zu isolieren oder als eigenständiges deutsches Kriegsziel zu erklären. Vielmehr schlug sich im Urteilstext der - gewiß nicht gelungene - Versuch nieder, den Zusammenhang von Judenmord und Kriegsplan aufzudecken. Doch kann bei allen Mängeln dieses Versuchs nicht übersehen werden, daß die Juristen das Verbrechen nicht als bloßes Resultat unausrottbarer Vorurteile und blindwütigen Rassenhasses begriffen, sondern es als Bestandteil einer kalkulierten Politik auffaßten, die sowohl ökonomische wie politisch-ideologische und psychologische Ziele verfolgte.[59] Es scheint, daß die Historiker diesen Beitrag zur Aufdeckung und Einordnung der Genesis des "Holocaust" zusammenfassend, vorurteilslos und ohne Hochmut erst noch zu würdigen haben, wozu ihnen kürzlich insbesondere der 50. Jahrestag des Prozeßbeginns Anstoß und Gelegenheit bot, die jedoch „verpaßt" worden sind. Das kann nicht als ein Zufall angesehen werden, wird doch die Bewertung dieses frühen Verdienstes schwerlich durch Historiker geschehen können, die in ihren Deutungen hinter das intellektuelle Niveau des Gerichts zurückgefallen sind oder sich nie auf dessen Höhe zu begeben vermochten.

V.

Trotz einer zutageliegenden Verwandtschaft mancher Aufgaben der Staatsanwälte und der Historiker trifft doch zu: Die Fragestellung der Juristen, Ankläger wie Richter, ist anderer Absicht unterworfen als die der Historiker und folgt mithin einer anderen "Forschungsrichtung". Die Juristen fragten in Nürnberg, was geschah und wer, wann, was getan oder auch unterlassen hatte. Ihre Aufmerksamkeit galt, wegen des Interesses an den Umständen, unter denen Taten begangen wurden und Täter handelten, auch und in extenso der Vorgeschichte von deren Handlungen. Ja, es scheint kaum ein Prozeß denkbar, in dem, immer unter Berücksichtigung des Wißbaren, das zeitliche Vor- und das Umfeld der Handelnden so geduldig und breit ausgeleuchtet wurde, wie dies durch das Internationale Militärtribunal geschah. Allein Göring, auf Platz eins der Anklagebank gesetzt, erhielt Gelegenheit, insgesamt mehr als fünfzig Stunden im

[59] Raul Hilberg entgingen diese Passagen, sonst wäre er schwerlich zu dem Pauschalurteil gelangt: "Während des Prozesses waren die Anklage-Vertreter nicht imstande, einen Zusammenhang zwischen diesen Beschlüssen (den vor dem Kriege beschlossenen antijüdischen Gesetze und Verordnungen - K.P.) und der 'Verschwörung' zur Anzettelung eines Krieges herzustellen." Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt 1990 (fortan: Hilberg, Vernichtung), S. 1137.

Zeugenstand zu reden, wovon er einen erheblichen Teil auf Ereignisse und Entwicklungen verwenden konnte, die zeitlich außerhalb des Rahmens lagen, in dem das Gericht Taten be- und gegebenenfalls verurteilte.[60]

Doch die Fragen des Historikers sind über die vielzitierte Rankesche Maxime hinausgeführt. Sie zielen auf die Beantwortung des Warum und Wozu, also auf die Bloßlegung von Ursachen und Interessen, auf Zwecke und Ziele, die erreichten ebenso wie die verfehlten. Für die historiographisch geleitete Erforschung des Judenmordes bedeutet dies, daß auch sie die Frage nach den mit der Untat von ihren Urhebern verfolgten direkten und ferneren Zielen nicht ausklammern kann und versuchen muß, den Platz des Judenmords im Zielkomplex der faschistischen deutschen Welteroberer zu bestimmen. Der letzte Gesichtspunkt ist der am meisten umstrittene geblieben, wobei in jüngster Zeit beobachtet werden kann, daß er nicht durch Klärung, sondern durch Vernachlässigung und Nichtachtung aus der Kontroverse gerät. Diese Tendenz wurde dadurch begünstigt, daß sich die Herausforderung durch die materialistische Geschichtsschreibung zwar nicht gedanklich, aber in ihren öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten erheblich abgeschwächt hat. Es ist weithin Mode geworden, die Verfechter dieser Richtung auch im Hinblick auf diesen speziellen Gegenstand des Dogmatismus und des Vulgärmaterialismus, jedenfalls des Unvermögens zu zeihen. So scheint die Bahn für eine Betrachtungsweise frei, die alles Fragen auf Hitler, seine Weltanschauung, sein Denken, seine Entscheidungen und seine Endziele und auf die ihn unmittelbar umgebenden Tätergruppe richtet und die Antworten in diesem Bezirk ausmünden und enden läßt und Interessen außerhalb dieses Personenkreises nicht gelten läßt.

Diese Betrachtungsweise mochte unter dem nachwirkenden Eindruck des Regimes und angesichts des ganz unentwickelten Standes der Forschung erklärlich sein. So sprach während des Nürnberger Prozesses auch der Hauptankläger Frankreichs, Auguste Champetier de Ribes, vom "Genocidium" als dem "ungeheuerlichen Resultat der Hitlerschen Ideologie".[61] Damit waren mehr Fragen aufgeworfen denn aufgeklärt. Dennoch erhielt sich die genügsame Weise, welche alle Antworten in einer einzigen Person zu finden glaubte, gerade in Publikationen, die ungleich mehr

---

[60] Dietrich Eichholtz, Hermann Göring. „...dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist". In: Pätzold/Weißbecker, Stufen zum Galgen, S. 18ff.

[61] IMT, Bd. XXII, S. 343.

Leser erreichten als wissenschaftliche Monographien. Das gilt beispielsweise für den vielgelesenen Bericht des niederländischen Schriftstellers Harry Mulisch, einen Augenzeugen des Eichmann-Prozesses, der schrieb: "Der Judenmord ... entsprang unmittelbar dem Innern eines einzigen Menschen." Und: "Ein einziger Mensch wurde vom Judenmord befriedigt und zwar Hitler."[62] Derlei Antworten lassen sich zudem leicht erfassen und im Gedächtnis behalten, was ihrer Verbreitung zusätzlich entgegenkommt.

Noch unterhalb dieser niedrigen Erkenntnisschwelle befinden sich jene agnostischen Bekenntnisse, die den Judenmord als "metahistorischen" Vorgang ansehen, an dem jeder Erklärungsversuch scheitern müsse. Häufiger als derart offene Totalkapitulationen lassen sich allerdings mehr oder weniger verschämte Eingeständnisse antreffen, mit denen das Geschehen in den Bereich verwiesen wird, der allen menschlichen Anstrengungen unzugänglich bleibe . Diese Überzeugung äußert sich in Formulierungen wie der vom Judenmord als einem "übermächtigen historischen Grenzereignis", das sich einer "angemessenen Darstellung und Deutung" verweigern würde.[63] Mulisch formuliert offener und ohne Verwendung jeder akademisch anmutenden Begrifflichkeit, wenn er von einem Verbrechen schreibt, das in "keinerlei Hinsicht etwas mit 'Zeit' oder Geschichte zu tun" hatte.[64]

Die Praxis, den Massenmord an den Juden gedanklich an oder hinter eine Grenze von Geschichte zu stellen, von der nicht gesagt wird, wo sie verläuft, wodurch sie verursacht und charakterisiert wird, findet Nachahmung. Das bezeugen Kennzeichnungen - sie sind einem einzigen Aufsatz entnommen - wie "die extreme Ausnahmeerscheinung der Massenvernichtung", "das existentielle Grenzereignis", das "extreme Grenzereignis säkularer Zivilisation".[65] Darin äußert sich gewiß immer und überall auch methodologisches Unvermögen der Einzelnen. Nirgendwo war jedoch das

---

62 Harry Mulisch, Strafsache 40/61. Eine Reportage über den Eichmann-Prozeß, Berlin 1995, S. 147 u. 138.

63 Saul Friedländer, Die "Endlösung". Über das Unbehagen in der Geschichtsdeutung. In: Pehle, Der historische Ort, S. 93.

64 Mulisch, a.a.O., S. 147.

65 Dan Diner, Perspektivenwahl und Geschichtserfahrung. Bedarf es einer besonderen Historik des Nationalsozialismus? In: Pehle, Der historische Ort, S. 102 u. 108. Der Autor verdächtigt übrigens diejenigen, die in ihre Deutungen rational erfaßbare ökonomische Ursachen einzubeziehen suchen, der Verfolgung von Interessen, die außerhalb des zu erforschenden Gegenstandes liegen würden.

politisch-gesellschaftliche Interesse an derart einnebelnden Verfahren größer als in der Bundesrepublik. Es erhielt sich über die Restaurationsphase hinweg bis in die Gegenwart.

Bevor von Kontroversen, ausgetragenen, marginalisierten und verdrängten, berichtet werden soll, sei festgestellt: Die internationale Geschichtswissenschaft hat sich mit der Geschichte des "Holocaust" viel später forschend zu beschäftigen begonnen, als gemeinhin angenommen wird. Die verbreitete Unkenntnis über diesen späten Beginn - dies nebenbei - hat jüngst denjenigen genützt, die Historikern und Publizisten in der DDR eine spezielle Verweigerung gegenüber diesem Gegenstand nachsagten und an diese unbewiesene Behauptung die weitere knüpften, dies sei Ausdruck des im untergegangenen Staat anzutreffenden Antisemitismus. In derartigen Aussagen regierte die Absicht, das realsozialistische System möglichst nahe an das deutsch-faschistische zu rücken, beide womöglich zur Deckung zu bringen. Das konnte nur gelingen, wenn die Machthaber der DDR zu Antisemiten erklärt wurden. Auch diese Erfahrung, die von dem Bestreben zeugt, jeden sachlichen internationalen Vergleich zu vermeiden, läßt es notwendig erscheinen, einen - wenn auch sehr flüchtigen - Blick auf die Anfänge der „Holocaust"-Forschung und die Leistungen ihrer Pioniere zu werfen.

Das 42 Bände umfassende Protokoll der Verhandlungen des Nürnberger Prozesses samt der vom Gericht akzeptierten Dokumente lag 1947 in mehrsprachigem Druck vor. Dann wurden die teils publizierten, meist aber archivierten Materialien der vor amerikanischen Militärgerichten geführten zwölf sogenannten Nürnberger Nachfolge-Prozesse zugänglich. Hinzukamen und erreichbar waren die Dokumentenmassen aus Gerichtsverfahren gegen sogenannte NS-Täter, die in vielen europäischen Staaten stattfanden, wie beispielsweise aus den in Polen durchgeführten Verfahren gegen Rudolf Höß und gegen Hans Franks Staatssekretär Josef Bühler. Die Quellen für die Historiker häuften sich alsbald zu nahezu bedrohlichen Bergen. Dennoch vergingen nach Kriegsende acht Jahre, bis Gerald Reitlingers Überblick über die Geschichte des Massenmords an den europäischen Juden erschien.[66]

---

[66] Gerald Reitlinger, The Final Solution - the Attempt to Exterminate the Jews of Europe 1939-1945, London 1953. Der ganz persönliche Antrieb des Forschers drückte die dem Werk vorangestellte Widmung aus: "Für Venetia, damit sie es eines Tages liest und so von der Tragödie ihres Volkes erfährt".

Der Autor stellte das Verbrechen in den Verlauf und die Daten des Krieges und ließ dessen Vorgeschichte mit den Nürnberger Gesetzen des Jahres 1935 beginnen. Das Werk, das die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden mehr schildert, als es sie beim damaligen Stand der Forschungen über die deutsche Geschichte zwischen 1933 und 1945 analysieren konnte, hätte nicht geschrieben werden können, wären bis dahin nicht Forschungs- und Dokumentationszentren entstanden, die das Quellenmaterial sammelten und ordneten. Zuerst geschah das in den USA, wo sich das 1939 von Wilna übergesiedelte „Yiddish Scientific Institute“ befand und im Februar 1940 das „Institute of Jewish Affairs“ gegründet worden war. Das Letztere hatte die ersten Darstellungen der Judenverfolgung und des Judenmords herausgegeben. 1943 war "Hitlers Ten Year's War on the Jews" und im folgenden Jahr von Jacob Lestschinsky "The Jewish Catastrophe" erschienen. Dann entstanden in London die von Alfred Wiener gegründete und nach ihm benannte "Wiener Library" und schon 1945 wurde in Paris das "Centre de Documentation Juive Contemporaine" gegründet, das die Zeitschrift "Le Monde Juif" herausgab. Dessen später durch viele Forschungen berühmt gewordener Archivar und Historiker Leon Poliakov legte 1951 sein Buch "Breviaire de la Haine. Le IIIe Reich et les Juifs" vor. Bedeutungsvoll wurde auch die Arbeit des sofort nach Kriegsende entstandenen Amsterdamer "Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie".

Reitlingers Arbeit fand im angelsächsischen Raum viel Aufmerksamkeit, bewirkte aber in der Geschichtswissenschaft keinen Anstoß. Eine deutsche Übersetzung und dann mehrere Auflagen davon erschienen in der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, während das Werk in der DDR über den Kreis von Spezialisten hinaus unerreichbar blieb. Der Untertitel, den der Autor seinem Buch gegeben hatte, erhielt in der BRD einen charakteristischen Zusatz, er hieß nun "*Hitlers* Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945"[67] und bediente die inzwischen weit verbreitete Version, die im Titel eines später geschriebenen (schlechten) Schauspiels treffend formuliert wurde: "Ich bin's nicht, Adolf Hitler ist es gewesen." Außerdem hielten es Herausgeber und Übersetzer für angemessen, darauf zu verweisen, daß die "Schlußfolgerungen des Verfassers ... hinsichtlich der deutschen Ostgrenzen von der deutschen Öffentlichkeit

[67] Reitlingers Buch hier zitiert nach der Taschenbuch-Ausgabe (5. Aufl.) Berlin 1979, S. XIX. Der Untertitel bedeutete jedoch keine Verfälschung der Sicht des Verfassers, die selbst auf Hitlers Antisemitismus und dessen "Ableitungen" zentriert war.

nicht geteilt werden können". Der Autor hatte vermerkt, daß in den Köpfen deutscher Machthaber auch eine Vorstellung von der "Endlösung der Slawenfrage" existierte.[68] Und das war nicht nur eine vage Idee geblieben. Diese "Endlösung" wurde nicht bis zu jenem Punkte getrieben, den die Vernichtung der Juden erreichte. Aber sie hatte mit der Liquidierung von Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, mit Massakern unter der Bevölkerung Polens und deren Aushungerung sowie mit den Planungen zur Deportation der Tschechen nach dem „Endsieg" bereits begonnen und deutliche Konturen gewonnen.

Die Forschungen zur Geschichte des "Holocaust" und mehr noch die Bekanntmachung ihrer Ergebnisse stießen seit ihren Anfängen überall in der Welt auf Hindernisse. Am meisten war das in den Staaten der Fall, auf deren Gebiet die meisten Juden umgebracht worden waren, also in der UdSSR und in Polen. Die Geschichte des "Schwarzbuches" spricht davon beredt.[69] Doch auch in Staaten, in denen große Gruppen von Juden lebten - in den USA und in Israel - taten sich Barrieren auf. Sie schienen zwar aus wissenschaftlichen Einwänden gebaut, wurden aber durch sie häufig nur getarnt. Das erfuhr niemand früher und nachdrücklicher als der Soziologe und Historiker, dessen Name und Verdienst unter den Holocaust-Forschern unbestritten auf Platz eins erscheint.

Raul Hilberg[70] hatte als Dreizehnjähriger mit seinen Eltern Wien verlassen müssen, als die deutschen Machthaber Österreich liquidierten. Er war via Frankreich und Kuba nach den USA gelangt. Bei Kriegsende kehrte er, ohne noch an Kampfhandlungen teilnehmen zu müssen, als amerikanischer Soldat für kurze Zeit nach Europa zurück. Dann studierte er Soziologie, vor allem bei dem Historiker Hans Rosenberg und dem Sozial- und Politikwissenschaftler Franz Neumann, dem Autor der 1942 in New York und London erschienenen Faschismusanalyse, dessen Haupttitel "Behemoth" (Untertitel: Structure and Practice of National Socialism) sich des Namens jenes die Wüste beherrschenden Ungeheuers bediente,

---

[68] Ebenda, S. 555.

[69] Wassili Grossmann/Ilja Ehrenburg. Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden, deutsche Ausgabe von Arno Lustiger, Reinbek b. Hamburg 1994, dort das Vorwort S. 19ff.

[70] Zum folgenden seine Autobiographie: Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt/M. 1994 (fortan: Hilberg, Erinnerung).

mit dessen Vernichtung der Tag der Gerechtigkeit anbricht.[71] Beide Wissenschaftler waren 1933 aus dem Deutschen Reich vertrieben worden und über Großbritannien in die USA gelangt. Und beide besaßen eine Beziehung zu Berlin; Rosenberg hatte an der hiesigen Universität promoviert, Neumann war hier als Rechtsanwalt tätig gewesen.

Schon als Student fand Hilberg den Gegenstand, der ihn ein Leben lang nicht loslassen sollte. Und bereits in seiner Magisterarbeit ließ er kein "heißes" Thema aus. Er hatte sich in ihr auch kritisch zum Verhalten der Juden unter den Bedingungen ihrer Verfolgungen durch die deutschen Machthaber geäußert. Neumann sagte ihm darauf: "Das ist zu stark, streichen sie es." Und als der Absolvent seinem Lehrer vorschlug, die Magisterarbeit zur Dissertation auszubauen, stimmte dieser dem Vorhaben zwar zu, versah den Entschluß Hilbergs aber mit dem Kommentar: "Das ist Ihr Untergang."

Diese Prophezeiung sollte sich nicht erfüllen. Doch bis Hilbergs Forschungsresultat, entstanden nach der Bewältigung einer Riesenmasse von deutschen Beuteakten, die damals noch in den USA lagerten und benutzbar waren, den Weg zum Druck fand[72], verging extrem viel Zeit, obwohl die Doktorarbeit einen Preis der Columbia-Universität erhalten hatte, der gewöhnlich mit der Drucklegung durch den Universitätsverlag verbunden ist. Auch das Jerusalemer Yad Vashem Institut wollte sich nicht beteiligen. Die Verlage von Princeton und der Universität von Oklahoma lehnten ebenfalls ab. Eines der negativen Gutachten, die herbeigezogen worden waren, stammte - wie sich erst nach ihrem Tode herausstellte - von Hannah Arendt. Später revidierte sie ihr Urteil stillschweigend, verwies auf Hilbergs Buch und nannte es die "ausführlichste und quellenmäßig fundierteste Darstellung der Judenpolitik des Dritten Reiches".[73] Erst 1961 wurde das Manuskript schließlich in einem kleinen Verlag in Chicago gedruckt; gleichzeitig erschien eine englische Ausgabe in London.

---

[71] Eine deutsche Übersetzung wurde erst 35 Jahre nach dem ersten Erscheinen des Werkes herausgegeben: Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln 1977.

[72] Hilberg, Erinnerung, Abschnitt "Der Weg zur Publikation", S. 92ff.

[73] Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Mit einem Essay von Hans Mommsen, München 1986,5. Aufl., (fortan: Arendt, Eichmann) S. 11.

Daß es dann zwei Jahrzehnte dauerte, bis ein - wiederum - kleiner Verlag in Berlin-West eine deutsche Übersetzung[74] herausbrachte, dürfte darauf zurückzuführen gewesen sein, daß Hilbergs Ansichten über die Rolle der Judenräte und der jüdischen Organisationen angefeindet und - nicht mit völligem Recht - mit jenen gleichgesetzt wurden, die Hannah Arendt in ihrem Bericht über den Jerusalemer Eichmann-Prozeß veröffentlicht hatte und die ihr schärfste Zurückweisung und Angriffe gegen ihre Person eintrugen.[75] Doch diese vermeintliche Identität war es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht allein, die Großverlage die Herausgabe einer deutschen Übersetzung ablehnen ließ.

Das Buch des amerikanischen Historikers lag quer zu allen insbesondere in der Bundesrepublik fortdauernden Versuchen, den Ursachen- und Beziehungskomplex des Themas zu verkürzen. Die in seiner Untersuchung

---

[74] Olle & Wolter, Berlin (West) 1982. Das geschah in einer überaus repräsentativen Form, die das Buch verteuerte und seinen Absatz begrenzte. Das änderte sich erst mit der erwähnten Taschenbuchausgabe, die bei Fischer Frankfurt a. M. 1990 erschien. In beiden Fällen hatte der Autor Passagen seines Buches aktualisiert und ergänzt. Wie sehr sich die Verhältnisse gegenüber den ersten Bewertungen verändert hatten, zeigte auch die Tatsache an, daß die Übersetzung der neuen Textteile vom Zentralrat der Juden in Deutschland mit einem Zuschuß gefördert worden war.

[75] Verallgemeinernd schrieb Arendt: "Die Rolle der jüdischen Führer bei der Zerstörung ihres eigenen Volkes ist für Juden zweifellos das dunkelste Kapitel in der ganzen dunklen Geschichte." (Eichmann, S. 153) Und die Folgen der hierarchischen Organisiertheit der Juden faßte sie in ihr Urteil: "Wäre das jüdische Volk wirklich unorganisiert und führerlos gewesen, so hätte die 'Endlösung ein furchtbares Chaos und ein unerhörtes Elend bedeutet, (jedoch hätte) die Gesamtzahl der Opfer ... schwerlich die Zahl von viereinhalb bis sechs Millionen erreicht." (Ebenda S. 162) Dabei handelte es sich um Urteile, die der Kritikerin nicht zu einer Anklage gegen Judenräte und Judenälteste gerieten. Sie stellte vielmehr fest, daß diese kooperiert hatten, "weil sie dachten, sie könnten damit schlimmere Folgen verhüten. (Eichmann, S. 126) Hilberg hatte das Verhalten der Juden gegenüber ihren faschistischen Verfolgern nüchtern und ohne Schuldzuweisungen konstatiert (so beispielsweise mit der generalisierenden Feststellung: "Ein beachtlicher Teil des Gesamtprozesses beruht auf jüdischer Mithilfe - seien es die einfachsten Handlungen einzelner oder die organisierte Tätigkeit der Räte." (Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1107) Und: "Kurz, die Judenräte assistierten den Deutschen mit ihren guten wie mit ihren schlechten Eigenschaften, und noch die besten Leistungen einer jüdischen Bürokratie wurden letzten Endes für den allesfressenden Vernichtungsprozeß der Deutschen vereinnahmt." (Ebenda, S. 1109), und es darüber hinaus unter Hinweis auf die aus der Vergangenheit der Juden und den daraus herrührenden Erfahrungen mit den verschiedensten Verfolgern gleichsam als spezifisch jüdisch erklärt. Arendt ließ das nicht gelten und verwies hingegen darauf, daß sich verfolgte Gruppen in der Geschichte wieder und wieder verhalten hätten, wie das die Juden im Machtbereich der Nazis taten. (Eichmann, S. 13)

erwähnten deutschen Industrie- und Bankkonzerne und Großfirmen lesen sich in einer Zusammenstellung wie deren Adreßbuch. Reitlinger hatte knapp, aber eindeutig einzig die Rolle der Kruppwerke und ihres Alleineigentümers Alfried Krupp von Bohlen und Hallbach erwähnt, der sich nach seiner Verurteilung alsbald wieder auf freiem Fuß befand und dem der Konzern, wenn auch noch nicht zu uneingeschränkt freier Verfügung zurückgegeben worden war. Hilberg nannte die Großbanken, AEG, Agfa, die Allianz-Versicherung, BMW, Daimler Benz, die Deutschen Ausrüstungswerke (DAW), die Deutsche Asbest Zement AG, DKW, die Flick AG, die Flugzeugwerke Focker und Heinkel, Hoechst, die IG Farben, Siemens, das Stickstoff Syndikat, Telefunken, die Vereinigten Stahlwerke usw. Und dies exakt zu einem Zeitpunkt, da sich nicht nur konservative Historiker, sondern der inzwischen in den Ruhestand getretene erste Bundespräsident Theodor Heuß anläßlich des 1961 begangenen 150-jährigen Bestehens der Kruppwerke in Essen wider anderes eigenes Wissen als Festredner und Weißwäscher für den Konzern und dessen Alleineigentümer betätigten.[76]

Dabei war Hilberg keineswegs auf diesen Aspekt seines Gegenstands spezialisiert oder auch nur kapriziert. Er versuchte - deutlich in den Bahnen seiner soziologischen Ausbildung - die selbstgestellte Aufgabe zu lösen, durch die Untersuchung der Tätigkeit der deutschen Behörden und der Rolle von deren verantwortlichem Personal herauszufinden, "wie die Vernichtung der Juden ihren Weg nahm".[77] Hilbergs Recherchen zielten auf die Rolle von Institutionen und Tätergruppen. Deren Fährte ist er von den Büros und Schreibtischen bis an die Erschießungsgruben und vor die Gaskammern der Vernichtungsstätten gefolgt. Er enthüllte, was er die "Struktur des Vernichtungsprozesses" nannte. Doch war und blieb er außerstande, das Verbrechen in die Geschichte der deutsch-faschistischen Herrschaft und des Krieges einzuordnen. Der abschließende Satz seiner großen Untersuchung verrät demgegenüber hochgradige Hilflosigkeit: "Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung 'nichtarisch' in einen Richtlinienerlaß hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt."[78] Mit ersichtlich mehr Wahrheitsanspruch könnte formuliert werden: "Als Hitler

---

[76] Kurt Pätzold, Weißwäsche für Krupp, in: Neues Deutschland 4./5. Mai 1996, S. 13.

[77] Hilberg, Vernichtung, Bd. 1, S. 9.

[78] Hilberg, Vernichtung, Bd. 3, S. 1115.

am 3. Februar 1933 einem kleinen Kreis führender Militärs eröffnete. daß das Ziel kommender imperialistischer Eroberungen Osteuropas sein werde, war das Leben der Mehrheit der Juden Europas aufs höchste - auf den Tod - gefährdet." Nur ließe sich auch dagegen sofort einwenden, daß von 1933 zu 1939 keine geschichtliche Einbahnstraße verlief, sondern zwischen den beiden Jahreszahlen denkbare Alternativen europäischer Entwicklungen lagen.

Hilberg gab sich über die Grenzen seines Fragens und Forschens und mithin seiner Antworten, was nicht so häufig vorkommt, nüchtern Rechenschaft. Als er Anfang 1989 in Frankfurt/M. einen Vortrag über das Thema "Tendenzen der Holocaust-Forschung" hielt, wurde er gefragt, warum es zum Massenmord an den Juden gekommen sei. Er antwortete: "Wenn ich könnte, würde ich gern im Alter ein Buch schreiben mit dem Titel 'Jenseits des Rationalen und Irrationalen', denn darum handelt es sich wohl. Das 'Warum' ist die schwierigste Frage. Ich habe sie zu stellen unterlassen."[79]

V.

Die Geschichtswissenschaft, soviel sie Reitlinger und Hilberg und den Arbeiten dieser beiden Beginner verdankt - bis heute gibt es keinen Forscher, der sich nicht auf sie beziehen würde -, mußte also ihre Fragestellung erweitern. Jedoch: Während die Faschismusforschung im Hinblick auf andere Teilgegenstände und -themen nach Ursachen und Zwecken fragt, blieb sie bei der Erforschung des Judenmords bis in die jüngste Zeit auf das Wer und das Wie fixiert. Das Interesse konzentrierte sich neuerdings auf die Frage, warum sich so viele deutsche Täter fanden, die sich zu Mördergruppen formieren und in Aktion setzen ließen, wieviele es insgesamt waren und wieviele als Mörder bereitstanden, ohne eingesetzt zu werden. Vor allem das Erscheinen der wissenschaftlich und politisch gleichermaßen umstrittenen Arbeit von Daniel Jonah Goldhagen hat die Aufmerksamkeit auf diesen Aspekt gelenkt.[80]

---

[79] Der Vortrag fand im Rahmen der "Frankfurter Historik-Vorlesungen" statt und ist gedruckt bei: Walter H. Pehle (Hg.), Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen, Frankfurt/M. 1990 (fortan: Pehle, Der historische Ort) S. 80.

[80] Hier ist nicht der Ort, eine kritische Bewertung des Buches (Hitlers Willing Executioners. Ordinary Germans and the Holocaust, New York and London 1996) vorzunehmen, das

Die Mehrzahl der Holocaust-Forscher sieht es bis zum heutigen Tage jedoch als die größte Herausforderung an, den Schritt von der Verfolgung und Vertreibung der Juden aus dem deutschen Machtbereich zur Ermordung aller dieser Juden im deutschen Machtbereich zu rekonstruieren. Wie ist dieser qualitative Sprung erfolgt? Wer hat das Massenmorden erdacht, wer, wann, wem befohlen? Wann begann seine systematische Verwirklichung? Über welche Stufen nahm es seinen planmäßigen Fortgang? Präzisere Aussagen werden neuerdings - wie erwähnt - namentlich durch Untersuchungen über die Regionen angestrebt, in denen die Verbrechen ausgeführt wurden.[81] Unter den Historikern bildeten sich angesichts dieser langen Fragenreihe zwei jeweils internationale Lager. Sie existieren bis heute, wenn die Kontrahenten auch ihr Meinungsverschiedenheiten nicht mehr mit jener Verve austragen, mit der sie das 1984 in Stuttgart auf einer internationalen Tagung taten. Ihre Teilnehmer befaßten sich eigens mit der Bildung des Entschlusses, auf den die Ingangsetzung des Massenmordens gefolgt war.[82]

Eine Reihe von Grundtatsachen und Kernbewertungen sind in der Zunft, ungeachtet aller abweichenden Standpunkte und Interpretationen, jedoch unumstritten. Erstens gilt als erwiesen, daß der Schritt zur „Endlösung“

noch nicht zugänglich war, als dieser Vortrag gehalten wurde. (Dt. Ausgabe: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.) Das frühe internationale Echo ist in Auswahl zusammengefaßt: Julius Schoeps (Hg.) Ein Volk von Mördern?, Hamburg 1996. S. ferner: Die Deutschen - ein Volk von Tätern?, Bonn 1996 (= Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, 14) und Michael Schneider, Die „Goldhagen-Debatte“. Ein Historikerstreit in der Mediengesellschaft, Archiv für Sozialgeschichte XXXVII, 1997, S. 460ff. Dezidierte Kritiken, die sich insbesondere auch mit des Autors Umgang mit den Quellen auseinandersetzen, schrieben Dieter Pohl, Die Holocaust-Forschung und Goldhagens Thesen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45, 1997, H. 1, S. 3ff. und Ruth Bettina Birn, Revising the Holocaust, in: The Historical Journal, 40 (1997) H. 1, S. 195. Der Autor dieses Vortrags hat sich zu Buch und Diskussion mehrfach geäußert, u.a.: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Bulletin 7, Berlin 1996, S. 26ff. und Daniel Goldhagens ungefeierte Rückkehr in die deutsche Presse, in: Marxistische Blätter, 36, 1998, S. 10ff.

81 So erklärt Dieter Pohl im Vorwort seiner erwähnten Arbeit (s. unsere Anm. 14), er habe sich der zentralen Frage zugewandt, "wie die 'Judenpolitik' und der Judenmord letztendlich durchsetzbar wurden." (S. 7).

82 Siehe das bedauerlicherweise sehr stark gekürzte Protokoll der Tagung: Eberhard Jaeckel/ Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1985

1941 (nicht schon 1939[83] oder früher) geplant und getan wurde. Unterschiedliche Ansichten herrschen über den genauen Zeitpunkt, an dem das geschah, und fraglich blieb auch, ob die Entscheidung in einem einzigen Schritt oder in mehreren aufeinander folgenden Teilschritten erfolgte.[84] Zweitens wird allgemein angenommen, daß ein schriftlicher Generalbefehl für den Übergang zum Massenmord, den nur Hitler hätte erteilen können, niemals gegeben worden und folglich alle Suche nach ihm aussichtslos ist. Drittens wird als feststehend angesehen, daß am Beginn des Verbrechens kein fertiger Plan, womöglich gar ein Stufenplan, vorhanden gewesen sei. Auch der Heydrich erteilte Auftrag, ein solches Schriftstück vorzulegen, hat niemals zu einer derartigen Ausarbeitung geführt. Was rückblickend auf einen derartigen Plan hinzudeuten scheint, entstand vielmehr in einem verwickelten Prozeß nach der Methode "Erprobung einer Vernichtungspraxis - unzulängliches Resultat - neue, andere oder modifizierte Erprobung usw.", wobei sich die Planenden und die Täter vor Ort auf die Erfahrungen stützten, die sie bei der Tötung von Abertausenden von wirklich oder vermeintlich unheilbar Kranken gesammelt hatten. Schon die ersten "Versuche" (wie die Erprobung der Verwendung von Giftgas an sowjetischen Kriegsgefangenen und kranken Häftlingen im KZ Auschwitz im September 1941) löschten hunderte Menschenleben aus. Viertens ist unbestritten, daß der "Faktor Hitler" (Martin Broszat), so wenig wie er gedanklich folgenlos aus der Gesamtgeschichte des deutschen Faschismus

---

[83] Auch Arendt unterschied nicht zwischen den Massakern auf dem Territorium Polens unmittelbar nach dem deutschen Überfall und dem systematischen Vorgehen der Judenmörder seit dem Sommer 1941. Sie schrieb, das Schicksal der Ostjuden sei lange vor dem Entschluß über die "Endlösung", schon im September 1939, entschieden worden. (Eichmann, S. 260).

[84] Das schließt nicht aus, daß - wie erst kürzlich wieder - Forscher mit überraschenden Entdeckungen hervortreten, die deshalb über die Fachliteratur hinaus rasch bekanntgemacht werden, weil die Redaktionen der Tagespresse auf derartige „Sensationen" aus der Wissenschaft erpicht sind. So hat Christian Gerlach (Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte, 1997, H. 18, S. 7ff.) nachzuweisen gesucht, daß Hitler die Entscheidung über die unterschiedslose Ermordung aller Juden am 12. Dezember 1941 getroffen habe. Zu diesem Zeitpunkt wurden nicht nur Juden auf dem Territorium der UdSSR von den Erschießungskommandos niedergemetzelt und polnische Juden in Gaswagen erstickt, sondern es waren auch bereits Tausende deportierter deutscher Juden in Riga und Kaunas erschossen worden. Angesichts von Hitlers Anspruch, in allen die Juden betreffenden Fragen die erste Instanz für jedwedes Urteil zu sein, fällt die Vorstellung schwer, daß an allen diesen Stellen auf eigene Entschlüsse hin gehandelt worden wäre.

herausgenommen werden kann, auch nicht aus diesem Prozeß des Übergangs wegzudenken ist, ohne ihn zu verzeichnen. Hitler wird - so das Minimum der Übereinstimmung - in ihm als "unentbehrlich" angesehen. Während die einen seine Entscheidung aber aus seiner Ideologie entspringen sehen, die endlich sein irrationales Rachegelüst stillte, wollen andere sie in einem Prozeß der „kumulativen Radikalisierung“ (Hans Mommsen) als Resultat von „Zwängen“ verstehen, welche die Judenverfolger im Prozeß der Vertreibung und Ghettoisierung selbst geschaffen hätten.

Natürlich drängte sich während der Kontroverse über die Geschehnisse des Jahres 1941, die zeitlich etwa auf die Monate März bis Oktober/November eingegrenzt wurden, mit den genannten Fragen auch immer wieder die nach dem Warum auf. Ihr gegenüber üben jedoch viele Forscher eine deutliche Zurückhaltung. Manchen erscheint die Frage nach Zwecken und Zielen des Massenmordens als völlig abwegig. Nichtsdestoweniger drängen sich Zusammenhänge allein aufgrund der Chronologie des Geschehens auf. Das gilt namentlich für die Beziehung von Krieg und Judenmord, denn der Übergang zur "Endlösung" geschah 1941 in dem Augenblick, da die Machthaber auf ihr Hauptziel zusteuerten, die Eroberung von "Lebensraum" im Osten Europas, und er erfolgte in einer allgemeinen und keineswegs nur bei Hitler anzutreffenden Stimmung, die dieses Ziel so gut wie sicher erreicht glaubte. Wird die Beziehung zwischen Krieg und Judenmord überhaupt in Betracht gezogen, dann geschieht das in einer Weise, welche einzig auf den Kriegsverlauf abhebt, Kriegsziele und Endsiegvorstellungen aber außer Betracht läßt. Das Kriegsgeschehen erscheint so einzig als eine Art Hintergrund auf der historischen „Bühne“, an deren Rampe der Judenmord stattfand. Jener und diese existieren unverbunden. Auch Hannah Arendt behauptete: "Der Befehl (zum Judenmord - K.P) hatte nichts mit dem Krieg zu tun und wurde auch nie mit militärischen Notwendigkeiten entschuldigt."[85] Der Holocaust gilt auch ihr als ein selbständiges "Hauptziel" Hitlers,[86] das unverbunden neben den anderen figuriert haben soll. Daran schließt sich der Gedanke, daß - weil und als die anderen Kriegsziele infolge der

---

[85] Arendt, Eichmann, S. 142. Diese Feststellung hält übrigens auch in sich der Überprüfung nicht stand. Bei einer Vielzahl von einzelnen Aktionen des Judenmords wurden durchaus Notwendigkeiten des Krieges (Schutz vor jüdischen Partisanen, Spionen usw.) zwar nicht zur Entschuldigung, aber zur Begründung des Mordens und zur Rechtfertigung für die Mörder angegeben.

[86] So bei Arendt (Eichmann, S. 193), die den Judenmord als Hitlers Hauptziel betrachtet.

Kriegsereignisse entschwanden - nur ein einziges unverrückbares Ziel der Machthaber und namentlich Hitlers übrig geblieben sei: die Vernichtung der Juden. Zum Beweis dafür, gleichsam als Schlußglied einer Beweiskette, wird das politische Testament Hitlers präsentiert.[87]

Nebenbei bemerkt: in derlei Argumentationen macht sich auch die nachteilige Wirkung der hochgradigen Arbeitsteilung erkennbar, die sich zwischen den Holocaust-Forschern und den Militärhistorikern des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hat. Daß Hitler weder Ende 1941 noch Ende 1942 alles verloren gab, sondern sich in seinem Kopfe und in seinen Entscheidungen weitgehende Kriegsziele modifiziert erhielten, wird nicht zur Kenntnis genommen. Indessen muß auch eine so präzise Vorstellung von den politischen und militärischen Entwicklungen zwischen 1941 und 1945, wie sie Andreas Hillgruber besaß, keineswegs notwendig auf die Spur des Zusammenhangs von Massenmord und Kriegsziel führen. Vor der Frage nach dem geschichtlichen Ort des Judenmords hat der Kölner Ordinarius kapituliert. Er verwies fakten- und gedankenreich auf die historisch entstandenen, unentbehrlichen sozialen Voraussetzungen dafür, daß das Verbrechen in Gang gesetzt und in Gang gehalten werden konnte. Doch die Antwort auf die "grundsätzliche Frage" nach dem Verhältnis von Krieg und "Endlösung" suchte und fand auch er einzig in Hitlers Kopfe. Dort habe die Vorstellung einer "rassischen Revolution" als Bedingung für die Errichtung und Dauerhaftigkeit einer Weltmachtstellung gehaust, von einer "biologischen Revolution", die zum "Triumph" des "besseren Blutes" hätte führen sollen. Irgendeine Art von breiterer geschichtlicher Bodenberührung erhält dieser Griff in die Gehirnwindungen des "Führers" nicht.[88]

VI.

Die erwähnte Sichtverengung ist seit längerem zur Definition des Krieges gegen die UdSSR als "rassenideologischer Vernichtungskrieg" geronnen, die in der Geschichtsschreibung (auch in Variationen wie Hitlers "Rassen-

[87] In ihm schrieb er sich das ewige Verdienst zu, die "Juden aus Deutschland und Mitteleuropa ausgerottet" zu haben". Hitlers Politisches Testament. Die Bormann Diktate vom Februar und April 1945. Hamburg 1981, S. 122.

[88] Andreas Hillgruber, Der geschichtliche Ort der Judenvernichtung, in: Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 219f.

und Weltanschauungskrieg“[89] und ähnlichen) eine dominierende Stellung erlangt hat. Zum einen drückt sich darin der Versuch aus, den Unterschied dieses Krieges gegenüber den voraufgegangenen Feldzügen in West- und Nordeuropa zu erfassen und das diskontinuierliche Moment in den Blick zu rücken, das den Zweiten vom Ersten Weltkrieg unterscheidet. Die deutschen Machthaber und Militärs wollten den sowjetischen Gegner nicht nur militärisch vernichten, ihn nicht allein im herkömmlichen Sinne besiegen, um ihm - wie dem französischen im Walde von Compiegne geschehen - ihre Bedingungen zu diktieren. Ein Treffen mit den Besiegten, irgendeinem Nachfolger Stalins, lag gänzlich außerhalb ihrer Gedankenwelt. Sie waren darauf aus, den Staat UdSSR und das gesellschaftliches System zu zerschlagen und dessen Träger - wie im Kommissarbefehl formuliert - physisch zu liquidieren.

Zugleich sind die Mängel dieser Kennzeichnung unverkennbar. Die Ideologie bildete nicht den einzigen und nicht den wesentlichen Antrieb, aus dem dieser Krieg hervorging, und in Zerstörung und Vernichtung erschöpfte sich sein Ziel nicht. Offenkundig und trotz ihrer zutage liegenden Schwäche wird diese Bestimmung des Charakters des Krieges als Abgrenzung und Entgegensetzung zum materialistischen Begriff des "imperialistischen Eroberungskrieges" favorisiert. Er ordnet den Krieg in die Geschichte des deutschen Kapitalismus in der ersten Jahrhunderthälfte ein und hebt die Kontinuität seiner Eroberungsgelüste und -züge hervor. Sein Mangel besteht wiederum darin, daß er das spezifisch Neue nicht trifft, daß die faschistische Macht in die Geschichte dieser deutschen bürgerlichen Gesellschaft brachte, aus der sie selbst hervorgegangen war und die sich nicht aufsprengte. Dennoch bleibt, daß Eroberung, Gebietserweiterung in Europa nach Osten bis zum Ural, Kolonien und militärische Stützpunkte auch in Übersee und als Basis des Weltherrschaftsstrebens eine absolut dominiernde Stellung auf dem europäischen Kontinent (und nicht schlechthin Vernichtung) das gedachte und erklärte Ziel waren, das sich zu dene Endsieg-Vorstellungen bündelte. Die Charakterisierung des Zweiten Weltkriegs als "Eroberungskrieg" mit dem Zusatz, daß dieser sich durch eine besondere Barbarei, ja Bestialität des Vorgehens kennzeichne, war schon inmitten der Ereignisse keineswegs

[89] Peter Steinbach, Der Historikerstreit. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 34. Jg., Heft 135, 3. Quartal 1995, S. 126.

nur Marxisten, sondern vielen der Zeitgenossen geläufig.[90] Mehr noch: im Vorgefühl ihres Sieges waren die deutschen Führer, nachdem sie sich in diesem Punkte lange Zeit ausgeschwiegen hatten, über ihre räuberischen Ziele selbst gesprächig geworden. Die Rede war vom "Einkassieren" und vom "Gesundstoßen" gewesen. Hitler und Goebbels markierten selbst die Traditionslinie, in der sie standen. Sie kämpften nicht darum, „Großdeutschland" um einen Landstrich oder eine Provinz zu erweitern. Wie alle kolonialen Eroberer vor ihnen wollten sie bleiben, wohin sie mit "Feuer und Schwert" gelangt waren, oder dort zumindest ihre Vasallen etablieren.

Ähnlich wie diese und doch wieder anders, weil unter veränderten historischen Bedingungen operierend, sahen sie sich daher vor der Frage, wie sie ihren Raub dauerhaft in ihren Besitz bringen, beherrschen und ausbeuten könnten. In den Entscheidungen, die sie zu diesem Zweck und mit diesem Ziel trafen, und in den Plänen, die sie nicht nur für die Nachkriegszeit entwarfen, sondern im Kriegsverlauf und im Irrglauben an ihren definitiven Sieg auch zu verwirklichen begannen, mischten sich wie in ihrer gesamten Politik Rationalismus und Irrationalismus. Wieder und wieder beschäftigte Hitler sich mit der Frage, mit welchen Methoden die Engländer Indien beherrschten. Während sich der „Führer" an den gleichsam klassischen Methoden der britischen Kolonialherrschaft orientierte[91], ohne sie allerdings zu verstehen, wollte Alfred Rosenberg, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, die während seiner Kindheit und Jugend in Osteuropa erworbenen Erfahrungen zur Geltung bringen.[92] Daraus entstanden Visionen, Projekte und verschiedene Fassungen eines Generalplans Ost, die heute in ihren Stufen und Varianten weitgehend untersucht sind.[93] Czeslaw Madajczyk nannte den Plan zur Ausrottung der

---

[90] Thomas Mann sprach in einer seiner Rundfunkreden im Dezember 1941 vom "deutschen Welteroberungskrieg". In: Mann, Hörer, S. 643.

[91] Wieder und wieder kam Hitler in den Tischgesprächen im Führerhauptquartier auf das Vizekönigreich Indien zu sprechen und versicherte, der Osten Europas würde für die jungen Deutschen künftig sein, was für die jungen Briten Indien gewesen wäre. Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hg. Werner Jochmann, München 1982.

[92] Manfred Weißbecker, Alfred Rosenberg „...Die antisemitische Bewegung war nur eine Schutzmaßnahme ..." in: Pätzold/Weißbecker, Stufen zum Galgen, S. 173ff.

[93] Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945, Bd. II: 1941 - 1943, Berlin 1985, S. 430ff.

europäischen Juden ein „Äquivalent zum Generalplan Ost in der vom RSHA bearbeiteten Variante“. Der Inhalt dieser Expansionspläne mit den Vorhaben der „Germanisierung“, „Eindeutschung“, „Umvolkung“, vor allem der Vertreibung von minimal mehr als 30 Millionen Menschen Osteuropas - darunter aller Polen und Tschechen, soweit sie nicht in Deutsche zu wandeln waren - führten ihn, die „potentielle völkermörderische Dynamik“ des Regimes und seiner Apparate in Betracht ziehend, „unschwer“ zu der Vermutung, „daß - hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen - das Schicksal des jüdischen Volkes in Europa gleichzeitig den Beginn eines schrecklichen Schicksals für die Slaven Mittel- und Osteuropa bedeutet hätte.“[94]

Dennoch wird der Zusammenhang zwischen diesen z. T. auf einer Erprobungsstufe in Angriff genommenen, im wesentlichen aber für den Nachkrieg bestimmten Plänen und dem Massenmord an den Juden zumeist ignoriert oder ganz bestritten. Daß die Untat sich in ein anachronistisches, nichtsdestoweniger real existierendes, Handlungen leitendes Kriegszielbild einordnete, gilt als eine Mißinterpretation und wird als ihre unzulässige rationale Zuordnung angesehen. Yves Ternon, den Mord an den Juden mit dem an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs vergleichend, nennt jenen im Unterschied zu diesem nicht nur ein „absurdes“, sondern auch ein nutzloses Verbrechen, weil er einzig den momentanen Nutzen der Täter, Auftraggeber wie Ausführende, betrachtet.[95] Darin drückt sich die Zurücknahme von Erkenntnissen aus, die sich schon den viel weniger informierten Zeitgenossen der Ereignisse aufdrängten, die noch keine Seite eines der Dokumente kannten, in denen die Vertreibungs-, Dezimierungs-, Vernichtungs- und Siedlungspläne für den Osten Europas aufgezeichnet wurden. Thomas Mann wies in seinen Reden an die "Deutschen Hörer" - so in der Ansprache im Februar 1942, da wußte er nichts von der "Wannsee-Konferenz" der SS-Führer und Staatssekretäre, die Tage zuvor stattgefunden hatte - darauf hin, daß es den deutschen Machthabern darum ginge, die Besiegten auch biologisch zu reduzieren, damit "sie nie wieder eine Gefahr für die Alleinherrschaft der deutschen

---

[94] Czeslaw Madajczyk (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994 (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 80), S. XIVff.

[95] Yves Ternon, Der verbrecherische Staat. Völkermord im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 155 u. 157.

Edel-Barbaren bilden können."[96] Den Begriff "Gefahr" verbanden die faschistischen Machthaber aber keineswegs nur mit der Vorstellung des militärischen Widerstands der Unterworfenen, die ihnen gegenwärtig blieb und die Hitler dadurch zu bannen gedachte, daß er in Aufstandsgebieten alles menschliche Leben durch den Einsatz der Bomberflotte auslöschen wollte. Als Gefahr galten ihnen die Millionen und Abermillionen Menschen in ihrem Machbereich, die ein Mehrfaches der deutschen Bevölkerung ausmachten, die essen und sich vermehren wollten und würden, solange man sie nicht daran hinderte. Als eine besondere Gefahr aber kamen ihnen die Juden vor, in erster Linie die im eroberten und noch zu erobernden Westen der UdSSR, in denen sie die "Träger des Bolschewismus" erblickten. Doch als ihre Herrschaft dauerhaft gefährdend sahen sie auch alle anderen Juden in ihrem Machtbereich an.

In den Rechnungen der deutsch-faschistischen Eroberer mischten sich rationale Überlegungen und irrationale Vorurteile. So kreist auch die wissenschaftliche Kontroverse weiter um die Frage nach den - quantitativ nicht zu bemessenden - Anteilen beider Faktoren, die den Entschluß zur Judenverfolgung und dann zum Judenmord hervorbrachten, seine Antriebe verstärkten und - um es in einem Wort zu sagen - nach "Auschwitz" führten. Dabei werden zwei sich deutlich voneinander abhebende Phasen des Geschehens unterschieden, die durch den Sommer 1941 voneinander getrennt sind. Für die erste wird von der Mehrheit der Forscher inzwischen anerkannt, daß das Regime, seit es sich 1933 etablierte, mit seiner antisemitischen Politik durchaus rationale, exakt beschreibbare Kalküle verband. Unbestritten ist, daß vor der Machtübergabe die Judenhetze vor allem eine von der NSDAP aufgerichtete Fahne darstellte, die dem Zweck der Sammlung und Ausrichtung von Anhängern, Mitgliedern und Wählern diente. In welchem Grade die rassistische, vor allem antijüdische Demagogie allerdings am Erfolg beteiligt war, in welchem die soziale und nationalistische, kann allein deshalb nicht exakt bestimmt werden, weil diese Elemente nicht gesondert existierten und sich in vielen, aber keineswegs in allen Reklamereden bis zur Unauflöslichkeit verwoben. Daher ist vor einer Überschätzung der Anziehungskraft der

[96] Mann, Hörer, S. 650.

judenfeindlichen Parolen und Tiraden und ihrer Einordnung als Hauptfaktor des Massengewinns zu recht gewarnt worden.[97]

Schon im ersten Jahr der Diktatur kamen zu dieser Funktion aber weitere und wichtigere hinzu. Zeitweilig, besonders in den ersten Wochen und Monaten der Etablierung des Regimes, wirkte der Antisemitismus ablenkend und erweckte den Eindruck, die neuen Machthaber würden tatsächlich antikapitalistischen Kurs steuern. Wichtiger noch war, daß die Judenverfolgungen "Ariern" augenblicklich praktische Vorteile aus der "nationalsozialistischen Revolution" eintrugen. Sie eröffneten billig Möglichkeiten der Erfolgsbestechung. Arbeitsplätze wurden frei, Beförderungs-, Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten ergaben sich auf Kosten der Verfolgten im staatlichen und kommunalen Bereich ebenso wie in der privaten Industrie, weil viele Betriebsinhaber die bei ihnen beschäftigten Juden in vorauseilendem Gehorsam auf weniger bedeutsame Arbeitsplätze setzten oder sie pensionierten. Und - drittens - augenblicklich wirkte die antijüdische Praxis als ein Faktor der Disziplinierung der zu „Ariern“ erklärten Staatsbürger, und zwar nicht nur durch deren widerstandslose Hinnahme des den deutschen Juden zugefügten Unrechts. Zur Duldung trat alsbald und massenhaft die Mitwirkung. Ist von tatenloser oder auch tätiger Unterwerfung die Rede, wird in erster Linie an Käufer gedacht, die am 1. April 1933 sich von den SA-Boykottwachen abschrecken ließen, ihre Einkäufe bei Juden zu verrichten. Man denke aber auch an die Dekane aller deutschen Universitätsfakultäten, die 1933 jene Fragebogen weitergaben, dann einsammelten und gehorsam an die neue Obrigkeit reichten, deren einziger und erkennbarer, ja erklärter Zweck darin bestand, die Juden zu ermitteln, um sie von den Lehranstalten entfernen zu können. Ohne daß die Funktionen von Antisemitismus und Judenvertreibung im Vorkrieg hier in ihrer Entwicklung weiter erörtert werden können, sei festgestellt: Allgemeine Herrschaftsinteressen mischten sich in

[97] Das Thema ist keineswegs hinreichend untersucht. Namentlich Hitler selbst berechnete kalt, wann er in dieser Phase des Machtkampfes auf die antisemitische Trommel schlug. Als er im Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft zum zweiten Mal gegen Hindenburg antrat, unterließ er in seinem vom 2. April 1932 datierten Aufruf „Mein Programm“ jede Erwähnung von Antisemitismus und Judenfeindschaft und sprach nur beiläufig von „deutscher Rasse“ und davon, daß er „gegen das rassische Verkommen unseres Volkes“ vorgehen wolle. Seine Angriffe richteten sich gegen Marxisten und Bolschewismus, gegen die Parteien und Politiker des Weimarer "Systems", gegen die Freidenker. Hitler. Reden, Schriften Anordnungen, Hg. Institut für Zeitgeschichte, kommentiert von Klaus A. Lankheit, München 1996, Bd. V/1, S. 11 u. 12.

den Gesetzen, Verordnungen, Anweisungen der staatlichen wie der NSDAP-Apparate mit der Verfolgung von Gruppen- und Privatvorteilen. Deren Wirken erweist sich auch daran, daß die Machthaber und die Bürokraten von den Reichsministerien bis in die Gemeindeorgane ständig mit Vorschlägen und "Anregungen" überversorgt wurden, wie die Juden weiter schikaniert und in eine Lage gepreßt werden könnten, daß sie schließlich aus Deutschland flohen. Das traf auch auf Hitler selbst in solchem Grade zu, daß er 1937 in einer nicht öffentlichen Rede vor Parteiführern und -Funktionären energisch verlangte, ihn künftig mit unerbetenen Ratschlägen zu verschonen.

Das reale politische und wirtschaftliche Interessenbündel, dem die Judenverfolgung entsprang, liegt für die Vorkriegsphase so klar zutage, daß sich die Reduktion der Antriebe auf einen Faktor, den irrationalen Judenhaß, einfach an der Tatsachenmasse erledigt. Massenhaft waren die Gewinner von materiellen und immateriellen Vorteilen, die aus der Diffamierung, Benachteiligung, Vertreibung und der anfänglich schleichenden, schließlich galoppierenden Enteignung der Juden erwuchsen. Die Bevorteilten als Profiteure einer Situation zu betrachten, die sie nicht geschaffen hatten, sie gleichsam gedanklich in die Nähe von Gelegenheitsdieben zu rücken, ignoriert das zielbewußte Handeln. Die Aktivität, die auf allen Ebenen des Staatsapparats, in den Leitungen von Banken, Versicherungen und der industriellen Unternehmen und in den Parteireihen entfaltet wurde, ordnete sich dem Gesamtkonzept zu, Deutschland auf dem Wege der Vertreibung „judenfrei" zu machen.

VII.

Wie aber entwickeln sich die Vorteils- und Nachteilsrechnungen im Moment des Übergangs zur Massenvernichtung und dann während deren Verwirklichung? Tendieren sie da nicht gegen Null, gingen sie da nicht verloren? Triumphierte von nun an nicht der irrationale mörderische Judenhaß total, der nüchterner Überlegung keinerlei Raum mehr ließ und selbst die Erfordernisse der Kriegführung ignorierte? Die darauf mit Ja antworten, erblicken im Massenmord an den Juden zugleich den unwiderlegbaren Beweis, gleichsam den Schlußstein für die These, daß das Regime antikapitalistisch war oder mit dem Schritt zum „Holocaust" seine kapitalistische Vor- und Frühgeschichte hinter sich gelassen und eine neue Qualität angenommen habe. Die einschlägigen Argumente bewegen sich auf zwei Linien.

Auf der einen wird die These vom "imperialistischen Eroberungskrieg" nicht gänzlich bestritten, jedoch - wie in anderem Zusammenhang schon berührt - an der Jahreswende von 1941 zu 1942 ein schwerwiegender Wandel von Kriegsinteressen und Kriegszielen ausgemacht. Von dem Gedanken an das Kolonialreich im Osten und weitere Eroberungen hätten sich Hitler und seine Paladine verabschiedet. Das wäre dadurch bewiesen, daß ihre Anstrengungen nun ganz der Judenvernichtung gegolten hätten und nicht mehr mit Vorrang den militärischen Feldzügen und Schlachten. Der Judenmord hätte gleichsam das noch erreichbare Ersatzziel für den entschwindenden und unerreichbaren "Endsieg" gebildet, dessen Kompensation. Merkwürdigerweise hat sich auch ein so vehement gegen die hitlerzentristische Betrachtungsweise argumentierender Historiker wie Hans Mommsen dieser Deutung partiell angenähert, wenn er schreibt: "Die 'Endlösungs'-Politik stellte zugleich (! - K.P.) eine Kompensation des militärischen Scheiterns dar."[98]

Als der Beweis für diese Neugewichtung und -festsetzung der Ziele des Regime gilt die Aussage, daß die Verwendung des rollenden Materials der Eisenbahnen für die Judendeportation zu den Vernichtungsstätten Priorität vor dem Einsatz für die Wehrmacht erhalten hätte.[99] Die Behauptung ist tatsachenwidrig. Die Judentransporte wurden auch weiterhin gestoppt oder verlangsamt, sofern militärische Erfordernisse es verlangten. Himmler trat gegenüber dem Verkehrsministerium nicht als Befehlender, sondern als Bittsteller auf, wie im Zusammenhang mit den stockenden Transporten von Warschau, dessen Ghetto "geräumt" wurde, nach Treblinka erwiesen ist. Kein Militärbefehlshaber hat sich zudem je darüber beschweren müssen, daß ihm Schienentransportmittel entzogen worden wären, um dem Eichmann-Referat im RSHA zu dienen. Die These

---

[98] Hans Mommsen, Nationalsozialismus als vorgetäuschte Modernisierung. In: Pehle, Der historische Ort, S. 46.

[99] Diese These findet sich in der Literatur massenhaft und wird geradezu nebenbei und wie selbstverständlich erwähnt. Daß die "Verschickungen höchste Priorität besaßen," erwähnt in dieser keines Beweises bedürfenden Weise z.B. Laqueur (Nachrichten, S. 31). Der "Endlösung" habe "ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und militärische Erwägungen Priorität" zugestanden, schrieb auch die gegenüber ausgefahrenen Denkgeleisen so mißtrauische Hannah Arendt. Und an anderer Stelle, der Judenmord habe zur Kriegführung in Widerspruch gestanden. (Eichmann, S. 193 u. 307). Der Autor hat sich mit dem Argument dezidiert auseinandergesetzt in: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, "Auschwitz war für mich nur ein Bahnhof". Franz Nowak - der Transportoffizier Adolf Eichmanns, Berlin 1994, S. 86ff.

vom Vorrang der "Judenzüge" wurde unüberprüft von Autor zu Autor abgeschrieben. Ihren Ursprung bildeten nicht Forschungen, sondern die Aussage des SS-Offiziers Dieter Wisliceny. Dem konnte die Rolle eines Kronzeugen nur zufallen, weil seine Aussage in ein vorgefaßtes Bild paßte. Vor allem aber machte sich kaum jemand die geringe Mühe - die Eisenbahngeschichte ist für die Zeit des Weltkriegs gut erforscht - nachzurechnen, welcher prozentuale Anteil der gesamten Transportkapazität für das Programm der "Endlösung" eingesetzt wurde. Es ergibt sich - gemessen an der verfügbaren Gesamtzahl von Lokomotiven und Waggons - eine zu vernachlässigende Größe.

Die zweite Argumentationslinie ist von prinzipiellerer Natur: Der Kapitalismus, heißt es, ziele auf die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Folglich sei ein Herrschaftssystem, das Arbeitskräfte millionenweise vernichte, per se als nicht-, ja als antikapitalistisch einzustufen. Die Prämisse ist indessen falsch. Ein absolutes Interesse an der Erhaltung von arbeitsfähigen Menschen läßt sich in der Geschichte des Kapitalismus nicht nachweisen, wie sich den Praktiken der Kolonialpolitiker leicht ablesen läßt. Deren Interesse war vielmehr stets eingeschränkt auf eine kurz- und mittelfristige Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Wer nicht benötigt wurde, gehörte zum desinteressierenden Überschuß und verdiente keine Beachtung, geschweige denn irgendeine menschliche Fürsorge. Die ihm Zugerechneten mochten zugrunde gehen oder dahinvegetieren. Im schlechtesten "Fall" aber wurde diese Überflüssigen von den Machthabern als schädigend (unnütze Esser) und gefährlich (Herde von Seuchen, Unruhe oder gar Widerstand) angesehen. Das aber war die Sicht- und Bewertungsweise der deutschen Eroberer, die im Sommer 1941 auf ihre Entscheidungen und Befehle durchschlug. Das expandierende System hatte sich und seine Kräfte bereits überdehnt, bevor es in die Weiten der Sowjetunion einfiel. Die Schwierigkeiten, das im April des zweiten Kriegsjahres binnen Tagen eroberte kleine Jugoslawien in den Griff der Okkupanten zu bekommen, zeigte das an. Der siegverheißende rasche Vormarsch in Richtung Moskau, Leningrad und zu den Reichtümern der Ukraine und insbesondere des Donezbeckens verdeckte diese Tatsache nahezu ganz.

Im Kalkül der Machthaber und ihrer Planer existierten im eigenen Herrschaftsbereich, namentlich in den 1939 eroberten polnischen Gebieten, die zur „Germanisierung" bestimmt waren, zu viele für sie unbrauchbare Einwohner. 1941 aber fielen mit jedem Kilometer des weiteren Vordringens der Wehrmacht nach Osten den Deutschen immer mehr Menschen in die

Hände, die den gleichen imperialistischen Bewertungskriterien unterlagen. Die Architekten von „Europa unter dem Hakenkreuz" reagierten auf diese Entwicklung mit einer doppelten Antwort: Die unbrauchbaren Überschüssigen sollten entweder in die fernen Gebiete des Ostens verdrängt werden und dort ihrem Schicksal, das als Siechtum, Hunger- und Kältetod erkannt und gewollt wurde, überlassen bleiben (so beispielsweise die Einwohnerschaft von Leningrad und Moskau), oder sie sollten, weil sie - zurecht oder nicht - als besonders widerstandsfähig und gefährlich angesehen wurden, der direkten Vernichtung anheimfallen. In diesen Zielkontext gehörte der Judenmord, und in diesen Koordinaten bedeutete er keine über den Kapitalismus hinausweisende Untat, sondern ein Verbrechen, dessen Verwirklichung die erstrebte und partiell errichtete deutsche Herrschaft über Europa stabilisieren sollte. Die Menschenvernichtung war folglich auch nicht die Antwort auf eine unvorhergesehene Situation im Kriege, sondern ein Vorgriff auf den Frieden, wie die Faschisten sich ihn vorstellten. Sie sollte den deutschen Nach-Endsieg-Kapitalismus funktionstüchtig machen und halten. Daß das Morden bereits - wie es aus dem Rückblick erscheint - „mitten im Kriege" begonnen und 1942 weit vorangetrieben wurde, war nicht die Sicht der Haupttäter in den Machtzentralen, die den Gesamtsieg nach der für 1941 geplanten, dann 1942 erwarteten Zerschlagung der UdSSR greifbar nahe glaubten. Daß das Massenmorden jedoch im Kriege betrieben und perfektioniert wurde, entsprang der Erfahrung, daß der Krieg selbst sich zumindest als zusätzliche, wenn nicht als die überzeugendste „Rechtfertigung" der Ausrottungspolitik eignete. Das Verbrechen ließ sich als Antwort auf die Kämpfe der „Banden" genannten Partisaneneinheiten ausgeben, als Prophylaxe oder Reaktion auf Sabotage, als Strafe für Aktionen des individuellen Terrors gegen Wehrmachtsangehörige. Es konnte als eine Schutzmaßnahme zugunsten der eigenen Soldaten, der tapferen „Vaterlandsverteidiger", hingestellt werden, die einen Deutschland angeblich von den Juden aufgezwungenen Kampf austragen mußten. Und nicht zuletzt lenkten die zunehmenden Strapazen, die der Krieg für die Deutschen mit sich brachte, von dem Leben und Sterben der Anderen ab. Selbstmitleid verdrängte weitgehend jede Anteilnahme am Geschick derer, die Opfer der Politik Deutschlands wurden.

Aus dieser Bestimmung des Platzes der Judenvernichtung im strategischen Konzept der Machthaber folgt die Frage: Auf wen hätte sich der kalkulierte totale (oder auch partielle) Vernichtungswille der Herrschenden konzentriert, wenn Auschwitz seine Rolle in der "Endlösung der Juden-

frage" gespielt haben würde? Sie stellt sich nicht als faule Frucht von Spekulationen über - zum Glück für Millionen - nichtgeschehene Geschichte dar. Sie drängt sich aus überlieferten Dokumenten auf, wie beispielsweise jenen über die geplante Aussiedlung der Tschechen aus dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren". Nach dem Kriege würden die hochqualifizierten Facharbeiter in den Rüstungswerken von Usti (Aussig) und Plzen (Pilsen), in den Berg- und Hüttenwerken bei Ostrava und Kladno nicht mehr gebraucht werden. Und ist denkbar, daß im faschistisch beherrschten Europa die Millionen in Ost- und Südosteuropa lebenden Zigeuner, nachdem die in Deutschland und im „angeschlossenen" Österreich beheimateten Sinti und Roma mit der gleichen fanatischen Konsequenz wie die Juden ergriffen, deportiert und hingemordet worden waren, eine Überlebenschance besessen haben würden?

Die Idee, große Teile der Bevölkerung seien infolge historischer Entwicklungen und technischer Erfindungen als Arbeitskräfte "überflüssig" und könnten also vernichtet werden, erörterte auch Hannah Arendt, als sie sich die Frage stellte, ob konkrete Gründe "für die Möglichkeit einer Wiederholung der von den Nazis begangenen Verbrechen sprechen" würden.[100] Dafür, daß es exakt derartige Nützlichkeitserwägungen waren, von denen sich die deutschen Eroberer leiten ließen, entwickelte sie hingegen keinen Spürsinn. Deren Vorgehen ordnete sie außerhalb aller Zweckmäßigkeitsgründe ein. Sie meinte, die Judenausrottung habe nicht einmal der Gewinnung von "volklosem Raum" für Kolonisierungszwecke gegolten.[101] Zur Begründung dieser These diente ihr auch der Hinweis, daß die deutschen Faschisten nicht nur die Juden in dem als Kolonialraum gedachtem Osten Europas ermordeten, sondern ebenso alle in ihrem Machtbereich geratenen im dicht besiedelten Westeuropa. In diesem Zusammenhang erörterte sie aber einzig die objektiven Unterschiede im Dasein der jüdischen Bevölkerung in Ost- und Westeuropa, während die Sicht Hitlers, seiner Mitführer und Berater außer Betracht blieb. Zur Auflösung des vermeintlichen Widerspruchs kann ein Gedankenbild führen, daß Seev Goshen in einer Debatte vorstellte: "Wird oder kann ein Mörder, der eine Familie, acht Söhne und Töchter, in Warschau, Kiew und Auschwitz ermordet hat, den neunten Sohn oder die neunte Tochter in Brüssel oder Saloniki am Leben lassen, wenn diese Orte zu seinem

---

[100] Arendt, Eichmann, S. 322.

[101] Ebenda, S. 325.

Machtbereich gehören?“[102] Dabei ging es den Untätern an der Regimespitze gar nicht allein und in erster Linie um die Liquidierung potentieller Rächer, wiewohl sie sich bewußt waren, daß nach allem, was sie schon vor dem Kriege den deutschen Juden angetan hatten, die Juden in anderen Staaten - im Sprachgebrauch der Antisemiten hießen sie "das internationale Judentum" - ihre Gegner sein und bleiben mußten. Zeitlich vor allen diesen Überlegungen über die Folgen ihrer judenfeindlichen Politik aber stand die fixe irrationale Idee vom Judentum als ihrem vermeintlichen Hauptkonkurrenten um die Weltherrschaft. Im grotesken Welt- und Geschichtsbild der deutschen faschistischen Rassisten könnten es die Juden niemals und nirgendwo zulassen, daß die zur Herrschaft berufenen "Arier" - d.h. die Deutschen und die von ihnen ausgewählten Verbündeten - den ihnen in der Welt zustehenden Platz erhielten und behaupteten. Hitler hatte diese Gesinnung bereits am Beginn seiner Karriere in die Worte gefaßt, daß es im Kampf „mit dem Juden“ nur das „Entweder-Oder“ geben würde.[103]

Wer die weltanschaulichen Antriebe der Judenmörder, welche die Grundsatzentscheidungen fällten (das waren nicht unbedingt auch diejenigen ihrer Büttel, unter denen sich in nicht geringer Zahl hirn- und seelenlose Menschenschlächter befanden, die keiner ideologischer Begründung oder gar Rechtfertigung bedurften) außer Betracht läßt, geht ebenso in die Irre, wie jene, die das Verbrechen monokausal einzig als den Ausfluß dieser Weltanschauung verstehen können, die dann nicht so selten noch auf den Antisemitismus reduziert wird. Die These von der "Eigenständigkeit" des Antisemitismus, aus der sich die "Eigenständigkeit" des Judenmords herleite, der "kein Mittel zur Durchsetzung anderer Zwecke" gewesen sei[104], erweist sich als Gedankenkonstruktion fernab von den Interessen, die im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945 regierten. Sie erhebt die Untat letztlich in den Rang eines Geheimnisses, das durch keinerlei forscherische Anstrengung gelüftet werden kann. Auch Martin Broszat meinte, der Judenmord entziehe sich einer "auf gesellschaftliche Interessen abhebenden Faschismus-Deutung".[105] Saul Friedländer bemerkte, das

---

[102] Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 239.

[103] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1942, S. 225.

[104] Saul Friedländer, in: Jäckel/Rohwer, Judenmord, S. 27.

[105] Martin Broszat, "Holocaust" (gemeint war hier der gleichnamige Fernsehfilm, der in den USA entstand und soeben in Deutschland gesendet worden war) und die

Verbrechen habe sich zwar in der "modernen Industriegesellschaft" ereignet, vermöge aber über diese nichts auszusagen oder gar zu lehren.[106] Mitunter werden anstelle einer Analyse nebulose Sprachbilder angeboten, so wenn der Judenmord "das schlechthin alles überwölbende Ereignis dieser Ära" genannt wird, aus dem die "gesamte NS-Zeit" dann "eindeutig ... gedeutet werden" könne.[107]

Wer solchen Sichten widerspricht, wird rasch verdächtigt, in einer vorgeblich marxistischen Tradition stehend, die Ideologie zu unterschätzen. Die Materialisten erscheinen in diesem Punkte des "Verdachts verdächtig", ungeachtet der Tatsache, daß sich keiner ihrer ernst zunehmenden Vertreter antreffen läßt, der nicht wüßte, daß auch die reaktionäre und verbrecherische Idee materielle Gewalt werden kann. Nicht so selten wird den Forschern, die von der Marxschen Geschichtsauffassung ausgehen, auch nachgesagt, daß sie vor den Fragen, die der Judenmord aufgibt, ratlos stünden. Saul Friedländer, auf Walter Benjamin bezugnehmend und konstatierend, daß für diesen der "Historische Materialismus der erlösende Zugang des Historikers zur Vergangenheit" gewesen sei, schließt daran die Spekulation: "Vielleicht wäre er auch zu dem Schluß gelangt, daß der Historische Materialismus nur wenig zu einer schlüssigen Deutung dieser Ereignisse beizutragen hat".[108] Der Tote ist vor der Erwägung eines ihm zugetrauten Sinneswandels nicht sicher, der den Lebenden von den einen angeraten, von anderen abverlangt wird.

Deshalb und um mitunter wohl auch gewollte Mißverständnisse zu erschweren, sei noch einmal betont: Es bildet keinen Streitpunkt, daß die 1941 einsetzende Mordpraxis und die mit ihr einhergehenden Visionen vom "Großgermanischen Weltreich" nur in Hirnen von Rassenantisemiten vorgedacht werden konnten, in denen der Begriff "Menschheit" nicht existierte. Den hatten sie durch die Vorstellung von der Existenz prinzipiell unterschiedener Rassen ersetzt, unter denen die zur Herrschaft bestimmte das Recht besäße, den nichts- oder minderwertigen "Rassen", die sie bei Strafe ihres eigenen Untergangs zu besiegen hätte, nicht nur Lebensräume, sondern auch Lebensrechte zu rationieren oder auch völlig zu entziehen.

Geschichtswissenschaft. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 27 (1979), Heft 2, S. 296.

[106] Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 92.

[107] Peter Steinbach, Der Historikerstreit. A.a.O., S. 122.

[108] Saul Friedländer, in: Pehle, Der historische Ort, S. 81.

Keine Frage auch, daß diese Weltanschauung der Rassisten um Hitler schon vor 1933 ausgebildet war und daß sie von ihr bis in die Stunde ihres Scheiterns beherrscht blieben. Doch diese Idee verband sich ihnen - und auch dieses von ihrem Eintritt in die Politik an - gedanklich wie praktisch mit ungestillten imperialistischen Gelüsten und antikommunistischen Kreuzzugsplänen. Vorgeschichte und Geschichte des Judenmords aus dem strategischen Gesamtplan des deutschen Faschismus zu separieren, reißt folglich auseinander, was im System logisch und im Prozeß historisch zusammengehörte. Dadurch werden auch die Personen an deren Spitze gleichsam amputiert. Das gilt nicht nur für die "Größen" des Regimes. Durch weitläufige Forschungen wurde jüngst nachgewiesen, in wievielen Organisationen, Institutionen und Instituten von vorwiegend jungen Sozialwissenschaftlern Projekte entworfen wurden, die einer Praxis dienten oder ihr künftig den Weg weisen sollten, die man Bevölkerungspolitik deshalb nicht nennen mag, weil es sich in ihrem Kern um eine Entvölkerungspolitik handelte.[109]

VII.

Gegen die hier skizzierte Einordnung des Judenmords in die Geschichte des deutschen Faschismus werden jedoch nicht nur auf der Ebene der speziellen historischen Argumentation Einwände geltend gemacht. Häufiger sind ganz allgemeine "Hinweise" auf Defizite der materialistischen Faschismus-Theorien und die sich auf sie stützenden Geschichtsbilder. Sie lassen sich um so leichter artikulieren, weil nur wenige Forscher, deren Geschichtsverständnis von Marx ausgeht, die Herausforderung wirklich angenommen haben, die das Thema des "Holocaust" selbstredend auch für sie darstellt. Das hat auch ganz unseriöse Verfahren begünstigt, mit denen nichtidealistische Positionen abgetan oder übergangen werden. Häufig wurde um der Einfachheit der Widerlegung halber behauptet, was von an Marx orientierten Wissenschaftlern geschrieben worden sei, fuße auf einer nur-ökonomischen, von vulgärem Materialismus geprägten Interpretation des Judenmords. Selbst ein so scharfsinniger Analytiker wie Saul

---

[109] Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991. Zu Würdigung und Kritik s. Karl Heinz Roth, Europäische Neuordnung durch Völkermord. Bemerkungen zu Götz Alys und Susanne Heims Studie über die "Vordenker der Vernichtung". In: Vernichtungspolitik. Hg. von Wolfgang Schneider, Hamburg 1991, sowie die Rezension von Werner Röhr. In: Berliner Debatte, 6/1992, S. 108ff.

Friedländer macht keine Ausnahme. Die marxistische Auffassung, meint er, versuche den Judenmord in den "Rahmen eines orthodoxen ideologischen Systems einzubauen", innerhalb dessen "die 'Endlösung' nur das Ergebnis einer planmäßigen Politik der Schwerindustrie (gewesen) sein könne, die dabei enorme Gewinne machte".[110] Erstens ist es keineswegs eine "marxistische" Auffassung allein, sondern eine vielfach unbestrittene Tatsachenfeststellung, daß auf dem Wege der "Vernichtung durch Arbeit" - einer Methode des Judenmords - Profite erzielt wurden, nicht nur in Auschwitz, sondern auch in Essen und vielen anderen Städten innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets - Profite, die sich auch, aber nicht nur auf Konten von Krupp und anderen Konzernen der Schwerindustrie niederschlugen.

Zweitens wurde von marxistisch orientierten Historikern nie behauptet, daß der Judenmord um dieser Profite willen in Gang gesetzt und betrieben wurde. Wie gezeigt, hebt die materialistische Bestimmung seiner Antriebe und Ziele gerade nicht kurzschlüssig[111] auf diesen oder jenen konkreten Vorteil des Augenblicks und nicht auf den Profit ab, der sich in der nächsten Jahresbilanz von kapitalistischen Unternehmen ausweist, sondern auf die Herstellung jener allgemeinen Herrschafts- und Verwertungsbedingungen, die dem „Großgermanischen Reich", in dem nach einem Wort Hitlers nach dem Endsieg „die Privatinitiative der deutschen Wirtschaft ihre größte Epoche erleben" werde[112], Stabilität und Ewigkeitsdauer verschaffen sollten.[113] Die kritische Erörterung dieser Position durch Ian

---

[110] So im einleitenden Referat der erwähnten Konferenz in Stuttgart 1984 "Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung", in Jaeckel/Rohwer, Judenmord, S. 24.

[111] Die marxistische Strömung der Geschichtswissenschaft ist so wenig wie jede andere dagegen geschützt, daß ihre Forschungsresultate nicht nur vereinfacht, sondern verballhornt werden. Die Profite, die im Vernichtungsprozeß entstanden, sind in der Geschichtsliteratur häufig angeführt worden, um den "Imperialismus" oder auch einzelne Konzerne anzuklagen. In eine seriöse Auseinandersetzung sollte freilich ein Minimum an Unterscheidungsvermögen zwischen derartigen Darstellungen und dem theoretischen Erklärungsmodell der Forscher eingebracht werden.

[112] Pätzold/Weißbecker, Hitler, S. 554.

[113] Noch oberflächlicher fällt Friedländers Polemik, die jeden Bezug auf die materialistische Imperialismustheorie vermeidet, aus, wenn er den Marxisten nachsagt, sie würden den Judenmord als Instrument der Ablenkung von den "inneren Spannungen" im Regime interpretieren. Unter den Funktionen der judenfeindlichen Politik der Machthaber gibt es Konstanten und Variable, und die Tatsache, daß die Judenverfolgung zeitweilig auch die Funktion des "Revolutionsersatzes" besaß - wie stark oder wie wenig dieser Ersatz von denen, auf die er berechnet war, auch angenommen wurde - hat keinen Marxisten

Kershaw erscheint als Ausnahmefall; er schrieb, dieser Sichtweise komme das Verdienst zu, "die Vernichtung der Juden als ein Element im Gesamtkontext des rücksichtslosen und entmenschlichenden Expansionsdrangs des NS-Staats festzumachen".[114] Das charakterisiert den Kern der materialistischen Interpretation ebenso kurz wie treffend.

Es kann gefragt werden, ob der Massenmord an Juden, Zigeunern und Slawen eine notwendige Bedingung für jenes „Europa unterm Hakenkreuz“ gewesen sei, das als die Basis für eine weit über den Kontinent hinausgreifende Weltmacht gedacht war. Doch ist das eine außergeschichtliche Frage. Die Führer des deutschen Faschismus haben ihre Eroberung und deren Ziele auf ihre Weise projektiert. Sie entsprach und entsprang ihrer ideologischen Prädisposition, Fixierung und der an ihren Vorläufern und Vorbildern orientierten imperialistischen Vorstellungswelt. Sie wollten ein Machtgebilde, das die untergegangenen Reiche aller Eroberer der Weltgeschichte an Ausdehnung, Glanz und Dauerhaftigkeit übertreffen sollte. Als sie sich auf den Weg zu diesem anachronistischen Kriegsziel begeben hatten, wurden ihnen an der Wende des Kriegsverlauf bewußt, daß ihre Mittel begrenzt waren und es bleiben würden, selbst wenn sie versuchten, sie total auszuschöpfen. Das zwang in neuer Weise zur Interessenabwägung auf den höchsten wie häufig auch auf den niedersten Stufen des Regimes. Sie erfolgte permanent und ging mit Konflikten einher, die zwischen den für unterschiedliche Aufgaben zuständigen Institutionen und Personen ausgetragen wurden, von denen alle für sich in Anspruch nahmen, den "Führerwillen" zu erfüllen und das Beste für den Endsieg zu tun oder auch zu lassen.

An vielen Orten und auf vielen Plätzen war der sich entfaltende Widerspruch zwischen der fortschreitenden Verwirklichung des Vernichtungsprogramms und militärischen Erfordernissen zu spüren, nirgendwo mehr als seit Ende 1941 in der Kriegswirtschaft. Doch er galt allen die längste Zeit hindurch als lösbar, ohne daß die Mordmannschaften und deren Maschinerie gestoppt werden mußten. Vielmehr wurde die Fähigkeit entwickelt, die praktischen Probleme durch immer neue Anstrengungen und

---

dahin gebracht, "Auschwitz" als eine Methode des "deutschen Kapital(s)" anzusehen, die Massen von der "Tatsache abzulenken, ... daß ein bedeutsamer sozialer Wandel nicht stattgefunden hatte". (Friedländer, a.a.O., S. 24/25).

114 Ian Kershaw, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick Reinbek 1988, S. 177 (Originalausgabe "The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation, London 1985.)

Aushilfen zu bewältigen.[115] Schuftende Juden konnten zunächst durch schuftende nichtjüdische zivile oder Kriegsgefangene Arbeiter ersetzt werden.[116] Diese Möglichkeit galt anfangs als unerschöpflich. Als sich dies als Irrtum erwies, das verfügbare Reservoir nicht mehr ausreichte und schließlich versiegte, schafften die Machthaber - ihre ursprünglichen Pläne zeitweise preisgebend - Juden sogar zurück ins schon für "judenfrei" erklärte Reichsgebiet, um sie für Kriegszwecke auszubeuten. Das geschah mit Hitlers Wissen und spricht auch gegen die konstruierte Prioritätenliste "Judenmord vor Kriegsaufwand". 1944 erschlossen sich die Machthaber durch den Zugriff auf die Juden Ungarns noch einmal zusätzliche Arbeitskräfte, von denen Tausende nun schon für die Errichtung von Verteidigungsanlagen, die großspurig Südostwall hießen, an der Grenze des „Großdeutschen Reiches eingesetzt werden mußten. Während Hunderttausende ungarische Juden zur Vernichtung in Auschwitz bestimmt wurde, ließen die Judenjäger des Eichmann-Kommandos einen anderen Strom von Verschleppten in die Rüstungsbetriebe des Reiches leiten. So erhielt beispielsweise die Firma. Lorenz in Guben im Sommer 1944 300 jüdische Frauen "geliefert".[117]

VIII.

Mehrfach wurde gegen die Einordnung der Judenmords in den Eroberungs- und Herrschaftsplan der deutsch-faschistischen Machthaber auch ein außerwissenschaftlicher Einwand vorgetragen. Es wird behauptet, diese Sicht nivelliere das Geschehene und schmälere das Andenken an die

---

[115] Es stellt jedenfalls eine Übertreibung dar, wenn Friedländer als "klare Tatsache" konstatiert, "daß die Vernichtung der europäischen Juden die deutsche Kriegsindustrie und die deutsche Kriegswirtschaft überhaupt einer bedeutenden Zahl von Arbeitskräften und besonders in den östlichen Gebieten der entscheidend wichtigen Facharbeiter beraubte". (Friedländer, a.a.O., S. 24)

[116] Wo das nicht sogleich möglich war, entschlossen sich auch die skrupellosesten Judenmörder, jüdische Arbeitskräfte von der Deportation zeitweilig auszunehmen. So besprach der SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik vor Beginn der Verschleppung der Lubliner Juden zur Ermordung in Belzec mit den Vertretern des Arbeitsamtes die Maßnahmen, die für notwendig gehalten wurden, um "die laufenden Arbeiten" nicht zu stören. S. Dieter Pohl, a.a.O., S. 110f.

[117] Martina Dietrich/Dietrich Eichholtz, Soziale Umbrüche in Brandenburg 1943-1945. In: Brigitte Berlekamp/Werner Röhr (Hg.) Terror, Herrschaft und Alltag im Nationalsozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte des deutschen Faschismus. Münster 1995, S. 146.

Opfer eines außergewöhnlichen Verbrechens. Doch ist schwer einzusehen, wie der Nachweis, daß der Judenmord seinen Platz im imperialistischen Herrschaftskalkül besaß, die Anklage der Verbrecher vermindern und die Kennzeichnung der Untat verkleinern könnte. Inwiefern wird die Trauer um einen einzigen Menschen auch nur gestört, der als Jude ermordet wurde, wenn nachgewiesen wird, daß seine Mörder ihn aus dem nämlichen Grundmotiv umbrachten, aus dem sie angeblich oder wirklich unheilbar kranke "Arier" und die Sinti und Roma töteten und Millionen Slawen das Leben nahmen? Man mag Stätten und Steine, an denen Überlebende und Nachkommen ihrer Toten gedenken, die den wenigen Zeitgenossen und den Generationen der Nachgeborenen zur Erinnerung und Mahnung dienen, einzelnen Gruppen der Opfer widmen. Darüber zu befinden ist in aller erster Linie Sache dieser Überlebenden und der Nachfahren. Die Geschichtswissenschaft hat dafür Vorschriften nicht parat, und Historiker, wenn sie denn dazu ihren Rat geben, können sich dabei nicht auf ihre Fachkompetenz berufen. Sie würden, wie gezeigt, zudem mehrstimmig reden. Doch umgekehrt gilt auch, daß aus politischen Überlegungen und künstlerischen Sichten getroffene Entscheidungen über die Gestaltung von Denkmälern und Gedenkorten für den Befund der Geschichtswissenschaftler folgenlos bleiben. Deren Erforschung von Faschismus und Judenmord wird weiter von Äußerungen äußerster Skepsis über das Erreichbare begleitet werden. Isaac Deutscher schrieb: "Ich bezweifle, daß man in tausend Jahren Hitler, Auschwitz, Majdanek und Treblinka besser verstehen wird, als wir es heute tun. Wird man dann eine bessere historische Perspektive besitzen? Es könnte sogar das Gegenteil der Fall sein, daß die Nachwelt all das noch viel weniger versteht als wir."[118] Selbstredend wußte Deutscher, daß die Behebung seiner Zweifel und die Antwort auf seine Frage nicht nur von Entwicklungen im engen "Reich der Forscher" abhängen würde, sondern von der zukünftigen Orientierung menschlichen Zusammenlebens.

[118] Isaac Deutscher, The Non-Jewish Jew and Other Essays, London 1968, S. 163. Hier zitiert in der Übersetzung bei Saul Friedländer, a.a.O., S. 18.

Wolfgang Fritz Haug

Philosophieren mit Brecht und Gramsci[1]

Der Sinn des Philosophierens

Die erste Schwierigkeit liegt im Ausdruck *Philosophieren*: Was werden wir unter *Philosophieren* verstehen? Die Frage scheint unsinnig, die Antwort selbstredend: Unter *Philosophieren* versteht man Philosophie treiben. Soll das heißen, daß wir in der Weise der Philosophen denken wollen? Aber welcher? Und sind wir denn Philosophen, daß wir in dieser Weise denken wollen? Wenden wir uns an die Institution Philosophie, wo man Philosophie treibt, indem man sich mit der Philosophie der Philosophen beschäftigt. Heißt das, daß wir mit Brecht und Gramsci das tun wollen, was in der Institution Philosophie getan wird?

Vielleicht ist es besser, wir lassen den Titelbegriff des Philosophierens fallen und formen das Thema um in: *Denken mit Brecht und Gramsci.* Verstehen wir unser Vorhaben so besser? Oder ist damit das Besondere des philosophischen Denkens verloren gegangen? Denken tun wir alle im wachen Zustand fast jederzeit, und selbst im Schlaf kommen uns Traumgedanken, wie Sigmund Freud sie genannt hat. Doch daß einem Gedanken kommen, daß einem dies oder das durch den Kopf geht, kann schwerlich der Sinn unserer Frage sein. Auch nicht das Berechnen einer Wirkung, die Suche nach geeigneten Mitteln für einen bestimmten Zweck, das instrumentelle und instrumentalisierende Denken. Oder meinen wir das wissenschaftliche Denken, das die Grundlagen des instrumentellen und instrumentalisierenden Denkens feststellt? Aber hier warnt uns Heidegger in

---

1 Vortrag, gehalten vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 19. Oktober 1995.

Zur Zitierweise: Bei Brecht sind die Bände der *Großen Berliner und Frankfurter Ausgabe* in arabischen, die der *Gesammelten Werke* von 1968 (Frankfurt/M) in römischen Ziffern angegeben. Die Zitate aus Gramscis *Gefängnisheften* (hgg. v. Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg 1991ff) werden durch Heftnummer und Paragraph nachgewiesen, bei längeren Paragraphen zusätzlich durch die Seitenzahl des betreffenden Bandes (bis Ende 1995 sind erschienen: Bd. 1: H. 1; Bd. 2: H. 2-3; Bd. 3: H. 4-5; Bd. 4: H. 6-7; Bd. 5: H. 8-9; Bd. 6: H. 10-11).

Was heißt denken?[2] mit dem schneidenden Satz, "daß die Wissenschaft nicht denkt" (133). Er fügt allerdings hinzu: "nämlich nach der Weise der Denker". Nicht, daß er die Wissenschaft schlechterdings abwerten möchte. Er nennt es ihren "Vorzug", nicht zu denken, weil sie sich nur so als Forschung auf ein Gegenstandsgebiet einlassen könne. Das wirft ein Licht auf den Wissenschaftsbegriff, dem er folgt. Reflexion auf Ziele und Wege ist aus so verstandener Wissenschaft ausgeschlossen. Was aber versteht er unter Denken nach der Weise der Denker? Er bestimmt es durch das, was er ihm zu denken gibt. Von diesem, was wir denken sollen, sagt er, daß es das Ungedachte aller bisherigen Philosophie ist: "die Wesensherkunft des Seins des Seienden". Zu sagen, daß Nichts davon vorstellbar sei, ist doppeldeutig: Vorstellendes Denken zurückweisend, weist Heidegger uns zurück auf eine Vorstellung des Nichts, nämlich auf eine Wesensherkunft, die sich uns, wie er sagt, entzieht. Dieses abwesende, weil sich entziehende Wesen erlaube einzig, "daß wir darauf hinweisen und hierbei uns selber anweisen". "Dieses Weisen ist unser Wesen." (134f)

Unwillkürlich in die ehrfürchtige Haltung von Leuten gebracht, die einen höheren Sinn unterstellen, der über ihren Horizont geht und dem sie sich aus einer tief eingewurzelten Bereitschaft heraus gedankenlos zu unterstellen beginnen, holen wir uns zurück in die Frage: Wo sind wir da bloß hingeraten? Dieses Denken nach Weise der Denker spricht offenbar von einem Berg der Anmaßung herab als Anweisung. Wenn Nietzsche, die Vielen verachtend, von sich sagte, er philosophiere dreitausend Fuß über der Menschheit (nämlich in einem feinen Schweizer Hotel in 1000 Meter Höhe), so philosophiert Heidegger wie ein Orakel, uns Weisungen von den Gipfeln der Denker und Dichter zukommen lassend, denen wir uns unterstellen sollen, als wiesen sie uns unser wahres Wesen. "Ein Zeichen sind wir, deutungslos ...", zitiert er Hölderlin, um dann von seinem Denken nach der Weise der Denker zu behaupten, es sei eben diejenige Macht, durch die "dem Zeichen, als welches die Sterblichen sind, eine Deutung gebracht würde".

Sollte uns unser Wesen am Ende von Deutern kommen, die uns verachten? Mit Brecht und Gramsci danken wir für dieses Angebot und lassen es

2 Martin Heidegger: "Was heißt denken?" in: Merkur, 6. Jg., 1952, 601ff; zit. n. ders., Vorträge und Aufsätze. Pfullingen 1954.

zurückgehen, um den Spieß umzudrehen und von gewöhnlichen tätigen Menschen her das Wesen der Denker zu bestimmen.

Der gemeinsame Ausgangspunkt bei Brecht und Gramsci

Unsere Eingangsfrage nach dem Sinn des Philosophierens stößt nun bei Brecht und Gramsci auf einen gemeinsamen, vom Philosophieren der Institution wie dem Denken nach der Weise der Denker gleichermaßen entfernten Zugang zur Auffassung von Philosophie. Ohne voneinander zu wissen, bilden sie etwa gleichzeitig einen Philosophiebegriff von unten.

Brechts Empfehlung könnte von Wittgenstein inspiriert sein: "Die Philosophie sollte sich mehr mit den Reden der Leute als mit den Reden der Philosophen beschäftigen." (21, 402) Er fragt danach, was "das Volk" meint, wenn es "einem eine philosophische Haltung zuschreibt" (22.1, 512; XV, 253). Das führt zu einer Neudefinition des Philosophen: "denn in unserer Zeit und seit lange schon bedeutet Philosophieren etwas ganz Bestimmtes, was ich gar nicht im Auge habe." Nicht die Metaphysik: "was alles man sich denken kann und wie sich die Begriffe miteinander vertragen". Sondern er setzt an bei der "vornehmlich im niederen Volke umlaufenden Art des Philosophierens, an das, was die Leute meinen", wenn sie sagen, jemand habe wie ein Philosoph gehandelt, eine "philosophische Haltung" gezeigt. Die Leute verstehen darunter "fast immer eine Fähigkeit des Aushaltens von was." Hier möchte Brecht "eine Unterscheidung machen": Wenn die Leute das Einsteckenkönnen von Schlägen für "philosophisch" erklären, so ergänzt Brecht dies ums Austeilenkönnen von Schlägen. Philosophie lehrt richtiges Verhalten, kann er nun sagen. Aber nicht im Sinne der Moralphilosophie, sondern im Sinne der Lebenskunst, der "größten aller Künste". (Foucault wird diese Kategorie ohne Kenntnis des Brechtschen Denkens ins Zentrum seiner neuen Ethik stellen.) Was die Frage des richtigen Verhaltens und eines zu solchem Verhalten befähigenden Wirklichkeitsbildes angeht, schätzt Brecht die marxistischen Klassiker als ungenügend ein: "Sie gaben ein ungenaues und kleines Bild, und sie lehrten vage und unmögliche Haltungen." (22.1, 483) Haltung und Handlungsfähigkeit müssen sich in Widersprüchen bewähren. Geht Brechts neues Philosophieren vom alltäglichen Sprachgebrauch der Leute aus, so bleibt er dabei nicht stehen, sondern versucht, diesen Anfangsimpuls mitzunehmen und nie die Berührung mit diesem Ausgangspunkt zu verlieren oder für den gesunden Menschenverstand, allen

Zumutungen zum Trotz, unverständlich zu werden. So der Zugang Brechts. Und Gramsci?

Gramsci verblüfft den gesunden Menschenverstand mit der von Benedetto Croce inspirierten Behauptung, "daß alle Menschen Philosophen sind" (H. 11, §12, 1375). Die Gründe, die er dafür gibt, sind mehrschichtig. Da ist zunächst die linguistische, auf Diskursanalyse vordeutende Einsicht, daß wir Elemente "spontaner Philosophie" in fertiger Form mit der "Sprache" je schon übernommen haben und immer wieder übernehmen. Gramsci nennt das die "spontane Philosophie", die "aller Welt" eigen ist (ebd.). "Was soll's?", könnte der Alltagsverstand einwenden. Und genau diese Frage, was Philosophieren ursprünglich soll, erhält bei Gramsci einen Sinn zurück, den man "existentiell" nennen möchte, hätte die Existenzphilosophie eine Ahnung davon. Die in Sprache sedimentierten Philosopheme sind nicht nur anorganisch zusammengestückt - Gramsci sagt: "bizarr" -, sondern sie organisieren uns gleichsam hinterrücks. Solche Meinungen sind nicht mein, sie gehören mir nicht, ich gehöre ihnen. Da sie disparat sind, verharre ich in disparater Hörigkeit, an etwas "teilzuhaben", was mir mechanisch von der äußeren Umgebung "auferlegt" ist. Die Zugehörigkeit, in die ich zunächst bewußtlos geworfen bin, widerfährt mir "von einer der vielen gesellschaftlichen Gruppen, in die jeder automatisch von seinem Eintritt in die bewußte Welt an einbezogen ist".

Brecht begreift das Individuum mit Anklängen an Nietzsche und vermutlich Gedanken Kurt Lewins aufnehmend als dezentriert, als Dividuum. "*Das Individuum* erschien uns immer mehr als ein widerspruchsvoller Komplex in stetiger Entwicklung, ähnlich einer Masse. Es mag nach außen hin als Einheit auftreten und ist darum doch eine mehr oder minder kampfdurchtobte Vielheit, in der die verschiedensten Tendenzen die Oberhand gewinnen, so daß die jeweilige Handlung nur das Kompromiß darstellt." (22.2, 691) Die "Teilbarkeit", die Brecht am Einzelnen beobachtet, begreift er wie Gramsci "als Zugehörigkeit zu mehreren Kollektiven" (21, 359; XX, 60). Das Personal der traditionellen Philosophie: Subjekt, ich, Person, gar Geist, wird aus einer Sammlung metaphysischfester Größen zu oszillierenden Prozeßeffekten. "'Ich' bin keine Person. Ich entstehe jeden Moment, bleibe keinen. Ich entstehe in der Form einer Antwort. In mir ist permanent, was auf solches antwortet, was permanent bleibt." "Ich mache Mich. / Ich könnte die Selbstkontrolle der Materie sein. / Seit der Gott 'weggedacht' ist, der dem Menschen glich, gleicht der Mensch auch nicht mehr dem Menschen." (21, 404)

Gramsci faßt die spontane Daseinsweise disparater Zugehörigkeiten als Inkohärenz. Sobald Individuen es vorziehen, "die eigene Weltauffassung bewußt und kritisch auszuarbeiten", bilden sie an ihrer *Kohärenz*[3]. Dieser Begriff ist geeignet, den rationalen Gehalt des Begriffs Identität aus dem versteinerten Blick zurück nach vorn und, mit Brecht zu reden, ins Praktikable zu wenden. Gramsci geht davon aus, daß in uns allen der Impuls lebt, "die eigene Tätigkeitssphäre zu wählen, an der Hervorbringung der Weltgeschichte aktiv teilzunehmen, Führer seiner selbst zu sein und sich nicht einfach passiv und hinterrücks der eigenen Persönlichkeit von außen den Stempel aufdrücken zu lassen". "Wenn die Weltauffassung nicht kritisch und kohärent, sondern zufällig und zusammenhangslos ist, gehört man gleichzeitig zu einer Vielzahl von Masse-Menschen, die eigene Persönlichkeit ist auf bizarre Weise zusammengesetzt: es finden sich in ihr Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinigten Menschengeschlecht zueigen sein wird. Die eigene Weltauffassung kritisieren heißt mithin, sie einheitlich und kohärent zu machen und bis zu dem Punkt anzuheben, zu dem das fortgeschrittenste Denken der Welt gelangt ist. Es bedeutet folglich auch, die gesamte bisherige Philosophie zu kritisieren, insofern sie verfestigte Schichtungen in der Popularphilosophie hinterlassen hat. Der Anfang der kritischen Ausarbeitung ist das Bewußtsein dessen, was wirklich ist, das heißt ein 'Erkenne dich selbst' als Produkt des bislang abgelaufenen Geschichtsprozesses, der in einem selbst eine Unendlichkeit von Spuren hinterlassen hat, übernommen ohne Inventarvorbehalt[4]. Ein solches Inventar gilt es zu Anfang zu erstellen."

Was gegen solche Sätze, die den Anfang von Gramscis *Notizen zu einer Einleitung und Einführung ins Studium der Philosophie und der Kultur-*

3 Der Ausdruck *coerenza* mit dem Adjektiv *coerente* (vgl. etwa Heft 11, §12) ist für Gramscis Denken besonders wichtig. Damit ein Individuum Handlungsfähigkeit gewinnt, muß es ein gewisses Maß an Kohärenz erreichen usw. Früheren Übersetzungen ging dieser Zusammenhang verloren. Sie gaben etwa *derivato coerente* ("kohärentes Derivat" -- vgl. Heft 11, §50) mit "organisch abgeleitetes Prinzip" wieder (B), weil der Term nicht als von Gramsci spezifisch akzentuiert erkannt wurde; statt "kohärente Begriffe" hieß es "systematisch miteinander verbundene Begriffe" (B) bzw. "in sich geschlossene systematische Anschauungen" (Z).

4 Im Original: "accolte senza beneficio d'inventario". Die Redeweise ist der Sprache des Erbrechts entnommen. Die "Rechtswohltat des Inventars" meint, daß man die Annahme einer Erbschaft von einem zunächst zu erstellenden Inventars abhängig machen kann.

geschichte bilden, am meisten zu sprechen scheint, ist die Resignation derer, denen die Verhältnisse keine Zukunft zu ermöglichen scheinen. Daher sprechen solche Sätze der Möglichkeit nach gegen solche Verhältnisse, und die Verständigung über das, was wir je von uns aus wollten, ist die Probe aufs Exempel einer solchen Möglichkeitserfahrung. Das Aufmachen einer existentiellen Zukunftswerkstatt bringt die Einzelnen dazu, aus sich herauszugehen. Sie erfinden Gesellschaft neu und treten dadurch in die Geschichte ein. Das sind natürlich nur Tendenzaussagen über eine mögliche Aufgabe oder aufgegebene Möglichkeit. Sie ist aufgegeben im Doppelsinn: unsere menschliche Wesenswirklichkeit gibt sie uns auf, während die historisch gewordenen Verhältnisse uns mechanisch dazu führen, sie aufzugeben. Sie halten uns fremd in der falschen Vertraulichkeit. Das gehört zu den ältesten Erfahrungen, an denen sich Philosophieren entzündet hat. Von Parmenides und dem Höhlengleichnis, das der platonische Sokrates erzählt, bis zu Marx' Übersetzung der von den Philosophen geschilderten Entfremdung in die kapitalistische Gestalt des Inder-Welt-Seins: Marx zufolge finden wir uns in ihr spontan in einer "Religion des Alltagslebens", in deren "entfremdeten und irrationellen", durch die Herrschaft der Wertformen und des Verwertungsprozesses bestimmten Formen wir uns "völlig zu Hause fühlen", weil sie es sind, worin wir uns bewegen und mit denen wir es "tagtäglich zu tun haben" (K III, 838). Gramsci ergänzt: unser Bewußtsein ist nicht reine Gegenwart, also auch nicht einfache kapitalistische Gegenwart, sondern von einer Ungleichzeitigkeit bestimmt. Ohne daß sie voneinander wissen, sucht auch Ernst Bloch in eben den 30er Jahren, in denen diese Gedanken aufgeschrieben wurden, solche Ungleichzeitigkeit in ähnlicher Absicht zu dialektisieren.

Kohärenz und Hegemonie als philosophische Tatsache

Gramscis Kohärenz ist nicht als homogene -- Althusser würde vielleicht sagen: expressive[5] -- Totalität zu verstehen, sondern als ein Sich-Zusammen-Nehmen zur Handlungsfähigkeit. Sie leugnet nicht Widersprüchlichkeit oder Zerrissenheit, also das, was vom Standpunkt aristotelischer Logik Inkonsistenz wäre, auch nicht Dezentriertheit, sondern sie setzt diese antiaristotelischen Züge geradezu voraus. Neuerdings ist ein vergleichbarer Begriff von "Kohärenz" im Rahmen einer medizinischen

5 Vgl. den Artikel *Ausdruck* in *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 1.

Theorie formuliert worden. Der Gedanke findet sich bereits bei dem Arzt-Sohn Aristoteles in Gestalt einer zunächst tautologisch wirkenden Aussage, die dem Wesen der Gesundheit zuschreibt, daß sie anders und besser gesund mache, als die ärztliche Medizin. Für die jüngst in Tel Aviv vorgetragene Theorie der *Salutogenese*[6] ist Gesundheit jedenfalls kein Zustand, sondern ein Prozeß, ja geradezu eine Produktion. Der "sense of coherence" ist nach dieser Auffassung entscheidend für diese Seite der Lebensfähigkeit. Dazu gehört, die Welt zumindest in relevanten Hinsichten als verstehbar, sinnvoll und beeinflußbar erfahren oder wenigstens deuten zu können. Der Kohärenzsinn wird also wohl immer auch imaginäre Anteile enthalten, sich vielleicht sogar als Selbsttäuschungsbedarf geltend machen. Habermas benennt das Problem, dessen Fassung durch Gramsci ihm anscheinend unbekannt ist, folgendermaßen: Der Alltagsverstand bzw. das Alltagsbewußtsein ist "hoffnungslos zersplittert". "An die Stelle des falschen tritt heute das *fragmentierte* Bewußtsein, das der Aufklärung über den Mechanismus der Verdinglichung vorbeugt", was eine der Bedingungen ist für die kapitalistische "*Kolonialisierung* der Lebenswelt" (TkH II, 522). Kurz, Habermas formuliert das Problem eigentümlich unlösbar, obwohl er zugleich als Theoretiker eigentümlich glatte Lösungen kommunikativer Ethik präsentiert. Es ist, als wäre ein einheitliches Bewußtsein, denn dies und nicht Handlungsfähigkeit scheint er zu fassen, arbeitsteilige Angelegenheit des Theorie-Intellektuellen, nicht der Leute selbst. Anders Gramsci. Jede und Jeder hat Zugang zum Philosophieren, weil niemand nicht an seiner bzw. ihrer Kohärenz wirkt. Als arbeitsteilige Spezialität des Theorie-Intellektuellen würde er allenfalls eine Aufgabenstellung akzeptieren, wie Ulrich Sauter (1995, 699, Fn. 47) sie bei Brecht beobachtet hat: "Anstöße für eine Änderung aus den betrachteten Subjekten selbst heraus zu geben ..., die Erkenntnis des Betrachtenden für den Betrachteten selbst verwertbar zu machen: ein Vorgang, der die Autonomie des Objektes unangetastet läßt." Beim Objekt handelt es sich ja hier um ein Subjekt. Aber ist dieses als autonom zu unterstellen? Und gibt es unter solchen antiideologisch gemeinten Bedingungen noch eine Schranke gegen Wahngebilde oder Privatphilosophien?

Natürlich kann es keine von vornherein wirksame Garantie dagegen geben. Doch sieht Gramsci, daß wir uns nicht anders als kommunikativ kohärent machen können. Der Kolonisierung der Lebenswelt entginge nur

6 Unter diesem Namen wird die These von Aaron Antonovsky aus Tel Aviv vorgetragen (vgl. den Bericht von Claus Peter Müller in der FAZ vom 21. Januar 1994).

eine selbstbestimmte Lebensweise, und diese verlangt eine Kultur, die wir mit anderen teilen. Niemand, der nicht wenigstens Ansätze dazu hervorbringt. Gramsci formuliert die Bedingungen, über enge private Schranken in dieser Richtung hinauszugehen: "Eine neue Kultur zu schaffen bedeutet nicht nur, individuell 'originelle' Entdeckungen zu machen, es bedeutet auch und besonders, bereits entdeckte Wahrheiten kritisch zu verbreiten, sie sozusagen zu 'vergesellschaften' und sie dadurch Basis vitaler Handlungen, Element der Koordination und der intellektuellen und moralischen Ordnung werden zu lassen. Daß eine Masse von Menschen dahin gebracht wird, die reale Gegenwart kohärent und auf einheitliche Weise zu denken, ist eine 'philosophische' Tatsache, die viel wichtiger und 'origineller' ist, als wenn ein philosophisches 'Genie' eine neue Wahrheit entdeckt, die Erbhof kleiner Intellektuellengruppen bleibt." Verständigung darüber, wie wir leben wollen, als grundlegende philosophische Tatsache.

Einen Habermas würde Gramsci weder verachten noch unbeachtet lassen; er würde ihn gründlich studieren und kritisieren, wie er es mit dem liberalen "Laienpapst" seiner Zeit, Benedetto Croce, getan hat. Um solche großen akademisch-literarischen Gestalten denken zu können, erweitert er zunächst den Intellektuellenbegriff gleichsam nach unten, indem er ihn entakademisiert und entliterarisiert. Intellektuelle Funktionen sind, könnten wir kurz sagen, alles Kohärenzfunktionen -- Funktionen der Organisation und Gestaltung, der Kommunikation und Koordination. Kein Individuum, das sie nicht in irgendeiner Form ausüben würde. Aber erst diejenigen, die diese Funktionen in einer und für eine gesellschaftliche Gruppe ausüben, werden dadurch zu organischen Intellektuellen derselben. Jede Gruppe bildet in dem Maße Intellektuelle aus, indem sie sich wenigstens als Korporation nach bestimmten Interessen artikuliert. Will sie gesellschaftlichen Einfluß erhalten, muß sie ihre speziellen Belange mit denen anderer Gruppen vernetzen. Je allgemeiner die Lösungen sind, die sie zu vertreten vermag, desto weiter reicht ihre Ausstrahlung. Ausstrahlung in diesem Sinne zielt auf "Hegemonie", d.h. politisch-ethisch führenden Einfluß. Hegemonie aber ist nach Gramscis politischer Philosophie, die in dieser Hinsicht kaum verstanden worden ist, eine philosophische Tatsache. Sie ist es, weil sie sich gar nicht bilden kann, ohne eine bestimmte Weltauffassung mit einer politischen Ethik zu verbinden. Dies ist die Bildungsbedingung für das, was Gramsci einen geschichtlichen Block nennt, eine politisch-gesellschaftliche Formation, die geschichtliche Handlungsfähigkeit erlangt, indem sie für eine Periode Regierungsfähigkeit oder sogar einen ganzen Staat zu tragen vermag. Hegemonie in

diesem Sinn kann als Wirklichkeitsbedingung einer Philosophie verstanden werden, auf die dann, wenn sie diese Bedingung erfüllt, die Hegelsche Formel paßt, daß sie "ihre Zeit in Gedanken ausgedrückt" (wo?) sei.

Nachdem er vom individuellen Kohärenzstreben ausgegangen und zum Politischen aufgestiegen ist, überträgt Gramsci den so aufgebauten Begriff des geschichtlichen Blocks zurück aufs Individuum. In unserem Selbstverhältnis entspricht etwas dem, was wir im Gesellschaftsverhältnis Politik nennen. "Der Mensch ist zu begreifen als ein geschichtlicher Block von rein individuellen, subjektiven Elementen und von massenhaften, objektiven oder materiellen Elementen, zu denen das Individuum eine tätige Beziehung unterhält. Die Außenwelt, die allgemeinen Verhältnisse zu verändern, heißt sich selbst zu potenzieren, sich selbst zu entwickeln." (1341f) Der Gedanke geht über in eine Umformung der *ThF 6*: "Daß die ethische 'Verbesserung' bloß individuell sei, ist eine Illusion [...]: die Synthese der Bestandteile der Individualität ist 'individuell', doch verwirklicht und entwickelt sie sich nicht ohne eine Tätigkeit nach außen, die äußeren Verhältnisse verändernd, beginnend bei denen zur Natur bis hin zu denen zu den anderen Menschen, in unterschiedlichem Grad in den verschiedenen gesellschaftlichen Kreisen, in denen man lebt, bis zum weitesten Verhältnis, das die gesamte menschliche Gattung umfaßt. Daher kann man sagen, daß der Mensch wesentlich 'politisch' ist, denn die Tätigkeit zur bewußten Umformung und Leitung der anderen Menschen verwirklicht seine 'Menschlichkeit', sein 'menschliches Wesen'."

***

Wie Gramsci ist Brecht durch die Erfahrung des Faschismus, der auch in Deutschland in der einen oder andern Form schon Jahre vor der Einsetzung Hitlers den politischen Horizont der konservativen Eliten mitprägte, zum Um- und Neudenken gebracht worden. Mit Ungeduld sieht Brecht schließlich die Lernlosigkeit vieler Linker. Angesichts 1933 wird "kein besserer Revolutionär [...] seine Anschauungen ungeprüft gelassen haben" – die Notiz geht weiter mit Hohn auf diejenigen, die vom "unvermeidlichen" Kommen der "nächsten" Formation sprechen. Jetzt halt der übernächsten (22.1, 48f; XX, 93). Brecht und Gramsci unterscheiden sich nicht so sehr durch die Position, die sie jeweils einnehmen (Parteiführer vs. Stückeschreiber), als durch die Dimension, innerhalb welcher sich jeder von ihnen dieser Aufgabe des Umdenkens im Sinne einer Umgestaltung marxistischen Denkens vor allem annimmt. Ich übergehe hier Brechts, bedenkt man seine Intellektuellensatire des Tui-Kom-

plexes, überraschend Gramscianischen Einsichten zur Bedeutung der Intellektuellen; ich übergehe auch Brechts, bedenkt man seinen Spott auf die Moral, nicht weniger überraschendes Verständnis für die Bedeutung der ethisch-politischen Dimension in der Politik.[7] Um all dies soll es an anderer Stelle gehen. Was nicht übersprungen werden darf ist das, was Antonio Labriola[8], der 'erste Marxist Italiens', vor hundert Jahren als die Philosophie des historischen Materialismus begriffen hat, "sozusagen", wie er hinzusetzt, denn in der ersten Generation der Marxisten war die Philosophie eher verachtet und galt als historisch abgetan. Labriola meinte "zum Beispiel solche Postulate wie: in der Entwicklung der *Praxis* liegt das Wesen[9], d.h. die geschichtliche Entwicklung des Menschen - und mit 'Praxis' soll unter diesem allumfassenden Gesichtspunkt der übliche Gegensatz zwischen dem Praktischen und dem Theoretischen aufgehoben werden, denn die Geschichte ist, anders ausgedrückt, die Geschichte der Arbeit, und da die so ganzheitlich aufgefaßte Arbeit[10] die entsprechend

---

7 Vgl. das letzte Kapitel: "Was spricht gegen den Moralismus?"

8 Zit. n.: Antonio Labriola: Über den historischen Materialismus. Aus dem Italienischen von Franz Mehring (73-138) und Anneheide Aschieri-Osterlow (alles übrige). Frankfurt/M 1974.

9 Im Original: "natura", entsprechend übersetzt Anneheide Aschieri-Osterlow mit "Natur"; Labriola variiert hier jedoch die 6. Feuerbachthese, wo Marx vom menschlichen "Wesen" spricht was im Italienischen mit "natura" wiedergegeben wird (so auch in Gramscis Übersetzung; vgl. *Gefängnishefte*, Anm. 2b zu Heft 7, §35, Bd. 4, A393).

10 Bei Habermas (und vergröbert in seiner Schule) wird diese "ganzheitliche" Auffassung der Arbeit aufgegeben sein zugunsten der Schrumpfform von Arbeit als einer Art stummen und hinsichtlich der Zwecke inkompetenten produktiven Stoffwechsels mit der Natur. Er verwechselt ein gedankenloses Abbild fremdbestimmter Arbeit mit dem von Arbeit schlechthin. Dem ersten Teil der *Deutschen Ideologie* meint Habermas entnehmen zu können, "daß Marx" -- er vergißt Engels -- "nicht eigentlich den Zusammenhang von Interaktion und Arbeit expliziert, sondern unter dem unspezifischen Titel der gesellschaftlichen Praxis eins auf das andere reduziert, nämlich kommunikatives Handeln auf instrumentales zurückführt" (vgl. "Arbeit und Interaktion. Bemerkungen zu Hegels Jenenser ^Philosophie des Geistes'", in: Habermas 1968, 45). Für Marx gelte: "alles löst sich in die Selbstbewegung der Produktion auf" (ebd., 46). -- Wie ein so kluger Mann wie Habermas so an einem Text vorbeilesen kann, ist schwer verständlich. Im Theorieteil der *Deutschen Ideologie* (vgl. MEW 3, 30ff) legen Marx und Engels fünf "Seiten der sozialen Tätigkeit" oder "Seiten der ursprünglichen geschichtlichen Verhältnisse" auseinander, die ausdrücklich nicht als Stufen, sondern als Seiten oder Momente begriffen werden, "die vom Anbeginn der Geschichte an ...zugleich existiert haben und sich noch heute ...geltend machen" -- oder auch Verhältnisse, die "gleich von vornherein in die geschichtliche Entwicklung (eintreten)", also gleichursprünglich und keineswegs aufeinander reduzierbar sind: (1) Lebens- und Lebensmittelproduktion, (2) "Erzeugung neuer Bedürfnisse", (3) Familie ("im Anfange

proportionierte und proportionale Entfaltung der geistigen und tätigen Anlagen impliziert, impliziert andererseits der Begriff der Geschichte der Arbeit die unbedingt gesellschaftliche Form dieser Arbeit und den Wechsel dieser Form" (302f). Diese Überlegung führt Labriola zur Idee einer "Philosophie der Praxis" als "Kernpunkt des historischen Materialismus" (318).

Philosophie der Praxis

Auf Umwegen, die ich in der Einleitung zu Band 6 der *Gefängnishefte* skizziert habe, ist aus Labriolas Bemerkung der Taufakt für Gramscis Projekt als einer *Philosophie der Praxis* geworden. Zu prüfen ist, ob dieser Name auch als Titel für das Brechtsche Philosophieren in Frage kommt. Ich wende mich zu diesem Zweck der Wahrheitsfrage und der Frage nach der objektiven Realität zu. Bei der Behandlung dieser Fragen setzt Gramsci nicht anders als Brecht noch einmal bei den Marxschen *Thesen über Feuerbach* an.

Die Objektivismus-Kritik der Philosophie der Praxis

Brecht und Gramsci begreifen, daß in den *Thesen über Feuerbach* eine neue Art des Philosophierens auftaucht. Der Gefangene Gramsci übersetzt sich die Thesen noch einmal, und es läßt sich sehen, wie ihre Motive von da an seine Aufzeichnungen durchziehen. "Praxis", diesen Schlüsselbegriff der Thesen, nimmt er, Labriolas Anregung eingedenk, in den Namen des von ihm reartikulierten marxistischen Philosophierens.

Wie eine Korrektur zu Wittgensteins Eröffnungssatz zum *Tractatus logico-philosophicus*: "Die Welt ist alles, was der Fall ist"[11], notiert Brecht: "Die Realität ist nicht nur alles, was ist, sondern alles, was wird. Sie ist ein Prozeß. Er verläuft in Widersprüchen. Wird er nicht in seinem widersprüchlichen Charakter erkannt, wird er überhaupt nicht erkannt."

---

das einzige soziale Verhältnis", später ein untergeordnetes), (4) Gesellschaftlichkeit ("daß eine bestimmte Produktionsweise ... stets mit einer bestimmten Weise des Zusammenwirkens ... vereinigt ist"), schließlich (5) Sprache ("Bewußtsein" wird als sprachlich artikuliertes Phänomen gefaßt). So tastend diese Bestimmungen noch sind, sind sie doch dem von Habermas referierten Reduktionismus diametral entgegengesetzt.

11 Zit. n. Ludwig Wittgenstein, Werkausgabe, Bd. 1, Frankfurt/M 1984, 11.

(22.1, 458) "Prozesse kommen in Wirklichkeit überhaupt nicht zu Abschlüssen. Es ist die Beobachtung, die Abschlüsse benötigt und legt. Im großen werden natürlich Entscheidungen getroffen (und angetroffen), gewisse Bildungen ändern oder verlieren gar ihre Funktionen, ruckweise zerfallen Qualitäten, ändert sich das Gesamtbild."

Wie Gramsci verwirft Brecht den "Objektivismus" vieler Marxisten -- mit gewissen Schwankungen beim Versuch, auf dem schmalen Grat zwischen Objektivismuskritik und Realitätsverlust zu balancieren[12]. Nicht etwa werden Realität und Objektivität bestritten, sondern die philosophische Grammatik dieser Ausdrücke, wie wir in Anlehnung an Wittgenstein sagen könnten, soll untersucht und die Auffassung dessen, was sie meinen, soll dementsprechend berichtigt werden. Der Gedanke geht nach zwei Seiten. Die erste betrifft die Veränderbarkeit des Zu-Erkennenden: "Zustände und Dinge, welche durch Denken nicht zu verändern sind (nicht von uns abhängen), können nicht gedacht werden." (21, 521) Die zweite betrifft die Tätigkeit des Erkennenden selbst bzw. das Hineinwirken der Erkenntnistätigkeit ins Zu-Erkennende. Nachdem Brecht notiert hat, daß objektivistische Sätze durch jegliches (nicht näher bestimmtes) Handeln "rektifiziert" werden, fährt er fort: "Bekämpfe Sätze, welche durch bestimmtes Handeln rektifiziert werden, wie den Satz 'Große Männer machen die Geschichte', nicht als Objektivist, das heißt, indem du Sätze setzt, die durch kein bestimmtes Handeln rektifiziert werden können, wie den Satz 'Es gibt unüberwindliche (gesellschaftliche) Tendenzen und so weiter'!" (21, 575; XX, 69) Brecht integriert -- wiederum wie Gramsci -- das Indeterminismustheorem der modernen Physik und überträgt die Unschärferelation, die Einsicht, "das Untersuchte sei durch die Untersuchung verändert worden" (22.2, 730; XVI, 577), aufs Feld des Handelns. Wenn "praktikable Definitionen" solche sind, welche "die Handhabung des definierten Feldes gestatten", dann tritt "unter den determinierenden Faktoren [...] immer das Verhalten des Definierenden auf" (21, 421; XX,

12 Es handelt sich selbstverständlich nicht um eine Liquidierung des Interesses an der Kausalität; im Gegenteil sind diese Fragen, soweit ich das beurteilen kann, auch in der Physik, gerade bei solchen Bemühungen aufgetaucht, die eine tiefer gehende Meisterung der Kausalität bezwecken, als sie bisher möglich schien. [...] Die Headlines der wissenschaftlichen boulevards: 'Die Kausalität aufgegeben!' sind Unsinn. Man ist lediglich bei einer neuen Definition der Kausalität angelangt. (22.1, 395; XV, 279) Es folgen hochinteressante Passagen, in denen Brecht sich in Richtung auf einen feldtheoretischen Kausalitätsbegriff, bezogen aufs Gesellschaftliche (Individuum und Masse) vorantastet.

168). Er kritisiert folglich den Begriff der "Notwendigkeit" im Sinne einer Zwangsläufigkeit eines Ereignisses. "In Wirklichkeit gab es aber widersprechende Tendenzen, die streitbar entschieden wurden, das ist viel weniger." (21, 523; XX, 156)

Und Gramsci? "Außenwelt" vom "Standpunkt der fertigen Phänomene" (Marx, MEW 24, 218) statt in ihrem Zustandekommen zu betrachten, ist nach ihm sedimentierter Schöpfungsglaube. Er zeigt dies an der gedankenlosen Vorstellung, daß "der Mensch die Welt bereits fix und fertig vorgefunden hat, ein für alle Male katalogisiert und definiert" (H. 11, §17). Gramsci lädt uns zu dem Gedankenexperiment ein, uns "außergeschichtliche und außermenschliche Objektivität" vorzustellen, und fragt: "Aber wer wird eine solche Objektivität beurteilen? Wer wird sich auf diese Art von "Standpunkt des Kosmos an sich" stellen können, und was bedeutet ein solcher Standpunkt? Es läßt sich sehr gut behaupten, daß es sich um ein Residuum des Gottesbegriffs handelt" (H. 11, §17, 1411). Die außer-, vor- und nachmenschliche "Realität" ist nur eine "Metapher". Der Paragraph endet: "Wir kennen die Realität nur in Beziehung zum Menschen, und da der Mensch ein geschichtliches Werden ist, sind auch Erkenntnis und Realität ein Werden, ist auch Objektivität ein Werden usw." (1412). Dies ist das unüberschreitbare Moment von Wahrheit bei Kant.

Gramsci nimmt die populäre Idealismuskritik, in der katholische Kirche und kommunistische Partei sich treffen, als agitatorische Ausbeutungsform Kluft "zwischen Wissenschaft und Leben". Die Intellektuellen verkörpern die Kluft *und* deren organi(satori)sche Überbrückung. Der historische Materialismus ist entstanden durch Transposition (Aufhebung) der idealistischen Problematik, die als aufgehobene immer ein Moment von Wahrheit behält. Er will "zeigen, daß die 'subjektivistische' Auffassung, nachdem sie dazu gedient hat, die Philosophie der Transzendenz auf der einen Seite und die naive Metaphysik des Alltagsverstands und des philosophischen Materialismus zu kritisieren, ihr Sichbewahrheiten und ihre historizistische Interpretation einzig in der Konzeption der Superstrukturen finden kann, während sie in ihrer spekulativen Form nichts anderes als ein bloßer philosophischer Roman ist" (1410f).

Gramscis These, die den Idealismus im dialektischen Dreifachsinn 'aufhebt', besagt nun: "Objektiv bedeutet immer 'menschlich objektiv',

was die genaue Entsprechung zu 'geschichtlich subjektiv'[13] sein kann, objektiv würde demnach 'universell subjektiv'[14] bedeuten." (1411) Die Universalisierung des Praktisch-Subjektiven ist kein primär gedanklicher, sondern ein geschichtlicher Prozeß: Politik und Kampf. Das ist zugleich die geschichtliche Wirklichkeit von Ideologiekritik. Denn der Einsatz ist der geschichtliche Vereinigungsprozeß der Menschheit. Die Objektivität ist eine Funktion der Vergesellschaftung: und zugleich ist sie die geschichtliche (vergesellschaftlichte) Subjektivität:

"Der Mensch erkennt objektiv, insofern die Erkenntnis für die gesamte in einem einheitlichen kulturellen System *geschichtlich* vereinte menschliche Gattung wirklich ist; aber dieser geschichtliche Vereinigungsprozeß erfolgt mit dem Verschwinden der inneren Widersprüche, welche die menschliche Gesellschaft zerreißen, Widersprüche, die die Bedingung für die Gruppenbildung und für die Entstehung der Ideologien sind, die nicht konkret universell sind, sondern durch den praktischen Ursprung ihrer Substanz unmittelbar hinfällig gemacht werden. Es gibt daher einen Kampf um die Objektivität (um sich von den partiellen und trügerischen Ideologien zu befreien), und dieser Kampf ist der Kampf um die kulturelle Vereinigung der menschlichen Gattung selbst. Was die Idealisten 'Geist' nennen, ist nicht Ausgangspunkt, sondern Ankunftspunkt, das Ensemble der Superstrukturen im Werden, hin zur konkreten und objektiv universellen Vereinigung, und nicht etwa eine einheitliche10c Voraussetzung usw." (1411f). Bisher leistete dies am ehesten die Naturwissenschaft und Technik. "Die Experimentalwissenschaft war (bot) bisher das Terrain, auf dem eine solche kulturelle Einheit das Maximum an Ausdehnung erreicht hat" -- "die am meisten objektivierte und konkret universalisierte Subjektivität" -- und nicht die Gesellschaftswissenschaft (1412).

---

13 Riechers, der diesen Verstoß gegen den philosophischen Materialismus nicht fassen konnte (prüfen, ob in Togliatti-Ausgabe)), setzte in seiner Auswahlausgabe *Philosophie der Praxis* von 1967 dafür "historisch Objektives" (siehe auch die folgende Fußnote). Für die auf deutsche Übersetzungen angewiesene Gramsci-Rezeption war also Gramscis von der ersten Feuerbachthese ausgehende Umwälzung der materialistischen Erkenntnistheorie verstellt.

14 Riechers 1967: "universell objektiv".

Wahrheit

Wenden wir uns nun der Wahrheitsfrage zu. "Eine Aussage oder Darstellung ist dann eine Wahrheit", heißt es bei Brecht, der hier wie an vielen anderen Stellen Gedanken des Logischen Empirismus sich anverwandelt[15], "wenn sie eine Voraussage gestattet. Bei dieser Voraussage muß aber der Aussagende als Handelnder auftreten. Er muß auftreten als einer, der für das Zustandekommen des Vorausgesagten nötig ist." (22.1, 96; XX, 190) Wahrheit ist "nicht nur eine moralische Kategorie [...] (Unbestechlichkeit, Wahrheitsliebe, Gerechtigkeit), sondern auch eine des Könnens. Sie muß produziert werden. Es gibt also Produktionsweisen der Wahrheit." (22.1, 96; XX, 189) Nicht etwa ist sie zwar "'an sich vorhanden', muß aber erst entdeckt werden; sondern sie erwächst aus dem Nachweise der Änderbarkeit dieser Situation oder Person, und zwar nicht nur der Veränderlichkeit, die an sich gegeben ist, sondern jener, der sie unterworfen werden kann -- von Seiten des Beschauers als Masse. Also die Wahrheit ist eine Frage der Praxis" (21, 360). Hier läßt sich sehen, wie Brecht die zweite der Marxschen *Thesen über Feuerbach* ausarbeitet. Dialektisierend löst er eine verdinglichende Vorstellung von Wahrheit auf: "Die Wahrheit über ein Ding bedingt die Wahrheit über andre Dinge. Denn ein Ding wird real erst, wenn es in seiner Beziehung zu einem andern erscheint, und um so realer, je mehr Dinge zu ihm in Beziehung treten. Die Wahrheit ist nie in einem Satze zu sagen. Jeder Satz ist in seiner Wahrheit vom Zweck abhängig." (21, 428) Umgekehrt ist "die

15 Hier ist es vor allem Carnaps Gedanke von der Aufhebung einfacher Prädikationen in >Relationssätze< (vgl. >Die alte und die neue Logik<, in: Erkenntnis 1, 12-26; wieder veröff. in: Wahrheitstheorien, hgg. v. G. Skirbekk, Frankfurt/M 1980, 73-88, 18). Ulrich Sautter (>Brechts logischer Empirismus<, in: DZPh, H. 4, 1995, 687-709) hat neuerdings solche Einflüsse sorgfältig belegt, wobei er diese bisher oft verdrängte Wahrheit vielleicht zu weit in die entgegengesetzte Richtung zurückbiegt, wenn es sich ihm >geradezu aufdrängt, von einer spezifisch Brechtschen Variante des Logischen Empirismus zu sprechen< (688) und er von >zahlreichen ästhetischen Neuorientierungen Brechts aus den dreißiger und vierziger Jahren< meint, daß >sie konzipiert waren: als ein zusätzlicher Zweig am Unternehmen der wissenschaftlichen Philosophie.< (709) Das unterschätzt die eigenständige Anverwandlung und Umfunktionierung durch Brecht. Aber Sautter hat zweifellos recht mit der Feststellung, daß Nazismus und Kalter Krieg eine höchst fruchtbare Begegnung zwischen marxistischem Denken und dem vor allem von den Fortschritten der Physik inspirierten Denken des Wiener Kreises von beiden Seiten abgebrochen worden ist, daß es nur am beidseitigen Konformitätsdruck und der Bereitschaft, ihm zu entsprechen, gelegen habe, sich der logische Empirismus ins Akademische zurückgezogen habe.

Unwahrheit [...] ein Prozeß, keine Summe von möglichen und glaubbaren Tatsachlosigkeiten, und sie hat so lange schon alle Ausdrucksformen ergriffen und vor den Fragestellungen nicht haltgemacht" (21, 585).

Die Einsicht, daß die Wahrheit nie in einem Satze zu sagen ist, erinnert an die Einsicht der analytischen Philosophie, daß sie die Theorie der Rationalität nicht mehr im Alleingang entwickeln kann, sondern daß ihre "Wahrheit", wie Habermas referiert, sich "nurmehr von der glücklichen Kohärenz verschiedener theoretischer Fragmente erhoffen läßt" -- "die Theorien, ob sozialwissenschaftlicher oder philosophischer Herkunft, müssen *zueinander passen*" -- "*Kohärenz* ist auf der Ebene, auf der Theorien im Verhältnis der Ergänzung und der wechselseitigen Voraussetzung zueinander stehen, einziges Kriterium der Beurteilung, denn wahr oder falsch sind nur die einzelnen Sätze, die sich aus den Theorien ableiten lassen." Diese Kohärenz wird als entscheidend erkannt, sobald "fundamentalistische Ansprüche" aufgegeben sind. Ist es nur eine zufällige Wortgleichheit oder taucht hier ein dem Gramscischen Gedanken verwandter Kohärenzbegriff wieder auf? Mir scheint, daß wir hier, in der dünnen Luft analytischer Epistemologie, tatsächlich einem abstrakten Ausläufer eben der Problematik begegnen, die Gramsci auf der Ebene individueller Handlungsfähigkeit oder Lebenskunst, wie wir mit Brecht sagen können, analysiert hat.

Experimentelles Denken

Das *Kleine Organon* ist eine der wenigen Schriften, in denen Brecht bei Lebzeiten "Theorie", wenngleich nur theaterbezogen verdichtet, veröffentlicht hat. (Könnte es sein, daß er seiner selbst als Philosophierender nicht sicher war? Oder wollte er nur seine Anerkennung als Schöpfer eines neuen Theaters nicht stören?) Der Titel eines *Organon* ist von Bacons *Novum organon* inspiriert. Das ist nicht zufällig. Hier gibt es viele Gemeinsamkeiten in der Ablehnung von Spekulation. Positiv lassen sie sich zusammenfassen im Begriff des *experimentellen Denkens*. Entwerfen und Verwerfen werden durch Erfahrung miteinander vermittelt. Die subjektive Tätigkeit rückt in die Schlüsselposition und findet sich kraft experimenteller Handhabung des Marxschen Kriteriums der Praxis dennoch am Gegenpol zum Subjektivismus. Auch für Gramscis Philosophie der Praxis ist das Experiment von paradigmatischer Bedeutung als "erste Zelle der neuen Produktionsmethode, der neuen Form tätiger Einheit

zwischen Mensch und Natur". Arbeiter und Wissenschaftler sind in der (gesellschaftlichen) Sache aufeinander verwiesen: "Der Wissenschaftler-Experimentator ist [auch] ein Arbeiter, kein reiner Denker, und sein Denken wird fortwährend durch die Praxis kontrolliert und umgekehrt" (H. 11, §34).

Daneben praktiziert Brecht einen anderen Sinn von dialektischem als "experimentellem Denken", den des Verflüssigens geronnener Vorstellungen. Dialektik faßt Brecht als "Denkmethode oder vielmehr eine zusammenhängende Folge intelligibler Methoden, welche es gestattet, gewisse starre Vorstellungen aufzulösen und gegen herrschende Ideologien die Praxis geltend zu machen" (21, 519; XX, 152). Im weiteren Sinn geht es dabei nicht nur um Lehrsätze, sondern um Anstiftungen zur Subversion einer fesselnden Ordnung. "Erkennen" wird so im altbiblischen Sinn aus der ideellen Abstraktion herausgeholt: Die Bäume 'erkennen' uns auf ihre Weise, wenn sie unsere Kohlensäure ik'einatmen' wie wir ihren Sauerstoff. Und fast spinozistisch dynamisiert Brecht das Dasein und verbindet es mit dem Bewußtsein: "Alles Seiende kommt zum Bewußtsein, indem es sich dagegen wehrt, nicht zu sein, ein Bestreben, das es in sich wahrnimmt und das zugleich das Bestreben ist, andere Verbindungen einzugehen" (21, 425; XX, 172)

Weltbild

Mit einer gewissen Differenz zu Gramsci wendet sich Brecht "gegen das Konstruieren zu vollständiger Weltbilder" (XII, 463) und die "Weltbildhauer" und fordert: "Du sollst dir kein Bild von der Welt machen des Bildes willen." (21, 349; XX, 50). Er verlangt vom Denken einen konkreten Nutzensbezug, der die Argumente wie Schneebälle auffassen läßt, die nicht für die Ewigkeit gedacht sind (vgl. XII, 451f). Der Abbildtheorie der Erkenntnis setzt er die sprachlich nur in Nuancen, sachlich radikal verschiedene Forderung nach praktikablen Abbildungen entgegen, die mit ihrer praktischen Orientierung auch ihren "subjektiven" Standpunkt offen zeigen.

***

Wiederaufnahme der Eingangsfrage

Was also heißt und zu welchem Zweck nützt Philosophieren mit Brecht und Gramsci? Im alten Sinn beruhte Philosophie auf anschauendem Denken, gehörte zum *bíos theoretikós*. Noch Hegel streicht die von Aristoteles hervorgehobene Nutzlosigkeit hervor und nennt Philosophieren den Sonntag des Lebens. Denken im von Brecht und Gramsci philosophisch ausgezeichneten Sinn bewegt sich in unserem geschichtlichen Werktag und ist wesentlich experimentelles Denken. Dagegen bildet nun das hier skizzierte Denken, bei dem alles durchs Nadelöhr der Tätigkeit im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse hindurch muß, für das Erkenntnistheorie zugleich "vor allem Sprachkritik sein" muß (21, 413; XX, 140), eine offene Philosophie der Praxis. Sie ist keine Philosophie der vorgängigen Einheit oder der Totalität. "Tatsächlich kann man sich eine Totalität nur *bauen*, machen, zusammenstellen, und man sollte das in aller Offenheit tun, aber nach einem Plan und zu einem bestimmten Zweck." (21, 535) Sozusagen von unten nach oben, zeigend, wozu es nützt. Sie ist daher zugleich das konsequenteste Denken der Diesseitigkeit. Wie der Pragmatist William James "Tatsachen und Werte als untrennbar" begriffen hat (Putnam, 11 u.ö.), so denken auch Brecht und Gramsci die politisch-ethische Dimension von unten nach oben, wenn man so will, anders als die Moralphilosophen, die in mehr oder weniger verschämter Weise ein normatives Jenseits verkünden, ein Sittengesetz *vor* jeder Gesetzgebung und ohne die "politischen" Umstände einer solchen. Brecht und Gramsci führen vor, daß die Alternative nicht Monismus oder Dualismus[16] heißt. Die Postmoderne hat sich viele ihrer Gedanken ohne Nennung der Herkunft angeeignet, kaum je ohne Beschädigung des Sinns. Auch bei Derrida bildet der Angriff auf Dualitäten ein Grundmotiv. Doch führt dies bei ihm, wie Hilary Putnam sagt, "in eine Art Weltverlust, einen Verlust des 'Außerhalb des Textes'. Dagegen hat James immer darauf beharrt, "daß wir eine gemeinsame Welt teilen und wahrnehmen, daß 'wir die Wahrheit, bei deren Erschaffung wir mithelfen, erfassen'" (Putnam 1995, 30f). Bei Brecht und Gramsci wird aus dieser gemeinsamen Welt im allgemeinen die besondere gesellschaftliche Welt mit ihren Antagonismen und ihren Naturverhältnissen, in denen wir leben. Und in den Praxishorizont rückt die Vergesellschaftung. So schlägt der Pragmatismus

16 Fast immer mißverstanden worden ist Gramscis Einsicht, daß auch die "Auffassung von der 'Objektivität der Außenwelt'" dualistisch ist (vgl. H. 10, §41.I, 1304).

um in marxistische Philosophie der Praxis. Wenn Heidegger sagt: "auch das wesentliche Denken ist ein Handeln" (*Was ist Metaphysik*, 50), so könnte Brecht das für das eingreifende Denken mit gewissen Ergänzungen und Einschränkungen annehmen. Denker-Hybris, falsche Selbsterhöhung eines Intellektuellen, spricht aber aus Heideggers Satz: "So ist das Denken ein Tun, aber ein Tun, das zugleich alle Praxis übertrifft." (*Humanismusbrief*, 115) Und doch ist das heute en vogue, während Brecht uns für veraltet erklärt wird.

Darum schließe ich mit einer Reflexion Brechts aus der Zeit der Faschisierung Deutschlands, die mir bei aller Andersartigkeit der Verhältnisse etwas von unserer Situation zu treffen scheint:

GA 21, 585 "In den Zeiten der Schwäche fehlt es oft nicht an richtigen Leitsätzen, sondern an einem einzigen. Von der Lehre paßt ein Satz zum anderen, aber welcher paßt zum Augenblick? Es ist alles da, aber alles ist zuviel. Es fehlt nicht an Vorschlägen, aber es werden zu viele verfolgt. Es fehlt nicht an Wahrnehmungen, aber sie werden rasch vergessen. In den Zeiten der Schwäche ist man engagiert, und man engagiert sich nicht. / In den Zeiten der Schwäche / ist vieles wahr, aber es ist gleich wahr; ist viel nötig und kann weniges geschehen; der Ausgeschaltete ist in Ruhe versetzt und hat keine Ruhe."

Martin Hundt

Geschichte, Lage und nächste Zukunft der MEGA*

Akademische Institutionen und akademische Editionen gehören ab ovo zusammen. Darüber hinaus gibt es zwei konkretere Gesichtspunkte für die Wahl meines Themas: Es kann bei den Mitgliedern dieser Sozietät ein lebendiges Interesse auch am Inhalt der hier zur Rede stehenden Ausgabe vorausgesetzt werden, und zweitens bekundet sich damit in wissenschaftlicher Weise eine weiterbestehende besorgte Aufmerksamkeit für die MEGA sowie gewiß auch für andere Langzeiteditionen, nachdem diese durch den Gang der jüngsten Geschichte bei der anderen Akademie in dieser Stadt angesiedelt wurden. Übrigens bekundet sich dieses Interesse ebenfalls darin, daß zwei Mitglieder der Leibniz-Sozietät zugleich Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der IMES – der Internationalen Marx-Engels-Stiftung in Amsterdam – sind, die seit Ende 1990 Herausgeber der MEGA ist.

Wenn dies oder jenes in meinem Vortrag etwas abenteuerlich klingen sollte, nicht immer übereinstimmend mit den landläufigen Vorstellungen von der stillen, vielleicht sogar "lebensfremden" Arbeit von Editoren, so liegt das an den Fakten, über die zu berichten ist.

1. Zur Geschichte der MEGA

Die Geschichte einer Edition beginnt nicht, wie vielfach dargestellt, mit entsprechenden Prolegomena oder dem Erscheinen des ersten Bandes, sondern mit dem Entstehen der Texte, die sie enthält. Im Falle von Marx und Engels also mit ihren ersten überlieferten schriftlichen Äußerungen von 1833 bzw. 1835. Von da an erheben sich Fragen nach den Quellen und den Entstehungsumständen, nach der Überlieferung der Handschriften und der Druckgeschichte – alles Fragen, die von jeher die wissenschaftliche Edition beschäftigen.

---

* Vortrag, gehalten auf der Sitzung der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 17. November 1994. Für den Druck gekürzt und aktualisiert auf den Stand von Ende 1996

Seit der großen, jedoch außerhalb eines engen Kreises von Spezialisten kaum beachteten und auch noch keineswegs von allen wissenschaftlichen Fachdisziplinen genutzten Umwälzung der historisch-kritischen Edition in der Mitte unseres Jahrhunderts, die durch die Abkehr vom verstaubten "Klassiker"-Prinzip "letzter Hand" und der Hinwendung zur Wiedergabe der Texte in ihrem Werde- und Umgestaltungsprozeß gekennzeichnet ist[1], wurde das Zurückgehen bis zum Entstehen der Manuskripte und ihrer Umformungen unter der Hand der Autoren noch wichtiger als vorher. Bei der Bearbeitung jedes Artikels, jedes Briefes, jedes Exzerpts ist dem in der täglichen Praxis der Edition konkret gerecht zu werden, was auch Kenntnis der Geschichte der betreffenden Edition in großen Zügen voraussetzt. Im Falle der MEGA bestanden allerdings bis 1989 erhebliche Schranken für eine allseitige Erforschung dieser Geschichte.[2]

Der zweite Ausgangspunkt, nach dem Entstehen der Manuskripte, sind die verschiedenen Gedanken, Ansätze und Versuche zu Gesamtausgaben. Im Falle von Marx gehen sie bis auf die 1851 in Köln gescheiterten "Gesammelten Aufsätze" zurück.[3] Bei weitem nicht alles, was seitdem an Kompliziertem und Verworrenem, Tragischem und Erfolgreichem in der wissenschaftlichen Marx/Engels-Edition geschah, kann hier dargestellt

---

[1] Siehe Siegfried Scheibe: Zu Problemen der historisch-kritischen Edition von Goethes Werken. Aus der praktischen Arbeit der Akademie-Ausgabe. In: Weimarer Beiträge, Sonderh. 1960, S. 1147-1160; Hans Werner Seiffert: Untersuchungen zur Methode der Herausgabe deutscher Texte, Berlin 1963; S. 1-44; Gerhard Seidel: Die Funktions- und Gegenstandsbedingtheit der Edition, Berlin 1970; ders.: Bertolt Brecht – Arbeitsweise und Edition. Das literarische Werk als Prozeß, Berlin 1977; Siegfried Scheibe: Zu einigen Grundprinzipien einer historisch-kritischen Ausgabe. In: Texte und Varianten. Probleme ihrer Edition und Interpretation, hg. von Gunter Martens u. Hans Zeller, München 1971; Hans Zeller: Fünfzig Jahre neugermanistische Edition. In: editio, Bd. 3, Tübingen 1989, S. 1-17.

[2] Diese Schranken zeigen sich deutlich in der materialreichen Broschüre von Heinz Stern/Dieter Wolf: Das große Erbe. Eine historische Reportage um den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1972. – Siehe auch Siegfried Bahne: Zur Geschichte der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag, hg. von Hans-Peter Harstick, Arno Herzig, Hans Pelger [Schriften aus dem Karl-Marx-Haus. Nr. 29], Trier 1983, S.146-165; Martin Hundt: Gedanken zur bisherigen Geschichte der MEGA. In: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge, Berlin (im folg.: Beiträge. NF) 1992, S. 56-66 (= schriftliche Fassung eines Vortrags, gehalten im Oktober 1990 an einigen japanischen Universitäten).

[3] Siehe MEGA I/10, S. 493-497, 1020-1023.

werden, und das nicht nur wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit, weil viele Quellen noch nicht erschlossen sind und eine monographische Darstellung der Geschichte der MEGA also noch in weiter Ferne steht, sondern weil sie vollständig ja erst nach Abschluß der Ausgabe möglich ist, d. h. wohl *frühestens* in den 2020ern. Aber es gibt wichtige Eckdaten, die man heute schon kennen sollte, wenn man sich dem Werk von Marx und Engels nähert, weil ihre Kenntnis geeignet ist, sich auch den Inhalt besser zu erschließen.

Marx und Engels haben nicht einmal andeutungsweise so etwas wie eine Gesamtausgabe letzter Hand hinterlassen. Marx war sich zutiefst bewußt, auch wenn er das Dritten gegenüber nicht aussprach, daß er ein völlig unabgeschlossenes Werk hinterließ, und das nicht etwa nur, weil das 2. und das 3. Buch des *Kapitals* nicht fertiggeworden waren, sondern weil sich der gesamte Ansatz seiner Fragestellung im Laufe der vier Jahrzehnte seines Forschens gewandelt hatte. Natürlich vertrat er bis zu seinem Tode jenen "*categorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen,* in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist"[4], aber die Möglichkeiten und Bedingungen für die Gesamtanalyse des Systems von Gesellschaftsformationen als eine der grundlegenden und unerläßlichen Vorbedingungen für ihre *bewußte*, mehr oder weniger revolutionäre Veränderung hatten sich seit 1843 in ungeheurem Maße selbst verändert. Es war nur eines von Dutzenden Beispielen, die Engels hätte anführen können, als er am Grabe von Marx auf dessen großes Interesse für die damaligen Anfänge der Fernübertragung von Elektroenergie hinwies, die die Bedingungen für Industriestandorte grundlegend umwälzte. Und warum machte Marx etwa 1880-82 so ungewöhnlich umfangreiche Exzerpte zur Weltgeschichte? War das, wie Porschnjev meinte[5], Zeugnis für das Heranreifen neuer theoretischer Fragestellungen, die der noch tieferen Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung auf die ganze Weltgeschichte galten, die ja vor dem Problem steht, daß sich Staaten und Völker stets zu gleicher Zeit auf den unterschiedlichsten historischen Entwicklungsstufen befinden? Mit solchen Überlegungen gewiß verbunden waren Marx' umfangreiche Studien zur Ur- und Frühgeschichte, von denen Engels dann einen Teil für

---

[4] MEGA I/2, S. 177.

[5] B. F. Porschnjev: Istoritscheskije interesy Marksa v poslednije gody shizni i rabot nad "Chronologitscheskimi vypiskami". In: Marks – istorik, Moskva 1968, S. 404-432.

den *Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*[6] verwendete. Es deuteten sich neue Fragestellungen zur aktiven Rolle von Ideen, Rechten, Traditionen, Institutionen gegenüber dem ökonomischen, an Eigentumsverhältnissen festgemachten Unterbau der Gesellschaft an. Einige davon widerspiegeln sich in den sog. Altersbriefen von Engels. Kurz: Marx fühlte sich Anfang der 1880er in London ebenso *am Beginn* des Forschens, wie Anfang der 1840er in Paris. Für eine abschließende Gesamtausgabe seines "Werkes im Werden"[7] sah er daher keinen Sinn.

Gleich nach seinem Tode erhoben sich Forderungen nach einer Gesamtausgabe, aber es war die dafür besonders ungünstige Zeit des Sozialistengesetzes in Deutschland und es gab auch alte, z.T. uneingelöste Verträge mit dem Verlag Meißner in Hamburg. Die Idee tauchte daher bis 1894 nur spärlich auf. Ich halte auch Engels' Testament nicht für besonders effektiv in Hinsicht auf eine Gesamtausgabe. Die Erben des handschriftlichen Nachlasses, die zwei noch lebenden Marx-Töchter Laura und Eleanor sowie Kautsky[8], Bernstein und Bebel, standen vor einer für sie unlösbaren Aufgabe. Dennoch haben sie in den nicht einmal zwei Jahrzehnten zwischen Engels' Tod und dem Beginn des 1. Weltkriegs viel geleistet. Zu erinnern ist an die Herausgabe der Artikel für die "New-York Tribune"[9], an Marx' Briefe an Kugelmann (1902, gekürzt) und die vier Bände mit dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels, an die *Theorien über den Mehrwert* sowie einige kleinere Texte[10], darunter Engels' *Grundsätze des Kommunismus*. Aber ohne eine entsprechende "editorische Philosophie"

---

6 Die Schrift liegt als thematischer Band I/29 in der MEGA seit 1990 vor.

7 Siehe Hans Jörg Sandkühler: Geschichtlicher Raum und gesellschaftliche Zeit des Marxismus – K. Marx, F. Engels, MEW, MEGA. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 12, Frankfurt a. M. 1987, S. 11-26; Martin Hundt: Einige Besonderheiten der Entwicklung des Begriffs "Marxsches Werk". In: Annalen der Internat. Gesellschaft für dialektische Philosophie. Societas Hegeliana, Bd. IX: Die Anstrengung des Begriffs, Bonn 1996, S. 128-132.

8 Karl Kautsky: Die Herausgabe des Marxschen Nachlasses. In: Die Neue Zeit, 24. Jg., Stuttgart 1905/06, Bd. I, S. 167-168.

9 Karl Marx. The Eastern Question. A Reprint of Letters written 1853-1856 dealing with the events of the Crimean War, ed. by Eleanor Marx-Aveling and Edward Aveling, London 1897.

10 So Eduard Bernstein (Hg.): Der Antheil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. In: Die Neue Zeit, 14. Jg., Stuttgart 1895/96, Bd. 2, S. 545-554; ders.: Die Naturforschung in der Geisterwelt. Ein nachgelassener Aufsatz von Fr. Engels. In: Illustrirter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1898, Hamburg 1898, S. 56-60.

und ohne genügende wissenschaftliche Kräfte und finanzielle Mittel war an eine Gesamtausgabe nicht zu denken. Auch der Versuch David Rjasanovs und einiger führender Austromarxisten von 1911, eine textkritische Marx-Ausgabe zu initiieren[11], blieb daher fast unbeachtet stecken. Man kam damals in Wien aber bereits nahe an die Frage heran, ob es überhaupt möglich und zweckmäßig sei, daß eine *Partei* als Herausgeberin einer großen akademischen Ausgabe auftritt.

Solche Zweifel plagten Lenin und Rjasanov nicht, als sie nach der Oktoberrevolution die Sache in die Hand nahmen und eine umfangreiche, gezielte Sammeltätigkeit einleiteten, die bis heute für die Arbeit an der MEGA wichtig ist. Allerdings wurde der Beschluß des Exekutivkomitees der III. Internationale zur Herausgabe der (ersten) MEGA 1924 erst kurz nach Lenins Tod gefaßt.[12] Damals war in keiner Weise abzusehen, daß sich die Akademie eines bürgerlichen Landes dieser Aufgabe stellen würde, und auch der SPD-Vorstand als Besitzer des inzwischen in Berlin liegenden Marx/Engels-Nachlasses machte keine Anstalten, die intensive Editionstätigkeit der Vorkriegszeit fortzusetzen, geschweige denn eine Gesamtausgabe in die Hand zu nehmen. Aber er ließ, vor allem in den Jahren 1924-28, die Moskauer alles kopieren – eine Riesenarbeit mit der damaligen Glasplatten-Fototechnik. Auf diese Aufnahmen muß noch heute gelegentlich zurückgegriffen werden, wenn sich nämlich zeigt, daß in den vergangenen rund 70 Jahren an den Rändern der Originale inzwischen Textverluste entstanden oder sie überhaupt verlorengingen, darunter einige beim abenteuerlichen und gefährlichen Herausschmuggeln aus Deutschland nach Kopenhagen, das nach dem Machtantritt der Nazis notwendig wurde.[13]

---

[11] Siehe Götz Langkau: Marx-Gesamtausgabe – Dringendes Parteiinteresse oder dekorativer Zweck? Ein Wiener Editionsplan zum 30. Todestag. Briefe und Briefauszüge. In: International review of social history. H. XXVIII, part 1, Amsterdam 1983, S. 105-142. – Aber Rjasanov leistete damals sehr viel, was dann der MEGA[1] zugute kam; siehe Jürgen Rojahn: Aus der Frühzeit der Marx-Engels-Forschung: Rjazanovs Studien in den Jahren 1907-1917 im Licht seiner Briefwechsel im IISG. In: MEGA-Studien 1996/1, S. 3-65.

[12] Siehe auch D. Rjasanoff: Neueste Mitteilungen über den literarischen Nachlaß von Karl Marx und Friedrich Engels. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus u. der Arbeiterbewegung, Jg. 11, Leipzig 1925, S. 385-400.

[13] Siehe Paul Mayer: Die Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs und das Schicksal des Marx-Engels-Nachlasses. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd.VI/VII, Hannover 1966/67, S. 5-198.

Die innere Geschichte der ersten MEGA, von der zwischen 1927 und 1941 insgesamt 13 Bände erschienen (die letzten nicht mehr unter der Bezeichnung MEGA) liegt noch weitgehend im Dunklen.[14] In Moskau gibt es wenig Kräfte und zur Zeit noch weniger gesellschaftliches Interesse, um das allmähliche Öffnen der Archive für solche Forschungen zu nutzen. Aber es gibt seit 1991 einige Publikationen[15], vor allem über Rjasanov, erste Beiträge über die internationalen MEGA-Korrespondenten, die Pläne zu einer Exzerptabteilung der MEGA, den Verkauf des Marx-Engels-Nachlasses durch die SPD an das 1935 in Amsterdam gegründete Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG)[16]. Jedoch bleibt noch viel zu tun, nicht zuletzt die Ehrenpflicht der Erforschung des Schicksals so vieler vom Stalinismus repressierter MEGA-Mitarbeiter, darunter Deutsche, Ungarn und Angehörige anderer Nationalitäten.[17]

Daneben sind aber auch weiße Flecken in der Wirkungsgeschichte geblieben. Es wird in dieser Kompaktheit meist nicht bewußt, daß in der ersten

---

[14] Siehe aber Franz Schiller: Das Marx-Engels-Institut in Moskau. In: Archiv für die Geschichte des Sozialismus u. der Arbeiterbewegung, Jg. 15, Leipzig 1930, S. 416-435.

[15] Reinhard Müller: Der "Fall" Karl Schmückle. In: Georg Lukacs/J. R. Becher/ Friedrich Wolf u.a.: Die Säuberung. Moskau 1936, hg. von Reinhard Müller, Reinbek b. Hamburg 1991, S. 76-79; Jakov Rokitjanskij: Das tragische Schicksal von David Borisovič Rjasanov. In: Beiträge. NF 1993, S. 3-16; David Rjasanow – Marx-Engels-Forscher, Humanist, Dissident. Hg. u. mit einem biographischen Essay versehen von Volker Külow u. André Jaroslawski, Berlin 1993; Rolf Hecker: Hans Stein – wissenschaftlicher Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts (1925-1929). Teil 1: Zur Mitarbeit an der MEGA¹. In: Beiträge. NF 1993, S. 17-40; Teil 2: Die Entdeckung von unbekannten Marx-Dokumenten. In: Beiträge. NF 1994, S. 150-173; Ljudmilla Vasina: I. I. Rubin – Marxforscher und Politökonom. In: Beiträge. NF 1994, S. 144-149; Paul Weller: Zur Edition der Exzerpte in der MEGA¹ (1935). In: Beiträge. NF 1994, S. 200-207; Rolf Hecker: Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. In: MEGA-Studien 1995/2, S. 3-25; Annette Vogt: Emil Julius Gumbel (1891-1966): der erste Herausgeber der mathematischen Manuskripte von Karl Marx. In: MEGA-Studien 1995/2, S. 26-41; Jakov Rokitjanskij/Reinhard Müller: Krasnij dissident. Akademik Rjasanov – opponent Lenina, shertva Stalina, Moskva 1996.

[16] Siehe Maria Hunink: De papieren van de revolutie. Het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis 1935-1947, Amsterdam 1986.

[17] Zu erforschen wären die Schicksale von Gertrud und Walter Biehahn, Belá Birman, Ernö Czobel, Ralph Fox, Golda und Horst Fröhlich, Alix Guillien, Walter und Gabriele Haenisch (später Gabriele Stammberger), des Ehepaars Kropp-Löffler, Walter Naumann, K. Nixdorf, Ladislaus Rudaš, Fritz Sauer, Julius Schaxel, Franz Petrovitsch Schiller, Karl Schmidt, Karl Schmückle, Paul Schwenk, Lisa Winter und anderer.

MEGA erstveröffentlicht wurden: die *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, die *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte von 1844*, die *Deutsche Ideologie*, die *Ökonomischen Manuskripte 1857/58* (besser bekannt als: *Grundrisse*), die *Dialektik der Natur* und zahlreiche kleinere Arbeiten und Artikel. Alles das hat also Lenin nicht gekannt.[18] Wir können uns heute das Marx-Engelssche Oeuvre ohne diese Werke überhaupt nicht vorstellen, sollten aber auch bedenken, daß es zur Zeit ihrer Erstveröffentlichung kaum Rezeptionsbedingungen gab. Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen, der Faschismus in verschiedenen Ländern, der in Spanien, China, Abessinien begonnene 2. Weltkrieg, der Stalinismus in der Sowjetunion – alles wirkte gegen ein volles Verständnis der Marxschen Frühschriften, des philosophischen Fundaments der *Grundrisse*, der Arbeiten über Naturdialektik.[19] Als um 1950 die Diskussion um den "jungen Marx" einsetzte, konnte sie im Westen unter Ausnutzung des in den sozialistischen Ländern herrschenden Dogmatismus vielfach als Waffe gegen den Sozialismus gelenkt werden.

Exkurs

Es ist nicht ungewöhnlich, daß bestimmte Teile großer Gedankengebäude erst verspätet und/oder unter verkehrten Gesichtspunkten zur Wirkung kommen, daß dabei Edition und Rezeption eng ineinander greifen und umfassende weltanschauliche, aber auch direkt politische Kämpfe damit verbunden sind. Als 1204 Konstantinopel durch Kreuzfahrer erobert wurde und der Papst Gelehrte dahin schickte, um *lateinische* Bildung zu verbreiten, kamen sie einige Jahre später mit Schätzen der älteren *griechischen* Bildung zurück, darunter unbekannten Werken des seit langem hochgeschätzten Aristoteles, vor allem seiner Naturphilosophie. An der Universität Paris, die für Jahrhunderte verantwortlich für den gültigen Vulgata-Text war, kam es bald zu Debatten über die Widersprüche, in die

---

[18] Um so mehr Beachtung verdient sein Streben um "materialistische Hegel-Studien". Siehe Kevin Anderson: Lenin, Hegel, and Western Marxism. A Critical Study, Urbana and Chicago 1995.

[19] Eine der wenigen Ausnahmen war Georg Lukacs, von Rjasanov zur Mitarbeit an der ersten MEGA gewonnen. 1930 arbeitete er in Moskau an der Handschrift der *Ökonomisch-philosophischen Manuskripte*, worüber er später sagte: "... reading the Manuscripts changed my whole relation to Marxism and tranformed my philosophical outlook". (Lukacs on his Life and Work. In: New Left Review, London, July/Aug. 1971, Nr. 68, p. 57).

die "neuen" Werke des Klassikers Aristoteles die bisherige Bibel-Auslegung brachten. Es gab Verbote, es gab Papst-Befehle zur Herstellung einer "gereinigten Fassung" des Aristoteles. Aber zwischen 1245 und 1265 schuf Albertus Magnus, der sich zunächst auch an den Debatten in Paris beteiligt hatte, eine 36bändige Aristoteles-Gesamtausgabe, die rund 300 Jahre lang zur europäischen universitären Pflichtlektüre gehörte.

Die kritisch-wissenschaftliche Arbeit mit den antiken Texten war Quelle und wesentlicher Bestandteil der Renaissance. Natürlich kam es unter dem Einfluß solcher Orden wie der Franziskaner und später der Gegenreformation auch wieder zu Verboten der Naturphilosophie des Aristoteles, ja selbst zu Verboten des Griechischen, und zwar wegen der mit Hilfe dieser Sprache möglichen historisch-kritischen Bibelbearbeitung, wie sie z.B. ein Stammvater der kritischen Edition, Lorenzo Valla, 1444 vorlegte. Hier sind wir zugleich an einer wesentlichen Quelle des Humanismus und der Reformation, denn es war Erasmus von Rotterdam, der Vallas Anmerkungen 1505 in Paris erstmals veröffentlichte und dessen Arbeit fortsetzte. Zur selben Zeit entstand der ebenso erbitterte wie berühmte Streit um die "Dunkelmännerbriefe" ursprünglich über die Frage Johannes Reuchlins, ob man mit der althebräischen Literatur wissenschaftlich arbeiten dürfe. Es gab also eine mehr als 300jährige Entwicklung, auf die Luther bei seiner Bibel-Übersetzung aufbauen konnte.

Neben dem allgemeinen Verweis auf die außerordentlich langfristigen und vorwiegend sehr stillen Wirkungen historisch-kritischer Editionen gibt es wenigstens drei konkrete Gründe für die Einschaltung dieses kleinen Exkurses: Erstens hätte Marx als Verehrer des Aristoteles sowie als ein Mann, der sich in die Einzelheiten der Vorgeschichte eines Problems enthusiastisch verlieren konnte, vermutlich seine Freude daran gehabt; zweitens sieht man mit diesem Wissen ausgerüstet besser als vorher, daß alle von uns vor 1989 verlangten unmittelbar "praktischen" propagandistischen Effekte um einen neuen MEGA-Band unhistorisch-kurzsichtig waren, drittens und vor allem wird durch solch einen übergreifenden Vergleich noch schmerzlicher deutlich, welchen Verlust der Marxismus in den sozialistischen Staaten dadurch erlitt, daß er sich bis 1989 *im Prinzip* nicht in der Lage erwies, alle Gedankenanstöße der Marxschen Frühschriften, der *Grundrisse*, der Schriften zur Naturphilosophie und anderes undogmatisch aufzugreifen und unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts weiterzuentwickeln.

* * *

Zurück zur Geschichte der MEGA. Ihr erster Band, der Teilband I/1.1 mit Jugendgedichten und literarischen Versuchen von Marx, ebenfalls alles Erstveröffentlichungen, erschien 1927 in Frankfurt a. M., aber bald kam es zu Streit zwischen den Leitern des dortigen Instituts für Sozialforschung[20] – Grünberg, Weil, Pollock – und Rjasanov. Es war wohl objektiv unmöglich, von Westeuropa aus die Schwierigkeiten und Zwänge richtig einzuschätzen, denen die Mitarbeiter in Moskau ausgesetzt waren. Ungeachtet seiner Bekanntschaft mit Lenin und einer gewissen Abstimmung zwischen beiden über den breit angelegten Erwerb von Marx-Engels-Dokumenten war Rjasanov bereits bei der Übernahme des neugebildeten Marx-Engels-Instituts (1922) politisch schwer angeschlagen: In der Gewerkschaftsdiskussion z.B. hatte er sich als "Andersdenkender" profiliert, weshalb ihm im Mai 1921 durch Beschluß des ZK jede Tätigkeit in den Gewerkschaften auf Lebenszeit untersagt wurde.

Ab 1929 erschien die MEGA in der "Marx/Engels-Verlags GmbH" in Berlin, gedruckt in Leipzig. Das betraf 7 Bände und einen Teilband, dann machte der Machtantritt Hitlers den weiteren Druck in Deutschland unmöglich.[21] Es war ein unabgestimmtes team work zwischen Stalin und Hitler, das sich über mehr als ein Jahrzehnt hinzog und schließlich der ersten MEGA den Garaus machte. Schon Mitte 1928 – und man darf nicht vergessen, daß bis dahin nur ein erster Halbband der MEGA, zudem mit politisch nicht verwertbaren Jugendgedichten, vorlag – hatte die "Komsomolskaja Pravda" eine verleumderische Kampagne gegen Rjasanov eröffnet. Dahinter standen innerparteiliche Auseinandersetzungen in der KPdSU, in die er tief verwickelt war, vor allem aber seine vielen, durch die Arbeit an der MEGA bedingten Auslands-Kontakte, darunter zu solchen Menschewiki wie dem bedeutenden Sammler von Marx/Engels-Dokumenten Boris Nikolajevski. Noch konnte ihn Bucharin schützen, aber Ende 1930/Anfang 1931 schlug der Terror zu. Rjasanov und sein Freund, der Ökonom und Mitarbeiter an der MEGA, Rubin wurden verhaftet, Rjasanov in Susdal und dann in Saratov unter Hausarrest gehalten, wo er im Januar 1938 bei einer der damals üblichen

---

[20] Siehe Ulrike Migdal: Die Frühgeschichte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. 1923-1950, Frankfurt a. M. 1976.

[21] Siehe Hilde Eisler: Gestapo-Beamte halfen, die Kisten zu packen. In: Neues Deutschland, 2./3. März 1991, S.8; Golda Fröhlich: Bericht über die Liquidation des Marx-Engels-Verlags (1934). In: Beiträge. NF 1994, S. 190-199.

(in diesem Falle von Malenkov geleiteten) Säuberungswellen erschossen wurde. Rubin hatte dieses Schicksal bereits im November 1937 ereilt.

Seit 1930 waren die finanziellen Mittel für die ausländischen MEGA-Korrespondenten gestrichen, seit 1931 war unter dem Druck großer Kampagnen gegen "Sozialdemokratismus" und "Luxemburgismus", gegen "Trotzkisten", "Spione" und "Opportunisten" eine normale wissenschaftliche Arbeit am Moskauer Marx-Engels-Institut nicht mehr möglich. 1933 kam der Schlag aus Deutschland: Auflösung des Verlags in Berlin, Bücherverbrennung vor der Universität – und die galt nicht zuletzt den Werken von Marx und Engels, war doch die "Ausrottung des Marxismus" Ziel der Faschisten. Aber in Moskau kam es zwischen 1933 und 1935 zu einem letzten Aufschwung der MEGA-Arbeit. In der "Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR" Moskau/Leningrad erschienen noch vier MEGA-Bände, wenn auch der letzte ohne Bandzahl. Und damals kam man zu der werkgeschichtlich wichtigen Einsicht, daß eine gesonderte, vierte Abteilung zur Wiedergabe der Exzerpte nötig sei. Diese bisher unerforschteste Phase war leider nur von kurzer Dauer. Es folgten neue "Säuberungen" im Institut, die Beschuldigung der deutschen Mitarbeiter als "Spione", Verhaftungen und Erschießungen. Durch den Schauprozeß vom August 1936 zerschlugen sich die bis dahin in Paris erfolgreich geführten Verhandlungen Bucharins u.a. über den Kauf des Marx/Engels-Nachlasses von der Exil-SPD. Anfang 1938 wurde Rjasanov auf persönlichen Befehl Stalins erschossen, im Oktober desselben Jahres die Versiegelung der meisten MEGA-Arbeitsmaterialien im Moskauer Institut verfügt, das nun Marx-Engels-Lenin-Institut hieß. Aber die MEGA war immer noch nicht ganz tot; eine kleine Gruppe um den Wolgadeutschen Paul Weller, der 1941 an der Front fiel, stellte noch die *Grundrisse* fertig.

Die erste MEGA wurde niemals öffentlich eingestellt, aber ihre Geschichte tabuisiert. Sie versank in Schweigen, nachdem die meisten ihrer Bearbeiter für immer zum Schweigen gebracht worden waren. Und dieses Schweigen, das sogar eine der stillschweigenden Bedingungen für den späteren Neubeginn war, hielt im Prinzip bis Ende 1989 an. Zwar hatte der Dietz Verlag schon 1947 Engels' *Lage der arbeitenden Klasse in England* als unveränderten Nachdruck von Band I/4 der MEGA und 1953 die *Grundrisse* als fotomechanischen Nachdruck der Moskauer Ausgabe von 1939/41 herausgegeben, aber diese Signale waren nicht stark genug, um als Aufforderung zur Vollendung der MEGA zu wirken.

Es war ab 1955 ein von Moskau ausgehender, sporadischer, nur ganz wenige Personen erfassender, geheimnisumwitterter Diskussionsprozeß, der nach Stalins Tod Möglichkeiten für eine Weiterführung bzw. für eine neue MEGA auszuloten suchte[22], und es bedurfte nicht weniger als zweier Jahrzehnte von diesen ersten Anregungen bis zum Erscheinen des ersten Bandes der MEGA². Nach dem XX. Parteitag der KPdSU stimmte die Parteiführung der SED bereits im Mai 1956 einer Zusammenarbeit der IML in Berlin und Moskau zur Vorbereitung einer neuen MEGA zu. Dieser Beschluß schien wichtig, weil die Moskauer MEGA-Initiatorinnen, Olga Senekina und Jevgenija Stepanova, darauf hingewiesen hatten, man könne die Widerstände dort nur überwinden, wenn ein starkes Interesse von außen geltend gemacht werde. Man hoffte zunächst, neben der SED auch die KP Frankreichs und die KP Großbritanniens einzubeziehen. Als von Moskau kein Echo kam, schrieb Walter Ulbricht im Herbst 1957 einen Brief an das Präsidium des ZK der KPdSU, wobei Anregung und Entwurf von der Marx-Engels-Abteilung des Berliner Institut für Marxismus-Leninismus (IML) ausgingen, wo der leider viel zu früh (Juni 1962) verstorbene Ludwig Arnold die Verbindungen nach Moskau hielt und immer wieder die MEGA ins Gespräch brachte. Aber auch dieser Brief blieb unbeantwortet, und es verstrichen nochmals sechs Jahre ohne einen Fortschritt.

Ende 1963 gab eine neue Direktion des IML in Berlin einen neuen Anstoß, Anfang 1964 schrieb Ulbricht ein zweites mal nach Moskau, und endlich am 3. Juli antwortete Chruschtschov, kurz aber positiv.[23] Sein bald darauf erfolgter Sturz hat den unmittelbaren Arbeitsbeginn dann sicher wieder verzögert. 1964 bildet aber eine wichtige Zäsur in der Geschichte der MEGA: Etwa 30 Jahre nach den Verhaftungen in Moskau konnte endlich wieder direkt und offen an ihr gearbeitet werden. Und es war ein glücklicher Zufall, daß gerade damals die eingangs erwähnte Umwälzung in der historisch-kritischen Edition zum Durchbruch kam, der sich die

---

[22] Siehe Rolf Dlubek: Frühe Initiativen zur Vorbereitung einer neuen MEGA (1955-1958). In: Beiträge. NF 1992, S. 43-55; ders.: Die Entstehung der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe im Spannungsfeld von legitimatorischem Auftrag und editorischer Sorgfalt. In: MEGA-Studien 1994/1, hier bes. S. 61-64.

[23] Die Briefe Ulbrichts und Chruschtschovs von 1964 ersetzten lange die eigentlich notwendige Beschlußgrundlage. Wenn es 1975 im "Vorwort zur Gesamtausgabe" hieß, sie erscheine "auf der Grundlage vereinbarter Beschlüsse der Zentralkomitees" beider Parteien (MEGA I/1, S. 19*), war das eine beschönigende Schutzbehauptung. Solche Beschlüsse sind erst post festum in den 80er Jahren gefaßt worden.

Berliner MEGA-Mitarbeiter anschlossen.[24] Erhebliche Mißverständnisse und Widerstände gegen diese Entwicklung, die ja echte historische Textkritik, absolute Vollständigkeit und Wiedergabe der Texte in der originalen Sprache und Orthographie erfordert, wurden ohne offene Konfrontation überwunden, wenn das auch enorm viel Zeit und Geduld erforderte und wenn es manchmal knirschte. Ein unüblich umfangreicher MEGA-Probeband erschien 1972 und fand weltweites Echo, das wiederum für die Endfassung der Editionsrichtlinien gründlich ausgewertet wurde.

Als kurzes Resumé der Phase 1955-75 ist festzuhalten, daß sich die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiter der Marx-Engels-Abteilungen in den IML sowohl Moskaus als Berlins aktiv für eine neue MEGA einsetzten, daß die Wissenschaftsabteilung des ZK der KPdSU ständig bremste[25] und z.B. auch die Verwendung des Begriffs "historisch-kritisch" im Titel der Ausgabe verhinderte, daß die Initiative bald auf die SED überging und in der entscheidenden Vorbereitungsphase ab Mitte 1964 nahezu alle konkreten Schritte zur Ausarbeitung der Editionsprinzipien und der Editionsrichtlinien sowie zur Herausgabe eines Probebands von der Berliner Seite ausgingen. In Moskau wurde u.a. die umfangreiche Arbeit der Sichtung und Ordnung der Materialien geleistet.

Im Oktober 1975 erschienen die ersten beiden Bände der neuen MEGA, dann jährlich zwischen zwei und drei Bänden bzw. Teilbänden. Ende 1989 lagen 40 Bände vor; an weiteren ca. 30 war die Arbeit begonnen, an einigen davon weit fortgeschritten. Dieses hohe Tempo war nur möglich, weil sich bald MEGA-Arbeitsgruppen an den Universitäten Halle, Leipzig und Jena, an der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen und zeitweise auch bei der Akademie der Wissenschaften der DDR herausbil-

---

[24] Siehe Martin Hundt: Eine Episode aus der Geschichte der MEGA² (1964). In: MEGA Studien 1995/1, S. 93-99. – Die MEGA konnte "in ihrer Grundkonzeption an die der Goethe-Ausgabe anschließen" (Siegfried Scheibe: Schwerpunkte künftiger germanistischer Editionsarbeit. In: editio, Bd. 1, Tübingen 1987, S. 4), jedoch wurde die akademische Goethe-Ausgabe tragischerweise eingestellt.

[25] Das Moskauer ZK verbot dem Direktor des IML jahrelang, nach Berlin zu reisen, um die notwendigen Grundabstimmungen über die gemeinsame Arbeit an der MEGA herbeizuführen. 1968 wurde verlangt, die MEGA dürfe nicht mehr als 50 Bände umfassen, weil die Lenin-Studienausgabe diesen Umfang hatte. – Siehe auch Rolf Dlubek: Tatsachen und Dokumente aus einem unbekannten Abschnitt der Vorgeschichte der MEGA² (1961-1965). In: Beiträge. NF 1993, S. 41-63.

deten. Bis 1989 wurde etwa je ein Drittel der Bände im IML Moskau, im IML Berlin und von den "Kooperationspartnern" erarbeitet. Der Druck erfolgte wieder in Leipzig, und zwar nach der damals neuesten Technik, während in der Manuskripterstellung die Personalcomputer erst am Ende dieser Periode zaghaft Einzug hielten.[26]

Es entwickelte sich ein aufwendiges, für die Qualität jedoch unerläßliches gegenseitiges Begutachtungsverfahren. Die Zusammenarbeit mit Moskau war eng und herzlich; vielleicht bietet die MEGA eines der besten Beispiele wirklich gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen der DDR und der Sowjetunion. An dieser Einschätzung können auch die immer mal wieder auftauchenden kleinen Differenzen nichts ändern, vor allem wenn es galt, aufgrund neuer Forschungsergebnisse traditionelle editorische Entscheidungen zu revidieren. So waren schwierige Debatten nötig, um den bis dahin in allen Studienausgaben enthaltenen Artikel *Luther als Schiedsrichter zwischen Strauß und Feuerbach* aus der MEGA auszuschließen, nachdem Feuerbach selbst als Autor nachgewiesen war. Der Briefwechsel aus den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" ist zweimal in der MEGA zu finden[27], in einer deutschen und in einer sowjetischen Bearbeitung, weil die Moskauer Seite nicht davon überzeugt war, daß Ruge diese Texte stark redigierte. Auch um die Textkonstitution der *Dialektik der Natur* gab es hitzigen Streit mit den Moskauer Gutachtern.[28] Jedoch lag das alles im Rahmen des normalen wissenschaftlichen Streits, und gegenüber mancher anderen akademischen Ausgabe, selbst im Vergleich zur MEGA¹, zeichnen sich die Bände der MEGA² trotz der vielen Bearbeiter und der weit voneinander entfernten Arbeitsorte durch erfreuliche editorische Einheitlichkeit aus.

Bedeutendere Erstveröffentlichungen in der MEGA² sind der Großteil der Marxschen ökonomischen Manuskripte von 1861-67[29], einige hundert

---

[26] Die erste Versammlung der Berliner Marx-Engels-Abteilung über "Erfahrungen und Probleme bei der Einführung der computergestützten MEGA-Edition" fand am 15. Dezember 1987 statt. Etwas früher als in Berlin hatte die Leipziger MEGA-Gruppe unter Manfred Neuhaus auf diesem Gebiet begonnen.

[27] In den Bänden I/2 und III/1.

[28] Siehe Anneliese Griese/Gerd Pawelzig: Friedrich Engels' "Dialektik der Natur": eine vergleichende Studie zur Editionsgeschichte. In: MEGA-Studien 1995/1, S. 33-60.

[29] Sie bilden in der II. Abt. die Bände 3 und 4 in neun Teilbänden, von denen nur noch Bd. II/4.3 fehlt; er wird vermutlich 1998 erscheinen.

Briefe Dritter an Marx und Engels, darunter alle erhaltenen Briefe an die Redaktion der "Neuen Rheinischen Zeitung", und nahezu alle Exzerpte, die in den bisher erschienenen sieben Bänden der IV. Abt. vorliegen. Es ist noch nicht umfassend untersucht worden, wie diese mehrere tausend Seiten neuer Marx- und Engels-Texte das Gesamtbild von ihrem Werk erweitern und welche veränderten Sichtweisen sie im einzelnen notwendig machen. Unabweisbar zum tieferen Erfassen der Besonderheiten des Marxschen Forschungsprozesses scheint mir eine völlig neue Sicht auf die Bedeutung seiner Exzerpte.

2. Zur gegenwärtigen Lage

1990 und 1991 verlor die MEGA in rascher, oftmals sich überstürzender Folge sämtliche sie bis dahin tragenden Institutionen: Die DDR und die UdSSR, die SED und die KPdSU, die beiden IMLs. Es gab die bisherigen Herausgeber nicht mehr, kein Geld – die von der PDS für die Weiterarbeit an der MEGA gewährten 27,5 Millionen DM verfielen im Februar 1991 der Beschlagnahme – und auch nicht mehr die bisherigen Arbeitsstätten. Der von einem Teil der Mitarbeiter gegründete "Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V." konnte trotz größter Anstrengungen keine längerfristige Arbeitsstelle einrichten.[30] Im vereinigten Deutschland gewann die Ansicht weiteste Verbreitung, mit dem Untergang der "realsozialistischen" Staaten sei der Marxismus endgültig widerlegt, und es könne daher kein ferneres Interesse an Marx und Engels geben, schon gar nicht an einer zeit- und kostenintensiven Gesamtausgabe. Ein zweites Ende der MEGA schien absehbar und wurde von einem Teil der öffentlichen Meinung auch direkt gefordert.

Dem stellten wir die Ansicht entgegen, daß es keinen zwingenden, kausalen Zusammenhang zwischen dem zum Weltkulturerbe gehörenden Werk von Marx und der Implosion eines Systems gab, das sich von dessen wesentlichsten Intensionen weit entfernt hatte. Im Gegenteil: Die MEGA, die in absolut unverkürzter und unverfälschter Weise das wiedergab, was Marx und Engels tatsächlich gemeint und geschrieben hatten, erschien notwendiger denn je, und trotz des Zusammenbruchs fast aller bisherigen

[30] Siehe Carl-Erich Vollgraf: Zuerst die Nr. 349 im Vereinsregister – dann unbekannt; zunächst wohlbetucht, dann auf Spenden aus: Das launische Schicksal des Vereins "MEGA-Stiftung e.V." im deutschen Einigungsprozeß. In: Beiträge. NF 1991, S.192-199.

Rahmenbedingungen sahen wir unter den neuen Bedingungen auch neue Möglichkeiten für eine noch konsequentere Ausprägung des akademischen Charakters unserer Ausgabe. Im Durcheinander der wildesten "Wende"-Monate, im Winter 1989/90, wurde ein Konzept erarbeitet, in dessen Mittelpunkt die beiden Begriffe Akademisierung und Internationalisierung standen. Beide waren sowohl inhaltlich wie organisatorisch gemeint und umfaßten ein ganzes Bündel notwendiger Entscheidungen und Maßnahmen. Die seit Jahrzehnten zur Tradition gewordene Parteibindung der Edition wurde sofort beendet, wobei an eine von mir schon 1987 vorgelegte Denkschrift angeknüpft wurde, die die Gründung einer unabhängigen internationalen Gesellschaft oder Stiftung als MEGA-Herausgeber andachte. Im Mittelpunkt der Überlegungen seit Dezember 1989 stand jedoch, überall dort dem Wesen der MEGA als historisch-kritischer Ausgabe gerecht zu werden, wo das bis dahin nicht in vollem Maße geschehen war: Keine ideologischen, in falscher Weise verstandene "parteiliche" Bestandteile mehr (Einleitungen, einige Passagen von Erläuterungen und einige stereotype Annotationen im Namenregister), volle Ausprägung des internationalen Charakters der Ausgabe, Anbindung an akademische Institutionen. Dies alles war verbunden mit der Hinwendung zu allen Seiten der Geschichte der MEGA, aus der wir zunächst die aktuelle Argumentation ableiteten, der deutsche Einigungsprozeß dürfe nicht zum Anlaß des Abbruchs der zweiten MEGA werden, wie Stalinismus und Faschismus die Ursachen zum Ende der ersten waren.

Auf dieser Grundlage konnten wir an den weltweit einsetzenden Initiativen zur "Rettung" der MEGA[31] teilnehmen, die vor allem in Japan beachtliches Ausmaß erreichten. Bis September 1990 in der Marx-Engels-Abteilung des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, bis Ende 1992 in einer kleinen Arbeitsstelle des Berliner MEGA-Vereins tätig, konnten wir in Verbindung mit den Kollegen in Moskau und dank großzügiger Hilfe des Dietz Verlags in den Jahren 1990-92 noch sieben MEGA-Bände herausgeben, die beiden letzten bereits unter der neuen Herausgeberschaft der IMES.

Die alten Institutionen waren schneller weggebrochen als die neuen entstanden. Die Schaffung einer MEGA-Arbeitsstelle an der AdW der DDR scheiterte Mitte 1990, aber am Anfang dieses Jahres war eine MEGA-

[31] Siehe u.a. Iring Fetscher: Zum Schicksal der Marx-Editionen. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 52, 4. März 1991, S.19.

Kommission der Akademie geschaffen worden, die unser Standbein bei der Gründung der IMES war, ehe erst viel später, im Herbst 1993, die BBAW diesen Part übernahm und Mitglied der IMES wurde. Schon im Dezember 1989 waren vom Internationalen Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam (das in einem Stiftungsverhältnis zur Königlich Niederländischen Akademie der Wissenschaften steht) und vom Karl-Marx-Haus Trier (Bestandteil der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD) besorgte Anfragen und Vorschläge ausgegangen, wie die Weiterführung der MEGA möglich sei. Das traf sich mit unseren Überlegungen, jedoch war allen klar, daß ohne Beteiligung des IML Moskau (Teil der Herausgeberrechte, Archivbestände, qualifizierte Mitarbeiter) und praktisch gegen den Willen der Sowjetunion, deren baldiges Ende damals nicht abzusehen war, weitere praktische Schritte kontraproduktiv sein mußten. Im Januar 1990 erlangte ich in Moskau ein Verhandlungsmandat für die Einleitung zur Gründung der IMES, die bereits eine Woche später in Amsterdam begann und im Herbst 1990 abgeschlossen wurde.[32]

Ein wesentlicher Schritt vorwärts war die von der Redaktionskommission der IMES im März 1992 im südfranzösischen Aix-en-Provence[33] organisierte internationale Beratung zur Revision der Editionsrichtlinien, an der auch Editionsspezialisten und Mitarbeiter anderer historisch-kritischer Ausgaben aus mehreren Ländern teilnahmen. Die revidierten Richtlinien[34] enthalten einige wichtige Verbesserungen, die mit unseren Überlegungen von Ende 1989 weitgehend übereinstimmen, im Wesen aber wurde die bewährte Editionspraxis bestätigt, so daß die bereits vorliegenden 47 Bände mit den noch folgenden eine editorische Einheit bilden werden. Seit 1994 erscheinen (anstelle der früheren "Marx-Engels-Jahrbücher") als editionsbegleitende Zeitschrift die "MEGA-Studien", deren

---

32 Die IMES ist eine internationale Stiftung nach niederländischem Recht. Sie hat einen Vorstand, bestehend aus je einem Vertreter der vier Gründungsinstitutionen in Amsterdam, Trier, Moskau und Berlin, eine Redaktionskommission (der der Autor dieses Beitrags angehört) mit Mitgliedern aus sieben Ländern Europas und Asiens, die zugleich die "MEGA-Studien" herausgeben, ein kleines Sekretariat mit Sitz im IISG und einen international zusammengesetzten Wissenschaftlichen Beirat.

33 An der dortigen Universität arbeitet der mit dem Trierer Karl-Marx-Haus forschungsmäßig verbundene Prof. Jacques Grandjonc, Vorsitzender der MEGA-Redaktionskommission.

34 Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), hg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Dietz Verlag, Berlin 1993; Teilabdruck in MEGA-Studien 1994/1, S. 32-59.

Grundsatzartikel über die MEGA feststellen konnte: "Und sie bewegt sich doch!"[35]

Auch international eingebunden kann aber eine Ausgabe mit der Vergangenheit und mit den finanziellen Ansprüchen, die die MEGA nun einmal hat, in Deutschland nicht frei im Raume schweben. Anfang 1991 sprach sich dankenswerterweise der Wissenschaftsrat für ihre Aufnahme in die "blaue Liste" der akademischen Langzeit-Editonen aus. Es folgte die von der Konferenz der deutschen Akademien in Mainz (die BBAW war zu dieser Zeit noch nicht gegründet) veranlaßte Evaluierung, vorgenommen von einer internationalen Kommission. Diese kam 1992 zu dem vom Münchner Philosophen Dieter Henrich formulierten Ergebnis, "daß die Edition auf hohem Niveau erfolgt sei und auch westlichen Ansprüchen entspreche. In den Kommentaren und vor allem in den Einleitungen sind freilich die Vorgaben der Geschichtsauffassung der Partei eingegangen. Doch ist damit der wissenschaftliche Wert der erarbeiteten Bände nur am Rande gemindert. Es konnte also empfohlen werden, das Unternehmen im Rahmen der Akademieforschung fortzuführen."[36] Unter diesen Voraussetzungen wurden 1993 an der BBAW eine MEGA-Leitungskommission und eine MEGA-Arbeitsstelle geschaffen, ausgestattet mit sieben festen Mitarbeiterstellen[37] und der Möglichkeit zur Vergabe einiger Werkverträge. Es wird an neun Bänden gearbeitet, von denen sieben bereits bis 1989 begonnen worden waren.

In Moskau besteht eine kleine Arbeitsgruppe am ehem. IML, das jetzt unter anderem Namen und mit völlig anderen Zielen existiert, sowie eine etwas größere am ehem. Zentralen Parteiarchiv, das jetzt als "Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten zur neuesten Geschichte" zum Bereich der russischen Regierung gehört. Es wird erfolgreich versucht, ebenfalls bereits früher begonnene neun MEGA-Bände zum Abschluß zu bringen. Finanzielle Hilfe kommt aus einem bis Herbst 1997 befristeten Fonds, den die niederländische Regierung für die Wissenschaft in osteuropäischen Ländern zur Verfügung stellte. Die um

---

35 Jürgen Rojahn: Und sie bewegt sich doch! Die Fortsetzung der Arbeit an der MEGA unter dem Schirm der IMES. In: MEGA-Studien 1994/1, S. 5-31.

36 Dieter Henrich: Die Marx-Engels-Gesamtausgabe in der Akademieforschung. In: Akademie-Journal, H. 2, Mainz 1993, S. 20.

37 Aufgrund historischer Gegebenheiten und aus finanztechnischen Gründen bestehen vorläufig vier davon bei den Universitäten Leipzig, Halle und Erfurt.

das Karl-Marx-Haus Trier konzentrierte deutsch-französische Arbeitsgruppe arbeitet an den Bänden I/4-6, d.h. den Werken und Schriften aus den Jahren 1845 bis Anfang 1848. Im Mittelpunkt steht die *Deutsche Ideologie*.

Als äußerst schwierig erwiesen sich in den Jahren 1994/95 Untersuchungen und Debatten über eine von außen dringend angeratene "Redimensionierung" der MEGA. Vier Kommissionen der IMES-Redaktionskommission und einige auswärtige Gutachter kamen schließlich gemeinsam mit der MEGA-Kommission der BBAW zu dem Ergebnis, daß es in der I. Abteilung bei 32 Bänden bleibt, die II. Abteilung aus 15 Bänden (in 24 Büchern), die dritte Abteilung aus 35 und die IV. aus 32 Bänden bestehen wird[38], dabei der letzte wahrscheinlich aus zwei Büchern. Damit kann der hohe Vollständigkeitsanspruch einer akademischen Gesamtausgabe gewahrt werden. Neben der Sicherung früherer Bestände an Kopien, Karteien, speziellen Buchbeständen u.a. spezifischen Arbeitsmaterialien erwies es sich als kompliziert und zeitraubend, mittels einer neu angeschafften PC-Technik die gesamte editorische Arbeit bis hin zum Druck auf eine grundsätzlich neue Basis zu stellen. Nach verschiedenen Versuchen wurde von der IMES-Redaktionskommission im Herbst 1996 ein Verfahren bestätigt, das den hohen Ansprüchen der MEGA genügt und gegenwärtig an Band IV/3 erprobt wird. Damit wird nach einer mehr als vierjährigen Pause endlich das Erscheinen der Ausgabe fortgesetzt.

3. Was fehlt noch?

In den Jahren 1997/98 könnten neben diesem auch IV/3 und II/4.3, die beiden Briefbände III/9 und III/10 (Jan. 1858-Mai 1860) sowie aus der IV. Abteilung die Bände 10, 12 und 31 (chemische Exzerpte) erscheinen. In der Bearbeitung so weit fortgeschritten, daß ihr Erscheinen bis zum Ende des Jahrhunderts möglich ist, sind weiterhin die Bände I/14, I/16, I/28 (mathematische Manuskripte), I/31, II/14 (Manuskripte und Bearbeitungsmanuskripte zum dritten Band des *Kapital*), III/13, IV/5, IV/11 und IV/22 (Exzerpte von Marx aus den Jahren 1875/76 über Rußland nach den Reformen von 1861). Da jedoch vorläufig nicht mehr als drei

[38] Siehe Jacques Grandjonc /Jürgen Rojahn: Der revidierte Plan der Marx-Engels-Gesamtausgabe. In: MEGA-Studien 1995/2, S. 62-89.

Bände pro Jahr finanziert und wohl auch (wegen der stark gestiegenen Preise) von den Benutzern erworben werden können, werden vielleicht bis Ende des Jahrhunderts nur zwölf dieser Bände im internen Wettbewerb um das reifste druckfertige Manuskript bestehen. Im Jahre 2000 könnten nach der gegenwärtig möglichen Übersicht etwa 60 Bände bzw. Bücher der MEGA vorliegen, etwa 60 noch fehlen, davon allein 24 Briefbände.

Interessanter als diese etwas unsichere Prognose ist die Frage, auf welchen Gebieten die Texte anzusiedeln sind, die die noch ausstehenden MEGA-Bände füllen, und vor allem, was davon Erstveröffentlichungen sein werden. Annäherungsweise sind fünf Themenfelder auszumachen:

1. Die politische Ökonomie. Die noch von Engels besorgten Druckfassungen des 2. und 3. Buchs des *Kapitals* werden mit den entsprechenden, drei Bücher der MEGA umfassenden Bearbeitungsmanuskripten konfrontiert, was – wie bereits jetzt erkennbar – die Diskussion um Engels als Editor, vor allem jedoch die Diskussion um den gesamten Forschungsansatz von Marx als Politökonom neu beleben wird. Hinzu kommt der Hauptteil mehrerer Exzerptbände, der den verschiedensten Problemen der politischen Ökonomie gewidmet ist[39], darunter auch Ausarbeitungen einer über das eigentliche Exzerpieren hinausgehenden Bearbeitungsstufe, die Marx "Citatenhefte" und "Beihefte" nannte.

2. Obwohl keine bisher unbekannte druckfertige Schrift zur Geschichte vorliegt, wird der Fortgang der MEGA ein wesentlich erweitertes Bild von Marx und Engels als Historikern bieten. Einige dieser Texte sind zwar bereits publiziert, aber verstreut und z.T. editorisch unzulänglich, jedenfalls von der Forschung ungenügend wahrgenommen. Hierher gehören zwei kurze Planskizzen von Engels von 1855 über den Panslawismus, von Marx die *Revelations of the Diplomatic History of the 18th Century* und seine Manuskripte zur polnischen Frage, die ja eigentlich mehr über Preußen und Rußland als über Polen handeln. Die Bände IV/20 und IV/21 werden vorwiegend Exzerpte und Notizen zur Geschichte Irlands enthalten. Mehrere Bände enthalten Exzerpte zur Geschichte des Grundeigentums in Rußland, Indien und anderen Ländern sowie zur Vor- und Frühge-

[39] Hierher gehörende Teilveröffentlichungen sind: Karl Marx. Die technologisch-historischen Exzerpte. Historisch-kritische Ausgabe, transkrib. u. hg. von Hans-Peter Müller. Mit e. Vorwort von Lawrence Krader, Berlin/ Frankfurt a. M./Wien 1981; Karl Marx. Exzerpte über Arbeitsteilung, Maschinerie und Industrie. Historisch-kritische Ausgabe. Transkrib. u. hg. von Rainer Winkelmann, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1982.

schichte. Wenn auch ein Teil dieser Manuskripte seit den 1970ern in guten Ausgaben vorliegt[40], werden diese Texte im Rahmen der MEGA Neues zu sagen haben und hoffentlich auch stärker rezipiert. Ein umfangreicher Band (IV/29) wird Marx' späte Exzerpte zur Weltgeschichte, vorwiegend nach dem Werk von Schlosser, enthalten.

3. Neben zwei in der Bearbeitung weit fortgeschrittenen Bänden mit geologischen und chemischen Exzerpten von Marx werden die naturwissenschaftlichen Studien ergänzt durch Exzerpte zur Physiologie und zur Physik. Zu diesem Problemkreis sind in gewissem Sinne auch Marx' Exzerpte und Manuskripte zur Mathematik zu rechnen, der er sich insbesondere über die Geschichte der Infinitesimalrechnung zu nähern suchte.[41] Im Begriff Marxsches Werk sollte künftig stärker mitbedacht werden, daß es den arbeitsintensiven Versuch in sich einschloß, den im 18. Jh. geprägten Geist mathematischer Exaktheit und den für die zweite Hälfte des 19. Jhs. charakteristischen raschen Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik von deren Grundlagen her zu verstehen und in das Gesamtbild der Gesellschaftsanalyse einzubringen.[42]

In den Gruppen 1-3 spielen die (vorwiegend Marx'schen) *Exzerpte* die entscheidende Rolle. Die Exzerpte sind spät (um 1930) in der Marx/Engels-Edition aufgetaucht[43], größere Teilveröffentlichungen erfolgten erst in den 1970er und 1980er Jahren. Zwar hatte Rubel bereits in seiner Dissertation 1954 auf ihre Bedeutung für das Verständnis von Marx' Forschungsprozeß hingewiesen[44], doch hat sich diese Erkenntnis bisher kaum durchgesetzt.

---

40 Karol Marks: Przyczynki do historii kwestii polskiej (Rekopisy z lat 1863-1864), Warzawa 1971; The Ethnological Notebooks of Karl Marx (Studies of Morgan, Phear, Maine, Lubbock). Transcribed and edited, with an introduction by Lawrence Krader, Assen 1972; Karl Marx über Formen vorkapitalistischer Produktion. Vergleichende Studien zur Geschichte des Grundeigentums 1879-80. Aus dem handschriftl. Nachlaß. Hg. u. eingel. von Hans-Peter Harstick, Frankfurt a. M./New York 1977.

41 Siehe K. Marks. Matematitscheskije rukopisi, Moskva 1968.

42 Siehe John D. Bernal: Science in History, London 1948; Dirk Struik: A Concise History of Mathematics, New York 1948. Beide Arbeiten deutsch: Berlin 1961.

43 In Form kurzer Beschreibungen in den Bänden der MEGA¹ sowie in "Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten", Moskau 1934; in MEGA¹ I/6 jedoch bereits das Exzerpt aus Brissot/Villegardelle in extenso abgedruckt.

44 Siehe Maximilien Rubel: Les cahiers de lecture de Karl Marx.I. 1840-1853. In: International Review of social history, vol. II, Assen 1957, part 3; ders.: Les cahiers d'étude de

4. Auch die politische Tätigkeit von Marx und Engels wird erst nach Abschluß der MEGA wirklich beurteilt werden können. Engels hatte sicher recht, als er betonte, diese Tätigkeit sei am deutlichsten in der Revolution von 1848/49 und in der Zeit der I. Internationale hervorgetreten. Gerade aus diesen beiden Zeitabschnitten liegen aber die Bände der I. Abt. entweder noch gar nicht oder nur unzusammenhängend vor. In der "Neuen Rheinischen Zeitung" sind wahrscheinlich rund 100 Artikel von Marx und Engels erschienen, die nicht in den MEW enthalten sind. Auch das ist politisch bedingt und betrifft vor allem Beiträge von Engels aus dem Frühjahr 1849 über die militärische Unterdrückung der Revolution in Ungarn durch zaristische Truppen. Der bisher letzterschienene und zugleich umfangreichste MEGA-Band (I/20), der die Jahre 1864-67 umfaßt, zeigt, in welch vielfach verzweigtes und umfangreiches, zudem vielsprachiges Material hinein wie Protokollbücher, Presseerklärungen usw. der Marxsche Ursprung nachweisbar ist.

5. Volle Einsicht in die politische und wissenschaftliche Tätigkeit von Marx und Engels ist an die Publikation ihres Briefwechsels gebunden, der bisher erst bis zum Jahre 1857 in der MEGA vorliegt. Zwar werden die noch ausstehenden Bände kaum mehr als ein Dutzend bisher unveröffentlichter Briefe von Marx und Engels enthalten, aber einige tausend an sie gerichtete. Viele Zusammenhänge, auch Werkzusammenhänge, werden dann klarer erscheinen. Es wird sich deutlicher zeigen, daß Marx und Engels in keiner Weise abgeschlossen von ihren Zeitgenossen lebten und wirkten, sondern einen nahezu verwirrend großen Freundes- und Bekanntenkreis hatten, mit dem sie einen imponierend intensiven und thematisch vielseitigen Kontakt pflegten. Ihre Korrespondenz ist ein unerläßlicher Schlüssel zu ihren Schriften.

Zum Schluß die Fragen: Was können wir für den Fortgang der MEGA tun und was kann er für uns tun? Ein großer Fortschritt wäre es, wenn alle Wissenschaftler, die Marx- und Engels-Texte benutzen, diese nach der MEGA zitieren (sofern bereits erschienen), darüber hinaus bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihr Bedauern bekunden, daß diese oder jene Arbeit noch nicht in historisch-kritischer Edition vorliegt, die für wissenschaftliche Belange der verschiedensten Art die aussagekräftigste Form eines Textes bietet. Wenn dies aus konkreten fachlichen Zusammenhängen her-

Karl Marx. II. 1853-1856. In: Ebd., vol. V, 1960, part. 1 (beide Artikel auch in Maximilien Rubel: Marx critique du marxisme, Paris1974).

aus geschieht, sind das wichtige Argumente für die Beibehaltung der Vollständigkeit der Ausgabe und für ihren möglichst raschen Fortgang. Beim Umgang mit der MEGA ist es interessant, bewußt und auch selbstkritisch zu beobachten, wie die fortschreitende Erschließung des Gesamtwerks das eigne Bild des Werkes und des Forschungsprozesses von Marx und Engels verändert, einzelne Schriften in einen größeren Zusammenhang einordnet, wie manche Nuancen eine andere Betonung erfahren und wie aus diesen einzelnen Beobachtungen schließlich ganze Werkteile ihre Aussage präzisieren, variieren oder sogar wesentlich verändern. Da man heute sowieso Marx wieder neu lesen sollte, ist es sicher angebracht, dies mit der Erweiterung des Lesefeldes zu kombinieren, die nur eine akademische Gesamtausgabe bieten kann.

Gert Schäfer

Der Denkweg Hannah Arendts

Seit längerer Zeit können wir von einer Hannah Arendt-Renaissance sprechen. In vielen Ländern, auch bei uns, wurde ihr Werk neu entdeckt. „Die Fachzeitschriften und Kataloge sind voll von Zitaten aus Artikeln und Büchern, die über Arendts Werk geschrieben wurden. Doch trotz ihres bekannten Werkes über den Totalitarismus und der skandalumwitterten Veröffentlichung ihres Eichmann-Buches betrachtete man (sie) vor zehn Jahren noch als Randerscheinung", wie Agnes Heller notierte (1996, S. 1o). Zu Lebzeiten schien Hannah Arendt jedenfalls eher zwischen allen Stühlen zu sitzen. „Ich bin nirgendwo. Ich bewege mich wahrhaftig nicht im Hauptstrom gegenwärtigen oder irgend eines anderen politischen Denkens", wie sie selbst sagte (in: M.A. Hill, 1979, S. 336).

Heute wird sie, mit Seyla Benhabibs Worten, „weithin als ebenso brillante wie umstrittene politische Denkerin des 20. Jahrhunderts gewürdigt". „Als die erste Theoretikerin des Totalitarismus, die ihn als eine ganz neue Form politischer Herrschaft in der menschlichen Geschichte charakterisierte, Autorin des erbittert bestrittenen Satzes von der Banalität des Bösen und solch kontroverser begrifflicher Unterscheidungen wie Arbeiten, Herstellen und Handeln, Kraft, Macht und Gewalt, Denken, Wollen und Urteilen, bleibt sie ein entschieden unabhängiger Geist; ihr Werk spottet jeder Klassifikation gemäß den etablierten Schulen politischen Denkens" (1996, S. XXIII).

„Warum Hannah Arendt gerade heute?", fragte Agnes Heller. „Zum Teil, weil sie vor zehn Jahren noch nicht im Mittelpunkt stand; ihre Texte sind noch nicht hermeneutisch verschlissen. Man kann noch vieles über sie, aber auch mit ihr sagen. (...). Viele unserer Zeitgenossen, und das schließt mich ein, können mit Hannah Arendt ihren eigenen Gedanken nachhängen". Vor allem aber, „weil sie der Versuchung widerstanden hat, ein System zu schaffen; weil sie alle 'Ismen' verabscheute; weil sie die Marginalität akzeptierte, ohne sich damit selbst weh zu tun oder zu verbittern. Weil sie in Kategorien von Endlichkeit und Vergänglichkeit dachte. Weil sie unserem Zeitalter und unserem Wissen nicht eine privilegierte Position

zuordnete; weil sie sich ihrer eigenen Fehlbarkeit bewußt war..." (1996, S. 10ff.).

„Wenn heute von Zagreb bis Moskau, von Buenos Aires bis Paris Hannah Arendts Studie 'Über die Revolution' so häufig gelesen wird wie kaum ein anderes Buch der modernen politischen Theorie, dann hat das auf eine ironisch gebrochene Weise mit dem von Fukuyama apostrophierten 'Ende der Geschichte' zu tun", bemerkte Helmut Dubiel (1994, S. 29). Die Wiederentdeckung Hannah Arendts hängt mit den Umbrüchen der Gegenwart, der Suche nach neuen Orientierungen, z.T. auch nach neuen Autoritäten zusammen. Glücklicher Weise ist ihr Denken viel zu unkonventionell, provozierend, den verschiedensten Gewißheiten zuwiderlaufend, als daß es dem von ihr scharf kritisierten Verlangen nach „festen Geländern" (vgl. Arendt, 1985, S. 148) genügen könnte.

Wenn Ruhm nicht selten, wie Rilke sagte, die Summe der um einen Namen gebildeten Mißverständnisse ist, so bietet Hannah Arendts facettenreiches Werk überdies genügend Stoff für unterschiedliche Lesarten und Interpretationen. Das ist zwar ein Sachverhalt, der wohl für alle neue Wege gehende Denker zutrifft. Bei Hannah Arendt kommt, in der Eigenart klassischer Essayistik, eine Fülle überraschender Gedanken hinzu. „Essayistisch schreibt, wer experimentierend verfaßt, wer also seinen Gegenstand hin und her wälzt, befragt, betastet, prüft, durchreflektiert (...) und in seinem Geistesblick sammelt, was er sieht, und verortet, was der Gegenstand unter den im Schreiben geschaffenen Bedingungen sehen läßt" (Max Bense, 1947, S. 418) - das Gegenteil axiomatisch-deduktiven, „logisch", „dialektisch" oder „systemisch" ableitenden Denkens. Ein „Systembauer" (1979 II, S. 129) wollte Hannah Arendt nicht sein. Ihre Begriffsnetze und Unterscheidungen zielten weder auf einen „Gottesgesichtspunkt, d.h. der einen wahren Theorie" (Hilary Putnam 1982, S. 1o5), noch auf Wahrheit nach dem Muster mathematischer Sätze, axiomatischer Evidenzen, kartesianischer Gewißheitsideale und metaphysisch-philosophischer Spekulationen. „Seit Plato hat man den Zwangscharakter der Wahrheit an dem Wesen mathematischer Sätze abgelesen" (1963, S. 249). „Mit anderen Worten, ich bin eindeutig denen beigetreten, die jetzt schon einige Zeit versuchen, die Metaphysik und die Philosophie mit allen ihren Kategorien, wie wir sie seit ihren Anfängen in Griechenland bis zum heutigen Tat kennen, zu demontieren" (1979 I, S. 2o7), ihre geschichtsphilosophischen und wissenschaftlichen Derivate inbegriffen.

„Alles Denken und die Art, wie ich mich ihm vielleicht etwas übermäßig und extravagant hingegeben habe, trägt den Stempel des Versuchs" (in: M.A. Hill, 1979, S. 338). Kierkegaards „Kardinalsatz" gegen Hegel, daß es wohl ein System der Logik, aber kein System des Daseins geben könne, gehörte zu den Ausgangspunkten nicht lediglich der „Existenzphilosophie" (vgl. Max Bense, 1951, S. 224). Auch Friedrich Engels' Worte aus den Vorarbeiten zum „Anti-Dühring" könnten von ihr stammen: „Systematik nach Hegel unmöglich (...). Wer also Systeme macht, muß die zahllosen Lücken durch eigene Erfindung ausfüllen, d.h. irrationell phantasieren, ideologisieren" (MEW 2o, S. 574).

Das heißt nicht, daß sich grundlegende Kategorien und Überzeugungen bei ihr nicht fänden. Margaret Canovan wies auf eine Schwierigkeit angemessenen Verständnisses hin. Das Schreiben war für Hannah Arendt eine unaufhörliche Selbstverständigung, und ihre Denkwege glichen einem die eigenen Erfahrungen und Einsichten jeden Tag neu knüpfenden Gewebe. „Der entscheidende Punkt" war „ihre Gepflogenheit, Gedankenketten nachzugehen" (Canovan,1994, S. 4f., S. 138), ohne im voraus wissen zu können, wohin sie führen und wieweit sie haltbar sind.

Theoretisch und praktisch war ihr nichts verdächtiger als das, was sie als Ideologiebildung bezeichnete, jeder „Anspruch auf totale Welterklärung", der „die totale Erklärung alles (oder alles wesentlichen, G.S.) geschichtlich sich Ereignenden, und zwar totale Erklärung des Vergangenen, totales Sich-Auskennen im Gegenwärtigen und verläßliches Vorhersagen des Zukünftigen verspricht (...). Als solches wird ideologisches Denken (...) unabhängig von aller Erfahrung", erhält die „ideologische Beweisführung, die immer logisch deduzierend ist", in der „totalitären Politik" ihre „Eiseskälte" (1958a, S. 687ff.). Georg Lukács nannte dies zu Beginn der 6oer Jahre, im Blick auf das „stalinistische" Regime, den „sophistisch 'einheitlichen' und logisch 'deduzierten' Inhalt" eines Dogmatismus, „der selbst ein Minimum an Humanität (...) verächtlich-systematisch annullierte" (1967, S. 682ff.).

Sich selbst sah Hannah Arendt, wie Wolfgang Heuer gut formulierte, als einen „citizen" inmitten anderer „denkender und handelnder Menschen, als Mitglied einer Diskussions- und Urteilsgemeinschaft und als Mitschöpfer und -bewahrer eines institutionellen Raums" (1992, S. 225) öffentlicher Debatte, in welchem „niemand regiert und gehorcht. Wo die Menschen einander überzeugen" (vgl. Arendt, 1985, S. 179). „Und zwar, sozusagen, mit dem Kopf voran, ohne irgendein vorgefaßtes System, und

bitte mein eigenes inbegriffen", wie sie im Blick auf ihr eigenen Begriffe einmal sagte (1973, zitiert nach Elisabeth Young-Bruehl, 1982, S. 453). Sie jedenfalls wollte nicht der „déformation professionelle" von Meisterdenkern unterliegen - hier ist die Wahrheit, hier knie nieder! - „nämlich im Sinn des Herrschaftsanspruchs der Philosophen" (1979 I, S. 87).

Was Hannah Arendt zu Augustinus (über den sie ihre Doktorarbeit geschrieben hatte) in ihrem letzten Buch bemerkte, könnte auch zu ihrem Werk gesagt werden: „Es besteht kein Zweifel, daß Augustinus zu den großen und originellen Denkern gehört, doch war er kein 'systematischer Denker', und es ist richtig, daß sein Hauptwerk 'voller nicht zu Ende geführter Denkansätze und voll aufgegebener literarischer Projekte ist' (Peter Brown)". Doch umso bemerkenswerter „ist die Kontinuität der Haupthemen, die er schließlich, am Ende seines Lebens, einer eindringlichen Prüfung unterzog" (1979 II, S. 84). Am Ende ihres eigenen Lebens wußte Hannah Arendt, daß ihr eigener Denkweg noch unvollendet war. Am Tag ihres Todes fanden ihre Freunde in ihrer Schreibmaschine das Titelblatt des geplanten abschließenden Buches über „Das Urteilen" mit zwei Zitaten, eines davon aus Goethes „Faust": „Könnt ich Magie von meinem Pfad entfernen, Die Zaubersprüche ganz und gar verlernen; Stünd ich, Natur!, vor dir ein Mann allein, Da wär's der Mühe wert ein Mensch zu sein" (vgl. Arendt, 1985, S. 2). Wir wissen, daß solche Zitate für sie, wie für ihren Freund Walter Benjamin, eine Schlüsselbedeutung besaßen (vgl. Arendt, 1971, bes. S. 49ff.). Faust sagte an der zitierten Stelle: „Noch hab ich mich ins Freie nicht gekämpft" (siehe hierzu unten).

Im folgenden soll es nicht darum gehen, dem vielfältigen und verzweigten Werk Hannah Arendts gerecht zu werden. Ein Blick auf ihre Publikationen zeigt die Spannweite ihrer Themen und Überlegungen (vgl. die Bibliographie z.B. bei Wolfgang Heuer, 1987, S. 135-144). Ihr ebenfalls umfangreicher Nachlaß wird mehr und mehr erschlossen. Dem alten Rat Hegels folgend, sich nicht in die Schwächen, sondern in die Stärken eines Werkes zu vertiefen, soll es auch nicht darum gehen, ihre Mängel und Fehler herauszustreichen. Die knappe Skizze ihres Denkweges beschränkt sich auf wenige Hauptpunkte und erörtert einige der Probleme, mit denen sie sich am Ende ihres Lebens konfrontiert sah, etwas ausführlicher.

Als junge Frau im niedergehenden Gelehrtenreich der „deutschen Mandarine" (Fritz Ringer, 1983) - der „deutschen unpolitischen und doch nicht apolitischen oder antipolitischen vornehmen Bildung, die metaphysisch (...) orientiert war", wie Max Weber schrieb (1964, S. 403) - war Hannah

Arendt politisch uninteressiert, wie sie auch erst angesichts des aggressiver werdenden politischen Antisemitismus sich selbst als Jüdin zu begreifen begann. Wenn man als Jude politisch angegriffen wird, muß man sich als Jude und nicht lediglich als Deutscher, als Weltbürger, im Namen allgemeiner Menschenrechte politisch verteidigen, wird sie später sagen. 1929 begann sie mit Studien über Rahel Varnhagen und die deutsche Romantik. Als sie 1933 Deutschland verließ, war das Manuskript ihres erst viel später veröffentlichten Buches, bis auf die beiden 1938 in Paris verfaßten Schlußkapitel, abgeschlossen - die „Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik" (1959) und „Melodie eines beleidigten Herzens, nachgepfiffen von Hannah Arendt", wie sie 1959 in einem Brief (nicht nur) scherzte. „Indem sie Rachels Geschichte erzählte, legte Hannah Arendt Zeugnis über ihre eigene politische und geistige Veränderung ab" (Seyla Benhabib, 1996, S. 10).

1933 floh Hannah Arendt über die Tschechoslowakei nach Paris, nachdem sie wegen „Greuelpropaganda" und des zutreffenden Verdachts, Flüchtlinge, die meisten Kommunisten, in ihrer Wohnung versteckt zu haben, verhaftet, aber mit Hilfe des ermittelnden Polizeibeamten nach einigen Tagen entlassen worden war. In Paris widmete sie sich vor allem der zionistischen Jugendarbeit, weil „die Zugehörigkeit zum Judentum mein eigenes Problem geworden" war. „Und mein eigenes Problem war politisch". „Ich wollte in die praktische Arbeit und ich wollte ausschließlich und nur in die jüdische Arbeit" (in: Reif, 1976, S. 22). Nach einer Internierung im Lager Gurs, floh sie 1940 mit ihrem Mann Heinrich Blücher über den Pyrenäen-Weg aus Frankreich und erreichte 1941 die USA. In ihrem Gepäck trugen sie die letzten Schriften Walter Benjamins, darunter seine „Geschichtsphilosophischen Thesen".

Hannah Arendt interessierte „die Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik", weil es sich um die erste Phase einer versuchten Assimilation von „Ausnahmejuden" in Preußen handelte, die „Zweideutigkeit der Emanzipation", die sie im Teil I ihres Totalitarismus-Buches später in vergleichender Sicht untersuchen wird. Ihre Kritik galt dem Preis der Anpassung durch individuellen Aufstieg und der romantischen Weltflucht zugleich: die Romantiker ziehen sich aus Angst vor der Wirklichkeit „in die Widersprüche des eigenen Inneren" und „den Zauber der Phantasie" zurück. „Unter allen Romantikern hat nur (Wilhelm von) Humboldt die Verwirrung ernst genommen und frühzeitig gemerkt, was man hat, wenn man nichts hat als sich selbst - 'eine tönende Schelle'"

(1959, S. 66f.). „Schlägt das Denken in sich selbst zurück und findet an der eigenen Seele seinen einzigen Gegenstand, wird es zur Reflexion, so erzwingt es allerdings, sofern es vernünftig bleibt, einen Schein unbegrenzter Macht, indem es sich eben von der Welt isoliert, an ihr sich desinteressiert, sich schützend vor den einzigen 'interessanten' Gegenstand stellt: das eigene Innere. In der durch Reflexion geleisteten Isoliertheit wird es unbegrenzt, weil kein Außen es mehr behelligt; weil kein Handeln mehr verlangt wird, dessen Konsequenzen auch den Freiesten einschränken (...). Allerdings um den Preis der Wahrheit, die ohne Wirklichkeit, mit anderen geteilte Wirklichkeit, jeden Sinn verliert" (1959, S. 21f.). Am Ende mußte Rachel Lewin-Varnhagen erkennen, wie sie an Heinrich Heine schrieb, daß „Freiheit und Gleichheit nicht dadurch hervorgezaubert werden, daß einer oder noch einer sie sich als Privilegien erschwindelt" (1959, S. 210). „Denn will man sich wirklich assimilieren, so kann man sich nicht von außen aussuchen, woran man sich assimilieren möchte...; dann darf man das Christentum so wenig auslassen, wie den zeitgenössischen Judenhaß. Beides sind integrierende Bestandteile der geschichtlichen Vergangenheit der europäischen Menschheit und lebendige Elemente der damaligen Gesellschaft. Es gibt keine Assimilation, wenn man nur seine eigene Vergangenheit aufgibt, aber die fremde ignoriert. In einer im großen Ganzen judenfeindlichen Gesellschaft - und das waren bis in unser Jahrhundert hinein alle Länder, in denen Juden lebten - kann man sich nur assimilieren, wenn man sich an den Antisemitismus assimiliert. Will man ein normaler Mensch werden, akkurat so wie alle anderen, so bleibt kaum etwas anderes übrig, als alte Vorurteile mit neuen zu vertauschen. Tut man dies nicht, so wird man unversehens ein Rebell (...) und bleibt ein Jude. Assimiliert man sich aber wirklich mit allen Konsequenzen der Verleugnung des eigenen Ursprungs, des Solidaritätsbruchs mit denen, die es nicht oder noch nicht geschafft haben, so wird man ein Lump" (1959, S. 208). „Paria" oder „Parvenu" - „solange es diffamierte Völker oder Klassen gibt, werden diese Eigenschaften mit einer Monotonie ohnegleichen in jeder Generation ganz von selbst wieder produziert" (1958a, S. 109).

Hannah Arendt hatte sich der zionistischen Bewegung zugewandt, weil sie das Scheitern, den Preis und die politische Hilflosigkeit der Assimilation sah. Sie distanzierte sich von der Zionistischen Weltkonferenz, als diese „einer Verständigung zwischen Arabern und Juden (...) einen tödlichen Hieb" versetzte (1945, vgl. 1976, S. 127). Mit der Gruppe um Judah Magnes trat sie für eine auf kommunale Räte gestützte binationale Konfö-

deration in Palästina ein. Die gewaltsame Staatsgründung lehnte sie ab, weil sie zwangsläufig einen jüdischen Nationalismus hervorbringen, die arabische Bevölkerung diskriminieren oder zur Flucht zwingen und den jüdischen Staat in die Abhängigkeit von imperialistischen Interessen bringen müsse. Die dominierende Strömung des Zionismus habe die völkische „Ideologie der meisten mitteleuropäischen Nationalbewegungen" übernommen und die „große französische Idee der Volkssouveränität" pervertiert (ebenda, S. 159), nämlich „das jakobinische Prinzip der Nation, die auf den Menschenrechten basiert, und das republikanische Prinzip des öffentlichen Lebens, in welchem der Fall eines Bürgers der Fall aller Bürger ist", wie sie im Totalitarismus-Buch im Blick auf die „Dreyfus-Affäre" schrieb (1958 a, S. 169).

Im französischen Exil hatte sich Hannah Arendt in die Thematik Antisemitismus und jüdische Geschichte vertieft. In den USA angelangt, griff sie vor allem im „Aufbau" in die aktuellen politischen Debatten ein (vgl. Will Schaber, 1972; Arendt 1989 b). 1943, als die unerhörten Nachrichten über die Vernichtungslager eintrafen - „erst ein halbes Jahr später, als wir die Beweise hatten, glaubten wir ihnen schließlich" (vgl. Young-Bruehl, S. 184) - begann sie über das Werk nachzudenken, das 1951 mit den Titeln „The Burden of our Time" (London) und „The Origins of Totalitarianisms (New York) erscheinen sollte. Viele Jahre sprach sie von ihrem „Imperialismus-Buch" - „Die Elemente der Schande - Antisemitismus, Imperialismus, Rassismus oder die drei Säulen der Hölle", so kündigte sie es in den Jahren 1945 und 1946 an. In Anknüpfung an Franz Leopold Neumanns „Behemoth" (1942) bezeichnete sie den Nazismus als „Rassenimperialismus" (vgl. Neumann, 1977, S. 231ff; Young-Bruehl, S. 203). Erst später, aufgrund neuer Informationen über den stalinistischen Massenterror, fügte sie Überlegungen zur stalinistischen „totalen Herrschaft" hinzu. 1946 schrieb sie: „Einer der schrecklichsten Aspekte des Terrors der Gegenwart besteht darin, daß er, unabhängig von seinen Motiven und Endzielen (...) im Gewand einer unvermeidlichen Schlußfolgerung auftritt, die auf der Grundlage irgendeiner Ideologie oder Theorie gezogen wurde (...). Weil Parteien nichts anderes als der Ausdruck von Klasseninteressen seien, so argumentierte Stalin damals (in den 3oer Jahren), könnten Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Partei unmöglich etwas anderes sein als der Ausdruck von Interessen 'absterbender Klassen' in der Sowjetunion oder Interessenvertreter der ausländischen Bourgeoisie. Die offenkundige Schlußfolgerung daraus lautete, daß man mit diesen Fraktionen wie mit einer feindlichen Klasse

oder wie mit Verrätern umgehen mußte. Das Problem ist natürlich, daß niemand außer Stalin weiß, was die 'wahren Interessen des Proletariats' sind. Es ist jedoch eine unfehlbare Lehre über den Geschichtsverlauf und über die Entstehung menschlicher Anschauungen zur Hand (...). Außerdem ist er im Besitz der Macht. Der Ausdruck 'absterbende Klassen' macht das ganze sogar noch überzeugender, denn in ihm klingt der historische Fortschritt an, dessen Gesetzmäßigkeit zufolge die Menschen nur das tun, was ohnehin geschehen würde. Der Punkt, auf den es hier ankommt, ist nicht, ob es sich dabei um den wahren Marxismus oder um den wahren Leninismus handelt, sondern es geht um die Tatsache, daß Terror als eine logische, selbstverständliche Schlußfolgerung aus einer pseudowissenschaftlichen Hypothese erscheint. Diese 'Wissenschaftlichkeit' ist in der Tat ein allen totalitären Regimes unserer Zeit gemeinsames Merkmal. Aber es handelt sich dabei um nichts anderes, als daß eine allein von Menschen erzeugte - hauptsächlich destruktive - Macht mit höheren Weihen versehen wird, von denen wiederum der absolute Machtgebrauch abgeleitet wird, der nicht in Frage gestellt werden darf" (vgl. 1989 a, S. 59f.).

Das Buch „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft" trug ihr öffentlichen Ruhm ein, doch hatten ihre Analysen wenig mit der Verwendung des Schlagwortes Totalitarismus in der Epoche des Kalten Krieges zu tun. Was sie besonders hervorheben wollte, war die „totalitäre Indifferenz" gegenüber herkömmlichen „moralischen Erwägungen" und die Wichtigkeit politischer Herrschaftsformen für jede gesellschaftliche Entwicklung, wie sie in einer Diskussion betonte (in: C. J. Friedrich, 1954, S. 75ff.), entscheidende Gesichtspunkte schon ihrer Interpretation des Antisemitismus und Imperialismus, den Teilen I und II ihres Buches.

Sie deutete den Antisemitismus als eine Reaktionsbildung auf die „Zweideutigkeit der Emanzipation", als pseudowissenschaftliche Naturalisierung sozialer Gegensätze und wichtigen Teil des Kampfes gegen „das republikanische Prinzip des öffentlichen Lebens" sowie die universalistischen Rechts- und Moralbegriffe der Moderne: „daß der Begriff der Gleichheit fordert, jedermann als meinesgleichen anzuerkennen". „Judenhaß hat es immer gegeben, Antisemitismus ist in seiner politischen wie ideologischen Bedeutung eine Erscheinung des letzten Jahrhunderts". Der Kampf „für die Rechte der Juden als gleichberechtigte Bürger" war mit den „Klassenkämpfen" und „imperialistischen Eroberungen" verwoben und konnte nur als „Kampf für die Unterdrückten und gegen die Unterdrücker" politisch geführt werden (1958a, S. 47, 89, 169, 186f.).

Ihre Analyse des Imperialismus wurde durch Rosa Luxemburgs „Die Akkumulation des Kapitals" angeregt (vgl. 1958a, S. 231). In „Die Krise der Sozialdemokratie" (1916) hatte diese eine „Wende" in der Laufbahn der Imperialismus konstatiert: „Zum ersten Mal sind jetzt die reißenden Bestien, die vom kapitalistischen Europa auf alle anderen Weltteile losgelassen waren, mit einem Satz mitten in Europa eingebrochen". Jetzt krallten sie „ihre reißenden Pranken in den eigenen Mutterschoß, in die bürgerliche Kultur Europas" (Luxemburg, 1968 II, S. 148f.). Die in den kolonialen Gebieten eingeübten Herrschafts- und Vernichtungspraktiken schlugen auf die Mutterländer zurück, eine alte Warnung und Befürchtung (vgl. V.G. Kiernan, 1972). Rosa Luxemburg hatte auch die Bedeutung der „nationalistischen Delirien" sowie gesellschaftlicher Deklassierungs- und Zerfallsprozesse hervorgehoben. „Die Vorgänge in Deutschland - und mehr oder minder in allen Staaten - haben gezeigt, wie leicht alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft der Verlumpung anheimfallen (...). Hier wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige rasche Verlumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische koloniale Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken von Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft (...) unmittelbar und hemmungslos einfacher Verlumpung anheim" (1968 III, S. 137).

Hannah Arendt sprach vom „Bündnis zwischen Kapital und Mob", seiner „Affinität mit der politischen Weltanschauung der bürgerlichen Gesellschaft, gereinigt von aller Heuchelei", der „Einführung beispielloser Lebens- und Regierungsformen" in den von europäischen Völkern besetzten Gebieten und den „furchtbaren Massakern, die der Rassenwahn unmittelbar zeitigte" (1958a, S. 243, 287, 323). Im deutschen Fall kann im Rückblick geradezu vom „Faschismus an der Peripherie" gesprochen werden, mit Weltherrschaftsphantasien, Ausrottungs- und Unterdrückungsmethoden „unfreier" Arbeit, Tätowierungsstempeln für das eingeborene „Untermenschentum" und Versuchen zur Errichtung eines totalen Überwachungssystems durch die „Herrenrasse". „Die Analyse des Kolonialismus" dieses Typs „enthüllt uns (...) einen doppelten Zug: Einerseits (...) eine historische Antizipation faschistischer Herrschaft an der Peripherie, andererseits in der Metropole (eine) präfaschistische Massenbewegung, deren Bewußtseinsformen sich ungebrochen bis zur faschistischen Machtergreifung fortsetzten" (Peter Schmitt-Egner, 1975, S. 52, 127).

„Daß Rassismus die politische Waffe des Imperialismus war, ist so evident, daß es scheint, als hätten manche Forscher es vorgezogen, Theorien zu erfinden, nur um eine solche Binsenweisheit nicht zu Papier bringen zu müssen" (1958 a, S. 248). „Die frühzeitige Entdeckung der rein ökonomischen Veranlassungen und Triebfedern des Imperialismus, die wir Hobson in England verdanken, dem Hilferding und Lenin folgten", habe jedoch „die eigentliche politische Struktur, den Versuch nämlich, die Menschheit in Herren- und Skavenrassen (...) einzuteilen, eher verdeckt als aufgeklärt" (S. 196).

Sie betrachtete das nazistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion - ungeachtet aller Unterschiede einerseits, aller Gemeinsamkeiten mit älteren Formen von Gewaltherrschaft, Despotie und Tyrannis andererseits - als eine „neue, noch nie dagewesene Staatsform" - zwar nicht als „vollkommen" totalitäre Herrschaft, doch als neuartiges „Experiment totaler Organisation", welches die Menschen „mit solcher Gewalt in das eiserne Band des Terrors schließt, daß der Raum des Handelns (...) verschwindet". Sie wollte „das wesentliche Neue, das nämlich, was diese Herrschaft wirklich zu einer totalen Beherrschung macht, in den Blick bekommen" (1958a, S. 672, 674, 683). Das war für sie damals vor allem die Verbindung von Massenterror und vermeintlich wissenschaftlich begründeten, auf die Verwirklichung ihrer Prämissen zielenden Ideologien. „Der Glaube, daß die Macht der Menschen durch Befolgung und Exekution irgendwelcher Natur- oder Geschichtsgesetze zur Allmacht kraft Organisation werden könnte, führt zu Experimenten, die in der Geschichte der Menschheit bisher nicht vorgekommen sind" (1958a, S. 641).

In ihrem Buch glaubte sie in einer spezifischen Verbindung von Ideologie und Terror einen Schlüssel zur Erklärung dessen gefunden zu haben, was geschieht, wenn unter Berufung eines Bewegungsgesetzes „der Geschichte" oder „der Natur" Menschen nur als das Material behandelt werden, „an dem die (...) Gesetze von Natur und Geschichte vollzogen und das heißt im furchtbarsten Sinn des Wortes exekutiert werden", um den „welthistorischen Fortschritt" oder die „Gesundung der Natur" zu beschleunigen (1958a, S. 675). Im Falle des Stalinismus sprach Georg Lukács vom „dogmatischen Subjektivismus" plus Herrschaftsapparat. „Durch diesen Apparat verwandelt sich der Subjektivismus der revolutionären Phrase in ein (...) durch Gewalt durchsetzbares Dogma (...). Die Praxis muß unter allen Umständen die subjektivistischen Dogmen bestätigen. Ist dies in der Wirklichkeit nicht der Fall, so muß der Apparat für den

Anschein sorgen". Mit Hilfe eines „sophistisch 'einheitlichen' und 'logisch' deduzierten Inhalts" aus obersten Prämissen wird „die Wirklichkeit stets ihres Reichtums beraubt, wird (sie) auf ein starres Dilemma zwischen sich absolut ausschließenden Extremen reduziert". So entstehen „hohle und abstrakte Deduktionen, höchstens, wenn doch an die Wirklichkeit erinnert wird, bloße Analogieschlüsse" (1967, S. 681ff.). Der „dogmatische Subjektivismus" stellte sich jedoch als ein naturgesetzlicher (pseudodarwinistischer) oder geschichtlicher (Pseudomarxismus) „Objektivismus" dar: „Die Gesetze treten dem Subjekt, dem erkennenden wie dem praktisch tätigen, als ein Vorgegebenes gegenüber, das Subordination erfordert. Wo die Praxis (...) zum Thema wird, erscheint auch sie primär unter dem Aspekt des objektiven Prozesses und - kraft der Dominanz vorgeordneter objektiver Gesetze - als etwas wesentlich Exekutives" (Helmut Fleischer, 197o, S. 18o zum „Diamat").

Wenn „selbst ein Minimum an Humanität verächtlich-systematisch annulliert" wird (Lukács, s.o.), heißen die drei Schritte auf dem Weg zur „Hölle" völliger Rechtlosigkeit, vor der physischen „Liquidation": „Tötung der juristischen Person", d.h. Beseitigung aller individueller Schutzrechte; „Ermordung der moralische Person", „sofern diese in der Gesellschaft und im Zusammenleben mit anderen Menschen verankert ist"; schließlich „Zerstörung der Individualität". So gesehen sind die Lager „die eigentlich zentrale Institution des totalen Macht- und Organisationsapparates" (Arendt, 1958a, S. 645ff.).

Später, im Zusammenhang ihres Eichmann-Buches, wird sie fragen, ob sie die Bedeutung ideologischer Motive überschätzte? Bei Eichmann fiel ihr besonders auf, daß er „außer einer ganz ungewöhnlichen Beflissenheit, alles zu tun, was seinem Fortkommen dienlich sein konnte, überhaupt keine Motive hatte (...). Er hat sich nur (...) niemals vorgestellt, was er eigentlich anstellte" (1964, S. 15f.); „den Einfluß von Ideologie (...) habe ich vielleicht überbewertet" (1963, vgl. H. Arendt/ M. McCarthy, 1995, S. 234).

In ihrem Totalitarismusbuch hatte Hannah Arendt geschrieben, die erstrebte totale Kontrolle und Mobilisierung rechne „überhaupt nicht mit handelnden Menschen" (1958 a, S. 658); sie versuche, die Handlungsfähigkeit der Beherrschten vollständig zu unterdrücken und sie aller eigenen Machtquellen zu berauben. „Der Erfolg totaler Herrschaft hängt davon ab, wie weit es ihr gelingt, alle normalen Kommunikationswege, die privaten von Mensch zu Mensch wie die öffentlichen, die in konstitutionellen

Regierungen durch Rede- und Meinungsfreiheit gesichert sind, zu unterbrechen und zu zerstören. Wie weit nun dieser Versuch, jeden Menschen wortwörtlich incommunicado zu halten, gelingen kann, außer in Grenzsituationen von Einzelhaft und Folter, ist schwer auszumachen". Menschen „der Sprache", „der Rede und des Mitteilens, der Kommunikation mit anderen zu berauben" (1958 b, S. 35), ist die Bedingung der Möglichkeit totaler Beherrschung. Hannah Arendt war dabei, einen Kommunikationsbegriff von Macht und politischer Freiheit zu entwickeln.

Schon in „Was ist Existenzphilosophie" hatte sie, gegen Martin Heidegger, an Karl Jaspers anknüpfend, geschrieben: „ In dem Begriff der Kommunikation steckt im Grunde ein nicht voll entwickelter, aber im Ansatz neuer Begriff der Menschheit als der Bedingung für die Existenz der Menschen" (1946, S. 79f.) - das war bereits im Rahel Varnhagen-Buch, in der Kritik der „Reflexion", angelegt (vgl. 1959, S. 21 und oben). Greifen wir vor: Beim Handeln könne jedoch weder die Kommunikation nach dem Vorbild eines inneren Dialoges, noch eine „Philosophie des Ich-Du", wie bei Buber oder Jaspers, taugen. Ein „Wir" des Handelns entstehe vielmehr, wo immer Menschen eine Form konsensualer Handlungskoordination finden. „Der Konsens erkennt an, daß niemand allein handeln kann, daß die Menschen, wenn sie etwas in der Welt erreichen möchten, koordiniert handeln müssen" (1979 II, S. 191).

Ein zweites zentrales Denkmotiv trat hinzu, ihre Kritik an der philosophischen Haupttradition des Denkens über Politik. Im Dezember 195o schrieb sie Gertrud und Karl Jaspers: „Ich habe Plato gelesen und viel nachgedacht über die Affinität zwischen Philosophie und Tyrannis, oder die Vorliebe der Philosophen für die vernünftige Tyrannei (...). Unausweichlich, wenn man glaubt, durch Philosophie *die* Wahrheit für *den* Menschen entdecken zu können" (1993, S. 196). Die traditionellen philosophischen Wahrheitsbegriffe, einschließlich ihrer 'materialistischen' oder 'nietzscheanischen' „Aufhebungen", suchten den Bereich politischen Handelns ihm fremden Kategorien zu unterwerfen. Daher wolle sie keine „politische Philosophin" sein, sondern Politik mit „von der Philosophie ungetrübten Augen" untersuchen (in: A. Reif, 1976, S. 9f.).

Was die Augen für die Politik trübe, seien Vorstellungen von Vernunft- und Tatsachenwahrheiten, die mit dem „Anspruch zwingender Gültigkeit", jenseits und unabhängig von „Übereinkunft, Diskussion oder Zustimmung" auftreten (1972, S. 59ff.)„Die Formen des Denkens und der Mitteilung" nämlich, die solcher „Wahrheit gelten", „werden im politi-

schen Raum notwendigerweise herrschsüchtig; sie ziehen anderer Leute Meinung nicht in Betracht" (1972, S. 61). Im politischen Handeln aber hätten wir es stets mit „Meinungen" zu tun, „auf die man sich einigen muß, weil sie nichts Axiomatisches an sich haben, sie der Diskussion offenstehen und also der Einigung bedürfen" (1963, S. 248). Nur Meinungen, „auf die sich viele öffentlich geeinigt haben" (S. 342), können ihr zufolge legitime politische Macht stiften. Auch die empirisch-analytischen Wissenschaften auf der Suche nach „Tatsachenwahrheiten" bleiben im Vorhof des Politischen. Tatsachenwahrheiten insgesamt und die ihnen entsprechenden Wissenschaften geben im Rahmen ihrer Geltung „der Meinungsbildung den Gegenstand vor" und halten diese „in Schranken", soweit sie nicht verleugnet werden (1972, S. 63). Ohne freien Zugang zur Information über Tatsachen ist Meinungsbildung „eine Farce" (S. 58). Aber das politische Denken hat es mit dem Problem des Handelns selbst zu tun. Das Faktum der Pluralität von Menschen, Traditionen, Meinungen, Alternativen, Zukünften bleibe deterministischem Denken ebenso verstellt wie die unaufhebbare Kontingenz jeder Handlung, die anderes ist als die Anpassung an vorgegebene Handlungsbedingungen oder soziale Regelmäßigkeiten - „für die klassische Philosophie" ein ähnlicher „Ausbund an Sinnlosigkeit" (1979 II, S. 34) wie für das Kausalitäts- und Wahrscheinlichkeitsbedürfnis der Wissenschaftler oder Planer. Mit den Worten von Alan Ryan: Prognostisches Wissen sagt uns, „was eintreffen würde, falls niemand handelnd eingriffe (...). Wenn es sich aber so verhält, daß wir immer nur erfahren, was sich vollzieht und was sich ereignen wird, falls niemand eingreift, dann erfahren wir offensichtlich ziemlich wenig über das Kommende" (1973, S. 267).

Im Vorwort zu ihren 1957 in deutscher Sprache veröffentlichten, von Charlotte Beradt übersetzten Essays, „Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart", nannte Hannah Arendt drei miteinander verknüpfte Hauptpunkte ihrer Kritik. Sie gelte (1) dem Herrschaftsbegriff der klassischen politischen Theorie - der grundbegrifflichen Identifikation von Politik und Herrschaft im Namen von Wahrheit und Wissen. (2) den Unternehmen, Politik nach dem Muster des herstellenden Produzierens zu verstehen und die Regeln gegenständlicher Tätigkeit auf den politischen Bereich zu übertragen. (3) Politik mit strategischem und instrumentellen Handeln, wenn nicht mit Zwangsgewalt gleichzusetzen. All dies bleibe durch einen Abgrund von der Erfahrung politischer Freiheit getrennt - ihrer Interpretation zufolge wider Willen auch die

Begriffe des Politischen von Marx und Engels (vgl. hierzu Schäfer, 1993, S. 31ff.).

Vor allem in „Vita activa oder vom tätigen Leben" (1960) mit den Unterscheidungen von Arbeit, Herstellen und Handeln und in „Über die Revolution" (1963) versuchte sie ihre Gedanken zu entfalten. Was sie „Geist der Revolution" nennt (1963, S. 277ff.), ist die Erfahrung öffentlicher Freiheit. „Vor den beiden großen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts gab es einen eigentlichen Revolutionsbegriff nicht. Denn dieser ist unlösbar der Vorstellung verhaftet, daß sich innerhalb der weltlichen Geschichte etwas ganz und gar Neues ereignet, daß eine neue Geschichte" beginnt. „Daß die Idee der Freiheit und die Erfahrung eines Neuanfangs miteinander verkoppelt sind in dem Ereignis selbst, ist für das Verständnis der modernen Revolutionen entscheidend (...). Freiheit als politisches Phänomen datiert von dem Entstehen der griechischen Polis (...). Was die Revolutionen wieder in den Vordergrund menschlicher Erfahrungen rückten, war die Erfahrung des In-Freiheit-Handelns (...). Und diese relativ neue Erfahrung (...) war gleichzeitig die Erfahrung der menschlichen Fähigkeit, etwas Neues anfangen zu können. Von diesen Neuanfängen im Kontinuum historischer Zeit geben die Revolutionen letztlich Kunde. Das große Pathos, das sich aller bemächtigt, die an ihnen, im Glück oder Unglück, im Erfolg oder Scheitern, teilnehmen, entstammt der Erfahrung, daß der Mensch in der Tat dies vermag - einen Anfang machen" (1963, S. 73ff., S. 276).

Doch dürften „wir uns nicht verhehlen, daß die meisten sogenannten Revolutionen es nicht nur nicht zu einer echten Gründung der Freiheit" brachten, sondern auch nicht imstande waren, „den Völkern die 'Segnungen' einer in ihrer Macht 'beschränkten Regierung', also eines Rechtsstaates zuteil werden zu lassen. Schließlich ist der Unterschied zwischen Rechtsstaat und Zwangsherrschaft ebenso groß und vielleicht größer als der zwischen dem bloßen Rechtsstaat und einer wirklich freien Republik. Die praktische Bedeutung solcher realistischen Einschätzungen soll gewiß nicht gering veranschlagt werden, sie dürfen aber nicht dazu führen, daß man über den bürgerlichen Rechten die politische Freiheit vergißt bzw. die Vorbedingungen des Politischen mit der substantiellen politischen Freiheit gleichsetzt. Solche Freiheit ist nie verwirklicht, wenn das Recht auf aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten den Bürgern nicht garantiert ist" (S. 281). „Zu erzählen und dem andenkenden Nachdenken zu empfehlen bleibt die seltsame und traurige Geschichte des Rätesystems, der einzigen Staatsform, die unmittelbar aus dem Geist der

Revolution entstanden ist", schrieb sie dort (S. 327). Schon in „Vita activa" hatte sie betont, daß es vor allem die moderne Arbeiterbewegung war, die in jenen „seltenen, aber historisch entscheidenden Momenten" von der „normalen Interessenpolitik" abging und „eigene Vorstellungen von einer demokratischen Staatsform unter modernen Verhältnissen" zu entwickeln suchte. Das „Revolutionäre der Arbeiterbewegung besteht nicht in der Radikalität wirtschaftlicher und sozialer Forderungen", meinte sie, „sondern kommt einzig da zum Vorschein, wo sie mit dem Anspruch auf eine neue Staatsform auftritt" (1960, S. 210f.).

Hannah Arendt wurde aus guten Gründen für ihre kategoriale Entgegensetzung von „politischen" und ökonomisch -"sozialen" Fragen kritisiert (vgl. bes. die abgewogenen Darstellungen von M. Passerin d'Entrèves, 1994; S. Benhabib, 1996). Sie ließ sich vom Gegensatz zwischen Produktionsprozessen und den „Privat"- Interessen einer an Akkumulation, Sicherheit und Konsum interessierten Gesellschaft von Warenbesitzern einerseits (vgl. z.B. 1960, bes. S. 65), den Eigenschaften öffentlicher Freiheit und kommunikativer Machtbildung andererseits leiten. Ihr Schwanken zwischen „expressiven" und „kommunikativen" Handlungsbegriffen wurde von M. Passerin d'Entrèves und S. Benhabib ebenfalls genau dargestellt. Doch sie entdeckte die „Struktur menschlichen Handelns als Interaktion" (Benhabib, S. 111), und „ihre Kritiker haben sich fast ausschließlich auf das expressive zu Lasten des kommunikativen Modells" gestürzt (Passerin d'Entrèves, S. 65). Hannah Arendt, so faßte Jürgen Habermas zusammen, vermochte „die elementaren Begriffsverwirrungen aufzulösen, die aus der spezifisch modernen Versuchung resultieren, die politische Praxis der Bürger auf eine Art des instrumentellen Handelns oder der strategischen Interaktion zu reduzieren. Das Ergebnis ihrer Kritik ist ein Begriff des Handelns als 'Praxis', der die historischen Erfahrungen und die normativen Perspektiven dessen artikuliert, was wir heute partizipatorische Demokratie nennen" (1984, S. 404).

Hannah Arendt, die keine Philosophin und „Denkerin von Gewerbe" (Kant) sein wollte, hat im Alter ein - leider unvollendetes - Werk „Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen. Das Urteilen" verfaßt, in welchem sie ihre Hauptthemen einer eindringlichen Prüfung unterzog. Denken, Wollen und Urteilen betrachtete sie als „die drei grundlegenden geistigen Tätigkeiten". Obwohl sie „gewisse gemeinsame Eigenschaften haben, lassen sie sich nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen" (1979 I, S.75). Das Denken sei 'sokratisch' und befreiend, weil es Vorur-

teile und Irrtümer zerstöre; es wirkt „unterminierend auf alle verfestigten Kriterien, Werte, Maßstäbe für Gut und Böse, kurz, die Sitten und Verhaltensregeln, die Gegenstand der Moral und Ethik sind" (S. 174). Seiner Form nach ist es verallgemeinernd und folgt dem Axiom der Widerspruchsfreiheit. „Verallgemeinerung steckt in jedem Gedanken, auch wenn dieser den uneingeschränkten Vorrang des Einzelnen betont" (S. 195). „Auch der Wissenschaftler fragt nach Allgemeinem, danach, wie alles entstanden ist und nach welchen Mechanismen es abläuft" (S. 138).

Die Erfahrung des - sokratischen - Denkens befreie uns von Vorurteilen und Dogmatismen, führe aber - Heidegger - weder zu einem Wissen in der Art der Wissenschaften, noch löse es Welträtsel, noch erzeuge es unmittelbar Kräfte zum Handeln. Die kritische Kraft des Denkens erlaube es jedoch, sich unserer „Erscheinungswelt voller Irrtum" - die einzige, die es für uns gibt - gewahr zu werden und uns doch der „Intersubjektivität der Welt" zu versichern (1979 I, S. 59).

Das Wollen betreffe „das Vermögen, etwas Neues zuwege zu bringen und damit die Welt zu verändern". Der Wille ist eine „Triebfeder des Handelns", das „Vermögen, eine Reihe von sukzessiven Dingen oder Zuständen von selbst anzufangen (Kant)" (1979 II, S. 12f.). Das Wollen wurde an der Erfahrung entdeckt, „daß es im Menschen ein Vermögen gibt, durch das er nein sagen kann, das tatsächlich Gegebene anerkennen oder ablehnen kann" (S. 67).

„Meinungsbildung und Urteilskraft", „diese beiden politisch ausschlaggebenden rationalen Vermögen der Menschen", sind „in der Tradition philosophischen wie politischen Denkens kaum beachtet worden", hatte sie in „Über die Revolution" (1963, S. 295) geschrieben. Ihr Buch über „Das Urteilen" sollte jener Denkungsart gewidmet sein, die sie als grundlegend für das Handeln in einem öffentlichen Raum ansah. Eine „erweiterte Denkungsart", ein „kritisches Denken", wie sie mit Kant sagte, das „die anderen gegenwärtig" macht und „sich damit in einem Raum, der potentiell öffentlich, nach allen Seiten offen ist", bewegt (1985, S. 60).

„Wo Wissen und Handeln sich getrennt haben, gibt es keinen Raum mehr für Freiheit" (1963, S. 340). Wie aber sollen und können wir handeln, ohne uns auf die eingestürzten „festen Geländer" der Tradition, auf religiös, metaphysisch oder geschichtsphilosophisch legitimierte Ordnungen zu stützen (1979 I, S. 207) und ohne uns von Erfahrungen loszulösen, „die nur im Verein mit anderen gültig sein und erhärtet werden" können (1979 II, S. 217)? Hannah Arendt ist nicht mehr dazu

gekommen, ihr Buch, das diese Fragen zureichend beantworten sollte, zu schreiben. Die Fragmente von „Das Urteilen" boten Anlaß zu mitunter heftigen Kontroversen. Etwas vereinfacht: rechts- und linksaristotelisch inspirierte, praxisphilosophische, kantianische, diskursethische, kontemplative und praktizistische Lesarten stehen sich gegenüber. Das sei hier dahingestellt. Ihr jedenfalls ging es, bei aller Würdigung der Ruhe betrachtenden Lebens, nicht um einen „begnadeten Seelenzustand", sondern um das „tätige Leben" und Problem des Handelns, die älteste Frage der Theorie der Politik" (1979 I, S. 16). „Die Distanz für das Urteil ist offenbar etwas ganz anderes als die Distanz des Philosophen", sagte sie (S. 99).

In der „vollständigsten Behandlung der Urteilskraft in den Schriften (...), die zu ihren Lebzeiten erschienen", wie Ronald Beimer (in: 1985, S. 131) bemerkte, nämlich in dem Essay „The Crisis in Culture" (1968), findet sich m. E. die genaueste Darstellung dessen, was sie mit ihrem Rückgriff auf Kants Kritik der Urteilskraft beabsichtigte (vgl. 1977, bes. 219-226). Das Urteilen sei „eher eine politische als eine lediglich theoretische Tätigkeit" (1977, S. 219). Ihr ging es um die „erweiterte Denkungsart" als der spezifischen Fähigkeit, sich in einer öffentlichen und gemeinsamen Welt zu orientieren (S. 221). In „Wahrheit und Politik" und anderswo bezeichnete sie das für die politische Meinungsbildung notwendige Vermögen als das „repräsentative Denken". Individuen 'haben' nicht einfach Meinungen oder Interessen; sie 'bilden' sich Meinungen (auch über Interessen oder Bedürfnisse usw.) oder sollten dies doch tun. „Politisches Denken ist repräsentativ in dem Sinne, daß das Denken anderer immer mit präsent ist (...). Auf diesem Vermögen einer 'erweiterten Denkungsart' beruht die Urteilskraft, wie Kant sie in seiner 3. Kritik entdeckt und beschrieben hat" (1972, S. 61f.)

In seinem herausragenden Buch „Beyond Objectivism and Relativism: Science, Hermeneutics and Praxis" schrieb Richard Bernstein im Kapitel über Hannah Arendt (1983, S. 2o7ff.): „Die Begriffe Handeln, Politik, öffentlicher Raum, Sprache, Pluralität, Freiheit, Gleichheit oder Isonomie sowie Macht sind bei Hannah Arendt zu einem integrierten Ganzen verwoben". Für ihr Verständnis von Handeln und Politik ist die Rolle von Meinung und Urteilen zentral. „Um zu erklären, was sie mit Handeln und Politik meint", so Bernstein, „will ich mit etwas beginnen, das Arendt als eine Binsenwahrheit bezeichnet hätte - eine Binsenwahrheit, die zu allen nur erdenklichen Folgerungen und Verzweigungen führt, wenn sie

einmal entfaltet wird. Sie sagt uns, fast lässig, daß 'das eigentliche Wesen des politischen Lebens die Debatte bildet' („debate constitutes the very essence of political life"; 1977; S. 241), während - das Problem - „Tatsachenwahrheit wie alle Wahrheit einen Gültigkeitsanspruch stellt, der jede Debatte" ausschließe.

„Bedenken wir, daß in der auf den ersten Blick scheinbar harmlosen Bemerkung sie nicht sagt: das Wesen der Politik ist Herrschaft, oder die Kontrolle der 'legitimen' Mittel der Gewalt, oder die Mittel und Wege, mit denen Individuen, Gruppen oder Klassen versuchen, ihre Interessen gegenüber anderen Individuen, Gruppen oder Klassen zu verfechten". Ergänzen wir: sie sagte auch nicht, wie etwa Max Horkheimer im Blick auf den neuzeitlichen Politikbegriff und die moderne bürgerliche Gesellschaft: „Aber nicht nur auf der Beherrschung der Natur im engren Sinn (...) beruht diese Gesellschaft, sondern ebensosehr auf der Herrschaft von Menschen über Menschen. Der Inbegriff der Wege, die dazu führen, und der Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung dieser Herrschaft dienen, heißt Politik (1930, S.9f.). Sie sagt nicht wie etwa Antonio Gramsci: „Man muß wirklich sagen, daß die elementarsten Dinge immer zuerst vergessen werden (...). Das erste Element ist, daß es Regierende und Regierte (...) tatsächlich gibt. Kunst und Wissenschaft der Politik beruhen auf dieser ursprünglichen (...) Tatsache" (1967, S. 297). Dolf Sternberger wird ihr entgegenhalten: „Das einwohnende Ziel allen politischen Handelns", die „Entscheidung", und das „ewig wiederkehrende Phänomen der Regierung" blieben bei ihr „seltsam dunkel" (1979, S. 12of.).- Platos Herrschen (Wissen, Befehlen) und Ausführen, Hegels Staatssinn als Sinn des Regierens und Gehorchens, Max Webers Begriff des Politischen als Kampf um Macht, hinter der Gewaltsamkeit steht, die klassenpolitischen Begriffe (politische Herrschaft als Instrument herrschender Klassen) - sie alle gehören für Hannah Arendt zu den „Wahrheiten", die zur Kritik stehen. Ihre Kategorien sind - wie erwähnt - den herkömmlichen Herrschafts-, Macht- und Gewaltbegriffen des Politischen entgegengesetzt. Wie Jürgen Habermas formulierte: „Das Grundphänomen der Macht" ist bei ihr, im Unterschied etwa zu Max Weber, „nicht die Instrumentalisierung eines fremden Willens für eigene Zwecke, sondern die Formierung eines gemeinsamen Willens in einer auf Verständigung gerichteten Kommunikation" (1984, S. 229f.). Und Handeln ist keine gegenständliche Tätigkeit, sondern ein an Sprache gebundenes Tun „zwischen Menschen" (1960, S. 15). „Wortloses Handeln", „speechless action", „gibt es strenggenommen gar nicht", oder nur als Taten, „die alle Möglichkeiten

einer Verständigung sabotieren" (S. 167f.). Handeln versteht sie so als kommunikatives Handeln.

Aus der „Beziehung von Handeln und Sprechen", so Bernstein, „ergeben sich eine Reihe von Weiterungen. Die wichtigste bezieht sich auf die menschliche Pluralität, die Grundbedingung von Handeln und Sprechen". Pluralität bedeutet für Arendt nicht lediglich, daß es Verschiedenheit oder Differenz gibt, wie heute gesagt würde, oder Individuen und soziale Gruppen, „die sich meinen Wünschen, Leidenschaften, Interessen, Bestrebungen entgegenstellen und verweigern können". „Pluralität ist vielmehr eine Eigenschaft oder Errungenschaft", die nur in dem Maße verwirklicht werden kann, wie Individuen einen öffentlichen Raum von Freien und Gleichen bilden. Daraus ergeben sich weitere Folgerungen. Zunächst: „Gleichheit oder 'Isonomie' zwischen den 'Citizens' ist eine notwendige Bedingung für Politik als Debatte und für freies Handeln. Gleichheit nicht verstanden als natürliches Verhältnis von Menschen, eine Eigenschaft oder ein Recht, mit denen die Menschen von Natur oder durch einen Schöpfergott ausgestattet wären". „Im Gegenteil", wie Hannah Arendt sagte: „Weil die Menschen von Natur her (...) nicht gleich sind und daher einer von Menschen geschaffenen Einrichtung (institution) bedürfen (...), um kraft des Gesetzes (nomos) einander ebenbürtig zu werden" (1963, S. 36).

Sie fügte die Begriffe Freiheit und Macht hinzu. Gemeint ist öffentliche Freiheit, nicht jene „Innerlichkeit, in der man sich vor dem Druck der Welt beliebig zurückziehen kann", auch nicht die Wahlfreiheit, die „Freiheit der Wahl unter vorgegebenen Möglichkeiten". Es geht auch nicht „um den freien Willen oder das in Freiheit ausgeübte Denken" (1963, S. 159) oder um den „Befreiungsakt" von Unterdrückung oder Ausbeutung allein. Politische Freiheit ist eine Eigenschaft menschlichen Handelns, die nur dort verwirklicht wird, wo es einen institutionell geschützten öffentlichen Raum gibt, in dem Individuen debattieren, sich zusammenschließen und an den Beschlüssen über die öffentlichen Angelegenheiten gleichberechtigt teilhaben können.

Entsprechend bedeutet „Macht" kommunikative Machtbildung. „Macht ist - wie Freiheit, Gleichheit, Sprache und Handeln - dem Wesen nach etwas Intersubjektives und Kommunikatives", formulierte Bernstein. „Sie kann nur durch die gemeinsame Bildung eines öffentlichen Raums zwischen den Individuen erzeugt werden". Genauer: wir haben es entweder mit „autoritärer" oder aber mit „demokratischer" Machtbildung zu tun. So

erläuterte Hannah Arendt: „Autorität schließt den Gebrauch äußerer Zwangsmittel gerade aus", wenngleich sie mit „Gehorsam und Folgebereitschaft verbunden ist". „Wo Zwang angewandt wird, hat Autorität gerade versagt. Andererseits schließen sich Autorität und Überzeugung ebenfalls aus, denn Überzeugung setzt Gleichheit voraus, und überzeugt werden wir durch einen argumentativen Prozeß. Wo nur Argumente zählen, wird Autorität herrenlos. Die egalitäre Ordnung der Überzeugung steht der autoritären Ordnung, die stets hierarchisch ist, entgegen. So gesehen unterscheiden wir zwischen Zwangsgewalt, Autorität und Überzeugung durch Argumente" (1977, S. 93). An anderer Stelle nannte sie dies „tyrannisch", „autoritär" oder „demokratisch" (197o, S. 46). Demokratische Machtbildung in diesem Sinn beruht auf einer egalitären Ordnung der Überzeugung durch Argumente in einem potentiell nach allen Seiten offenen Raum des Politischen.

Wir könnten den geläufigen Kategorien folgend sagen, daß es sich hier um eine normative, jedenfalls nicht um eine empirisch-analytische Theoriebildung handelt. Doch bestand Hannah Arendt darauf, daß ihre Begriffe ein 'fundamentum in re' besitzen und auf wirklicher Erfahrung beruhen. Daß es Politik mit Regierung, Herrschaft und Gewalt, mit Interessen und strategischem Handeln zu tun hat, übersah sie ja nicht. „Die Frage ist jedoch: sind sie die grundlegenden Begriffe, oder sind sie aus dem Zusammenleben, das sich seinerseits aus einer anderen Quelle (gesellschaftlicher Umgang, Handlung) speist, ableitbar?" (1985, S. 179). Sie war davon überzeugt, daß die herkömmlichen Gewalt-, Macht- und Herrschaftsbegriffe des Politischen auch als empirische Kategorien in die Irre führen. Gewiß, „Gewalt kann Macht vernichten" (197o, S. 57). Doch „alle politischen Institutionen sind Manifestationen und Materialisationen von Macht" - oder sie erstarren und zerfallen (S. 42). Das Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten, Pluralität, Praxis, sind unabdingbar an „Kommunikation" und „Intersubjektivität" gebunden, wie sie immer wieder hervorhebt (1985, S. 57, 86, 91 usf.). Sie verweisen ebenso unabdingbar auf Sprache, „das Geschenk der vernünftigen Argumentation und vernünftiger Antwort" (1979 I, S. 148). Ja, „Differenzierung und Individuation" erfolgen „durch Sprache" (S. 44), wie sie gleich George Herbert Mead oder J. Habermas (vgl. 1988, S. 187ff.) bemerkte.

Sie suchte nach einer Denkungsart, die einer konsensualen Form der Koordinierung freier, nicht „an Hand einer verläßlichen Kausalkette noch mittels der Aristotelischen Kategorien der Möglichkeit und Wirklichkeit erklärbaren" Handlungen (1979 II, S. 197) genügen kann, der

Meinungsbildung und Handlungskoordination in einer egalitären Ordnung der Überzeugung durch Argumente, wie sie sagte. Bernstein stellte m.E. zutreffend fest: „Obwohl Arendt die Nähe zwischen dem, was sie das Urteilen nennt, und dem griechischen Begriff der 'phronesis' erkennt, wurde sie tatsächlich von einer originellen (und umstrittenen) Interpretation von Kants Kritik der Urteilskraft inspiriert. Sie sagt sogar, daß unter allen Philosophen einzig Kant die Eigenart des Urteilsvermögens erkannt habe (...). Wenn wir die Gelehrtenfrage, wie akkurat ihre Kantinterpretation sei, einmal beiseite lassen, kommt es darauf an zu erkennen, was ihrer Ansicht nach Kant entdeckt habe (...). Sie bezieht sich auf Kants 'reflektierende Urteilskraft' als eines Vermögens, nicht Besonderes unter eine allgemeine Regel zu subsumieren (das kritisiert sie an Kants Auffassung des Moralgesetzes, G.S.), sondern mit Hilfe einer erweiterten Denkungsart an Stelle jedes anderen zu denken".

„Urteilskraft überhaupt" war für Kant das Vermögen, Allgemeines (Regeln, Prinzipien, Gesetzlichkeiten) und Besonderes denkend in Beziehung zu setzen. Die „bestimmende" Urteilskraft „subsumiert" Besonderes unter ein Allgemeines. Die „reflektierende" Urteilskraft sucht nach einem Allgemeinen im Besonderen (KdU, 1975, S.251). Diese reflektierende Urteilskraft war für Kant daher „nicht eine theoretische, objektive Notwendigkeit, wo a priori erkannt werden kann", und „auch nicht eine praktische, wo durch Begriffe eines reinen Vernunftwillens, welcher freihandelnden Wesen zur Regel dient", das Urteil „die notwendige Folge eines objektiven Gesetzes ist und nichts anderes bedeutet, als daß man schlechterdings (...) auf gewisse Art handeln solle". Vielmehr geht es um eine besondere Art der Notwendigkeit oder des Allgemeinen - Kant nennt sie „exemplarisch" - nämlich um „die Beistimmung aller zu einem Urteil" (S. 319f.). Kant verknüpfte diese Denkungsart mit „einer Art von Sensus Communis" (S. 388). „Diese unbestimmte Norm eines Gemeinsinnes wird von uns wirklich vorausgesetzt" (S. 323). „Unter dem sensus communis aber muß man die Idee eines gemeinschaftlichen Sinnes, d.i. eines Beurteilungsvermögens verstehen, welches in seiner Reflexion auf die Vorstellungsart jedes anderen in Gedanken (a priori) Rücksicht nimmt, um gleichsam an die gesamte Menschenvernunft sein Urteil zu halten, und dadurch der Illusion zu entgehen, die aus subjektiven Privatbedingungen, welche leicht für objektiv gehalten werden könnten, auf das Urteil nachhaltigen Einfluß haben würde. Dies geschieht nun dadurch, daß man sein Urteil an anderer, nicht sowohl wirkliche, als vielmehr bloß mögliche Urteile hält, und sich in die Stelle jedes anderen versetzt, indem man bloß

von den Beschränkungen, die unserer eigenen Beurteilung zufälliger Weise anhängen, abstrahiert".

„An der Stelle jedes anderen denken" ist „die Maxime der erweiterten Denkungsart", der „Urteilskraft". „Wenn man ein Urteil sucht, welches zur allgemeinen Regel dienen soll", müssen wir unsere eigenen Urteile „aus einem allgemeinen Standpunkt" gewinnen (S. 389ff.). „Je weiter die Ausdehnung, je größer der Bereich, in dem sich das aufgeklärte Individuum von Standpunkt zu Standpunkt bewegen kann, desto 'allgemeiner' wird sein Denken sein. Diese Allgemeinheit ist jedoch nicht die Allgemeinheit des Begriffs (...). Sie ist, im Gegenteil, eng verbunden mit dem Besonderen, mit den besonderen Bedingungen der Standpunkte, durch die man sich hindurcharbeiten muß" (Arendt 1985, S. 61). Dem Urteilen komme daher niemals universelle Gültigkeit (im Sinne abschlußhafter Wahrheit oder unbestreitbarer Richtigkeit, G.S.), sondern gewissermaßen eine spezifische Gültigkeit („a certain specific validity") zu. Denn der Geltungsanspruch kann ja niemals weiterreichen als die Perspektiven derer, die beim Urteilen präsent sind (1977, S. 221). „Die Urteilskraft beruht auf der potentiellen Übereinstimmung mit anderen", folgerte Hannah Arendt, „und der beim Urteilen über etwas tätige Denkprozeß (...) befindet sich stets und vor allem, sogar wenn ich allein meine Gedanken und Meinungen bilde, in einer antizipierten Kommunikation mit anderen, von denen ich weiß, daß ich mit ihnen schließlich zu einer gewissen Übereinkunft (to some agreement) gelangen muß. Aus dieser potentiellen Übereinstimmung erhält die Urteilskraft ihre spezifische Geltung (validity)" (1977, S. 22o).

Das Urteilen müsse sich von subjektiven Privatbedingungen und persönlichen Idiosynkrasien befreien, die jedes Individuum in seiner Privatheit und seinen privaten Meinungen prägen. Mehr noch: die erweiterte Denkungsart ist in der Privatheit, Isoliertheit oder Einsamkeit unmöglich. Wir „bedürfen der Gegenwart anderer, 'an deren Stelle' gedacht werden muß, deren Perspektiven in Betracht gezogen werden müssen". Ohne einen Prozeß intersubjektiver, öffentlicher Prüfung und der Perspektivenübernahme, so können wir zusammenfassen, kann sich Urteilsvermögen nicht entwickeln und „niemals wirksam sein". „So hängt das Urteilen, um richtig zu sein, von der Gegenwärtigkeit anderer ab" (S. 22of.). „Intersubjektivität", „öffentliche Mitteilbarkeit" und „relative Unparteilichkeit" sind die Prüfsteine. „Gemeinsinn, das Vermögen des Urteilens zwischen Richtig und Falsch" (1985, S. 86), rationale Meinungs- und Urteilsbildung, „kann man nicht ohne Öffentlichkeit lernen", hob Hannah

Arendt hervor (1985; S. 54ff., S. 59). Ohne öffentlichen Raum freien Handelns keine zureichende Entwicklung von Urteilsfähigkeit, so lautet die 'starke' These.

Die Gültigkeit von Urteilen dürfe aber nicht mit den Geltungsansprüchen von Wahrheit (truth) oder Wissen (knowledge) verwechselt werden. In politischen wie in kulturellen Dingen gehe es nicht um einen „zwingenden Wahrheitsbeweis", sondern um die in öffentlicher Debatte durch „Urteilskraft bestimmte Entscheidung darüber, welche Handlungen stattfinden sollen" (1977, S. 222f.). Ihre Geltungsgründe seien nicht in derselben Art und Weise zwingend, wie dies bei „beweisbaren Tatsachen" oder bei einer „durch ein Argument bewiesenen Wahrheit", die „zur Übereinstimmung nötigt", der Fall ist (by argument compel agreement). Politische Urteils- und Meinungsbildung beruhten auf einer überredenden Überzeugungskraft (they are persuasive). In „The Crisis in Culture" bemerkt sie, daß solches Überzeugen (persuading) mit der zwingenden Rede der Griechen nahe übereinstimme (1977, S. 222f.).

Hier spalten sich nun die Geister der Interpreten. Richard Bernstein: „Ihre Analyse des Urteilens als einer wesentlich politischen Art und Weise des Denkens (...) ist von dem Bestreben geprägt darzulegen, wie ein solches Denken der Dichotomie von Objektivismus und Relativismus entgehen kann. Das Urteilsvermögen ist nicht ein Ausdruck privater Gefühle oder subjektiver Vorlieben. Aber es kann auch nicht mit jenem Typus von Universalität und Allgemeinheit gleichgesetzt werden, den sie als charakteristisch für die 'kognitive Vernunft' ansieht. Das Urteilen ist gemeinschaftlich (communal) und intersubjektiv". „Was Arendt Urteilen nennt, nennt Habermas den praktischen Diskurs, und beide können nur im Kontext kommunikativen, verständigungsorientierten Handelns begriffen werden (...). Während aber Habermas die Ähnlichkeiten theoretischer und praktischer Diskurse hervorhebt, betont Arendt ihre Unterschiede. Darauf zielt ihre scharfe Trennung von Wahrheit und Meinung und ihre These, daß Urteilen etwas anderes als Wahrheitserkenntnis (cognition) sei (...). Doch Arendt scheint zu übersehen, was wir von der postempiristischen Wissenschaftstheorie gelernt haben - daß Urteilen auch in den Wissenschaften von grundlegender Bedeutung ist. Noch schlimmer: indem sie die Kluft zwischen Meinung und Wahrheit unterstreicht, neigt sie dazu, die Wichtigkeit jenes Begriffs zu unterschätzen, der für ihr eigenes Verständnis des Urteilens zentral ist - die Argumentation". Denn „ihre tatsächliche Analyse des Urteilsvermögens" setzt „stets intersubjektive und gemein-

same Argumentation voraus" (1983, S.219ff,; vgl. Maurizio Passerin d'Entrèves, 1994, Kap. 3).

Tatsächlich beruht ihre Konzeption „Überredender Überzeugung" ja ebenfalls auf einer Überzeugung durch Argumente, nur eben nicht auf universell, unbestreitbar und unwiderruflich „wahren" Argumenten nach dem Muster der von ihr kritisierten Wahrheitsbegriffe. Was die Wissenschaften angeht, so bemerkte sie in ihren Gedanken über Lessing, daß zwar viele heute dazu neigen, wissenschaftlichen Erkenntnissen jenen Stellenwert zuzuschreiben, den die Menschen des 18. Jahrhunderts mit der Frage der Wahrheit verbunden haben. Diese Faszination stehe aber in merkwürdigem Gegensatz zur wirklichen Haltung von Wissenschaftlern, die - solange sie wissenschaftlich verfahren - sehr gut wüßten, daß ihre „Wahrheiten" niemals endgültig sind, sondern im Prozeß lebendiger Forschung fortgesetzt radikalen Revisionen unterliegen (1968, S. 28).

J. Habermas hatte 1976 geschrieben: „Ein heute überholter Begriff von theoretischer Erkenntnis, der auf letzte Evidenz baut, hält Hannah Arendt davon ab, die Verständigung über praktische Fragen als rationale Willensbildung aufzufassen. Wenn hingegen das 'repräsentative Denken' in ihrem Sinne (die „erweiterte Denkungsart", G.S.), das die Verallgemeinerungsfähigkeit von praktischen Gesichtspunkten, und das heißt: die Richtigkeit von Normen prüft, nicht von Argumentation durch einen Abgrund getrennt ist, läßt sich auch für die Macht gemeinsamer Überzeugungen eine kognitive Grundlage in Anspruch nehmen. Dann ist Macht in der faktischen Anerkennung diskursiv einlösbarer und grundsätzlich kritisierbarer Geltungsansprüche verankert" (1984, S. 247f.).

Ernst Vollrath erinnerte hingegen daran, daß Hannah Arendts Reflexionen und ihr Begriff des Politischen ohne ihre Kritik 'kognitivistischer' moralphilosophischer und ethischer Positionen kaum zu begreifen sind (1991, S. 658). Gerade der kategorische Imperativ Kants war für sie ein Stein des Anstoßes, „da er in seiner Absolutheit den zwischenmenschlichen Bereich, der seinem Wesen nach aus Bezügen und Relationen besteht, auf etwas festlegt, das seiner grundsätzlichen Relativität widerspricht" (1989c, S. 43f.). Außerdem neigte sie dazu, den moralischen 'Standpunkt' mit der formalen Widerspruchsfreiheit einer Gewissensethik des „Selbst" ineinszusetzen (1977, S. 22o), während die Intersubjektivität der Menschenwelt doch die erweiterte Denkungsart erfordere (1985, S. 154).

Auch Hannah Arendt ging es um „das Vermögen des Urteilens und des Unterscheidens zwischen Richtig und Falsch", den „Gemeinsinn", wie sie

mit dem Kant der Kritik der ästhetischen Urteilskraft sagte (1985, S. 86). Da sie aber eine moralisch-praktische Beantwortung dieser Frage mit 'Handeln' (besser: Vollziehen) nach einem vorgebenen, absoluten, über den Menschen stehenden Moralgesetz und dem Gottesgesichtspunkt der einzigen und ausschließlichen Wahrheit identifizierte, habe sie, wie Seyla Benhabib einwarf, nicht gesehen, daß ihre eigene Theorie des Handelns und Urteilens „zu einer Reformulierung des wesentlichen Gehaltes der kantischen Moraltheorie im Rahmen des dialogischen Verfahrens der erweiterten Denkungsart" führte (1987, S. 547).

Ich will nicht versuchen, die Berechtigung dieser oder anderer Folgerungen aus den fragmentarischen Überlegungen Hannah Arendts hier zu diskutieren (Vgl. Schäfer 1993, bes. S. 75-1o5). Werkimmanent gesehen, ist es evident, daß sie - wie Kant selbst, wenn auch mit entschiedener Wendung zum Prüfstein öffentlicher politischer Debatte - die Bedingungen und Regeln „erweiterter Denkungsart" und politischer Urteilskraft nicht hinreichend entwickelt hat. Kant wie sie selbst setzten „Gemeinsinn" voraus und kehrten ihn gegen den „Privatsinn". „Das einzige allgemeine Merkmal der Verrücktheit ist der Verlust des Gemeinsinns (...) und der dagegen eintretende logische Eigensinn (sensus privatus)", zitiert sie aus Kants „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht" (1985, S. 94f.). „Der, welcher sich an den Probierstein" öffentlichen Urteils, öffentlicher Mitteilung und Kritik, „gar nicht kehrt, sondern es sich in den Kopf setzt, den Privatsinn, ohne, oder selbst wider den Gemeinsinn schon für gültig anzuerkennen, ist einem Gedankenspiel hingegeben, wobei er nicht in einer mit anderen gemeinsamen Welt, sondern (wie im Traum) in seiner eigenen sich sieht, verfährt und urteilt" (Kant, 1983, S. 535f.)

„Dieser sensus communis ist das, an was das Urteil in jedem von uns appelliert, und es ist dieser mögliche Appell, der den Urteilen ihre spezifische Gültigkeit gibt", sagt Hannah Arendt (1985, S. 96). „Was den Gemeinsinn anlangt: Kant war sich sehr früh bewußt, daß es etwas Nicht-Subjektives" in ihm gibt. „Das nichtsubjektive Element" ist „Intersubjektivität" (1985, S. 9of.). „Der sensus communis ist der spezifisch menschliche Sinn, weil die Kommunikation, d.h. die Sprache, von ihm abhängt" (1985, S.94 - „auf ihm beruht", heißt es in Das Wollen, 1979 II, 221). Kurz, die Logik und die Probleme ihrer Beweisführung legen eine genauere Untersuchung des Zusammenhangs von kommunikativem Handeln, Sprache, Wissensarten und Urteilsvermögen nahe. „Von

Hannah Arendt habe ich gelernt, wie eine Theorie des kommunikativen Handelns anzugehen ist", schrieb Jürgen Habermas (1984, S.4o5).

Am Schluß ihres letzten Buches, „Das Wollen", sprach Hannah Arendt von zwei unbefriedigenden Ergebnissen, zu denen sie gelangt war. „Als wir uns den Menschen der Praxis in der Hoffnung zuwandten, bei ihnen eine Freiheitsvorstellung zu finden, die frei wäre von den Wirrungen der Reflexivität der Geistestätigkeit (...), da ging die Hoffnung weiter als das schließliche Ergebnis (...). In ihrer ursprünglichen Integrität lebt die Freiheit in der politischen Theorie - d.h. der Theorie, die dem Handeln dienen soll - lediglich in dem utopischen und grundlosen Versprechen eines endgültigen 'Reichs des Freiheit' fort" - „Marxens Phantasie eines klassenlosen und konfliktfreien Reiches der Freiheit", wie sie meinte (1979 II, S. 2o5f.) - für Marx und Engels tatsächlich die „unbestimmte Ungeheuerlichkeit" einer neuen menschlichen Praxis, über die mit den historisch-gesellschaftlichen Begriffen der „Vorgeschichte" nicht viel auszumachen sei.

Sodann schrieb sie zu dem von ihr selbst oft verwendeten Wort des Augustinus, „auf daß ein Anfang sei, ward der Mensch geschaffen", die „ganze Fähigkeit zum Anfangen", d. h. zum Neubeginn durch Handeln, wurzele „im Geborensein und gar nicht in der Kreativität". „Ich sehe durchaus, daß das Argument auch in der Augustinischen Fassung etwas dunkel ist (...). Dieser tote Punkt, wenn es einer ist, läßt sich einzig mittels eines weiteren geistigen Vermögens überwinden, nicht weniger geheimnisvoll als das Vermögen zum Beginnen: der Urteilskraft" (1979 II, S. 206f.). „Nur im Marxschen utopischen Denken war die Freiheit in diesem Sinn des genuin Neuen nicht aufgegeben", kommentierte Ronald Beimer. „Arendt nennt dies ein unbefriedigendes Ergebnis und sagt, daß sie 'nur eine ansatzweise Alternative dazu in der gesamten Geschichte unseres politischen Denkens' kennt: Augustins Vorstellung von der 'Natalität', der menschlichen Fähigkeit zum Anfang, wie sie in der Tatsache der menschlichen Geburt verwurzelt ist. Doch auf der letzten Seite von 'Das Wollen' lesen wir, daß selbst die Theorie von Augustin 'irgendwie undurchsichtig' ist (...). So erreichen wir die Schwelle von 'Das Urteilen', während wir immer noch auf der Suche nach Lösungen für die grundlegenden Probleme sind, die Arendt dazu bewogen, 'Vom Leben des Geistes' zu schreiben" (1985, S. 116f.).

Am Tag ihres Todes haben ihre Freunde das Titelblatt des ungeschriebenen Buches über „Das Urteilen" mit zwei Zitaten gefunden, den bei ihr

zum ersten Mal im Buch über Rahel Varnhagen genannten Satz Ciceros zu Cato, mit dem sie „Das Denken" beendet hatte: „Der alte Cato (...) hat uns einen merkwürdigen Ausspruch hinterlassen, der das politische Prinzip hinter dem Zurückfordern treffend formuliert. Er sagte: Die siegreiche Sache gefiel den Göttern, die unterlegene aber gefällt Cato". Ihr geht es darum, ob das letzte Wort wirklich heißen könne: die Weltgeschichte ist das Weltgericht (wie Schiller in seinem Gedicht „Resignation" formulierte). „Seit Hegel und Marx wurden diese Fragen aus historischer Perspektive behandelt, und man ging davon aus, daß es so etwas wie einen Fortschritt der Menschheit gebe. Letzten Endes werden wir vor der einzigen Alternative stehen, die es hier gibt - entweder sagt man mit Hegel: die Weltgeschichte ist das Weltgericht und überläßt das letzte Urteil dem Erfolg, oder man besteht mit Kant auf der geistigen Autonomie der Menschen und ihrer Fähigkeit, sich unabhängig davon zu machen, wie die Dinge nun einmal sind oder geworden sind (...). So können wir unsere Menschenwürde von dem modernen Götzen, der da Geschichte heißt, zurückfordern, gewissermaßen zurückgewinnen, wobei wir nicht die Bedeutung der Geschichte leugnen, sondern nur ihr Recht auf ein letztes Urteil" (1979 I, S. 212).

Das zweite Zitat aus dem Schlußteil von Goethes Faust II, „Mitternacht", bezieht sich auf Fausts: „Noch hab ich mich ins Freie nicht gekämpft": „Könnt ich Magie von meinem Pfad entfernen, Die Zaubersprüche ganz und gar verlernen; Stünd ich, Natur!, vor dir ein Mann allein, Da wä's der Mühe wert ein Mensch zu sein". Wie erwähnt besaßen solche Zitate für Hannah Arendt eine Schlüsselbedeutung. Vielleicht auch die darauf folgenden Worte Fausts: „Wenn auch Ein Tag uns klar vernünftig lacht, In Traumgespinst verwickelt uns die Nacht". „Ein Vogel krächzt; was krächzt er? Mißgeschick von Aberglauben früh und spät umgarnt. Es eignet sich, es zeigt sich an, es warnt. Und so verschüchtert stehen wir allein. Die Pforte knarrt und niemand kommt herein". - Am 3. Januar 1950 hatte Hannah Arendt ihrem Mann Heinrich Blücher über Karl Jaspers geschrieben: „Er sieht überall 'Zauberei' und will doch eben 'Magie von seinem Pfad entfernen". „In Deutschland ist wieder alles von Heidegger überschwemmt" (1996, S. 189f.). Ein Vogel krächzt, es eignet sich, es zeigt sich an, es warnt - der „Vogel aus dem Schwarzen Wald"? (So nannte sie Martin Heidegger). Vielleicht ist es keine Überinterpretation, diese Verse als letzten Hinweis auf ihren Denkweg von der Existenzphilosophie zur politischen Freiheit zu verstehen

Zitierte Literatur

Arendt, Hannah

- 1946: Sechs Essays, Heidelberg.
- 1957: Fragwürdige Traditionsbestände im politischen Denken der Gegenwart, Frankfurt am Main.
- 1958 a: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main.
- 1958 b: Die Ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München.
- 1959: Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin aus der Romantik, München.
- 1960: Vita activa oder Vom tätigen Leben, Stuttgart (Lizenzausgabe München o.J.).
- 1963: Über die Revolution, München.
- 1964: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München.
- 1968: Men in Dark Times, San Diego, New York, London.
- 1970: Macht und Gewalt, München.
- 1971: Benjamin, Brecht. Zwei Essays, München.
- 1972: Wahrheit und Lüge in der Politik, München.
- 1976: Die verborgene Tradition. Acht Essays, Frankfurt am Main.
- 1977: Between Past and Future (Enlarged Edition), Eight Exercises in Political Thought, Harmondsworth.
- 1979: Vom Leben des Geistes, Bd. I: Das Denken, Bd. II: Das Wollen. Hrsg. von Mary McCarthy, München.
- 1985: Das Urteilen. Texte zu Kants Politischer Philosophie. Hrsg. und mit einem Essay „Hannah Arendt über das Urteilen" von Ronald Beiner, München.
- 1986: Zur Zeit. Politische Essays, hrsg. von Marie Luise Knott, Berlin.
- 1989 a: Nach Auschwitz. Essays und Kommentare 1, hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann, Berlin.
- 1989 b: Die Krise des Zionismus. Essays und Kommentare 2, Berlin.

- 1989 c: Menschen in finsteren Zeiten. Hrsg. von Ursula Ludz, München, Zürich.

- 1993: Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlaß, hrsg. von Ursula Ludz, München/Zürich.

- 1993: H.A./ Karl Jaspers, Briefwechsel 1926-1969, hrsg. von Lotte Köhler und Hans Saner. München - Zürich

- 1994: Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I., hrsg. von Ursula Ludz, München-Zürich.

- 1995: H.A./ Mary McCarthy, Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975, hrsg. und mit einer Einführung von Carol Brightman, München/Zürich.

- 1996: H.A./ Heinrich Blücher, Briefe 1936-1968, hrsg. und mit einer Einleitung von Lotte Köhler, München/Zürich.

Benhabib, Seyla, 1987: Urteilskraft und die moralischen Grundlagen der Politik im Werk von Hannah Arendt. In Zeitschrift für philosophische Forschung, Bd. 41, Heft 4, S. 521ff.

- dies., 1996: The Reluctant Modernism of Hannah Arendt, Thousand Oakes, London, New Delhi (Sage).

Bense, Max, 1947: Über den Essay und seine Prosa, in: Merkur, 1. Jahrgang, Drittes Heft.

- ders., 1951: Die Philosophie (Zwischen den Kriegen Bd. 1), Frankfurt am Main.

Bernstein, Richard, 1983: Beyond Objectivism and Relativism: Science, Hermeneutics, and Praxis, Oxford.

Canovan, Margaret, 1992: Hannah Arendt. A Reinterpretation of Her Political Thought, Cambridge N.Y.

Dubiel, Helmut, 1994: Ungewißheit und Politik, Frankfurt am Main.

Engels, Friedrich, in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 2o, Berlin.

Fleischer, Helmut, 1970: Marx und Engels. Die philosophischen Grundlagen ihres Denkens, Freiburg/München.

Friedrich, Carl. J., Hrsg., 1954: Totalitarianism. Proceedings of a Conference at the American Academy of Arts and Sciences, March 1953, Cambridge, MA, 1954.

Gramsci, Antonio, 1967: Philosophie der Praxis. Hrsg. von Christian Riechers, Frankfurt am Main

Habermas, Jürgen, 1981: Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt am Main.

- ders., 1984: Philosophisch-politische Profile. Erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main.

- ders., 1988: Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze, Frankfurt am Main.

Heller, Agnes, 1996: Warum Hannah Arendt gerade heute? In: Die Welt des Politischen. H. Arendts Anstösse zur gegenwärtigen politischen Theorie, hrsg. von Hans-Peter Burmeister und Christoph Hüttig, Loccumer Protokolle 60/95, S. 10-26, Rehburg-Loccum.

Heuer, Wolfgang, 1987: Hannah Arendt. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg.

- ders., 1992: Citizen. Persönliche Integrität und politisches Handeln. Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts, Berlin.

Hill, Melvin A., Hrsg., 1979: Hannah Arendt. The Recovery of the Public World, New York.

Horkheimer, Max, 1930: Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Stuttgart.

Kant, Immanuel, 1975: Kritik der Urteilskraft und Schriften zur Naturphilosophie. Hrsg. von Wilhelm Weischedel, Darmstadt.

- ders., 1983: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik, Hrsg. von Wilhelm Weischedel, Darmstadt.

Kiernan, V.G., 1972: The Lords of Human Kind, Harmondsworth.

Lukács, Georg, 1967: Schriften zur Ideologie und Politik, hrsg. von Peter Ludz, Neuwied/Berlin.

Luxemburg, Rosa, 1968: Politische Schriften I- III, hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt am Main/Wien.

Neumann, Franz, 1977: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944, Köln-Frankfurt am Main.

Passerin d'Entrèves, Mauricio, 1994: The Political Philosophy of Hannah Arendt, London and New York.

Putnam, Hilary, 1982: Vernunft, Wahrheit und Geschichte, Frankfurt am Main.

Reif, Adelbert, Hrsg., 1976: Gespräche mit Hannah Arendt, München.

- ders., 1979: Hannah Arendt. Materialien zu ihrem Werk, Wien/München/Zürich.

Ringer, Fritz, 1983: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890-1933, Stuttgart.

Ryan, Alan, 1973: Die Philosophie der Sozialwissenschaften, München.

Schaber, Will, Hrsg., 1972: Aufbau. Reconstruction. Dokumente einer Kultur im Exil, New York/Köln.

Schäfer, Gert, 1993: Macht und öffentliche Freiheit. Studien zu Hannah Arendt, Frankfurt am Main/ Hannover.

Schmitt-Egner, Peter, 1975: Kolonialismus und Faschismus, Giessen/Lollar.

Sternberger, Dolf, 1976: Die versunkene Stadt - über H. Arendts Idee der Politik, in: Adelbert Reif, Hrsg., 1979: Hannah Arendt. Materialien zur ihrem Werk, S. 109ff., Wien, München, Zürich.

Vollrath, Ernst, 1991: Sittliche oder politische Urteilskraft? In: Politische Vierteljahresschrift 32. Jg., Heft 4, S. 654ff.

Weber, Max, 1964: Wirtschaft und Gesellschaft. Studienausgabe hrsg. von Johannes Winckelmann, Köln/Berlin.

Young-Bruehl, Elisabeth, 1982: Hannah Arendt. For Love of the World, New Haven and London.

Kolloquium des Plenums der Leibniz-Sozietät

Die Russische Revolution 1917. Weltereignis - Widerstreit - Wirkungen

Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit sind primär aus den einstigen Verhältnissen zu verstehen, folglich nicht anders als durch konkret-historische Reproduktion und Darlegung zu erinnern. Achtzig Jahre nach der Russischen Revolution ist sine ira et studio zu sagen, was die widerstreitenden Akteure des Jahres 1917 unter den Bedingungen ihrer Zeit tun wollten und konnten: was sie erhofften, erreichten - aber auch verfehlten.

Den Referenten und Diskutanten des Kolloquiums, das am 1. November 1997 unter dem Dach der Berliner Humboldt-Universität stattfand, waren allerdings subjektive Verzerrungen ihres Themas bewußt. Von früheren Staatsfeiern und parteiischen Manifestationen war die historische Rückschau auf das Jahr 1917 schlechthin unter dem Diktum „Große Sozialistische Oktoberrevolution" betrieben, mit Blick auf das Leitbild der leninistischen Avantgarde auch geschönt und vereinseitigt worden. Doch gegenwärtig sind die Erinnerungen ebenfalls durch subjektive Sichtweisen eingefärbt. Die Russische Revolution, betrachtet durch die Brille der Verächter sozialer Empörungen und antikapitalistischer Alternativen, erscheint als Büchse der Pandora, aus der die gesellschaftspolitischen Irrtümer, Krankheiten, Verbrechen unseres Jahrhunderts gekommen seien: Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und kommunistisch-faschistischem Totalitarismus - so nämlich heißt das Konstrukt, wonach das Wesen des Zeitalters von 1917 bis 1990 erklärt wird. Hinzu kommen viele Millionen vormals Tätiger oder Sympathisierender der sozialen Revolution, die nunmehr auf dem Scherbenhaufen des mißlungenen, strukturell auch mißratenen staatsmonopolistischen Sozialismus resignieren: Sie nennen die „Große Sozialistische Oktoberrevolution" eine historische „Sackgasse", die keine sonderliche Erinnerung, zumal keine Beachtung als ein weltgeschichtlich überdauerndes Ereignis und Datum verdient.

Antworten auf die Fragen, ob der Umbruch in Rußland nicht doch als Große Revolution zu rezipieren oder aber als eine politisch-soziale Zäsur

der neuzeitlichen Geschichte aus dem Gedächtnis zu löschen sei, sind also nach zwei Seiten zu geben. Einerseits müßten Verzerrungen des stalinistischen und poststalinistischen Geschichtsbildes aufgezeigt und korrigiert werden. Andererseits wäre von der ganz entgegengesetzten Geschichtsdoktrin zu sagen, daß die konkrete Historie wesentlich mehr zeigt als nur den Widerspruch zwischen Demokratie und Totalitarismus, deren differente Staats- und Gesellschaftsformen gewiß schwer vereinbar, aber durch die Gleichsetzung faschistischer und prinzipiell antifaschistischer Diktaturen in der wiederum ideologischen Theorie bösartig verfälscht sind. Denn die möglichst realistische Retrospektive des Historikers offenbart, daß die erste Hälfte des Jahrhunderts ein Zeitalter nie dagewesener Staatenkonflikte und zunehmend weltumspannender Verheerungen war, und nicht die von 1917 gekommene Sowjetunion war „der Schoß, aus dem das kroch". Schon der erste Weltkrieg war eine von kapitalistischen Staaten verschiedener Wachstumsgrade verschuldete Völkerkatastrophe. Der humane Sinn von Leben und Arbeit war in den Widersinn massenhafter Verrohung und Vernichtung pervertiert. Da kann nicht verwundern, wenn damalige Kriegsgegner und Alternativdenker von einer ganz anderen „Sackgasse" sprachen - von dem mörderischen Konflikt, dem barbarischen Abgrund, in den die Großmächte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts die Menschheit hineingezerrt hatten. Weltkrieg und Revolution, Ursache und Wirkung werden unter diesem konkret-historischen Aspekt vom Kopf auf die Füße gestellt.

Gemäß solcher Prämissen eröffnete der Historiker *Prof. Dr. Helmut Bock (Berlin)* das Kolloquium. Er thematisierte unter der leitmotivischen Bezeichnung „Präzisierende Fragen zum konkret-historischen Revolutionsprozeß" die Februarrevolution von 1917 und ihre Wirkungen auf verschiedene Volksschichten. Im „leninistischen Geschichtsbild", das auch in der DDR dominierte, sei der „Februar" vom „Oktober", also der „Großen Sozialistischen Revolution", abgetrennt worden - als eine Art Vorspiel unreifer Charaktere gegenüber dem eigentlichen und sieghaften Revolutionsdrama mit dem genialen Führer Lenin und den sich ihm anschließenden bolschewistischen Heroen. Ein Blick in die häufigen Leitfäden und Abrisse erweise die allgemeinbildende Machart, wonach es zu genügen schien, Rußlands alte Epoche am Ende des Monats Februar 1917 mit dem Erfolg der Petrograder Volksrevolutionäre enden und sodann eine historiographische Lücke zu lassen. Erst am 3. April begann dann wieder die Darstellung mit der Reifungsperiode der Großen Revolution - und zwar auf dem Finnländischen Bahnhof: Dort nämlich trug Lenin

seine fertig vorausgedachten „April-Thesen" in der Tasche, um sie am folgenden Tag - ganz ohne Analysen vor Ort - vor den teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken zu referieren. Bock ironisierte somit eine Rezeption, die grundsätzlich zu kritisieren sei: Denn die historische Erinnerung wurde auf den „großen Mann" und auf „Leninismus" fokussiert, während der originäre Anteil der Volksmassen am Revolutionsprozeß, auch ihre eigenen, mit dem leninistischen Avantgardismus nicht ganz übereinstimmenden Bedürfnisse und Interessen, nur mangelhaft ins Bild gerieten.

Eine erweiterte Retrospektive indessen müsse erweisen, daß Rußlands Gesellschaftssituation seit dem Sturz des Zarismus von außergewöhnlichen Massenbewegungen gekennzeichnet wurde. Ungeachtet der provisorischen bürgerlichen Staatsregierung schritten Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme in lokalen Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer sozialen Interessen: zur Bildung unzähliger Komitees und zumal der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, d. h. von revolutionären und basisdemokratischen Volksvertretungen. Diese stellten unabdingliche Ansprüche und schufen vollendete Tatsachen, die den besitzenden Klassen durchaus entgegenstanden. Sie widerspiegelten die politisch-sozialen Konflikte, die Widerspruchsdialektik des Jahres '17, und sind in fünf Grundfragen zu umreißen. 1. Das Problem Krieg oder Frieden: „Schluß mit dem Krieg!" war die mächtigste Massenforderung, insbesondere eine verbale Ermutigung der Soldatensowjets sowie der einzelnen Militärangehörigen zur Befehlsverweigerung und vielfachen Desertion. Sie wurde von Ministern und Generalität mit kriegerischen Solidaritätsadressen an die Ententemächte und mit der Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen beantwortet. - 2. Die Agrarfrage: „Der Boden den Bauern!", nächst der Antikriegsforderung die verbreitetste Losung der größten Bevölkerungsschicht Rußlands, meinte Enteignung der Großgrundbesitzer und zumeist Übergabe des Bodens an die Dorfgemeinden zwecks Nutzung durch bäuerliche Produzenten; dies wurde bereits durch selbsttätige Konfiskationen von Land, Saatgut, Gerätschaften praktiziert. Die Regierung, obwohl mit Reformprojekten beschäftigt, reagierte durch Einsatz von Kosakenschwadronen, woraufhin Bauernaufstände in ca. 30 Gouvernements ausbrachen. - 3. Die Arbeiterfrage: In Großindustrie, Verkehrswesen und kleineren Produktionsstätten stritten die Arbeiter, die in politischer und organisatorischer Hinsicht die bewußteste, an Zahl aber geringste Schicht der werktätigen Massen waren, mit Hilfe ihrer Fabrikkomitees und Gewerkschaften für achtstündigen

Arbeitstag, bessere Löhne, Produktions- und Absatzkontrolle gegen das am Krieg profitierende Unternehmertum. Auch sie waren den staatlichen Eigentumshütern ein Dorn im Auge. - 4. Die nationale Frage: Die Nationalvertretungen Finnlands, der Ukraine, des Baltikums, der Regionen des Südens beanspruchten nationale Autonomie. Dem gegenüber sah sich die Regierung genötigt, nach wie vor auf großrussische Einheit und Zentralismus zu pochen. - 5. Die Staatsfrage: Die konstitutionelle Monarchie, seit Herbst dann die bürgerlich-parlamentarische Republik waren Ziel der Regierungskräfte, die aber andauernd auf gesetzgebende Beschlüsse einer „Konstituierenden Versammlung" vertrösteten, wobei die Wahlen wegen der Unruhe des Landes ebensooft verschoben wurden. Dagegen opponierten die Verfechter der politisch bedeutendsten Volksvertretungen. Vor allem die Kerenski-Offensive, ihr verlustreiches Scheitern bei gleichzeitiger Niederschlagung der Antikriegsdemonstrationen im Sommer, war der mentale Wendepunkt, seitdem eine vernunftmäßige Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten kaum noch möglich war. „Alle Macht den Sowjets!" hieß das Banner, unter dem die gewaltsam zurückgewiesenen Massen sich sammelten, sich mehr und mehr abwendend von regierungstreuen, sogar in Ministersesseln thronenden Menschewiken und Sozialrevolutionären, zumindest in Petrograd, Moskau, weiteren Städten unter den Einfluß der Bolschewiken geratend.

Im Gegensatz zur „leninistischen" Verabsolutierung der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" und der Rolle der Bolschewiken betonte der Referent die Bedeutung der Februarrevolution und der davon ausgehenden revolutionär-demokratischen Massenbewegungen in einem „Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution". „Februar" und „Oktober", obgleich nach Zielsetzung, Triebkräften und Folgen unterscheidbar, seien als „zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses" aufzufassen, der 1917 und selbst während der nächstfolgenden Jahre das Geschehen in Rußland bestimmte. Immanent war hier der kritische Gedanke angelegt, daß die revolutionären und basisdemokratischen Volksbewegungen eigene Interessen verfolgten und nach dem Oktoberaufstand in Widerspruch zu den regierenden Bolschewiken gerieten, daß also die oft behauptete Interessengleichheit von Volksmassen und Bolschewiken ein Irrtum sei. 1921, als die lokalen Sowjets, die Arbeiter- und Bauernkomitees, die Gewerkschaften und die kommunistische Parteiopposition politisch entmündigt waren, zählten diese mehr oder weniger alle zu den Verlierern der Revolution.

Die Stellung der Februarrevolution im Gesamtvorgang der Russischen Revolution wurde auch von dem Historiker *Prof. Dr. Wolfgang Küttler (Berlin)* reflektiert. In der vergleichenden Revolutionsforschung der DDR sei der „Februar" von 1917 dem bürgerlichen Revolutionszyklus der Menschheitsgeschichte zugeordnet worden - der „Oktober" aber habe als Zäsur einer neuen Weltepoche gegolten. Wollte man nunmehr das Verhältnis von Februarrevolution und einheitlicher Russischer Revolution diskutieren, so müsse unter dem Gewicht der heute gewonnenen Erfahrungen und Einsichten auch das Gesamtverständnis der weltgeschichtlichen Epoche bzw. Epochen des 20. Jahrhunderts überdacht werden.

Küttler behandelte die Problemstellung konkret-historisch anhand des Themas „Lenin und Plechanow. Die Alternativfrage der russischen Revolution". Tatsächlich personifizierten diese beiden Gestalten im Streit um die „April-Thesen" eine gegensätzliche Lage- und Epochenbeurteilung, die im Frühjahr 1917 für die russische Sozialdemokratie kennzeichnend war und heute wiederum aktuell geworden ist. In den Einschätzungen offenbart sich ein Zusammenhang zwischen der Teilnahme Rußlands am Weltkrieg sowie dem Charakter und den Zielen der begonnenen Revolution. Der Menschewik G. W. Plechanow, der für eine „revolutionäre Vaterlandsverteidigung" gegen den deutschen Imperialismus eintrat, sah die kapitalistische Produktionsweise in Rußland noch ungenügend entwickelt, so daß nur die Vertiefung der bürgerlichen Revolution auf der historischen Tagesordnung stünde - keinesfalls aber eine sozialistische Umwälzung. Sein Revolutionsverständnis entsprach einer großen Mehrheit von Menschewiken und selbst Bolschewiken, darunter L. B. Kamenew, der im Namen der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda" das „Schema" Lenins ebenfalls zurückwies, soweit es davon ausging, daß „die bürgerlich-demokratische Revolution abgeschlossen sei und insoweit es auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet " war. - Lenin hingegen folgerte aus dem „kapitalistischen Charakter" der Provisorischen Regierung eine Politik der Fortsetzung des „räuberischen imperialistischen Krieges". Unter dieser Regierung seien Zugeständnisse an die Phrase der „revolutionären Vaterlandsverteidigung" unzulässig; statt dessen sei die Revolution, die in ihrer ersten Etappe der Bourgeoisie die staatliche Macht gab, so bald wie möglich in eine zweite Etappe hinüberzuführen, „die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen" müsse. Dann erst könne von einem „revolutionären Krieg" gesprochen werden, der auch die zitierte Phrase rechtfertige.

Küttler nannte Plechanows Stellung zum Krieg „realitätsfremd". Dagegen habe Lenin die Bedingungen für eine revolutionäre Landesverteidigung richtig beurteilt. Den Inhalt der „April-Thesen" interpretierend, bezeichnete Küttler die Machtfrage als den „springenden Punkt" der Auseinandersetzung. Bereits aus dem Schweizer Exil hatte Lenin gegen die Mehrheit der Bolschewiken die Auffassung verbreitet, daß Rußlands bürgerliche Revolution mit Bildung der Provisorischen Regierung beendet sei. Er folgerte daraus die aktuelle Aufgabe, die proletarische Revolution als das Ziel des soeben ablaufenden revolutionären Prozesses unmittelbar anzusteuern. Damit präzisierte er seine Ansichten von 1905, wo noch von einem historisch gegliederten Stufenprogramm mit revolutionär-demokratischem Nahziel und sozialistischem Fernziel die Rede gewesen war. Das sofortige Ansteuern der proletarisch-sozialistischen Machteroberung implizierte nunmehr Lenins sofortige Absage an die bürgerlich-demokratische Republik, den Parlamentarismus, sogar die anderen sozialistischen Strömungen und Parteien, die sämtlich als das „kleinbürgerliche Lager" bezeichnet wurden. Die erneute, die russische Umwälzung verschärfende Revolution sollte unter der Losung „Alle Macht den Sowjets" einen Staat vom Typus der Pariser Kommune (1871) hervorbringen. Im Frühjahr 1917 noch gegen Einwände der Bolschewiken ankämpfend, konnte sich Lenin bis zum Oktober bei ihnen durchsetzen. Indem er aber andere Ansichten schlechthin negierte, habe er die subjektive Basis der russischen Revolution geschmälert. - Eine ablehnende Position bezog Küttler gegenüber heutigen historiographischen Einschätzungen, die Lenin einen unsteten, sich nach wechselnden Situationen ausrichtenden „Zickzackkurs" unterstellen. Er argumentierte für eine langzeitige „Konsistenz" der Grundideen Lenins über sozialistisch-revolutionäre Strategie und Taktik, erklärte die angedeutete Präzisierung aus den Erfahrungen des Weltkriegs, stellte aber die kritische Frage, ob die Kanonisierung der „April-Thesen" in der späteren Rezeption nicht problematisch gewesen sei.

Dr. Sonja Striegnitz (Berlin), Spezialistin für russische Geschichte, sprach über ein Thema, das in der „leninistischen" Rezeption verzerrt, oft sogar ausgeblendet wurde: „Sozialrevolutionäre - Positionsbestimmung und Widerstreit". Sie interpretierte das Agrarprogramm dieser Partei, hervorgebracht in der Revolution von 1905: eine „Sozialisierung" von Grund und Boden durch Übergabe derselben in die Hände des Volkes, zumal an die bäuerlichen Dorfgemeinden zwecks Verteilung zur „ausgleichenden Nutzung". Auf solche Weise sollte eine sozialistische Bresche in die vor-

erst fortbestehende Hegemonie des kapitalistischen Eigentums geschlagen werden - wenn möglich durch Reformen, nicht durch gewaltsame Revolution. In den Jahren bis 1917 kaum weniger verfolgt als die Bolschewiken, waren die Sozialrevolutionäre führend an der Februarrevolution beteiligt, und sie verbuchten bis zum Sommer den größten Zustrom von neuen Parteimitgliedern. Doch in Fragen der Strategie und Taktik war die Partei keineswegs einheitlich.

Das Kernproblem war die Teilnahme an der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Kerenski nahm von Anfang an einen Ministerposten ein, und ab Mai kamen weitere Sozialrevolutionäre hinzu, um Regierungsverantwortung als Minister für Landwirtschaft, Ernährung, Verkehrswesen, Inneres und Kriegswesen zu übernehmen. Seit Juli wirkte Kerenski sogar als Ministerpräsident. Die „revolutionäre Demokratie", so besagte das Selbstverständnis der Parteimehrheit, müsse in der Koalitionsregierung vertreten werden, weil die Russische Revolution nicht bloß eine „bürgerliche" sei, sondern „vielleicht zur Übergangsepoche zwischen der reinen bürgerlichen Herrschaft und der Epoche der Errichtung der sozialistischen Ordnung" sich entwickeln könnte. Die Absicht, das Kräfteverhältnis in der Regierung zugunsten der Sozialisten und der revolutionären Demokratie zu verändern, blieb jedoch unerfüllt; die sozialrevolutionären Minister und Parteiführer wurden vielmehr vor den Karren der bürgerlichen Regierungsmehrheit gespannt. Striegnitz referierte die problematischen Folgen: Die Teilnahme am Weltkrieg wurde unter der Losung der „Vaterlandsverteidigung" fortgesetzt. Die revoltierenden Bauerngemeinden, die auf Weisungen „von oben" nicht warten wollten und begannen, die Besitzverhältnisse auf dem Lande umzustürzen, wurden entschieden zurückgewiesen. Hinsichtlich der Neugestaltung staatlicher Macht wurde den Sowjets bestenfalls eine kontrollierende Funktion gegenüber der Provisorischen Regierung zugebilligt, während allein die noch zu wählende „Konstituierende Versammlung" mit ihren zukünftigen Beschlüssen das Allheilmittel sein sollte, um die anstehenden Probleme zu lösen. Angesichts der fortschreitenden Radikalisierung der Bevölkerungen Rußlands, vor allem der Bauernschaft, verloren die sozialrevolutionären Minister das Vertrauen im Volk. In der Partei selbst bildete sich eine revolutionäre „Linke". Diese näherte sich bis Ende 1917 den dann regierenden Bolschewiken, die sich während des Oktoberaufstands das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre zu eigen machten. Der Beitrag der Referentin vermittelte wichtige Einsichten in Selbstverständnis, politische Praxis und innere Differenzierung der sozialrevolutionären Partei.

Die Aufgabe, konkret-historische Tatsachen von rezeptiven Irrtümern und Fälschungen zu befreien, wurde von dem Slawisten *Prof. Dr. Michael Wegner (Jena)* mit dem Thema erfüllt: „Gorki versus Lenin: Kultur und Revolution". Daß nicht nur Politiker, sondern auch namhafte, sozialistisch gesinnte Kulturschaffende den Ablauf und die bolschewistischen Praktiken der Russischen Revolution kritisierten, hatte in DDR und Sowjetunion als ein Tabu gegolten. Als Musterfall herrschte das schönfärbende Bild einer Freundschaft zwischen Lenin und Gorki. Die spätere „Selbstkritik" des Schriftstellers unter der Macht Stalins ausnutzend, wurde die Tatsache verschwiegen, daß gerade der Altmeister russisch-sowjetischer Literatur während der Revolution als ein rückhaltloser Kritiker Lenins und der Bolschewiken aufgetreten war. Das geschah in der Petrograder Tageszeitung „Nowaja Shisn", die Gorki zu ihren Herausgebern zählte und trotz dessen Gesuches an Lenin im Juli 1918 verboten wurde.

In seiner Analyse der von Gorki verfaßten Artikelserie „Unzeitgemäße Gedanken" bezeichnete Wegner gegensätzliche Revolutionsauffassungen als den Kern der Differenzen. Gorki war ein Verfechter der von der Februarrevolution ausgehenden Erneuerung Rußlands. Da er Voraussetzungen für eine weitere, nämlich sozialistische Revolution nicht erkennen konnte, verneinte er die Oktoberrevolution der Bolschewiken und die Methoden ihrer Machtsicherung: Was sie bezweckten, sei ein „grausames Experiment am lebenden Körper Rußlands", und vor allem das noch junge Proletariat werde als Material für den Versuch einer Weltrevolution verbraucht. Mit größtem Unbehagen beobachtete der Schriftsteller überdies spontan anarchische und destruktive Kräfte in der Bauernschaft, die von der Partei Lenins nicht gezügelt, sondern angestachelt wurden: Das sei „ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung", wobei vor allem die Kultur unermeßlichen Schaden erleide. Gorki vertrat als Alternative ein Bündnis der Intelligenz mit der organisierten und politisch bewußten Arbeiterschaft, um die Revolutionswirren zu beenden und selbst geeignete Vertreter der Großindustrie für den Wiederaufbau des Landes zu gewinnen.

Nach der Ansicht Wegners haben „halbasiatische Sozial- und Denkstrukturen" die revolutionäre Entwicklung in Rußland stark beeinflußt. Obwohl die Oktoberrevolution nur die demokratische Vollendung der Februarrevolution sein konnte, hätten Lenin und seine Mitstreiter dem Bauernland Rußland und den überkommenen autokratischen Herrschaftsformen ein Revolutionsmodell westeuropäischen Denkens überstülpen wollen. Doch seien sie mit der Machteroberung in den Zwang geraten, dem Land und

seinen Bevölkerungen einen „großen Sprung" zuzumuten, der die objektiven Möglichkeiten überforderte und eine eigengesetzliche Dynamik auslöste. „Das revolutionäre Rußland beschritt eigene Wege, die die Revolution von den originären emanzipatorischen Zielen der sozialistischen Bewegung wegführten." Gorki aber komme das Verdienst zu, in der komplizierten und unübersichtlichen Situation von 1917/18 gravierende Defizite im Revolutionsverständnis der Bolschewiken angeprangert zu haben.

Dr. Wladislaw Hedeler (Berlin), ebenfalls Spezialist für russische Geschichte, sprach über den gravierenden Gegensatz, der die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands teilte. Das Gewicht seiner Darlegung lag auf einem der beiden Antipoden: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie? Die Menschewiki". Ausgehend von der Revolution des Jahres 1905, erinnerte Hedeler die wechselseitigen Unterstellungen. „Nachtrabpolitik" schimpften Bolschewiken und zumal Lenin die Theorie und Praxis der Menschewiken; Strategen des „revolutionären Sprunges" nannten die Menschewiken ihre innerparteilichen Gegner. Mit dieser dauernden Konfrontation, die durch das Ja oder Nein zur Teilnahme am Weltkrieg enorm verschärft wurde, gelangten beide Strömungen in die Revolution von 1917 und in den unversöhnlichen Streit um Lenins „April-Thesen". Der menschewistische Wortführer Zereteli, der den Sinn des konkreten geschichtlichen Augenblicks darin sah, die Errungenschaften der Februarrevolution in einer noch zu konstituierenden „demokratischen Republik" zu sichern und auszubauen, kritisierte an Lenin eine „anarchistische Demagogie", die nicht der gebotenen analytischen Frage nachgehe, ob die Bedingungen für eine Diktatur des Proletariats und der niederen Bauernschaft in Rußland überhaupt schon vorhanden seien. Die Argumente vieler menschewistischer Diskutanten leiteten sich aus einer Passage von Friedrich Engels im „Deutschen Bauernkrieg" ab, wonach die historisch verfrühte Machteroberung durch eine revolutionäre Partei der sichere Weg in den eigenen Untergang sei. („Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert ... Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eignen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren." Marx-Engels, Werke, Bd. 7, S. 400f.)

Hedeler betonte, daß Lenin auf dieses Problem theoretisch-inhaltlich nicht eingegangen sei, sondern seine Gegenkritik auf verbale Ausfälle gegen Personen beschränkte. „Kleinbürger", „Sozialchauvinisten" und „Handlanger der Bourgeoisie" waren seine häufigsten Wortattacken. Daß die Bolschewiken genaugenommen nur „Anarchisten" seien, die sich als Marxisten ausgäben, war die Behauptung der Gegenseite.

In der Öffentlichkeit hätten die Menschewiken, die sich nach der Februarrevolution für einen „friedlichen Weg" der Erneuerung von Staat und Gesellschaft erklärten, die Zustimmung kriegsmüder Bevölkerungsschichten und zugleich eine führende Stellung in den Sowjets gewinnen können. Doch schlugen im Verlauf des Revolutionsgeschehens zwei Probleme zu ihren Ungunsten aus: erstens - wie bei den Sozialrevolutionären - die Teilnahme an den von bürgerlich-liberalistischen Eigentümerinteressen dominierten provisorischen Koalitionsregierungen; zweitens der Umstand, daß sie infolge ihrer Auffassung der innerparteilichen Demokratie in fraktionelle Gruppen zersplittert und daher keine einheitlich organisierte „Kaderpartei" wie die Bolschewiken waren. Aufgrund der sich radikalisierenden Bewegungen im Volk wurden sie im Sommer und Herbst 1917 von den Bolschewiken überflügelt. In der Oktoberrevolution standen die von Martow angeführten Menschewiki-Internationalisten den Bolschewiken am nächsten. Nachdem letztere die Macht erobert hatten und versuchten, die Revolution teils weiterzutreiben, teils gegen innere und äußere Konterrevolution zu verteidigen, hätten sich die Menschewiken loyal zur Sowjetmacht verhalten und auf die Arbeit in den Gewerkschaften konzentriert. Der Aufstand in Kronstadt (1921) sei jedoch die Zäsur gewesen, seitdem sie von den regierenden Bolschewiken, die sich längst zur Kommunistischen Partei verselbständigt hatten, zunehmend in die Illegalität und die Emigration getrieben wurden. In der inner- und außerrussischen Urteilsbildung wurden die Menschewiken als „Sozialdemokraten" aufgefaßt.

„Recht und Rechtstheorie in der Oktoberrevolution" war das Thema des Rechtsphilosophen *Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin)*. Er begründete eingangs das „Recht auf Revolution" aus den politischen Tatsachen und den philosophischen Reflexionen in der Geschichte. Daß kein juristisches, wohl aber ein historisches Recht auf Revolution existiere, zeitigten bereits die Aufklärungsdebatten, deren Erkenntnis schließlich von Hegel verdichtet wurde: Ein hundertjähriges Recht gehe „mit Recht zugrunde", sobald seine Basis wegfalle, welche die Bedingung seiner Existenz gewesen ist. Revolutionen auf gesetzlichem Wege seien ein „Widerspruch in

sich selbst", folgerten Marx und Engels, die revolutionären Linken aus der Hegelschen Schule, denn es finde ein Kampf zweier Gewalten statt, der nicht durch das Recht, sondern durch die Geschichte entschieden werde - insofern sei die Revolution der „Rechtstitel des Volkes". Dies gelte auch für die bolschewistische Revolution von 1917, wo die Herausbildung eines neuen Rechts auf dem Grab des alten Rechts erfolgte.

Klenner mahnte, die weltpolitischen Wirkungen nicht zu vergessen, mit denen die Oktoberrevolution und die Sowjetunion ein ganzes Zeitalter von 1917 bis 1990 prägten. Doch im Mittelpunkt seiner Darlegungen stand die historisch-kritische Prüfung der Rechtsauffassungen Lenins während seiner Regierungszeit. Das in Sowjetrußland verordnete neue Recht sei seinem Inhalt nach Produkt, Programm und zugleich Illusion der Revolution gewesen - letzteres, weil die baldige „Weltrevolution", der Sieg des Sozialismus in allen Ländern, eine Perspektive selbst in juristischen Texten war. Auch seiner Form nach habe dieses Recht eine Einmaligkeit gehabt, weil die zahlreichen Dekrete „nichtnormative Texte" enthielten. Sie sollten die Massen instruieren, d. h. zum praktischen Handeln anweisen, und seien also eine Form der Propaganda gewesen. Überdies wurden die Gerichte legitimiert, sich von einem sozialistisch-revolutionären Gerechtigkeitsgefühl leiten und sogar von „extrajudikativen Gewalten" in ihren Entscheidungen beeinflussen zu lassen. Klenner urteilte kritisch: „Ohne einen Normativcharakter ist aber Gesetzlichkeit nicht zu haben." Das führte logisch zur Rolle des Terrors. Im November 1917 von der „terreur" der französischen Jakobinerdiktatur sich noch abgrenzend, verlangte Lenin am 17. Mai 1922 im Brief an den Volkskommissar für Justiz, D. I. Kurski, geradezu die „Rechtfertigung des Terrors" durch Paragraphen des Strafgesetzbuches. Schon am 15. Februar hatte er in einem Geheimschreiben, das in den „Werken" und der Briefausgabe nicht publiziert wurde, die Verstärkung von Unterdrückungsmaßnahmen „insbesondere gegen Menschewiki und Sozialrevolutionäre" gefordert: durch „Monsterprozesse ... erbarmungslos bis hin zur Erschießung". Darin offenbarte sich eine Geringschätzung des Rechts, die sich bis zur Auflösung der Rechtsform erstreckte. Eine Selbstbindung der Macht an das Recht war nicht vorgesehen, so daß das Recht nur als „Mittel", nicht als „Maß" der Herrschaftsinstitutionen eingesetzt wurde. Der Referent sagte treffend: „Wo Gesetzlichkeit nur verstanden wird als strikte Befolgung der Obrigkeitsanordnungen durch deren Adressaten statt auch als den Anspruch der die Staatsgewalt konstituierenden Bürger, als nur gesetzlich geregelte Eingriffsmöglichkeiten der Obrigkeit in die Freiheitssphäre eben

dieser Bürger, ist die Staatsgewalt jedenfalls nicht vergesellschaftet, nicht sozialisiert, nicht einmal demokratisiert." Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes besteht nicht ohne ein Selbstbestimmungsrecht seiner Individuen - ergo ist das Volk nur Objekt des Rechts und der Staat ein Obrigkeitsstaat gewesen. Klenner bewies diese Tatsache anhand der Rechtsdefinitionen, die sich von Lenin bis in die Stalinzeit erstreckten. Er bewies bei alledem auch den Abstand des studierten Juristen Lenin gegenüber der Menschen- und Bürgerrechtskonzeption des studierten Juristen Karl Marx.

Für eine differenzierte Sicht auf die Bolschewiken in und nach der Revolution plädierte der Soziologe *Prof. Dr. Helmut Steiner (Berlin)* mit dem historischen Porträt einer Frau: „Alexandra Kollontai - Eine Leninistin eigenen Profils". Weil er ihr heutiges Lebensbild darauf beschränkt sah, letztlich nur eine Gestalt im „goldenen Käfig der Diplomatie" gewesen zu sein, skizzierte er die politische Biographie. Schon seit einem Vierteljahrhundert vor der Revolution in der Fürsorge für Arbeiter und politische Gefangene tätig, sich für den Marxismus und in der Sozialdemokratie engagierend, lebte Kollontai in vielen Ländern Europas im Kontakt zu namhaften Persönlichkeiten der deutschen, französischen, skandinavischen Arbeiterbewegung. Sie war eine entschiedene Kriegsgegnerin, kooperierte als solche eng mit Lenin und trat nach dem Sieg des Petrograder Oktoberaufstands als Volkskommissarin für staatliche Fürsorge in die erste Sowjetregierung ein. Obwohl sie mehrfach gegen den Führer der bolschewistischen Partei opponierte, gab sie ein Beispiel, daß harte politische Auseinandersetzungen gleichwohl freundschaftliche Beziehungen nicht ausschlossen. Der Referent charakterisierte Kollontai als eine „Leninistin" von ganz anderer Art, als Stalin - nach Lenins Tod - den „Marxismus-Leninismus" und seine Verfechter propagierte.

Merkmal des eigenen Profils war insbesondere Kollontais Rolle als Propagandistin für ein Verständnis des Zusammenhangs von Sozialismus und Frauenemanzipation, von sozialer Revolution und feministischem Anspruch. Sie vertrat letzteren als allseitig, so daß er sämtliche Lebensbereiche der Frau erfassen müsse: gleichberechtigte Beziehungen in der Familie, Gleichberechtigung und daraus erwachsende Selbstverantwortung bei Lebensentscheidungen und Sexualverhalten, neue und moralisch anerkannte Geschlechterbeziehungen in einer neuen Gesellschaft. Dieses Konzept propagierte sie vor und während der Revolution in aufklärenden Vorträgen, Büchern, kleineren Publikationen, auch belletristischen Schriften, und überdies lebte sie ihre Vorstellungen selbst. Ihre feministischen Positionen sind nach den Aufbrüchen im Jahre 1968 von den

alternativen Frauenbewegungen Westeuropas und der USA rezipiert worden - im Gegensatz zu Sowjetrußland, wo bereits 1923 eine offizielle Polemik einsetzte, die Kollontais Ansichten zurückwies, einen Teil ihrer Schriften als „Pornographie und Boulevardliteratur" negierte.

Aus dem stetigen Umgang mit werktätigen Frauen und Männern erwuchs schließlich auch ihre Rolle als Streitführerin der Arbeiteropposition auf dem X. Parteitag der Bolschewiken und dem Kongreß der Kommunistischen Internationale im Jahre 1921. In einer grundsätzlichen und heftig ausgetragenen Streitsache gegen Lenin, die später in den „real-sozialistischen" Ländern als „Gewerkschaftsdiskussion" und fast nur mit Lenins Argumenten erinnert worden ist, ging es um den basisdemokratischen Stellenwert der Gewerkschaften und um eine prinzipielle Kritik an bürokratisch-zentralistischen Tendenzen des Machtsystems der Bolschewiken. Steiner vertrat das wissenschaftliche Erfordernis, diese gesamte Debatte, vor allem die Kritik Kollontais und des Manifestes der Arbeiteropposition, zu analysieren. Letztere wurde von Parteitag und Kongreß abgelehnt. Kollontai selbst avancierte in den folgenden Jahren zur Gesandten: Weltweit erste Diplomatin in hohem Rang, vertrat sie hinfort die Sowjetunion in Norwegen, Mexiko und Schweden. Sie war eine der wenigen Revolutionsgefährten Lenins, die eines natürlichen Todes (1952) starben, also nicht von Stalins Staatsterrorismus vernichtet wurden.

Über die Bedeutung der Revolution von 1917 für die Kunstgeschichte sprach der Kunsthistoriker *Prof. Dr. Peter Feist (Berlin)* unter dem kritischen Aspekt „Die Vergeudung der bildenden Kunst". Das Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg habe durch Versuche und Novationen in den bildenden Künsten Europas und Amerikas eine Phase großer Kreativität hervorgebracht, und auch Künstler Rußlands hätten trotz ihrer kulturgeographischen Randlage einen Anteil daran. Feist nannte neben dem Expressionismus als Beispiele auch die „dynamisch-emphatische Abstraktion" der Kubo-Futuristen, die „Reduktion auf elementarste Bildmittel" bei K. Malewitsch, die auf „Raumempfinden" orientierten Arbeiten von W. Tatlin - allesamt Musterfälle der untraditionellen Gestaltungsweise, deren Radikalität gleichsam die Krise von Staat und Gesellschaft des Zarismus anzeigte. Solcherart Künstler hätten anfangs inner- und außerhalb Rußlands das „sowjetische Experiment" mit Neugier, Hoffnung und Begeisterung aufgenommen. Während jene, die stilistisch dem Realismus des 19. Jahrhunderts verhaftet waren, eher zögerlich blieben, boten gerade die „modernsten" Künstler ihre Mitarbeit zur Revolutionierung der Kultur und der Kunstverhältnisse an. Ihre Aktivitäten richteten sich auf die

Umgestaltung der Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse des künstlerischen Nachwuchses und auf die öffentliche Wirksamkeit der Kunst, konkret besonders durch Denkmalplastik, temporäre Festgestaltung, Plakatgrafik. Der von Tatlin seit 1919 entworfene Turm, anfangs als Denkmal der Oktoberrevolution, dann der III., Kommunistischen Internationale gedacht, sei ein Symptom für revolutionäres Engagement, aber auch für utopische Verstiegenheit gewesen.

Nach dem Bürger- und Interventionskrieg gerieten die bis dahin frei differierenden Künstler und ihre Gruppierungen zunehmend unter die politische Steuerung der von Stalin repräsentierten Partei- und Staatsmacht: Diese bekämpfte künstlerischen „Anarchismus" durch Disziplinierung, gebot 1932 die Auflösung aller Gruppierungen und die Bildung einheitlicher Verbände, wobei sich der Verband der bildenden Künstler allerdings erst 1948 konstituierte. Der obrigkeitliche Beschluß beendete eine ebenso turbulente wie fruchtbare Kunstperiode, deren Arbeiten und Vorstellungen nicht ausreifen konnten. Auch die Theoriediskussionen über Gegenstand und Rolle der Künste wurden durch eine Definition des „sozialistischen Realismus" (1934) eingeschränkt und dogmatisiert.

Der Referent bilanzierte die „Vergeudung der bildenden Kunst" in abschließenden Bemerkungen. Die Avantgardisten selbst hätten mit ihrer Orientiertheit auf formale Experimente „zuviel von traditionellen Elementen der Kunst" preisgegeben, und sie seien für die Massen schwer verständlich gewesen. So sei die sprichwörtliche Verschmelzung von „Kunst und Leben" eine Illusion geblieben. Die politischen Machthaber indessen favorisierten traditionelle Kunstansichten, verschafften ebendiesen quasi gesetzliche Gültigkeit. Kunst sollte das politische Bewußtsein der Massen bilden, und insbesondere „Kolossalität" schien geeignet, die Sowjetbürger zu überzeugen oder auch einzuschüchtern. Resultat waren die bekannten Werke des Heroen- und Führerkults - nicht zuletzt zur Verherrlichung Stalins. In dieser politischen Atmosphäre wurden viele „Modernisten" ihrer Wirkung beraubt, zur Anpassung gezwungen oder verfolgt, getötet, ins Ausland vertrieben.

„Der 7. und der 9. November. Russische Revolution und deutsche Kommunisten" lautet das Thema, das sich *Prof. Dr. Klaus Kinner (Leipzig)*, Spezialist für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts, zur Aufgabe machte. Die im Titel angesprochenen Daten meinen die Beziehung zwischen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 - und zwar in der histori-

schen Reflexion und Selbstbeurteilung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Aufschlußreich ist zunächst Kinners methodologische Position als Historiker. Gegen den heutigen Trend, Geschichte selektierend „von hinten", anhand von späten Ergebnissen zu beurteilen, also „das Scheitern des von der Russischen Revolution intendierten Parteikommunismus als das Scheitern eines von vornherein zum Untergang verurteilten Projektes darzustellen", vertritt er einen anderen Denkansatz. Wenn Geschichte als Resultante divergierender Interessen und politisch-sozialer Träger derselben, folglich als ein „offenes Sytem", zu begreifen ist, so gelte dies nicht bloß für die Gegenwart. Das Vergangene müsse anhand seiner zeitgenössischen Verhältnisse beurteilt werden. Ergo nannte Kinner eine konkret-historische Prämisse für die Untersuchung seines Gegenstandes: „Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts als vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktionstyp war an Wachstumsgrenzen gestoßen. Der Übergang zum vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktionstyp vollzog sich in einer Strukturbruchkrise. Die Welt ... trat in ein Zeitalter der Katastrophen ein. Der Kommunismus war eine legitime Reaktion auf diese Weltkrise des liberalen Kapitalismus. Die radikale Infragestellung des kapitalistischen Systems dieser Zeit war ebenso legitim wie die reformistische."

Die historische Legitimität der antikapitalistischen Alternative anzuerkennen, bedeutet für Kinner keinen Verzicht auf historisch-kritische Interpretation. So thematisierte er den Zwiespalt zwischen objektivem Geschehen und subjektiver Wahrnehmung. Die Kommunistische Partei Deutschlands konstituierte sich erst am Jahreswechsel 1918/19, als die Folgen der bolschewistischen Machteroberung in Rußland schon problematisch wurden und die Novemberrevolution in Deutschland ihren Zenit überschritt. Mit ihrem Selbstverständnis aber sahen sich die deutschen Kommunisten in einer seit 1914 begonnenen „Endzeit" des kapitalistischen Systems, begriffen sie die bolschewistische Revolution im Riesenreich Rußland als Beginn einer naturgesetzlich obsiegenden „Weltrevolution" und sich selbst als geschichtsmächtige Vollstrecker eines nahe bevorstehenden „deutschen Oktobers". Das waren Fiktionen, denen das Ende der Novemberrevolution und die Weimarer Republik immer weniger Nahrung boten. Die ins Dilemma kommende KPD habe, so interpretierte der Referent, in der Sowjetunion einen „Revolutionsersatz" gefunden. Sie fixierte sich auf UdSSR und Kommunistische Internationale, hegte ihren weltrevolutionären Utopismus in der nichtrevolutionären Situation der Weimarer Demokratie und verweigerte, deren Lebenswirklichkeit anzunehmen.

Je mehr sich der Kapitalismus stabilisierte und je weiter sich daher die Möglichkeiten zur revolutionären Aktion entfernten, desto krasser sei die revolutionäre Attitüde der Selbstdarstellung geworden. Die geistig-kulturelle Abschottung des deutschen Kommunismus war demnach nicht nur von Moskauer Politzentralen verschuldet, sondern auch hausgemacht.

Am zehnten Jahrestag der Oktoberrevolution habe die KPD schließlich vor der Alternative zweier Wege gestanden: entweder „genuine proletarische Emanzipation eines demokratischen Sozialismus" in der Nachfolge Rosa Luxemburgs, Paul Levis, August Thalheimers - oder „Verabsolutierung der Russischen Revolution", die inzwischen unter die Deutungsmacht Stalins geraten war. Seit Lenins Krankheit und Tod hatte dieser den Streit um die „Lehren des Oktober" benutzt, um Trotzki, Kamenew, Sinowjew u. a. als Rivalen auszuschalten. Er zwang zusehends auch die KPD unter seinen Einfluß. In der parteimäßigen Rezeption wurde der Vergleich zwischen dem russischen 7. November 1917 und dem deutschen 9. November 1918 zu einem Kriterium der Bolschewisierung, also auch der Übernahme des stalinistischen Geschichtsbildes: „Der russische Oktober war siegreich dank der Existenz der Bolschewiki als Avantgarde der Revolution; der deutsche November scheiterte, da eine solche Kraft fehlte." Diese These verschärfte den innerparteilichen Zwist um die Bewertung der deutschen Linken vor und während des Weltkriegs, des Spartakusbundes, der Gründung und Frühzeit der KPD, wobei Rosa Luxemburg eine „Spontaneitätsmythologie" angelastet wurde, die „nichts anderes als die Negierung der Partei" gewesen sei. Die Debatte endete zu Beginn der 30er Jahre mit der Verurteilung des „Luxemburgismus" als parteifeindlicher Ideologie. Wenige Jahre später gerieten viele deutsche Emigranten mit der Etikettierung, „luxemburgisch-trotzkistische" Verschwörer zu sein, in die Fänge des Stalinschen Staatsterrors. Das Konzept der „Weltrevolution" verkümmerte indes zur propagandistischen Floskel einer Machtpolitik, die ihre großrussischen Interessen mit dem als „allgemeingültig" bezeichneten Modell der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" drapierte.

Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Transformationsprozesse im gegenwärtigen Rußland vermittelte *Prof. Dr. Horst Schützler (Berlin)* einige Merkmale des Wandels der Geschichtsschreibung: „Paradigmenwechsel der heutigen russischen Historiographie". Während die öffentliche Meinung durch D. Wolkogonows massenhaft publiziertes und abschreckendes Triptychon über Lenin, Trotzki und Stalin nicht wenig beeinflußt sei, vollziehe sich der Wandel in der ernst-

hafteren Wissenschaft unter dem Signum möglichst neuer und freier Forschung sowie des „Pluralismus" der weltanschaulich-theoretischen Grundlagen. Die Hegemonie der „marxistisch-leninistischen" Schule ist gänzlich gebrochen. Auch das Interesse für die Russische Revolution ist vermindert, zumal die heutige Staatsführung ihre geschichtliche Verwurzelung aus der Zeit vor 1917 herleitet - nicht zuletzt aus der Autokratie „guter Zaren" und dem Versuch der Stolypinschen Reformen.

Mit dem Rückzug des sowjetrussischen Geschichtsbildes schwand der Anspruch des bolschewistischen Avantgardismus und seiner welthistorischen Titel. Von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" ist die Größe gestrichen, das Attribut „sozialistisch" umstritten, der noch verwendete Begriff „Oktoberrevolution" in Frage gestellt durch die Bezeichnungen „Oktoberumsturz", „bolschewistischer Umsturz", „Putsch der Bolschewiki", „bolschewistische Verschwörung". Das gesamte Geschehen von 1917 wird wieder als Russische Revolution und als ein einheitlicher Prozeß aufgefaßt - ganz wie ihn damals die Zeitgenossen erlebten. Das schließt Unterscheidungen für den „Februar" und den „Oktober" nicht aus. In Vielfalt und Divergenz der Meinungen beobachtete der Referent eine wachsende Ablehnung der von Marx abgeleiteten Formationsgeschichte und ihrer Schemata, zumindest hinsichtlich der Anwendung auf die russische Geschichte. „Februar" und „Oktober" seien keine epochal verschiedenen „Formationsrevolutionen" gewesen. Schon der „Februar" werde mit der Bezeichnung „bürgerlich-demokratische Revolution" nicht richtig erfaßt: Der Form nach hätten sowohl demokratische als auch sozialistische Kräfte dominiert - aber in einem Geschehen, dessen Wesen „anarchistisch und ochlokratisch" war. Russische Besonderheiten prägen auch die Debatten über den Charakter der Oktoberrevolution. Gegenüber der vereinfachten, auch dogmatisierten Bezeichnung als „sozialistisch" müßten gewichtige Einwände bedacht werden: „Die Massen hatten kaum sozialistische Vorstellungen und Ziele; ihnen ging es um das physische Überleben; antibürgerliches Verhalten darf nicht mit prosozialistischem gleichgesetzt werden; ... die Bolschewiki siegten nicht unter sozialistischen, sondern unter demokratischen Losungen; ... die ersten Maßnahmen der Sowjetmacht hatten keinen sozialistischen Charakter; ... tatsächlich war sich das Volk nicht bewußt, daß es eine 'sozialistische Wahl' getroffen hatte."

Die Diskussion über das Wesen der beiden Umbrüche von 1917 führte zur Frage nach den besonderen gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen. „Revolution und Rückständigkeit" war Thema des Rates für die

„Geschichte der Revolutionen in Rußland", wo der Vorsitzende P. W. Wolobujew von einem Land „zweier Zivilisationen" sprach: „der europäisch-städtischen und der traditionell-dörflichen". Schon die Februarrevolution sei Folge einer mangelhaften sozialen und agrarindustriellen „Modernisierung" gewesen. Die Bolschewiken hätten die Rückständigkeit Rußlands ausnutzen können, so daß die Oktoberrevolution siegte und zum Ausgangspunkt der unter Stalin erfolgten „nachholenden Modernisierung sozialistischen Typs" wurde. Jedoch die These vom „sozialistischen" Charakter der bolschewistischen Machteroberung wird mit Berufung auf die ökosoziale Zurückgebliebenheit des ganzen Landes abgewiesen, wobei die Beurteilung dieser Revolution vom Positiven zum Negativen, vom Bild des bahnbrechenden Sieges zu dem der „Katastrophe" wechselt. Hinter alledem steht die konkret-historische Frage, welche Möglichkeiten der Machtgestaltung im Prozeß der Russischen Revolution sichtbar wurden. Schützler bezeichnete sechs verschiedene Varianten: eine „bürgerlich-demokratische" (Kerenski), eine „Generalsdiktatur" (Kornilow), eine „menschewistische" (Tscheidse, Zereteli u. a.), eine „homogen-sozialistische" (Martow), eine „bolschewistisch-linksradikale" (Lenin) und eine Kombination von Sowjets und Konstituante.

Den Abschluß des Kolloquiums bildete ein Beitrag des Philosophen *Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn (Berlin)*. Er hatte bei Revolutionsdebatten anderenorts ein weit verbreitetes Defizit an Historizität im Begrifflichen beobachtet und konzentrierte seine Gedanken auf ebendieses Problem: „Begrifflichkeit und Realität: Revolution im 20. Jahrhundert". Mit Blick auf die neuzeitliche Begriffsgeschichte des Wortes „Revolution" vermittelte der Referent die Einsicht, daß Revolution ein historisch sich veränderndes, widersprüchliches Phänomen ist und daher der Begriffsbildung zur Aufgabe macht, konkreter Geschichtlichkeit zu entsprechen. Er sah das Begreifen des Phänomens in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auf der Höhe der Zeit, insofern „Revolution" als ein komplexer Strukturwandel der Gesellschaftsverhältnisse erkannt wurde, der letzten Endes „durch angestaute sozialökonomische Konflikte des Produktions- und Reproduktionsprozesses" bedingt sei. Jedoch nannte er zwei Aspekte, unter denen die geistige Rekonstruktion konkret-historischer Wandlungsprozesse als schwierig erscheinen muß. Erstens habe man es mit „hochkomplexen und irreversiblen Systemveränderungen zu tun, in denen - zusammen mit Kontinuitäten - Zufallsereignisse, Kontinuitätsbrüche und Imponderabilien aller Art eine wesentliche Rolle spielen". Deshalb sei jede Behauptung, das Zukünftige mit Sicherheit zu wissen, ein

Wunschdenken. Vielfalt der agierenden Kräfte, Offenheit möglicher Wandlungen und Resultate gestatten den Vorstellungen von Weg und Ziel lediglich den Rang einer vorläufigen Hypothese. Zweitens betonte auch er, wie sein Vorredner, daß sich geschichtliche Prozesse immer als Resultanten des Zusammenwirkens unendlich vieler Absichten und Aktionen herausbilden, daß daher die allgemeinen Folgen des Handelns von den Konzepten und Plänen der Beteiligten notwendigerweise abweichen. So ergibt sich denn eine „Inkongruenz von Intention und geschichtlichem Resultat", die jedwedes Konzept scheitern läßt, das durch Kritik und Korrektur nicht stetig präzisiert wird.

Überzogene Zukunftsgewißheit und mangelhafte Konzeptkorrektur sah der Referent bei der sozialistischen Arbeiterbewegung seit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert. Bereits die Vorstellungen vom Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie und von der nahe bevorstehenden sozialistischen Umwälzung, die beispielsweise durch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie (1891) geprägt waren, entsprachen nicht ganz den Vorgängen, die realgeschichtlich passierten. Es hatten strukturelle Wandlungen eingesetzt, die die sozialökonomischen Konfliktfelder, überhaupt die Voraussetzungen des Ringens um Demokratie und Sozialismus veränderten. Eichhorn meinte einerseits jene Kette von „Imperialkriegen, Kriegsprovokationen und Rüstungen auf hochtechnologischer Grundlage", die allzubald in den Ersten Weltkrieg, die „Urkatastrophe des Jahrhunderts", einmündete. Andererseits sah er den Anfang einer „Rebellion der unterjochten Völker kolonialer und abhängiger Länder gegen die imperialen Metropolen". Darin habe sich eine Verschiebung der historischen Bewegungsrichtung angekündigt, die in der Russischen Revolution und der Chinesischen Revolution offenbar wurde. Die Folgerung lautete: „Diese beiden Revolutionen formten die revolutionäre Geschichte der ersten Jahrhunderthälfte. Und wenn wir danach fragen, was für sie und für ihre weltgeschichtlichen Wirkungen kennzeichnend ist, so kommen wir nicht um die Antwort herum, daß es sich um den *Ausbruch eines großen Teils der Menschheit aus dem Imperialkrieg und seinen Verkettungen und aus dem System der kolonialen und halbkolonialen Unterdrückung handelt.*" Dabei sei eine Verlagerung der gesellschaftlichen Transformationen an die „Peripherie oder Semiperipherie mit multiformationellen Einflußfaktoren" erfolgt, die durch die Prognose des Erfurter Programms, die proletarischen und eurozentristischen Schemata nicht erfaßt werden konnte.

An dieser Stelle richtete Eichhorn seine Kritik gegen Heutige, die den Begriff „Große Sozialistische Oktoberrevolution" für unanfechtbar erklären. Wohl sei der Sozialismus als Programm oder Programmziel eine machtvolle Antriebskraft gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen des Jahrhunderts geworden - wie denn auch Errungenschaften in materieller und kultureller Hinsicht zustande kamen, die gegenüber der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft eine Alternative bedeuteten. Doch die Errichtung einer neuen, zur kapitalistischen Produktionsweise alternativen und ihr auf Dauer überlegenen Produktionsweise mißlang. Die Klippe, an der dies scheiterte, sei vor allem die beginnende „informations- und kommunikationstechnologische Revolution der Produktions- und Lebensweise" gewesen. Daraus sei zu folgern, daß bei tradierten Begriffsverwendungen wie „Sozialismus", „sozialistisch" und zudem „groß" eine historisch-theoretische Vorsicht walten müsse. - Ein Bemühen um Präzisierung sozialistischer Konzeptionen angesichts der historischen Realitäten erkannte Eichhorn schon in Lenins letzten Lebensjahren: So etwa im Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens (1919), wo Lenin aus den Erfahrungen seit Jahrhundertbeginn den Schluß zog, daß die sozialistische Revolution nicht nur und nicht einmal hauptsächlich ein Kampf der revolutionären Proletarier eines jeden Landes gegen die eigene Bourgeoisie sein werde, sondern ein Kampf „aller abhängigen Länder gegen den Imperialismus". So auch die Neue Ökonomische Politik, das erste sozialistische Konzept für eine Entwicklung der Produktivkräfte, in welche Marktwirtschaft und Pluralität von Eigentumsformen integriert wurden. Die im Artikel über das Genossenschaftswesen enthaltene Bemerkung, „daß sich unsere ganze Auffassung vom Sozialismus grundlegend geändert hat", läßt vermuten, wie sehr ein fortlebender Lenin kritisch und präzisierend gedacht hätte.

Es ist bekannt, daß solcherart Denkansätze in der Herrschaftszeit Stalins nicht fortgesetzt wurden, obwohl die Kommunisten durch den Faschismus in eine ganz neue geschichtliche Situation mit dem Erfordernis breitester Bündnispolitik gerieten. Die Korrekturen des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale kamen zu spät, wurden von Stalinschen Institutionen abgeblockt, lagen aber auf einer strategischen Linie, die schließlich zur Anti-Hitler-Koalition führte. Diese „kapitalistisch-kommunistische Allianz" gegen den Faschismus sei das „entscheidende Moment" in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gewesen, urteilte der Referent im Einklang mit E. Hobsbawm. Der von den Westmächten deklarierte Kalte

Krieg habe dann allerdings bewirkt, daß das alte und unbewegliche „Sozialismus-Kapitalismus-Schema", vor dem Lenin schon warnte, wieder hervorgeholt wurde. Die waffenstarrende Systemkonfrontation und die unrichtige Definition einer „Epoche des gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus" (1957) habe das Verständnis für ein anderes nahezu verdunkelt: die erwähnte systemübergreifende und globale Umwälzung der Produktions- und Lebensweise großer Menschenmassen, im Grunde sogar der Menschheit. Sie schreitet gründlicher und schneller voran als jede bisherige Umwälzung in der Geschichte.

Das Phänomen der Revolution hat sich also in diesem Jahrhundert verändert und verändert sich weiterhin, so daß sich auch die Begrifflichkeit ändern muß. „Die anwachsenden und sich verdichtenden globalen Interdependenzen, die zugleich mit regionalen Zentrenbildungen und mit sozialstruktureller und soziokultureller Multiversalität einhergehen, bilden einen neuen Bezugsrahmen. Zu berücksichtigen haben wir, daß wir es mit einer dynamischen Welt zu tun haben, die in wachsendem Maße global vernetzt und voller Instabilitäten ist, so daß kleine Veränderungen und geringfügige Störungen große Erschütterungen und Katastrophen globalen Ausmaßes nach sich ziehen können, die noch allemal auf Kosten der armen Völker und der Armen und Subalternen in aller Welt gehen." Eichhorn endete mit der These, daß die Kette ineinander verschlungener Revolutionszyklen, die von den frühbürgerlichen Umwälzungen in Europa bis zu den großen Volksrevolutionen des 20. Jahrhunderts in Rußland und China reicht und deren Glieder weltgeschichtlich bedeutsame Knotenpunkte waren, offenbar zu Ende geht. Ob man das so formulieren kann, möge dahinstehen - sagte der Referent selbst.

Helmut Bock

Literatur

Nachfolgend seien zur Thematik gehörende Arbeiten aufgeführt, die von den Referenten im 80. Jahr der Russischen Revolution publiziert worden sind.

Bock, Helmut: Vorbemerkungen. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, hg. v. W. Hedeler, H. Schützler, S. Striegnitz, Berlin 1997, S. 17-32.

Derselbe: Die Russische Revolution 1917. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 29, Bonn 1997, S. 81-94.

Derselbe: Die Russische Revolution 1917 - „Kriegskind des 20. Jahrhunderts". In: UTOPIE kreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen, Berlin, H. 85/86, November/Dezember 1997, S. 7-20.

Eichhorn, Wolfgang: Begrifflichkeit und geschichtliche Realität. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 103-108.

Hedeler, Wladislaw: Russische sozialistische Parteien im Kampf um die Macht. In: Die Russische Revolution 1917.Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 74-86.

Derselbe: Nachtrabpolitik oder revolutionärer Sprung? Ein alter Streit über die Auslegung der Klassiker. In: Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, hg. v. Th. Bergmann, W. Hedeler, M. Keßler, G. Schäfer, Hamburg 1997, S. 73-82.

Kinner, Klaus: Fanal und Trauma. Die KPD und die Russische Revolution - zehn Jahre danach. In: Die RussischeRevolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a., a. O., S. 137-155.

Schützler, Horst: Die Revolution von 1917 im Paradigmawechsel der Historiographie Rußlands. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 155-174.

Derselbe: Die Russische Revolution 1917 und ihre Historiographie im heutigen Rußland. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 222-230.

Striegnitz, Sonja: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre - Wiedergeburt und Positionsbestimmung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?, a. a. O., S. 94 -114.

Dieselbe: Sozialrevolutionäre und Koalitionsregierung. In: Der Widerschein der Russischen Revolution, a. a. O., S. 46-54.

Dieselbe: Sozialrevolutionäre, Sowjets und Provisorische Regierung (März bis Oktober 1917). In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte, a. a. O., S. 237-246.

Wegner, Michael: Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Der Widerschein der Russischen Revolution, a. a. O., S. 83-92.

Winfried Engler

Die Bartholomäusnacht im französischen Roman*
Mérimée - Dumas - Merle

Ein Titel, der präzise klingt und doch irreführend ist, denn mit einer Inventur der in Motiv- und Stofflexika belegten Werke wäre es beim Stand der Thematologie und Intertextualitätsforschung nicht mehr getan. Skizziert werden vielmehr, mit allen Erkenntnis- und Deutungsrisiken bei einem auf drei Romane *(Chronique du règne Charles IX, La reine Margot, Paris ma bonne Ville)* reduzierten Textcorpus, spezifische Funktionalisierungen eines narrativen Modells, das Geschichte aufblendet, *indem* es sie personalisiert. Wie ist die Relation Mustertext: Folgetext darzustellen? Unter welchen Kommunikationsbedingungen setzt sich eine Subgattung selbst reflexiv?

Die dazu gehörige Frage, literarhistorisch gestellt, lautet: Wenn 1829 Prosper Mérimée eine Erzählung des Umfelds der Bartholomäusnacht (1572) zum Anlaß einer ironischen Selbstverständigung über die Erzählbarkeit historischer Stoffe nimmt und er die entstehende Romanstruktur zu ihrer eigenen Erklärung nutzt, verpflichtet diese Tendenz zur Entfiktionisierung mit den Mitteln der Fiktion später Alexandre Dumas oder Robert Merle? Verhalten und erklären sich Hypo- und Hypertext, um mit der Terminologie auch die Kategorisierung der Intertextualitätsforschung aufzunehmen, durchweg nach ausweisbaren Gesetzmäßigkeiten? Sind ideologische Abstände, weil die Erwartung an den Geschichtsroman in der Restauration, der Junimonarchie und der Fünften Republik historische Marken setzen, immer schon als künstlerische Verbesserung zu klassifizieren? Sollte die Literaturtheorie schließlich auf dem Abbildcharakter jeglicher Literatur und ihrer Referentialisierbarkeit bestehen oder könnte vielmehr mit - überraschender - Berufung auf Bonald als konterrevolutionären Wortführer eines Konzepts der Entpersönlichung künstlerischer Leistung („expression de la societé") die sich progressiv gebende Intertextualitäts-

---

* Kurzfassung eines Vortrages vor dem Plenum, der Leibniz-Sozietät am 20. Juni 1996. Die überarbeitete Langfassung erscheint in der *Zeitschrift für französische Sprache und Literatur*, 1998, Heft 2

debatte, da sie im Widerstand gegen konservative Konzepte vom Schöpfer-Dichter den autonomen Autor als Relikt bürgerlicher Ansprüche ausdünnt, relativiert werden? Transtextuelle Linien, und sei es nur andeutungsweise, sind deswegen über Gattungsgrenzen hinaus zu projizieren, da Voltaire, Marie-Joseph Chénier und Giacomo Meyerbeer die Bartholomäusnacht mit den Facetten eines nationalen Traumas in die Symbiose der Künste einbringen; an die Verfilmung der Bluthochzeit von Jean Dréville (1954) und Patrice Chéreau (1994) muß erinnert werden.

Die im 19. Jahrhundert gestellte Frage nach der Erzählbarkeit der erinnerten Vergangenheit ist literarhistorisch darauf zuzuspitzen, wie ein Trauma, das seit dem unbewältigten Ereignis die Mentalität erst der Aufklärer und dann der Revolutionäre belastet, nach 1815, mit allen revolutionären und. postrevolutionären Erfahrungen, die wiederum nicht kollektiv verarbeitet sind, mit dem damals bevorzugten Romanmodell, das *Scott* heißt, aktualisiert werden kann. Folgendes stellt sich heraus:

Die Bartholomäusnacht erzählen heißt seit 1829 immer noch, eine innerfranzösische Tragik erzählen, deren traumatischer Markierung sich ein Romancier nur dadurch entziehen kann, daß er wie Robert Merle das Ereignis zur Episode auf dem unpolitischen Lebensweg einer erfundenen Zentralfigur reduziert. Mérimées Text ist 1829 der epochale und singuläre Beleg für gezielt unzuverlässiges und unzeitgemäßes Schreiben, wenn Wahrheit mit Wahrscheinlichkeit kollidiert und das Erzählen als Akt ausgewiesen wird.

1572 als Sachverhalt zeichnet aus, daß eine seit dem Ausgang des Hundertjährigen Kriegs homogene politische Struktur, die den König als Garanten der nationalen Einheit und Hüter des Rechts ausweist, an ihr kompromißloses Ende kommt. Angesichts der kontroversen Situation ist die königliche Souveränität neu zu definieren, da die nationale Einheit nicht mehr wie im Mittelalter als Ausgleich regionaler Herrschaftsansprüche der Franken, Normannen, Bretonen oder Burgunder konstituiert wird. 1572 und 1685, jetzt staatstheoretisch noch arroganter, demonstriert die Krone ihre Allmacht, indem sie schädliche Teile der Nation ausgliedert und mit der Maßnahme in den Bestand aller drei États eingreift - trauriger und langfristig selbstvernichtender Triumph der Staatsräson

Auf solche Konflikte war das konvergenzzentrierte und harmoniebedürftige Scott-Modell nicht ausgerichtet. Die Bartholomäusnacht im französischer Roman kann folglich nicht anders als gegen Scott oder quer zur ‚Scottrezeption erzählt werden.

Neue Mitglieder der Leibniz-Sozietät*

Christian Bauer (Zürich, Schweiz), Physiologie

1938 geboren, ist einer der prominentesten und profiliertesten Physiologen Deutschlands, ja Europas.

Nach dem Studium in Tübingen und Basel führte ihn seine akademische Laufbahn an die Medizinische Hochschule Hannover, danach an mehrere nordamerikanische Universitäten. 1973 wurde er als Assistent Professor an die Boston University, School of Medicine berufen. Dem folgten Professuren an den Universitäten von Regensburg, Kiel und schließlich, seit 1984, das Ordinariat des Physiologischen Instituts der Universität Zürich. Er ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften.

Christian Bauer ist vor allem auf zwei Wissenschaftsgebieten hervorgetreten: Erstens auf dem Gebiet des Gastransports des Hämoglobins. In einer Reihe von klassischen Arbeiten wurde der Einfluß von 2,3 DPG auf die Sauerstoffaffinität des Hämoglobins des Menschen und anderer Vertebraten definiert. Im letzten Jahrzehnt standen als zweiter Arbeitsschwerpunkt vor allem Arbeiten über den Mechanismus und die Regulation des Erythropoetins in der Niere im Vordergrund.

Seine wissenschaftliche Bibliographie umfaßt eine Vielzahl von Veröffentlichungen. Neben eigenen Büchern verfaßte er weiterhin eine Reihe von Beiträgen zu Monographien und Handbüchern.

Dieter Falkenhagen (Krems, Österr.), Biomedizin, Bioingenieurwesen

wurde 1942 geboren. Er gehört zweifellos zu den international führenden Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Biomedizin und des Bioingenieurwesens mit spezifischer Zielrichtung des Organersatzes.

---

* gewählt vom Plenum der Leibniz-Sozietät auf seiner Geschäftssitzung am 15. Mai 1997

An der Universität Rostock studierte er Physik und Medizin. Dieses Doppelstudium, verbunden mit einer vielseitigen internationalen Ausbildung und mit einer hohen wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit schufen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche berufliche Laufbahn.

Nach der Leitung des Forschungsbereichs der Abteilung für Innere Medizin an der Universität Rostock übernahm er 1988 das Zentrum für Bioengineering, das damals Trägereinrichtung von Hauptforschungsrichtungen und internationaler Projektforschung war. Nach der Auflösung dieses Zentrums im Jahre 1991 berief ihn die Landesakademie Niederösterreich in Krems zum Leiter des dortigen Instituts der gleichen Arbeitsrichtung,

Nach der im September 1995 erfolgten Neugründung der Donau-Universität in Krems wurde er an diese Universität berufen und mit dem Aufbau der Biomedizin und Umweltforschung beauftragt. Bereits heute gehört diese Abteilung der Universität zu den internationalen Forschungs- und Ausbildungszentren mit zentralen EU-Projekten. 1996 wählte ihn das oberste Leitungsgremium der Universität - das Collegium - zu seinem Vorsitzenden.

Die beeindruckende Liste der Publikationen, Vorträge und Patente (mehr als 300) belegt die wissenschaftliche Leistung des neuen Mitglieds der Leibniz-Sozietät

Frigga Haug (Berlin/Hamburg), Sozialwissenschaft, Frauenforschung

wurde 1937 in Mühlheim/Ruhr geboren. Sie studierte an der Freien Universität Berlin Soziologie, Geschichte, Psychologie und Volkswirtschaftslehre. Ihre Diplomarbeit „Kritik der Rollentheorie und ihre Anwendung in der bürgerlichen deutschen Soziologie", und ihre Dissertation „Gesellschaftliche Produktion und Erziehung" erschienen 1972 bzw. 1977 als selbständige Buchtitel.

1971 erhielt sie an der Medizinischen Fakultät der FU einen Lehrauftrag für medizinische Soziologie und Psychologie und wurde im gleichen Jahr Assistentin am Psychologischen Institut der FU. Dort entwickelte und organisierte sie neben ihren regulären Lehrverpflichtungen das Forschungsprojekt „Automaten und Qualifikation", in dem über einen Zeitraum von 16 Jahren von 1972 bis 1984 in 64 Industriebetrieben der BRD und Westberlins Veränderungen in den Arbeitsanforderungen und

Bildungsnotwendigkeiten erforscht wurden. Über mehrere Jahre (1978 - 1979) war ihr Projekt ein anerkannter Forschungsschwerpunkt der FU Berlin. Neun Bücher und zahlreiche Aufsätze, die z.T. in sieben Sprachen übersetzt wurden, sind daraus hervorgegangen. In diesem Zusammenhang habilitierte sie sich auch 1978 mit ihren Untersuchungen zur Arbeitsforschung und erhielt die venia legendi für Sozialpsychologie.

Seit 1978 lehrt sie Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Daneben nahm sie seit den 70er Jahren Gastprofessuren in Kopenhagen, Marburg/Lahn, Sydney, Innsbruck und an der Universität Hamburg wahr, die sie im zweiten Halbjahr 1997 an der Universität Durham (North Carolina) fortsetzt.

Ihre thematischen Schwerpunkte und wissenschaftlichen Leistungen liegen außer in der genannten sozialwissenschaftlichen Arbeitsforschung vor allem in einer außerordentlich umfangreich und vielfältigen Frauenforschung. Sie ist eine der markantesten Persönlichkeiten der Frauenforschung der BRD. Ihre Arbeiten haben eine hohe Anerkennung gefunden, die ihr aber auch zahlreiche Auseinandersetzungen einbrachten.

Hans Heinz Holz (S. Abbondio, Schweiz), Philosophie

Jahrgang 1927, Professor an der Universität Groningen, ist als langjähriger Leibniz-Forscher bekannt und geachtet. Seine zahlreichen Publikationen zum deutschen Universalgelehrten haben den Ruf von Hans Heinz Holz als hervorragenden Gelehrten begründet und gefestigt. Von der Fruchtbarkeit seiner Arbeit konnten sich die Mitglieder der Leibniz-Sozietät überzeugen, als er seinen stark beachteten und überaus beeindruckenden Festvortrag zum Leibniz-Jubiläum 1996 in Berlin hielt.

Leibniz ist wohl das Feld, das Hans Heinz Holz intensiv bearbeitet hat; es ist aber bei weitem nicht das einzige. Seine Beiträge zur antiken Philosophie, zu Descartes und Spinoza, zu Kant und Hegel, zu Lukács und Bloch weisen ihn als einen universellen Philosophiehistoriker aus. Daß dabei auch die Beziehungen von Philosophie und Kunst mitgedacht werden, zeigt seine im Erscheinen begriffene „Geschichte der Ästhetik".

Aber auch dies ist keineswegs schon der ganze Holz. Seine philosophiehistorischen Studien sind immer mit der Intention verbunden, theoretisch-systematische Philosophie zu entwickeln. Sein zentrales Anliegen ist, marxistische Philosophie zu verteidigen und der Gegenwart gemäß zu

begründen. Man muß nicht mit allen von ihm vertretenen Positionen einverstanden sein - was im Wissenschaftsprozeß selbstverständlich -, aber die innere Konsistenz seines philosophischen Denkens ist höchst respektabel.

Daß Hans Heinz Holz seine Philosophie nicht nur lehrt, sondern auch lebt, wovon sein gesellschaftliches Engagement kündet, rundet das Bild ab.

Die Leibniz-Sozietät kann sich glücklich schätzen, daß ein Gelehrter von solchem Range, ein geistvoll-sprühender Philosoph und ein bewundernswert aktiver Mensch in ihren Reihen wirkt.

Gisela Jacobasch (Berlin), Biochemie

geboren im Jahre 1935, ist als Forscherin wie als akademische Lehrerin eine international ausgewiesene Wissenschaftlerin. Sie hat 150 Originalveröffentlichungen und eine Reihe von monographischen Beiträgen sowie 350 Vorträge aufzuweisen. Ihre Forschungen betreffen vor allen die Regulation der Glykolyse sowie biochemisch-molekulargenetische Studien an genetisch defekten Erythrozyten. Neuerdings hat sie sich neben Malaria-Problemen Fragen der Protektion gegen Carcinombildung im Colon zugewandt.

Ihr akademischer Werdegang umfaßt die Habilitation im Jahre 1970, die Berufung zum Dozenten am Biochemischen Institut der Humboldt-Universität im gleichen Jahr, die Berufung zum Ordentlichen Professor 1974 und eine C3-Professur für Biochemie im Jahre 1993. 1970 bis 1992 war sie Stellvertretender Direktor des Institutes für Biochemie der Humboldt-Universität. Seit November 1995 leitet sie die Abteilung Präventiv-Medizinische Lebensmittelforschung am Deutschen Institut für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke.

Klaus Kinner (Leipzig), Geschichte der Arbeiterbewegung

1946 geboren, hat nach seiner Promotion in Leipzig Mitte der siebziger Jahre zahlreiche wissenschaftliche Studien und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft publiziert. Sein spezieller Forschungsgegenstand war die Entwicklung des marxistischen Geschichtsverständnisses in Deutschland in den Jahren der Weimarer Republik. Seine Monographie „Marxistische deutsche Geschichtswissen-

schaft 1917 bis 1933" fand ebenso wie sein zweibändiges Lehrmaterial zur Geschichte der marxistischen Geschichtswissenschaft wissenschaftliche Anerkennung und Verbreitung in der Lehre an den Hochschulen. Seine Forschungen zur Geschichte des marxistischen Geschichtsdenkens weitete er an der Leipziger Universität in den achtziger Jahren auf theorie- und ideologiegeschichtliche Probleme des deutschen und internationalen Kommunismus aus und setzte sie auch nach 1990 unter für ihn schwierigen persönlichen Bedingungen fort. Namentlich untersuchte er die Faschismusinterpretationen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik. Er machte sich darüber hinaus um die Publikationen von Schriften Paul Frölichs und Ruth Fischers verdient. Zur Zeit arbeitet er an einer Geschichte des deutschen Kommunismus.

Nach seiner Habilitation 1978 wurde Oberassistent und Dozent an der Karl-Marx-Universität Leipzig und erhielt hier 1981 die ordentliche Professur für Geschichte der Arbeiterbewegung am Franz-Mehring-Institut, die er bis zu dessen Auflösung 1990 wahrnahm. Unter seiner Leitung entstanden in den achtziger Jahren zahlreiche Publikationen und Dissertationen A und B zur Geschichte des internationalen Kommunismus.

Seit 1990 ist Klaus Kinner freiberuflich in Lehre und Publizistik tätig.

Wolfgang Kirsch (Röblingen a. See), Latinistik, Mittel- und Neulatein

1938 geboren, vertritt Wolfgang Kirsch die Fächer Lateinische Philologie und Spät- und Mittellateinische Philologie. Von 1971 bis 1981 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter, von 1982 bis 1986 als Dozent, von 1986 bis 1991 als Lehrstuhlinhaber für Lateinische Philologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Lehre und Forschung tätig. Wolfgang Kirsch ist als akribischer Editor mittellateinischer Texte und mit herausragenden Forschungen zur spät- und mittellateinischen Literatur hervorgetreten. Er wurde 1962 mit der Editio princeps der Historia Alexandri Magni des Quilichinus von Spoleto promoviert. Seine Habilitationsschrift, die 1989 unter dem Titel „Die lateinische Versepik des 4. Jahrhunderts" in stark erweiterter Form erschien, fand in der internationalen Kritik große Anerkennung. Wie alle Arbeiten von Wolfgang Kirsch verbindet sie eine ausgezeichnete philologische Fundierung mit hohem theoretischem Niveau. Als profunder Kenner moderner literaturwissen-

schaftlichen Methoden konnte er neue Errungenschaften der Kommunikationstheorie erstmals auf seinen Gegenstand anwenden.

Wolfgang Kirsch ist mit einer Vielzahl von Einzeluntersuchungen hervorgetreten, die u.a. dem lateinischen Alesanderroman, der Nachwirkung der antiken Utopie im Mittelalter, Problemen der Gattungsentwicklung und Fragen der literarischen Kommunikation in der Spätantike gewidmet waren. Mit Erfolg hat er sich auch dem Bereich der neulateinischen Literatur zugewendet. Alle diese Arbeiten wirkten anregend auch über das engere Fachgebiet hinaus im gesamten Bereich der altertumswissenschaftlichen Forschung.

Wolfgang Kirsch hat viele Werke der mittellateinischen und neulateinischen Literatur in neuen, reich kommentierten Übersetzungen, die z.T. hohe Auflagenzahlen erreichten, einer größeren Öffentlichkeit erschlossen. In seiner langjährigen Tätigkeit als Hochschullehrer hat er die Latinistik erfolgreich vertreten. Er widmete sich dabei auch der Pflege häufig vernachlässigter Grundlagenprinzipien wie Paläographie, Textkritik und Editionstechnik. Auch der Nachwirkung und der Gegenwartsbedeutung der Antike galt seine stete Aufmerksamkeit.

Im Bereich der Fachdidaktik hat sich Wolfgang Kirsch in Theorie und Praxis große Verdienste erworben. Er gehört der Redaktion der Zeitschrift „Philologus" an und ist Gründungsmitglied des Internationalen Mittellateinerkomitees. Eng verbunden war er auch mit dem Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie der AdW der DDR.

Nach 1989 ist Wolfgang Kirsch mit der Herausgabe der mittelalterlichen „Chronik vom Petersberg" und der „Genealogie der Wettiner", die von ihm erstmals ins Deutsche übertragen wurden, ferner mit einer Reihe von Publikationen und Rezensionen in international führenden Zeitschriften hervorgetreten. Zur Zeit arbeitet er an einer Monographie über die hagiographischen Großdichtungen des 4. Bis 10. Jahrhunderts.

Georg Styl. Korrés (Athen, Griechenland), Klassische Archäologie

entstammt einer angesehenen griechischen Gelehrtenfamilie. 1940 geboren, studierte er an den Universitäten Athen und Bonn und hat an seiner Heimatuniversität seit 1972 eine Professur inne. Seine hauptsächlichen Arbeitsgebiete sind einerseits die griechische Urgeschichte, welche er durch eigene Grabungen in Pylos gefördert hat, sowie die Schliemann-

forschung. Er legte zahlreiche Studien zur Biographie Schliemanns vor und erarbeitete eine Biographie der Schliemannliteratur, welche ein unentbehrliches Hilfsmittel der internationalen Schliemannforschung darstellt. Intensive Bemühungen galten den Schliemann-Gedenkstätten in Athen und überhaupt in Griechenland.

Georg Korrés ist nicht zuletzt dank seiner exzellenten Fremdsprachenkenntnisse ein gesuchter Redner auf internationalen Kongressen und Kolloquien. Mit der Wissenschaft der DDR stand er in vielfältiger Verbindung und hat diese Kontakte in vollem Ausmaße auch nach 1990 fortgeführt. Er hat in seinem griechischen Vaterland zahlreiche Ehrungen erhalten. In Deutschland wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz, der Schliemann-Medaille der Berliner Akademie der Wissenschaften, der Winckelmann-Medaille der Stadt Stendal und der Heinrich-Schliemann-Medaille sowohl des Kreises Waren als auch der Stadt Neubukow ausgezeichnet.

Bernhard Kytzler (Durban; RSA), Klassische Philologie, Musikwissenschaft

Jahrgang 1932, ist studierter klassischer Philologe und Musikwissenschaftler (ausgebildet als Organist und Chorleiter und auch als Komponist wirksam) und hat lange Jahre an der Freien Universität Berlin-Dahlem sowie an der Universität Changchun (Volksrepublik China) gewirkt. Auf seinem speziellen Fachgebiet liegt der Schwerpunkt in der Latinistik, doch hat er nicht minder auf gräzistischem Gebiet gearbeitet. Sein Spezifikum ist die interdisziplinäre Kooperation, auf die er durch sein Doppelstudium von Anfang an orientiert wurde. Das bewirkte, daß er auch im Bereich der mittel- und neulateinischen Philologie wissenschaftliches Neuland betrat und daß er als Publizist und Kritiker die Musikentwicklung bis hin zur Gegenwart verfolgt.

Neben der fachwissenschaftlichen Forschungsarbeit gilt sein Interesse der Übersetzung griechischer und lateinischer Texte sowie deren Popularisierung durch Buchveröffentlichungen und rege Kooperation mit der Tagespresse. Mehrere seiner Veröffentlichungen erschienen in Verlagen der DDR, wie er denn auch zu Zeiten, als das nicht allgemein üblich war, sich an Initiativen der DDR und anderer realsozialistischer Staaten beteiligte. Dank solcher Aufgeschlossenheit und dank seiner ausgebreiteten interna-

tionalen Beziehungen kann mit einer fruchtbaren Mitarbeit von Bernhard Kytzler in der Leibniz-Sozietät gerechnet werden.

Pierre Lévêque (Besançon, Frankreich), Alte Geschichte

ist Emeritus und Ehrenpräsident der Universität Besançon sowie Ehrendoktor der Universitäten Padua und Warschau.

Pierre Lévêque, 1921 geboren, vertritt die Geschichte des Altertums in allen ihren Etappen unter voller Benutzung der archäologischen neben den literarischen und epigraphischen Quellen. In komparatistischer Betrachtungsweise bezieht er auch außerantike Gesellschaften in seine Aufmerksamkeit ein. Seine zusammenfassenden Darstellungen, welche nach bewährter französischer Manier Wissenschaftlichkeit und Lesbarkeit verbinden, sind in mehrere Sprachen übersetzt worden.

Ein besonderes Verdienst erwarb sich Pierre Lévêque durch die Gründung und jahrzehntelange Leitung der Internationalen Forschungsgruppe für die antike Sklaverei; in fruchtbarer Anwendung marxistischer Postulate und Denkformen hat sich diese noch heute weitergeführte Forschungsgruppe weitgreifendes Ansehen erworben. Daneben steht die Forschungsunternehmung des CNRS: Analyse der Gesellschaftsformation der Antike, als deren Leiter Lévêque von 1970 bis 1990 fungierte.

Pierre Lévêque ist noch voll wissenschaftlich tätig; als Forscher von eminentem Rang, der seit langem Beziehungen zu den Fachgenossen in der DDR pflegte, ist seine Zuwahl geeignet, das Ansehen der Leibniz-Sozietät zu erhöhen.

Rolf Löther (Berlin), Wissenschaftsphilosophie, -geschichte

1933 geboren, ist ein national und international anerkannter Wissenschaftsphilosoph und Wissenschaftshistoriker, der vielbeachtete Arbeiten auf dem Gebiet der Philosophie und Geschichte der Biologie und Medizin veröffentlichte.

In seinen Arbeiten zu philosophischen Problemen der Genetik und Evolutionsbiologie behandelt er grundlegende Fragen der Entwicklungstheorie und methodologische Probleme der Systematik (Taxonomie), setzt sich mit dem Reduktionismus auseinander und analysiert ontologische und gnoseologische Aspekte moderner Evolutionstheorien in der Biologie.

Seine Erkenntnisse fanden bei den Vertretern der phylogenetischen Systematik eine positive Resonanz. Neben David L. Hull und Michael T. Ghiselin (beide USA) gilt er als einer der drei voneinander unabhängigen Begründer des „Species-as-individual"-Konzepts.

Die Untersuchungen zur Philosophie der Medizin und zu den grundlegenden Begriffen einer Theorie der Medizin „Gesunheit" und „Krankheit" zeigen den humanwissenschaftlichen Charakter der Medizin und heben die Einheit der biotischen, psychischen und sozialen Dimension dieser Problematik hervor. Damit gehört Rolf Löther zu den Forschern, die Grundlagen für das Forschungsprogramm vom Menschen als biopsychosozialer Einheit erarbeiteten. Fragen der Evolution der Biosphäre und die Beziehungen von Natur und Gesellschaft führten ihn zu den Auffassungen von Wernadski, die er mit der biologischen Evolutionslehre und dem oft ignorierten ökologischen Denken von Marx verknüpfte. Als einer der wenigen deutschen Kenner der Lehren von Wernadski propagierte er dessen Ideen und entwickelte in kritischer Auseinandersetzung mit dem Evolutionismus von Teilhard de Chardin und zur Gaia-Hypothese von J. Lovelock eine komplexe entwicklungstheoretisch begründete Sicht zum Schutz von Natur und Umwelt.

Zu den wissenschaftshistorisch wichtigen Arbeiten gehören die Untersuchungen zur Geschichte biologischer Evolutionstheorien mit Beiträgen zu Leben und Werk von Paracelsus, Darwin, Mendel und Weismann.

Dieter Metzler (Münster), Archäologie

1939 geboren, studierte vor allem in Münster Archäologie, Alte Geschichte und Griechisch. Dieter Metzler vertritt die klassische Archäologie in seiner weltweiten Ausdehnung und nahm sie als Grundlage für theoretische und komparatistische Studien. Die Archäologie ist nach seiner Konzeption eine historische Wissenschaft, die neben kunstwissenschaftlichen nach historischen Fragestellungen und Methoden arbeitet. Sein spezifischer Lehrauftrag für „Alte Geschichte und die Dialektik der Geschichte" führte ihn überdies zu pädagogischen Themen, welche zur Ausweitung seines wissenschaftlichen Horizonts und zur Beschäftigung mit dem Nachwirken und der pädagogischen Nutzung früher Kulturen führten. Seine umfangreiche Veröffentlichungsliste enthält vier Monographgien und rund 100 Aufsätze und Rezensionen.

Dieter Metzler ist seit vielen Jahren aktives Mitglied der Winckelmann-Gesellschaft.

Detlev Möller (Cottbus), Atmosphärenchemie

geboren 1947, arbeitet seit Beendigung seines Chemiestudiums an der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1970 in der relativ jungen Wissenschaftsdisziplin der Atmosphärenchemie.

Seine zahlreichen Beiträge zum globalen Schwefelkreislauf, der Rolle des atmosphärischen Ammoniaks im biogeochemischen Stickstoff-Zyklus, zum sauren Regen und der natürlichen Azidität des Niederschlagswassers, zu chemischen Prozessen in Wolken und zur Deposition atmosphärischer Spurenstoffe sind beredtes Zeugnis seines breiten Wissens- und Interessenspektrums und seiner wissenschaftlichen Kreativität; sie brachten ihm nationale und internationale Anerkennung ein. Patente, gemeinsam mit anderen Autoren erworben, zur Behandlung von Gasen, Rauchgasen und Gasgemischen, zeigen zugleich die Praxisnähe seiner Forschungen.

Detlev Möller ist C4-Professor und Leiter der Arbeitsgruppe Luftchemie an der Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus; zugleich war er Gastprofessor an den Universitäten Grenoble, Veszprem (Ungarn) und Wien. Möller ist Mitglied nationaler und internationaler Gremien, die sich mit dem Problem der Luftverschmutzung befassen, u. a. Beiratsmitglied der VDI-Kommission „Reinhaltung der Luft", vorher in der gleichnamigen zentralen Arbeitsgruppe der Kammer der Technik (KdT), Vizepräsident der European Association for the Science of Air Pollution (EURASAP), vormaliges Mitglied der Commission of Atmospheric Chemistry and Global Pollution (CACGP) der International Association of Meteorology and Atmospheric Sciences (IAMAS) und Beiratsmitglied des International Ecological Centre Warschau. In diesen Gremien ist war Möller an der Ausarbeitung wissenschaftsstrategischer und wissenschaftsorganisatorischer Positionen und Lösungen beteiligt.

Seine Publikationsliste weist z. Zt. 87 Veröffentlichungen auf.

Helmut Müller (Markkleeberg), Analytische Chemie

Jahrgang 1939, studierte Chemie an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Seine Promotion zum Thema "Synthese und analytische Eigenschaften von β-Thiooxoketonen" (Betreuer Prof. E. Uhlemann) 1969 läßt bereits sein Interesse an analytischen Fragestellungen erkennen, ein Interesse, das durch ein 6-monatiges Zusatzstudium (1972) am Institut für Physikalische Chemie der Ukrainischen AdW in Kiew in Richtung auf kinetisch-katalytische Analysenmethoden vertieft wurde. Dieses Gebiet, ausgerichtet auf Spurenanalyse, war auch Gegenstand seiner Promotion B (Leipzig, 1978).

Nach der Ernennung zum Dozenten für das Fachgebiet Analytische Chemie der Sektion Chemie der Karl-Marx-Universität wechselte er an die TH "Carl Schorlem-mer" Leuna-Merseburg über, an der er 1981 zum Ordentlichen Professor für Analytische Chemie berufen wurde. Nach Auflösung dieser Hochschule und Angliederung des Fachgebietes Chemie an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (1993) nahm er einen Ruf als C3-Professor für Analytische Chemie an diese Universität an.

Mit seinen wissenschaftlichen Untersuchungen erarbeitete er grundlegende Beiträge zur Nutzung der Flow-Injection-Analyse (FIA), entwickelte neue ionenselektive Elektroden (ISFET) und Biosensoren (Enzymelektroden) zur Lösung umweltanalytischer Problemstellungen und bereicherte in diesem Zusammenhang das Gebiet der Spurenanalyse durch neue Lösungswege. Mit Erfolg wurden für umweltanalytische Zielstellungen auch Untersuchungen mit Hilfe der Ionenchromatographie sowie der Atomabsorptionsspektroskopie (direkte Feststoff-Graphitrohr-AAS) durchgeführt. Seine umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Analytischen Chemie brachte er in 5 Bücher ein, von denen die "Prozeßanalytik" (gemeinsam mit K. Doerfel und H. Uhlmann) sowie das Standardwerk "Analytikum" (9 Auflagen), für dessen Herausgabe er verantwortlich zeichnet, besonders hervorgehoben werden sollen.

Er ist Gutachter des Fresenius J. of Analyt. Chemistry, J. of Chromatography, J. für prakt. Chemie, Water Research, und anderer Zeitschriften. Seit 1993 leitet er das Institut für Analytik und Umweltchemie der Universität Halle als geschäftsführender Direktor.

Helga Schultz (Berlin), Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Helga Schultz zählt zu den profiliertesten Sozial- und Wirtschaftshistorikern in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft. In der DDR an der Universität Rostock und später dem Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit nunmehr 1991 an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder hat sie auf diesen Gebieten eine umfangreiche Forschungsarbeit geleistet und sich national wie international hohes Ansehen erworben.

Ihre speziellen Forschungsgebiete waren zunächst die Stadtgeschichte im hansischen Raum in der früheren Neuzeit und später die Sozialgeschichte Berlins sowie die frühneuzeitliche Kultur- und Mentalitätsgeschichte insbesondere des deutschen Bürgertums. Auf diesem Feld ist sie in letzter Zeit auch mit konzeptionellen Arbeiten zur Nationbildung und zum Nationalismus hervorgetreten. Im Rahmen ihrer Tätigkeit an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Viadrina kommen gegenwärtig noch Forschungen zur deutsch-polnischen Grenzregion hinzu. In methodischer Hinsicht hat sie sich schon frühzeitig um Ansätze zur EDV-gestützten Auswertung sozial- und kulturgeschichtlicher Massendaten verdient gemacht, was besonders Gegenstand und Intensität ihrer Forschungen zur Sozialgeschichte Berlins wesentlich bereicherte.

Ihre Produktivität und Kreativität wird durch mehrere Mongraphien, zuletzt eine Gesamtdarstellung der frühneuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte, und eine Vielzahl von Aufsätzen ausgewiesen.

Günter von Sengbusch (St. Dionys), Biophysik, Bioengineering

geboren im Jahre 1940, ist Präsident des GKSS-Forschungszentrums Geesthacht GmbH.

Nach dem Abitur in Hamburg studierte Günter von Sengbusch an der Universität Zürich Atomphysik und beteiligte sich an den bekannten ersten Versuchen zur nuclear magnetic resonance bei Prof. H. H. Staub. Nach der Promotion 1970 an der Universität Aachen arbeitete er auf dem Gebiet des Stofftransports bei Dialyse. Von 1972 bis 1978 war er Vizepräsident des Batelle Institutes in Frankfurt und trat mit wissenschaftlichen Arbeiten zur automatischen Zellanalyse hervor.

Von 1979 bis 1989 übernahm G. von Sengbusch die Membran-Abteilung der AKZO. Unter seiner Leitung wurden hier originäre Entwicklungen auf

dem Gebiet technischer und medizinischer Membranen durchgeführt, die den heutigen Ruf von AKZO als weltgrößter Membranhersteller begründeten. Persönlich war er mit eigenen wissenschaftlichen Leistungen an der Entwicklung von Dialyse- und Oxygenator-Membranen beteiligt.

Von 1989 bis 1992 war er im Vorstand von AKZO verantwortlich für Forschung und Entwicklung.

1992 berief ihn der Bundesforschungsminister zum Präsidenten der Großforschungseinrichtung GKSS. Hier setzte er neben den Leitungsaufgaben seine persönliche wissenschaftliche Arbeit fort, auf deren Basis ihn die Internationale Fakultät für Künstliche Organe (INFA) zum Professor berief und die Strathclyde University Glasgow zum Gastprofessor ernannte.

Er nimmt weiterhin die Funktion des Senatspräsidenten der INFA wahr und ist Mitglied des Executiv Komitee's der Internationalen Gesellschaft für Künstliche Organe. Darüber hinaus ist er Mitglied des Vorstandes der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HFG) und zahlreicher wissenschaftlicher Beiräte.

Seine mehr als 30 wissenschaftlichen Arbeiten in internationalen Zeitschriften tragen alle Grundsatzcharakter, wobei zu berücksichtigen ist, daß viele seiner wissenschaftlichen Ergebnisse wegen ihrer Industrienähe nicht publiziert wurden, sondern direkt in das daraus resultierende Produkt einflossen.

Er ist eine von hohen Humanismus geprägte Wissenschaftlerpersönlichkeit mit großer internationaler und nationaler Ausstrahlung.

Christa Uhlig (Berlin), Geschichte der Pädagogik

geboren 1947, ist eine profilierte Historikerin auf dem Gebiet der Erziehungswissenschaften. Nach der Promotion an der Universität Leipzig erwarb sie an der dortigen Pädagogischen Hochschule mit der Schrift „Die Entwicklung des Bundes Entschiedener Schulreformer und seiner bildungspolitischen und pädagogischen Auffassungen 1919 - 1993" den wissenschaftlichen Grad eines Dr. s.c. paed., der 1990 in den eines Dr. paed. habil. umgewandelt wurde. Lehrtätigkeit zur Allgemeinen und Historischen Pädagogik hat sie stets mit weiteren Forschungen, insbesondere zur Reformpädagogik in der Weimarer Republik und in anderen Ländern, verbunden. An der Akademie der Pädagogischen Wissen-

schaften war sie ab 1986 Stellvertretende Direktorin des Instituts für Theorie und Geschichte der Pädagogik, Vorsitzende des Wissenschaftlichen Rats für Geschichte der Erziehung und Mitherausgeberin der Monumenta Paedagogica. 1990 hat sie als Mitglied der demokratisch gewählten Geschäftsführenden Leitung u.a. Wesentliches für den Erhalt und die Sicherung von Forschungsmöglichkeiten für die Doktoranden sowie die Überleitung wissenschaftshistorisch bedeutsamer Kultureinrichtungen der APW geleistet. Nach Abwicklung dieser Akademie hat sie Lehraufträge an den Universitäten Bochum und Paderborn sowie an der Technischen Universität Berlin wahrgenommen, arbeitete an einem Projekt Berliner Schulgeschichte 1870 - 1990 mit und ist seit 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem DFG-Projekt der Humboldt-Universität zum Thema „Deutsche Erziehungswissenschaft 1926 bis 1955: Republik und Nationalsozialismus, Emigration und Rekonstituion".

Christa Uhlig hat umfassende Forschungen zur Reformpädagogik, einer seit der Jahrhundertwende einflußreichen pädagogischen Richtung in Deutschland und in anderen Ländern, geleistet. Mit ihren Publikationen vor 1989 und danach hat sie ein differenziertes Bild dieser einflußreichen pädagogischen Bewegung gezeichnet und einseitige Bewertungen korrigiert. Ihr Publikationsverzeichnis umfaßt etwa 100 Titel.

Zur Zeit befaßt sich Christa Uhlig vorrangig mit dem Thema „Emigration deutscher Pädagogen und der Einfluß von Reemigranten auf Schul- und Pädagogikentwicklung in der DDR".

Günther Vormum (Zepernick), Angewandte Isotopenforschung

geboren am 7. August 1926, studierte von 1947 bis 1951 Chemie an der Uni-versität Rostock und promovierte bei Prof. G. Rienäcker mit einer Arbeit über Mischkatalysatoren. Noch im gleichen Jahr ging er mit Prof. Rienäcker nach Berlin als Assistent und Oberassistent am I. Chemischen Institut der Humboldt-Unversität. 1956 wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Angewandte Isotopenforschung des Instituts für Medizin und Biologie der Deutschen Akademie der Wissenschaften Berlin-Buch, 1957 Leiter dieses Bereiches. Im gleichen Jahr erhielt er vom damaligen Amt für Kernforschung und Kerntechnik der DDR den Auftrag, die Isotopenvertei- lungsstelle zu errichten, deren Leitung ihm 1959 nebenamtlich übertragen wurde. Von 1961 bis 1969 war Günther Vormum Direktor des Instituts für Angewandte Isotopenforschung der

Deutschen Akademie der Wissenschaf-ten, das 1969 dem Zentralinstitut für Isotopen- und Strahlenforschung Leipzig als Bereich zugeordnet wurde. Bis zu seiner Emeritierung 1991 war Günther Vormum der Leiter dieses Bereiches.

Günther Vormum gehört zu den Pionieren der Isotopenanwendung in der DDR und erwarb sich Verdienste auch beim Aufbau einer angemessenen Vorlaufforschung für die Isotopenproduktion. Schwerpunkte waren die Entwicklung umschlossener radioaktiver Strahlenquellen, z. B. von Cobalt-60- und Caesium-137-Strahlenquellen für die Strahlentherapie als vollwertiges Äquivalent für Radiumquellen oder die gemeinsam mit Augenärzten der Charité Berlin durchgeführte Entwicklung von Ruthenium-106-Augen-kalotten, die Entwicklung und Produktion von Nuclearpharmaka, später von in-vitro-Kits (insbesondere für Radio-immunoassays) für die klinische Diagnostik, sowie die Entwicklung zahl-reicher Strahlenquellen für die technische Nutzung.

Die Leistungen von G. Vormum fanden Anerkennung durch die Berufung in verschiedene wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Gremien. Er war Mitglied des Forschungsrates der DDR, der Ständigen Kommission Isotope sowie des Wissenschaftlichen Rates des Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR. Im Auftrag der International Atomic Energy Agency (IAEA) hat Günther Vormum als Spezialist in Brasilien, Malaysia und in der Türkei gewirkt, desgleichen war er mehr-fach mit der Leitung internationaler IAEA-Kurse beauftragt worden. Günther Vormum hat im In- und Ausland zahlreiche Vorträge gehalten, an der Humboldt-Universität Berlin Lehrverpflichtungen wahrgenommen und sich an dem in Berlin-Buch durchgeführten Isotopenkurs durch Vorträge beteiligt.

Erklärung des Vorstands der Leibniz-Sozietät

Vor 5 Jahren, am 15. April 1993, gründete eine Gruppe von Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften der DDR eine wissenschaftliche Vereinigung, die sie in Anlehnung an ihre Herkunft und Tradition Leibniz-Sozietät nannten. Mit der Sozietät gaben sie sich einen neuen gesellschaftlich-rechtlichen Rahmen, um den freien und öffentlichen Austausch wissenschaftlicher Gedanken fortzusetzen, fundamentale Probleme der Wissenschaft zu erörtern und Traditionen ihres wissenschaftlichen Denkens und Lebens zu pflegen.

Seitdem hat die Sozietät ein reges wissenschaftliches Leben entwickelt. In den Zusammenkünften des Plenums ihrer Mitglieder wie in den Sitzungen der Klassen - den traditionellen Formen des Gedankenaustausches der von Leibniz herkommenden Akademien -, aber auch in Kolloquien und anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen haben die Mitglieder der Sozietät gemeinsam mit ihren Gästen grundlegende Fragen der heutigen Wissenschaft behandelt. Viele der Vorträge und Diskussionen konnten in den bisher erschienenen 19 Bänden der „Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät" publiziert und damit dem Urteil der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Von Wert war, daß in der Sozietät die wichtigsten Gebiete der Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften vertreten sind und demzufolge ihren wissenschaftlichen Erörterungen stets interdisziplinäre Aspekte immanent waren. Die im Statut der Sozietät erklärte Absicht, die humanistischen Traditionen der Wissenschaft zu pflegen und gegen Mißbrauch und Mißachtung der Wissenschaft, gegen Obskurantismus und Mystizismus zu aufzutreten, war wesentlicher Inhalt ihres Wirkens.

Die Leibniz-Sozietät hat nicht vergessen, daß der entscheidende Antrieb zu ihrer Gründung die unwürdige Behandlung war, die die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR durch Politik und Verwaltung in Berlin nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hinnehmen mußte. Sie wurde, wie bekannt, von allen materiellen und finanziellen Ressourcen, von Vermögen und Arbeitsmöglichkeiten und von den vergegenständlichten Ergebnissen ihrer bisherigen wissenschaftlichen Tätigkeit getrennt. Ihren Mitgliedern wurde die Mitgliedschaft durch eine rechtswidrige Verwaltungsmaßnahme des Senats von Berlin abgesprochen. Die Leibniz-Sozietät verurteilt den offenen und skandalösen Bruch von Art. 38(2) des Einigungsvertrages, der die Fortführung der Gelehrten-

sozietät auf landesrechtlicher Grundlage vorschrieb, durch das Land Berlin. Sie weist auf die historische Einmaligkeit der juristisch unhaltbaren, politisch motivierten Auflösung einer aus sich heraus gewählten akademischen Körperschaft durch außerwissenschaftliche Gremien hin und sieht darin einen Akt der Kulturlosigkeit und der politischen Willkür. Die Leibniz-Sozietät bedauert, daß der Appell der Gelehrtensozietät auf ihrer letzten Zusammenkunft im Juni 1992, bei der Erneuerung der Akademie möge Vernunft und Fairneß walten, nicht gehört wurde.

Für die Gründer der Sozietät war damals nicht abzusehen, ob es gelingen würde, inmitten des radikalen Ab- und Umbaus der Wissenschaftsstrukturen der DDR nach dem Beitritt zur Bundesrepublik mit einer ihre Interessen wahrenden eigenständigen Organisation zu bestehen. Heute, nach den Erfahrungen von einem halben Jahrzehnt wissenschaftlicher Tätigkeit, ist der Vorstand zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Vorhaben im wesentlichen geglückt ist. Die Sozietät hat sich in der Wissenschaftslandschaft der Bundesrepublik einen Platz geschaffen. Sie existiert als unabhängige und freie Wissenschaftlervereinigung trotz ungünstigster materieller und finanzieller Voraussetzungen und abseits jeglicher Förderung aus öffentlichen Mitteln. Ihre Existenz nach fünf Jahren beweist die wissenschaftliche Kompetenz ihrer Mitglieder und ihren Willen, ihre Tätigkeit auch unter den schwierigen Bedingungen in dieser Gesellschaft fortzusetzen.

Heute ist sichtbar, daß die Leibniz-Sozietät nicht nur den an den sozialen Rand gedrängten, abgewickelten und diskriminierten Akademikern der DDR Gelegenheit zur Präsentation und Diskussion ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und Arbeitsergebnisse gegeben hat. Ihre inzwischen mehr als 160 Mitglieder kommen aus dem ganzen Bundesgebiet und zunehmend aus dem Ausland und tragen wissenschaftliche Ergebnisse und Ansichten in einem breiten wissenschaftlichen und weltanschaulichen Spektrum vor. Mit jährlichen Zuwahlen strebt die Sozietät zur Wahrung ihrer Interdisziplinarität eine angemessene Präsenz der wichtigsten Gebiete der Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften an. Sie wünscht sich zukünftig mehr jüngere und einen höheren Anteil weiblicher Mitglieder in ihren Reihen.

Die Leibniz-Sozietät steht in der Tradition der von Gottfried Wilhelm Leibniz 1700 gegründeten Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften. Wie keine andere deutsche Akademie ist sie mit ihr durch die über Jahrhunderte ununterbrochene Zuwahl ihrer Mitglieder und deren wissen-

schaftliches Wirken verknüpft. Die Mitglieder der Sozietät bekennen sich zu der Verpflichtung und Verantwortung, die ihnen aus der historischen Kontinuität einer auf die Leibnizsche Gründung zurückreichenden Mitgliedschaft und deren wissenschaftlicher Tradition erwächst. Auf diese Tradition gestützt und offen für die Herausforderung des neuen Jahrhunderts, leistet die Leibniz-Sozietät ihren Beitrag, um die Rechte der Wissenschaft in der Öffentlichkeit zu vertreten und ihrer Stimme bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens Gehör zu verschaffen.

Berlin, im April 1998